Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

22. Oktober 1979
Jg. 7 Nr. 43

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Vietnam: revisionistische Wirtschaftsreform. „Gulasch" 1985

z.gek. Eine garantierte Ration an Grundnahrungsmitteln und Kleidern hat das Zentralkomitee der revisionistischen KP Vietnams den Volksmassen *für das Jahr 1985* versprochen. Offenbar soll bis dahin der Kolonialkrieg gegen das Volk von Kampuchea gewonnen sein, der – zusammen mit dem Krieg gegen die VR China – für die „ernste Knappheit" in praktisch allen Bereichen verantwortlich sei. Die engere Einbindung Vietnams in die „internationale Arbeitsteilung" des RGW wird eingeleitet. Bis 1985 sollen die Arbeiter und Bauern im Massenumfang an die Produktion von Exportgütern gesetzt werden, vor allem Kaffee, Tee, Tabak, Obst- und Fischkonserven, Kautschuk, Naturseide und Kunsthandwerksartikel, „um die Importe zu bezahlen". Sowjetische oder auch westliche Firmen können künftig direkt mit vietnamesischen Betrieben Lieferverträge abschließen.

BRD zieht Entwicklungshelfer vorläufig aus Afghanistan ab

z.acr. Die BRD-Imperialisten halten es für ratsam, vorläufig ihre Entwicklungshelfer aus Afghanistan abzuziehen. Seit über 50 Jahren „entwickeln" die deutschen Imperialisten Afghanistan bereits. 1929 waren dort 150 Deutsche zur „Feststellung von Rohstoffen, Planung von Bewässerungsanlagen ..." (Meyers Lexikon, 1936). Der heutige Leiter der Düsseldorfer Schutzpolizei schuf als Ausbilder „Kontakte, die ‚Gold wert sind'" (Handelsblatt, 21.9.79). 1978 liefen 51 Projekte mit 389 Entwicklungshelfern Anfang September wurden vier deutsche Entwicklungshelfer in der Nähe von Kabul erschossen. Ohne die Bindungen zum herrschenden Regime aufzugeben – um den sowjetischen Imperialisten das Land nicht allein zu überlassen – wollen sich die BRD-Imperialisten aus der Schußlinie der Befreiungsbewegungen bringen.

Imperialistischer Druck auf Schwedens Seegrenze

z. coi. Die schwedische Regierung plant, die Territorialgewässer nördlich und südlich des Öresund und der dänischen Insel Bornholm und der schwedischen Küste zum 1.1.1980 auf 9 Seemeilen einzuschränken. Erst am

rekt mit vietnamesischen Betrieben Lieferverträge abschließen.

BRD zieht Entwicklungshelfer vorläufig aus Afghanistan ab

z.acr. Die BRD-Imperialisten halten es für ratsam, vorläufig ihre Entwicklungshelfer aus Afghanistan abzuziehen. Seit über 50 Jahren „entwickeln" die deutschen Imperialisten Afghanistan bereits. 1929 waren dort 150 Deutsche zur „Feststellung von Rohstoffen, Planung von Bewässerungsanlagen ..." (Meyers Lexikon, 1936). Der heutige Leiter der Düsseldorfer Schutzpolizei schuf als Ausbilder „Kontakte, die ‚Gold wert sind'" (Handelsblatt, 21.9.79). 1978 liefen 51 Projekte mit 389 Entwicklungshelfern Anfang September wurden vier deutsche Entwicklungshelfer in der Nähe von Kabul erschossen. Ohne die Bindungen zum herrschenden Regime aufzugeben – um den sowjetischen Imperialisten das Land nicht allein zu überlassen – wollen sich die BRD-Imperialisten aus der Schußlinie der Befreiungsbewegungen bringen.

Imperialistischer Druck auf Schwedens Seegrenze

z. coi. Die schwedische Regierung plant, die Territorialgewässer nördlich und südlich des Öresund und der dänischen Insel Bornholm und der schwedischen Küste zum 1.1.1980 auf 9 Seemeilen einzuschränken. Erst am
1.7.1979 war das Territorialgewässer auf 12 Seemeilen ausgeweitet worden mit der erklärten Absicht, Schwedens Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen. NATO und Warschauer Pakt haben die Einschränkung der Bewegungsfreiheit ihrer Ostseeverbände vor allem am Zugang zur Nordsee mit offenen Provokationen beantwortet. Allein vom 1.7. bis 30.9.1979 haben sie 48mal den schwedischen Luftraum (43mal NATO) und 16mal das Gewässer (9mal NATO) verletzt. Die Rückverlegung der Seegrenze zwischen Gotland und Öland zwecks „Verbreiterung der internationalen Fahrrinne" hat die Regierung bislang abgelehnt.

UNO: Blockfreie bereiten Resolutionsentwurf vor

z.anb. Nach Auffassung zahlreicher Vertreter der blockfreien Staaten blieb der kubanische Staatschef Castro in seiner Rede vor der Generalversammlung „seiner in Havanna vorgetragenen Auffassung treu, obwohl er sich im Buchstaben an das Schlußdokument der 6. Gipfelkonferenz hielt" (Tanjug 15.10). Castro unterschlug alle Passagen dieses Dokuments, die sich geggegen die *Rivalität* der beiden Supermächte und insbesondere die Hegemonialpolitik des Sozialimperialismus in Südostasien richten. Gegen den Versuch, das Schlußdokument von Havanna zu revidieren, haben die blockfreien Staaten auf Außenministerebene in New York Beratungen aufgenommen über eine gemeinsame Initiative, mit der sie der Generalversammlung eine „Deklaration gegen Einmischung und fremde Intervention" zur Abstimmung vorlegen wollen.

Breschnew faßt brieflich nach

Unterschiedliche Einschätzungen des Verhandlungsvorschlages der SU

z.ges. In einem Brief an westeuropäische Regierungschefs hat Breschnew die Kernpunkte seiner Berliner Rede zum 30. Jahrestag der DDR erneuert: 1000 Panzer und 20000 Mann wolle die Sowjetunion einseitig aus der DDR abziehen und über Mittelstreckenraketen könne verhandelt werden. Voraussetzung sei, daß der Nato-Ministerrat im Dezember nicht die Produktion von Mittelstreckenraketen durch die USA und ihre Stationierung in westeuropäischen Ländern beschließe. Sollte ein solcher Beschluß jedoch ausgeführt werden, dann wäre die Sowjetunion, die ihre Mittelstreckenraketen mit Mehrfachsprengköpfen schon auf Westeuropa gerichtet hat, leider gezwungen, weitere großangelegte Rüstungsanstrengungen zu unternehmen. Gegen Länder ohne Atomwaffen werde die Sowjetunion keine Atomwaffen anwenden, gegen andere wohl.

Innerhalb der NATO ist eine Auseinandersetzung in Gang gekommen, wie die Vorschläge Breschnews zu werten sind. Die USA bezeichnen sie als Störmanöver gegen den Beschlußfassungsgang in der NATO. Ähnlich hat sich die britische Premierministerin Thatcher geäußert. Schmidt dagegen hebt positive Elemente hervor. Breschnew wolle sein Lebenswerk, Entspannung in Europa, unter Dach und Fach bringen. Gegenüber ihm, Schmidt, habe Breschnew schon 1978 im gemeinsamen Kommuniqué zum Staatsbesuch erklärt, daß ein annäherndes Gleichgewicht der Kräfte erreicht werden müsse. Schmidt im Hessischen Rundfunk: „Dies war das erste Mal, daß die sowjetische Führung in einer überlegten, nicht etwa bloß beiläufigen, sondern schriftlich fixierten Weise durch den Namen ihres Generalsekretärs Verhandlungsbereitschaft für kontinentalstrategische Waffen oder, wie sie eben gesagt haben, Mittelstreckenwaffen erklärt hat." Jetzt stünde das im Mittelpunkt von Breschnews Rede: „Und insofern gewinnt die Sache nunmehr Weltbedeutung." Die USA können die SU gegenwärtig nur mit Langstreckenraketen aus den USA erreichen. Auf einen Einsatz der sowjetischen Raketen in einem Krieg um Europa könnten die USA nur mit einem Atomschlag von amerikanischem Boden aus ant-

Gegen Länder ohne Atomwaffen werde die Sowjetunion keine Atomwaffen anwenden, gegen andere wohl.

Innerhalb der NATO ist eine Auseinandersetzung in Gang gekommen, wie die Vorschläge Breschnews zu werten sind. Die USA bezeichnen sie als Störmanöver gegen den Beschlußfassungsgang in der NATO. Ähnlich hat sich die britische Premierministerin Thatcher geäußert. Schmidt dagegen hebt positive Elemente hervor. Breschnew wolle sein Lebenswerk, Entspannung in Europa, unter Dach und Fach bringen. Gegenüber ihm, Schmidt, habe Breschnew schon 1978 im gemeinsamen Kommuniqué zum Staatsbesuch erklärt, daß ein annäherndes Gleichgewicht der Kräfte erreicht werden müsse. Schmidt im Hessischen Rundfunk: „Dies war das erste Mal, daß die sowjetische Führung in einer überlegten, nicht etwa bloß beiläufigen, sondern schriftlich fixierten Weise durch den Namen ihres Generalsekretärs Verhandlungsbereitschaft für kontinentalstrategische Waffen oder, wie sie eben gesagt haben, Mittelstreckenwaffen erklärt hat." Jetzt stünde das im Mittelpunkt von Breschnews Rede: „Und insofern gewinnt die Sache nunmehr Weltbedeutung." Die USA können die SU gegenwärtig nur mit Langstreckenraketen aus den USA erreichen. Auf einen Einsatz der sowjetischen Raketen in einem Krieg um Europa könnten die USA nur mit einem Atomschlag von amerikanischem Boden aus ant-
worten, womit sie umso mehr einen Gegenschlag gegen die USA riskierten.

Das ist ein Handicap, und die USA fürchten, daß die SU auch politischen Druck machen kann, solange den USA das passende Mittel zum Gegendruck fehlt. Sie sind brennend daran interessiert, die Mittelstreckenraketen zu bauen und in Westeuropa zu stationieren. Sie kämen damit im Krieg um Europa gegenüber der anderen Supermacht in die Vorhand, weil sie die SU von europäischem Boden aus atomar bedrohen könnten. Gleichzeitig könnten sie die westeuropäischen Länder durch die US-eigenen und in US-Verfügung bleibenden Mittelstreckenraketen auf europäischem Boden enger unter Kuratel nehmen. Ohne diesen Zug der USA bliebe dagegen die Sowjetunion auf diesem Gebiet im Vorteil. Von Gleichgewicht ist so oder so keine Rede.

Für die BRD, die eine selbständige Position zwischen den beiden Supermächten anstrebt, ist beides unangenehm. So waren es die BRD-Imperialisten, die in der NATO den Beschluß „in zwei Hauptteilen" auf die Tagesordnung brachten: Zwar solle die NATO im Dezember den Bau und die Stationierung der Mittelstreckenraketen beschließen, aber nur um eine Verhandlungsposition gegenüber der Sowjetunion zu erhalten, von der aus Regelungen erzielt werden könnten, die die Durchführung des Beschlusses unnötig machten.

Schmidt spielt in den letzten Monaten mit großem Nachdruck den Bescheidenen. Was könnten die Europäer in der globalen Auseinandersetzung geben oder garantieren, fragte er den Interviewer des englischen „Economist": „Könnten sie militärische Hilfe garantieren? Könnten sie den Ölfluß nach Israel garantieren? Offensichtlich können sie nicht. Natürlich können sie in der einen oder anderen Weise behilflich sein. Aber es ist mehr oder weniger eine Tatsache, ob es einem paßt oder nicht – und mir paßt es nicht allzusehr, aber ich habe es als Tatsache zu akzeptieren – daß die Amerikaner dort Einfluß haben und in geringerem Maße die Sowjets." Das gelte allgemein für die Dritte Welt. Im übrigen sei die Bundesrepublik so sicher wie nie.

Der Mann versucht Zeit zu gewin-

Für die BRD, die eine selbständige Position zwischen den beiden Supermächten anstrebt, ist beides unangenehm. So waren es die BRD-Imperialisten, die in der NATO den Beschluß „in zwei Hauptteilen" auf die Tagesordnung brachten: Zwar solle die NATO im Dezember den Bau und die Stationierung der Mittelstreckenraketen beschließen, aber nur um eine Verhandlungsposition gegenüber der Sowjetunion zu erhalten, von der aus Regelungen erzielt werden könnten, die die Durchführung des Beschlusses unnötig machten.

Schmidt spielt in den letzten Monaten mit großem Nachdruck den Bescheidenen. Was könnten die Europäer in der globalen Auseinandersetzung geben oder garantieren, fragte er den Interviewer des englischen „Economist": „Könnten sie militärische Hilfe garantieren? Könnten sie den Ölfluß nach Israel garantieren? Offensichtlich können sie nicht. Natürlich können sie in der einen oder anderen Weise behilflich sein. Aber es ist mehr oder weniger eine Tatsache, ob es einem paßt oder nicht – und mir paßt es nicht allzusehr, aber ich habe es als Tatsache zu akzeptieren – daß die Amerikaner dort Einfluß haben und in geringerem Maße die Sowjets." Das gelte allgemein für die Dritte Welt. Im übrigen sei die Bundesrepublik so sicher wie nie.

Der Mann versucht Zeit zu gewin-
nen. Er scheint darauf zu setzen, daß sich die beiden Supermächte im Vorfeld des Krieges um Europa, im Kampf um die Dritte Welt und die Flanken Europas so schwächen, daß ihnen die Kraft und Lust vergeht, den Krieg um die Vorherrschaft in Europa selber auszutragen. Um der Sowjetunion dazu die Lust zu nehmen, hält er eine starke „konventionelle" Rüstung der BRD und die Aufrechterhaltung der NATO für ausreichend. Solange der Kampf um die Flanken Europas tobt, könnte der BRD-Imperialismus Kräfte sammeln und nur an Gewicht gewinnen. Je länger es geht, desto mehr könnte geholt werden. Die USA sind in den beiden ersten Weltkriegen nach einem solchen Konzept verfahren. Ein Konzept zur Kriegsverhinderung ist das natürlich nicht, und realistisch ist es auch kaum: die beiden Supermächte verlieren nicht aus dem Auge, daß die Herrschaft über Europa über die Weltherrschaft entscheidet. Für die Volksmassen ist es weder sehr ehrenvoll noch ungefährlich, zuzusehen, wie der BRD-Imperialismus als Schakal lauert, ob er den Wölfen ein Stück Beute abjagen kann, während die beiden Supermächte gerade Europa als Hauptbeute ins Auge gefaßt haben. Einstweilen sammelt der BRD-Imperialismus nur Kräfte, indem er die Ausbeutung und Unterdrückung verschärft.

Was also tun? Das erste ist, daß man mit der Vorstellung Schluß macht, als wäre es ganz normal, daß es seit dem Ende des II. Weltkrieges keinen Friedensvertrag gibt und Besatzer im Land sind; wo es als Gnade erscheint, wenn die SU ein paar Panzer aus der DDR abzieht, und wo die USA in der BRD ihren vorgeschobenen Posten halten, während Schmidt und Honecker jeweils schauen, was sich mitnehmen läßt.

verlieren nicht aus dem Auge, daß die Herrschaft über Europa über die Weltherrschaft entscheidet. Für die Volks- während Schmidt und Honecker jeweils schauen, was sich mitnehmen läßt.

Hua Guofeng in Westeuropa: „Wachsam sein und wirksame Maßnahmen ergreifen"



Gleich zu Beginn seines einwöchigen Staatsbesuches in Frankreich, der ersten Station seiner Westeuropareise, hat der Ministerpräsident der Volksrepublik China die Behauptung der „Unabänderlichkeit der Entspannung" zurückgewiesen und bemerkt, daß „der schwerwiegende Zustand der militärischen Konfrontation in Europa bestehenbleibe". „Die Veränderungen in der internationalen Lage machen die Übereinstimmung der grundlegenden Interessen unserer Völker heftig deutlich." „China betreibt ohne Unterbrechung eine Politik des Kampfes

Hua Guofeng in Westeuropa: „Wachsam sein und wirksame Maßnahmen ergreifen"



Gleich zu Beginn seines einwöchigen Staatsbesuches in Frankreich, der ersten Station seiner Westeuropareise, hat der Ministerpräsident der Volksrepublik China die Behauptung der „Unabänderlichkeit der Entspannung" zurückgewiesen und bemerkt, daß „der schwerwiegende Zustand der militärischen Konfrontation in Europa bestehenbleibe". „Die Veränderungen in der internationalen Lage machen die Übereinstimmung der grundlegenden Interessen unserer Völker heftig deutlich." „China betreibt ohne Unterbrechung eine Politik des Kampfes gegen den Hegemonismus..., um den Ausbruch eines Weltkrieges hinauszuzögern und den Frieden für eine lange Zeit zu sichern."

Rentenpläne: Auf keinen Fall zurück zur Bruttolohnanpassung

SPD: Besteuerung gerecht / FDP: Abschlag erheben / CDU: flexible Altersgrenze auf 60, und dann kürzen

z.gug. Die Kassen der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sind der Bourgeoisie nicht prall genug. Ende des Jahres wird die Barkasse der Versicherung nicht mehr als die halbe Monatsausgabe von 4,3 Mrd. DM betragen. Zu wenig für die Beleihungsbedürfnisse des Staates zur Deckung von Staatsschuld und Subventionierung der Kapitalisten, der Ende 1978 mit ca. 14 Mrd. DM im Schuldbuch der Versicherungskasse stand. Was also ist zu tun?

Unvorsichtigerweise ließen die Sozialdemokraten die Rede von Anke Fuchs vor der SPD-Bundestagsfraktion am 4. September auf ungeklärte Weise an die Öffentlichkeit gelangen: „Vielleicht kommen wie dann eines Tages dazu, daß wir sagen, wir behandeln die Rentner genauso wie jeden anderen Bürger. Dann laß ihn doch ... dafür auch Steuern bezahlen. Ich sage dies ganz leise, Genossinnen und Genossen, weil ich weiß, wie brisant dies Thema ist." Weil Anke Fuchs nicht leise genug sprach, mußte der Sozialbeiratsvorsitzende der Regierung, Meinhold, die Sache in einem Interview mit der Welt am Sonntag offiziell machen: „.... ich persönlich halte die Besteuerung für gerechter... Wir sollten den Leuten sagen, bitte: die Rückkehr zur Brutto-Lohnanpassung steht für 1982 im Gesetz. Das können wir jedoch nicht auf alle Zeiten durchhalten, einmal aus Gerechtigkeit, zweitens aus Finanzierungsgründen." Das nennt man einen Gerechtigkeitsbanausen, der das gegenwärtige Steuersystem für durchaus „gerecht" hält, und dem im Traum nicht einfiele, daß die Bezahlung der Versicherung durch die Kapitalisten sowohl die Frage der Gerechtigkeit wie der Finanzierung gründlich löste.

Die Liberalen setzen aufs Lügen und warten mit einem besonders ausgefuchsten Vorschlag auf. Schmidt-Kempten, sozialpolitischer Sprecher der FDP: „Unrichtig sind dagegen die Behauptungen, das 21. Rentenanpassungsgesetz schreibe die Rückkehr zu der bis 1977 üblichen Brutto-Anpassungsautomatik vor. Eine ... gesetzliche Verpflichtung besteht nicht... hat auch nie bestanden... Für diesen Fall schlägt die FDP einen Abschlag vom Rentenzahlbetrag vor. Der Abschlag soll der Mehrbelastung der Arbeitnehmereinkommen mit Steuern und Sozialabgaben entsprechen... Die FDP will also die Lohnbezogenheit der Renten erhalten." (fdk, 6.9.79)

Die Christdemokraten mit einer weiteren Variante: Wohl wissend, daß die Zahl der Invalidenrenten steigt, die der Altersrenten ab 65 Jahren sinkt, schlagen sie eine Senkung der flexiblen Altersrente auf 60 Jahre vor, und der Sozialminister Gölter, Rheinland-Pfalz, „geht von Abschlägen bei der Rentenversicherung aus, und zwar wegen der längeren Inanspruchnahme der Rentenleistungen bei flexiblen Altersgrenzen" (Soziale Ordnung, 8.10.79).

Gesetzlich besteht die Möglichkeit der Besteuerung der Renten im § 22 des Einkommensteuergesetzes seit 1955, zur Entfaltung reicht eine einfache Änderung des §. Aus dem Gezerre der Parteien, das von Ehrenberg noch durch den Vorschlag, als Bemessungsgrundlage für die Beiträge zukünftig anstelle der Lohnsumme die Wertschöpfung zugrundezulegen, bereichert wurde, läßt sich deutlich heraushören, ob sie nun laut oder leise reden, daß Beitragserhöhungen und Netto-Lohnanpassung der Renten einfacher und viel „gerechter" seien.

Durch Nacht- und Schichtarbeit pausenlose Ausbeutung bei der Post



140000 Pakete bearbeiten diese Frauen täglich. Die Arbeitsmenge steigt ständig, z.B. die Briefe von 1974 bis 1978 um 136 Mio. Stück. Sie wächst mit der Einführung neuer Maschinerie und soll rascher bewältigt werden.

z.mif. **Ab 1. Januar 1980 wird der Kinderbetreuungsfreibetrag von jährlich bis zu 1200 DM pro Kind wirksam.** Die Steuer- und Finanzexperten der Bundestagsparteien haben am 20.9. eine Debatte darum geführt, ob er pauschal gewährt werden soll (CDU-Antrag) oder ob Einzelnachweise erforderlich sein sollen (Rechtslage). Es geht der CDU um die Wiedereinführung des Kinderfreibetrages, der 1975 abgeschafft wurde. Die damals gegebene Zustimmung zur Abschaffung des Kinderfreibetrages sei ein Fehler gewesen, „wer progressiv besteuert, muß progressiv entlasten". – Der Kinderfreibetrag wirkt wie andere steuerliche Freibeträge auch. Er wird vom zu versteuernden Einkommen abgezogen und vermindert so die Steuerschuld. Je höher der Steuersatz, der gezahlt werden muß, um so höher auch die Steuerersparnis durch den Freibetrag in DM. Das Kindergeld dagegen macht überall denselben DM-Betrag aus. – Selbst der geringe Freibetrag von 1200 DM auf das Jahreseinkommen macht monatlich bei Steuerklasse IV, einem Kind auf 1700 DM brutto 19,83 DM Ersparnis aus, bei 4000 DM 46,42 DM. Bei fünf Kindern auf 1700 DM 90,75, auf 4000 DM 223,83 DM. Nach SPD-Angaben würde die Pauschalisierung des Kinderbetreuungsbetrages Steuerausfälle von 4 Mrd. ausmachen, statt von 500 Mio. bei Nachweispflicht. (Ohnehin gehen nächstes Jahr durch die Steuerfalle 8 Mrd. mehr Lohnsteuern ein.) Die 3,5 Mrd. Differenz will die SPD im „Steuerpaket 1981" als Kindergeld verteilen. Bei 8524000 Familien mit Kindern unter 18 Jahren ergäbe das als Erhöhung auf das Kindergeld für das 1. Kind monatlich 34 DM. Die SPD verspricht sich davon Wirkung auf den Kampf gegen das Steuersystem, sie erklärt das Kindergeld zum „Solidarbeitrag" zwischen kinderhabenden und kinderlosen Arbeitern. Notwendig ist demgegenüber Zahlung des Kindergeldes durch die Kapitalisten, Angleichung an die Zahlungen in den öffentlichen Diensten und Auszahlung durch die selbstverwaltete Sozialversicherung. Im öffentlichen Dienst wird zusätzlich gezahlt für Kind Nr. 1: 92,53 DM; 2: 88,43; 3: 41,03; 4: 77,76; 5: 77,76; 6: 96,86 DM.

z.gug. **Unter den Losungen: Weg mit dem Atomprogramm, Stillegung aller Atomanlagen, verstärkte Erforschung und Anwendung umweltfreundlicher Energie, keine Kriminalisierung und Strafverfolgung von Atomkraftgegnern, nahmen 80000 an einer Demonstration der Bürgerinitiativen am 14. Oktober in Bonn teil.** Über die Tatsache, daß es den bürgerlichen Kräften in der Bewegung gegen das Energieprogramm der Regierung gelungen war, diese Demonstration auf einen im wesentlichen bürgerlichen und regierungskonformen Kurs zu führen, frohlockte die bürgerliche Presse anderntags entzückt: „Die Versammlung verlief friedlich... Sie verlangten die Erforschung alternativer Energien ..." (Frankfurter Allgemeine) „Die Demonstration ... nahm teilweise den

wie vor im Gespräch und die Fregatten des BRD-Imperialismus im Bau. Gleichzeitig ist bekannt geworden, daß die Marine Südafrikas mit Schnellbooten ausgerüstet wird, die haargenau dem in der Bundesmarine verwendeten Schnellboot-Typ 443 gleichen, inklusive der Motoren, die in Westdeutschland hergestellt werden. Schließlich muß die „Sicherung der Kap-Route adäquat gewährleistet sein".



Weintrinker Rebmann hält viel von einem guten Tropfen. Auf dem Kanzlerfest 1978 sorgte er für Nachschub
Nach der Schleyer-Fahndung bekam er den Spitznamen »Reblaus«

z.urb. **In einem Spitzengespräch zwischen Schmidt, Genscher, Baum und vier Ministerpräsidenten sollte am 18. Oktober die „Deutsche Nationalstiftung" doch noch aus der Taufe gehoben werden.** 1973 hatte Brandt dazu in der Regierungserklärung den Anstoß gegeben: „In einer Nationalstiftung könnte auch das lebendige Erbe ostdeutscher Kultur seine Heimat finden", so umriß er die Aufgabenstellung als Teil der Ostpolitik. Seitdem ist die Auseinandersetzung darum, wie mittels Nationalstiftung die ökonomische Expansion kulturell unterstützt werden kann, nicht mehr abgerissen. Grundlegend dafür sollte der Sitz der Stiftung in Berlin sein. Die FAZ unterstreicht das noch einmal in einem Kommentar: „Zugleich aber müssen nicht nur die abgetrennte Lage der Stadt mit vielfachen Handikaps, sondern vor allem sein Kulturspektrum, seine besonderen Möglichkeiten, seine mit keiner anderen Stadt vergleichbare

Leimrute für ausländische Arbeiter gelegt

Kühns Integrierungsvorschläge: Zwangsmaßnahmen unter staatlicher Kontrolle

z.her. Heinz Kühn, Ministerpräsident a.D. von Nordrhein-Westfalen, hat jetzt als „Beauftragter der Bundesregierung für Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen" sein erstes Memorandum vorgelegt. Kühns Konzept fordert Anerkennung der faktischen Einwanderersituation gegenüber den bisherigen Konzepten, die lediglich von einer Intergration auf Zeit ausgehen, dabei Aufrechterhaltung des seit November 1973 verfügten Anwerbestopps.

Sein 60 Seiten langer Vorschlagskatalog konzentriert sich auf Maßnahmen gegen Kinder und Jugendliche. Allein für die Ausweitung der Lehrer, Sozialarbeiter und Berater rechnet er 600 Mio. DM pro Jahr an Personalmehrausgaben vor, die man nicht scheuen dürfe, um die permanente Eingliederung der Kinder und Jugendlichen zu bewerkstelligen. Denn sie, wie eine weitere Million Kinder, mit denen man rechnen könne, weil soviele Kinder warten noch in den Heimatländern darauf, daß ihre Eltern sie hierher holen können, seien dann reif für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Die von den Kapitalisten geforderte Aufhebung des Anwerbestopps sei damit entbehrlich. Dringlich erforderlich sei dafür aber die Durchsetzung seiner Vorschläge, denn „möglicherweise wären alsdann anstelle eines Lehrers zwei Ordnungskräfte notwendig und wäre Berufsvorbereitung nur noch Ergänzungsprogramm in Resozialisierungsversuchen."

Sein gesamtes Konzept zielt darauf, den Arm der Schulaufsicht wirksam zu verlängern, angefangen bei der Kritik der unzureichenden Abgabe der Kleinstkinder in Krippen und Pflegestätten. Hier sollen Sozialarbeitereinsatz und Beratungsstellen in erheblichem Maß gesteigert werden, bis hin zur Einführung einer Vorschul*pflicht* für ausländische Kinder. Aufgelöst werden sollen alle selbständigen Initiativen der Ausländer zur Erziehung ihrer Kinder, die z.T. von deutschen Stellen finanziell unterstützt werden: „Erfahrungen aus der Vergangenheit und aktuelle Beispiele belegen, daß ein Unterricht außerhalb der Verantwortung der deutschen Kultusverwaltungen zu schwerwiegenden Problemen z.B. mit ideologischen Indoktrinationen führen kann."

Die Aussicht auf Einbürgerung der so großgezogenen und hier geborenen Kinder soll „sowohl auf seiten der Jugendlichen als auch auf seiten der Eltern wesentlich dazu beitragen, die Integrationsangebote in allen Bereichen verstärkt anzunehmen", denn die „Hemmnisse" seien erheblich. Für Jugendliche, die nicht hier geboren sind, ist vorgesehen, daß nach *erfolgreichem* Schulabschluß oder einer anderen erfolgreich absolvierten Qualifizierungsmaßnahme ein Rechtsanspruch auf uneingeschränkte Arbeitserlaubnis gewährt werden soll.

Die Leimrute wird noch verlängert: auch die Einbürgerung der Ausländer nach einem Aufenthalt von 10 Jahren soll „erleichtert" werden; vorzugsweise soll jedoch nach 8 bis 10 Jahren kommunales Wahlrecht gegeben werden. Allerdings mit Einschränkungen in bezug auf die Wählbarkeit und Bindung des Wahlrechts an deutsche Parteien. Das gleiche Ziel wie bei der „Integration" der Jugendlichen wird formuliert, nämlich „um nicht zuletzt zweifelhaften Selbsthilfeversuchen entgegenzuwirken."

Mit gleichen Rechten und Pflichten für Ausländer, die in der BRD und Westberlin arbeiten und leben, hat dieser Zwangsmaßnahmenkatalog aber auch gar nichts zu tun. Das Recht auf Einbürgerung nach kurzer Aufenthaltsdauer (etwa drei bis sechs Monate) ist eine Voraussetzung dafür, daß sich die ausländischen Arbeiter und ihre Familien vor diesen Intergrationsgelüsten der westdeutschen Bourgeoisie schützen können.

Frankreich: Aufbau der Arbeitereinheit gegen geplante Ausländergesetze

z.pel.Paris. Einen Tag vor Beratung der Gesetzentwürfe über ein neues „Arbeitsstatut" und die „Regelung der Einreise für Ausländer" im Senat demonstrierten am 17.10. auf Aufruf der Gewerkschaften CGT, CFDT und FEN 3000, v.a. Arbeiter und Angestellte, gegen die Gesetzesvorhaben. In der ersten Reihe marschierten neben den Generalsekretären der Gewerkschaften Vertreter der algerischen Gewerkschaft UGTA, der marokkanischen UMT und der Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit (OATUU).

Durch die vom französischen Imperialismus betriebene Unterdrückung ihrer Völker und Verwüstung ihres Landes nach Frankreich getrieben, dort auf den Arbeitsmarkt geworfen und für die imperialistische Expansion ausgebeutet, stellen die nordafrikanischen Arbeiter heute mit 1,5 Millionen von insgesamt 4,2 Millionen die stärkste und auch am meisten rebellische Gruppe unter den ausländischen Arbeitern. 7,4% der Wohnbevölkerung Frankreichs sind heute Ausländer. Die ca. 2,3 Millionen Lohnabhängigen machen jedoch schon 12,4% der Erwerbsbevölkerung aus, der Anteil bei den Arbeitern liegt bei 19,4%, bei den ungelernten Arbeitern bei 27,5%. In der

Die algerische Regierung hat die französischen Ausländergesetze vor der UNO angegriffen. Afrikanische Gewerkschafter beteiligen sich an der Aktionswoche.

dem, den Rassismus zu dämpfen; so hetzt die Bourgeoisie zur Begründung der Vorlagen. Ihre Absicht ist jedoch nicht einfach Reduzierung der Anzahl der ausländischen Arbeiter – das erhöhe nur den Lohnanteil an den Produktionskosten, warnt der Kapitalistenverband –, sondern bedarfsgerechte Zufuhr von Arbeitskraft, Austausch der kampferfahrenen nordafrikanischen Arbeiter gegen v.a. Bauern aus den neuen EG-Beitrittsländern und Schwächung der Lohnkämpfe. Entsprechend dekretieren die Gesetze: Begrenzung der Arbeitserlaubnis für die Masse der Arbeiter auf drei Jahre (vorher zehn), Gewährung entsprechend

oder einfach „die öffentliche Ordnung bedrohen". Die Einreise soll nur erlaubt werden, wenn Mittel für den Rückflug vorhanden sind, an den Grenzen sollen zwecks Abschiebung Internierungslager errichtet werden. „Polizeigesetze", bekennt der „Figaro" offen.

„Für die Einheit der Arbeiterklasse", unter dieser Losung hatten am 29. September über 5000 Arbeiter auf Aufruf vieler Gewerkschaftseinheiten eine Versammlung zur Beratung der Kampfschritte durchgeführt. Jetzt mußten die Gewerkschaftsvorstände mit einer Aktionswoche die Führung

aber die Durchsetzung seiner Vorschlä- verstärkt anzunehmen", denn die schützen können.

SPD im „Steuerpaket 1981" als Kindergeld verteilen. Bei 8524000 Familien mit Kindern unter 18 Jahren ergäbe das als Erhöhung auf das Kindergeld für das 1. Kind monatlich 34 DM. Die SPD verspricht sich davon Wirkung auf den Kampf gegen das Steuersystem, sie erklärt das Kindergeld zum „Solidarbeitrag" zwischen kinderhabenden und kinderlosen Arbeitern. Notwendig ist demgegenüber Zahlung des Kindergeldes durch die Kapitalisten, Angleichung an die Zahlungen in den öffentlichen Diensten und Auszahlung durch die selbstverwaltete Sozialversicherung. Im öffentlichen Dienst wird zusätzlich gezahlt für Kind Nr. 1: 92,53 DM; 2: 88,43; 3: 41,03; 4: 77,76; 5: 77,76; 6: 96,86 DM.

z.gug. Unter den Losungen: Weg mit dem Atomprogramm, Stillegung aller Atomanlagen, verstärkte Erforschung und Anwendung umweltfreundlicher Energie, keine Kriminalisierung und Strafverfolgung von Atomkraftgegnern, nahmen 80000 an einer Demonstration der Bürgerinitiativen am 14. Oktober in Bonn teil. Über die Tatsache, daß es den bürgerlichen Kräften in der Bewegung gegen das Energieprogramm der Regierung gelungen war, diese Demonstration auf einen im wesentlichen bürgerlichen und regierungskonformen Kurs zu führen, frohlockte die bürgerliche Presse anderntags entzückt: „Die Versammlung verlief friedlich... Sie verlangten die Erforschung alternativer Energien ..." (Frankfurter Allgemeine) „Die Demonstration ... nahm teilweise den
Charakter eines Volksfestes an... Gegenüber der letzten größeren Protestkundgebung ... wurde diesmal das Problem neuer Energiequellen in den Vordergrund gerückt ..." (Frankfurter Rundschau) „In dem farbenfreudigen Zug sah man unzählige Atommülltonnen und Demonstranten mit Fahrrädern." (Unsere Zeit) Und die „Welt": „Mossmann forderte zum aktiven, gewaltfreien Widerstand auf, lobte den Stuttgarter Stromboykott. Er verlangte, ‚diese Gesellschaft muß so verändert werden, daß sie bewußt mit Energie umgehen kann' ... Wie Sonnenenergie funktionierte, konnte sich jeder an einem Sonnen-Kollektoren-Stand zeigen lassen." Ob Walter Mossmann, Hauptredner der Bürgerinitiativen, während seiner Rede die vor ca. 2 Wochen vom Wirtschaftsministerium herausgegebenen schwarz-rot-goldenen Aufkleber „Ich bin Energiesparer" hat verteilen lassen, war der bürgerlichen Presse nicht zu entnehmen.

z.tit. **Die „Wahrnehmung der seestrategischen Interessen der BRD im Raum Südafrika" sei gesichert,** über das „wie" wolle sie sich aber nicht öffentlich äußern. Lediglich soviel, die Entsendung eines Militärattachés stehe nicht auf der Tagesordnung, erklärte Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Dr. Hamm-Brücher, auf eine entsprechende Anfrage im Bundestag. Natürlich wären es die gleichen Interessen wie die der westlichen „Partner"-Imperialisten und würden durch die NATO wahrgenommen. Deshalb ist auch die Ausdehnung des NATO-Bereiches über den Wendekreis des Krebses nach



Weintrinker Rebmann hält viel von einem guten Tropfen. Auf dem Kanzlerfest 1978 sorgte er für Nachschub
Nach der Schleyer-Fahndung bekam er den Spitznamen »Reblaus«

z.urb. In einem Spitzengespräch zwischen Schmidt, Genscher, Baum und vier Ministerpräsidenten sollte am 18. Oktober die „Deutsche Nationalstiftung" doch noch aus der Taufe gehoben werden. 1973 hatte Brandt dazu in der Regierungserklärung den Anstoß gegeben: „In einer Nationalstiftung könnte auch das lebendige Erbe ostdeutscher Kultur seine Heimat finden", so umriß er die Aufgabenstellung als Teil der Ostpolitik. Seitdem ist die Auseinandersetzung darum, wie mittels Nationalstiftung die ökonomische Expansion kulturell unterstützt werden kann, nicht mehr abgerissen. Grundlegend dafür sollte der Sitz der Stiftung in Berlin sein. Die FAZ unterstreicht das noch einmal in einem Kommentar: „Zugleich aber müssen nicht nur die abgetrennte Lage der Stadt mit vielfachen Handikaps, sondern vor allem sein Kulturspektrum, seine besonderen Möglichkeiten, seine mit keiner anderen Stadt vergleichbare
Ausstrahlungskraft in Räume hinein, die nur Berlin erreichen kann, voll berücksichtigt werden." Gescheitert sind diese Pläne bisher am Einspruch der Alliierten gegen den Sitz in Berlin, wie am Streit um die Stimmenverhältnisse zwischen Bund und Ländern. In dem Gespräch wurde ein Vorschlag beraten, die 37,5 Millionen der für die Stiftung bereits bereitgestellten Gelder einem Treuhandfond der in Berlin sitzenden Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu übertragen und einen Stiftungsrat aus Vertretern des Bundes und der Länder mit je einer Stimme zu bilden. Die US-Imperialisten hatten für diesen Plan bereits vor der Sitzung grünes Licht gegeben.

z.hej. **Vom 25. – 27. Oktober findet in Dortmund die 10. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute statt.** Der Vorstand der IG Metall hat das Motto: „Gewerkschaftliche Kraft gegen Unternehmermacht" festgelegt. In 4 Arbeitsgruppen werden folgende Schwerpunkte diskutiert: „Interessenvertretung durch Information – Rationalisierungsmaßnahmen und gewerkschaftliche Interessenvertretung – Gegen Abbau von Gewerkschaftsrechten – Vertrauenskörper organisieren Gegenmacht". 568 Delegierte, 100 Gastdelegierte aus 166 Verwaltungsstellen repräsentieren die im Frühjahr über 150000 neugewählten Vertrauensleute. Gegenüber der Konferenz von vor 3 Jahren ist der Punkt „Mitbestimmung" von der Tagesordnung gestrichen. Die Kapitalisten führen täglich Angriffe, um den Lohn zu senken, den Akkord hochzuschrauben, die Schichtarbeit auszuweiten und Überstundenarbeit gegen die Belegschaften durchzusetzen. In den Kämpfen dagegen bilden die Vertrauensleute das Rückgrad der Belegschaften. Um über die Absichten der Kapitalisten besser durchzublicken, verschaffen sich die Vertrauensleute Informationen z.B. über die „geheimen" Lohnverhältnisse im Betrieb – dies sollen die Gewerkschaftsvorstände unterstützen. Viele Vertrauensleute haben in letzter Zeit politische Forderungen erhoben – schreiben z.B. Briefe gegen die Steuer an Matthöfer, wenden sich gegen Zustände im Schulbetrieb usw. – und bereiten jetzt, so früh wie nie zuvor, den Lohnkampf mit der Forderung 170 DM / 8% mindestens vor.

Mitglieder der IG Metall (Mio.; Skala 1,8 – 2,6; Jahre 60 – 78)

Frankreich: Aufbau der Arbeitereinheit gegen geplante Ausländergesetze

z.pel.Paris. Einen Tag vor Beratung der Gesetzentwürfe über ein neues „Arbeitsstatut" und die „Regelung der Einreise für Ausländer" im Senat demonstrierten am 17.10. auf Aufruf der Gewerkschaften CGT, CFDT und FEN 3000, v.a. Arbeiter und Angestellte, gegen die Gesetzesvorhaben. In der ersten Reihe marschierten neben den Generalsekretären der Gewerkschaften Vertreter der algerischen Gewerkschaft UGTA, der marokkanischen UMT und der Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit (OATUU).

Durch die vom französischen Imperialismus betriebene Unterdrückung ihrer Völker und Verwüstung ihres Landes nach Frankreich getrieben, dort auf den Arbeitsmarkt geworfen und für die imperialistische Expansion ausgebeutet, stellen die nordafrikanischen Arbeiter heute mit 1,5 Millionen von insgesamt 4,2 Millionen die stärkste und auch am meisten rebellische Gruppe unter den ausländischen Arbeitern. 7,4% der Wohnbevölkerung Frankreichs sind heute Ausländer. Die ca. 2,3 Millionen Lohnabhängigen machen jedoch schon 12,4% der Erwerbsbevölkerung aus, der Anteil bei den Arbeitern liegt bei 19,4%, bei den ungelernten Arbeitern bei 27,5%. In der
Automobilindustrie sind 34% der Arbeiter, 51% der ungelernten Arbeiter Ausländer, im Bausektor 46 bzw. 55%.

Die neuen Gesetze sollen die Arbeitslosigkeit abbauen, die Ausweisung der „irregulär Eingereisten" helfe zu-



Die algerische Regierung hat die französischen Ausländergesetze vor der UNO angegriffen. Afrikanische Gewerkschafter beteiligen sich an der Aktionswoche.

dem, den Rassismus zu dämpfen; so hetzt die Bourgeoisie zur Begründung der Vorlagen. Ihre Absicht ist jedoch nicht einfach Reduzierung der Anzahl der ausländischen Arbeiter – das erhöhe nur den Lohnanteil an den Produktionskosten, warnt der Kapitalistenverband –, sondern bedarfsgerechte Zufuhr von Arbeitskraft, Austausch der kampferfahrenen nordafrikanischen Arbeiter gegen v.a. Bauern aus den neuen EG-Beitrittsländern und Schwächung der Lohnkämpfe. Entsprechend dekretieren die Gesetze: Begrenzung der Arbeitserlaubnis für die Masse der Arbeiter auf drei Jahre (vorher zehn), Gewährung entsprechend
der „Arbeitsmarktlage" in den Départements; Ablauf erteilter Genehmigungen und Ausweisung bei Arbeitslosigkeit von mehr als sechs Monaten oder verspäteter Rückkehr aus dem Urlaub. Jederzeit können Arbeiter ausgewiesen werden, die gefälschte Papiere besitzen

oder einfach „die öffentliche Ordnung bedrohen". Die Einreise soll nur erlaubt werden, wenn Mittel für den Rückflug vorhanden sind, an den Grenzen sollen zwecks Abschiebung Internierungslager errichtet werden. „Polizeigesetze", bekennt der „Figaro" offen.

„Für die Einheit der Arbeiterklasse", unter dieser Losung hatten am 29. September über 5000 Arbeiter auf Aufruf vieler Gewerkschaftseinheiten eine Versammlung zur Beratung der Kampfschritte durchgeführt. Jetzt mußten die Gewerkschaftsvorstände mit einer Aktionswoche die Führung
des Kampfes übernehmen. Auf einer Sitzung der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf haben 25 Gewerkschaften die französische Regierung verurteilt. Erste Wirkung: zahlreiche Abänderungsanträge in der Nationalversammlung.

z.doj. **Letzte Woche hat der Bundestag über eine Ausweitung der Fahrverbote für Kraftfahrer sowie vermehrte medizinisch-psychologische Tests zum Zwecke der „Verkehrserziehung" beraten.** Fahrverbote gegen Kraftfahrer im Zusammenhang mit „wiederholten Verkehrsverstößen" – die von jeder Polizeibehörde ausgesprochen werden können – sollen „flexibler", d.h. statt bis zu 3 Monaten für bis zu 2 Jahren verhängt und mit zusätzlichen Auflagen und Weisungen versehen werden. Der Führerscheinentzug (z.B. bei Trunkenheit am Steuer) soll dazu auf die „wirklichen Fälle der Ungeeignetheit" beschränkt werden. Gleichzeitig soll das Netz von medizinisch-psychologischen Tests auf die Fahrtauglichkeit von Fahrschülern und Kraftfahrern enger geknüpft und bundeseinheitlich geregelt werden. Bisher mußten sich 100000 jährlich dieser Prozedur unterziehen; noch mehr sollen erfaßt werden in mündlichen Prüfungen von besser staatlich kontrollierten Gutachtern. Beide Anträge (8/3072 und 8/3084) wurden von CDU/CSU eingebracht. Weil die in den letzten Jahren immer häufiger entzogenen Führerscheine jedoch auch unter Bußgeldandrohung und trotz Hausdurchsuchungen nicht freiwillig abgeliefert werden, sollen sie – in einem weiteren Gesetzesentwurf – über den Zwang zur eidesstattlichen Erklärung beigetrieben werden, weil „die Erfahrungen zeigen, daß die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung gescheut und stattdessen lieber der Führerschein ... abgeliefert wird" (Begründung). In demselben Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, die Obergrenze für Parkgebühren aufzuheben und die bundesweite Kostenerhöhung der TÜV-Prüfungen zu ermöglichen.

z.bil. **Der deutsche Bundestag hat das 17. Strafrechtsänderungsgesetz zur Beratung vorgelegt.** Bei lebenslanger Freiheitsstrafe soll nach dem Gesetzentwurf nach 15 Jahren die Möglichkeit der Strafaussetzung zur Bewährung bestehen. Die Gegenerwiderung des Bundesrates verlangt eine Verbüßung der Haftstrafe von 20 Jahren, sowie bei „frühzeitiger" Entlassung eine Bewährungszeit bis zu 10 Jahren. 1915 lebenslange Freiheitsstrafen sind in der Zeit von 1945 – 1975 verhängt worden. Über die „Gnadenordnungen" der Länder können die Gefangenen bislang einen Antrag auf frühzeitige Entlassung stellen. Die geplante Gesetzesänderung sichert vor allem den Zugriff *nach* der Entlassung und vollständige Unterwerfung in den Zuchthäusern. Voraussetzung für die „frühzeitige

Kalkulierter Krach an der New Yorker Börse

Wallstreet Journal: wichtigste Entwicklung der letzten 10 Jahre / Presseübersicht

z.frb. In den Tagen vom 9. bis 11. Oktober erlebte die Börse in New York einen der größten Kräche in ihrer Geschichte. Am Mittwoch, den 10.10., wurden 82 Mio. Aktien zum Verkauf gebracht, 16 Mio. Stück mehr als je zuvor in der Geschichte dieses Kampfplatzes der Profithaie. Die Panik war ausgelöst durch Beschlüsse der Zentralbank der USA, des Federal Reserve Board (Fed), unter ihrem Präsidenten Paul Volcker, vom 6. Oktober. Die US-Presse erließ Kriegsaufrufe an die Nation, die Reaktionen der westlichen Konkurrenten reichen von neuen Kampfansagen bis zur Furcht, die US-Supermacht könne ihre Kräfte nur zu noch kräftigeren Schlägen neu gruppieren.

New York Times, 7.10.: Judy Powell, der Pressesprecher des Präsidenten, sagte, daß die Aktion hilfreich sei, ,,die Inflationserwartungen zu reduzieren, zu einem stärkeren US-Dollar im Ausland beizutragen und die ungesunden Spekulationen an den Warenmärkten einzudämmen.

Matthöfer, Presseerklärung, 9.10.: ... Diese Maßnahmen setzen zielsicher an den inneren Ursachen des Dollar-Problems an. Über die z.T neuartige Zielrichtung der US-Geldpolitik hatten wir mit unseren amerikanischen Freunden bereits in Hamburg gesprochen ... Ich bin befriedigt darüber, daß es Paul Volcker und der FED gelungen ist, diese Vorstellungen rasch und wirksam in die Tat umzusetzen.

Vereinigte Wirtschaftsdienste (VWD), Finanzen, 9.10.: Fraglich ist allerdings der Wille der US-Partnerländer, in grenzenlosem Umfange Dollarankäufe durchzuführen, die dann anschließend zu riesigen Verlusten führen, falls die US-Währung trotzdem weiter fällt. Die Amerikaner sollen zahlen und die Kosten zur Stabilisierung des Dollar selbst tragen, heißt die Devise offensichtlich.

Financial Times, London, 9.10.: Die Frage für die restliche Welt ist, wie weit diese inneren Ereignisse in den USA die Wirtschaftstätigkeit und die Kreditvergabe in den anderen Ländern berühren wird ... Es scheint wahrscheinlich, daß außer in ganz kurzer Sicht die Bedrohung für die Wirtschaftstätigkeit ernster ist als die Bedrohung für die Zinssätze.

VWD, Finanzen, 9.10.: Die Entscheidung des US-Federal Reserve Board, den US-Diskont auf 12% anzuheben, wurde in japanischen Regierungskreisen einstimmig begrüßt. Gleichzeitig schloß man die Möglichkeit einer Anhebung des japanischen Diskontsatzes ... in naher Zukunft als Reaktion auf die US-Entscheidung nicht aus.

Figaro, Paris, 10.10.: Die Chase Manhattan Bank und die größten amerikanischen Banken haben gestern ihre Kreditzinsen (primerate) von 13,5 auf 14,5% angehoben. Das ist ein Zinsrekord. Das ist ein Krisenzins ... (Dies) wird Öl ins Feuer sein und den Kreditzinskrieg zwischen den industrialisierten Ländern noch mehr anfachen. Am Ende des Weges steht für die Vereinig-

grenzenlosem Umfange Dollarankäufe durchzuführen, die dann anschließend zu riesigen Verlusten führen, falls die US-Währung trotzdem weiter fällt. Die Amerikaner sollen zahlen und die Kosten zur Stabilisierung des Dollar selbst tragen, heißt die Devise offensichtlich.

Financial Times, London, 9.10.: Die Frage für die restliche Welt ist, wie weit diese inneren Ereignisse in den USA die Wirtschaftstätigkeit und die Kreditvergabe in den anderen Ländern berühren wird ... Es scheint wahrscheinlich, daß außer in ganz kurzer Sicht die Bedrohung für die Wirtschaftstätigkeit ernster ist als die Bedrohung für die Zinssätze.

VWD, Finanzen, 9.10.: Die Entscheidung des US-Federal Reserve Board, den US-Diskont auf 12% anzuheben, wurde in japanischen Regierungskreisen einstimmig begrüßt. Gleichzeitig schloß man die Möglichkeit einer Anhebung des japanischen Diskontsatzes ... in naher Zukunft als Reaktion auf die US-Entscheidung nicht aus.

Figaro, Paris, 10.10.: Die Chase Manhattan Bank und die größten amerikanischen Banken haben gestern ihre Kreditzinsen (primerate) von 13,5 auf 14,5% angehoben. Das ist ein Zinsrekord. Das ist ein Krisenzins ... (Dies) wird Öl ins Feuer sein und den Kreditzinskrieg zwischen den industrialisierten Ländern noch mehr anfachen. Am Ende des Weges steht für die Vereinig-

ten Staaten und die westlichen Länder ein größeres Risiko: eine Rezession.

Corriere della Sera (Rom), 10.10.: Die Gesamtheit dieser Faktoren (Zinserhöhung, Gold- und Ölpreissteigerung) läßt immer mehr befürchten, daß es zu einer allgemeinen und sehr starken rezessiven Phase kommt, die von Amerika nach Europa übergreifen könnte.

VWD, Finanzen, 11.10.: Wall Street in Panikstimmung. Aufgeschreckt durch die Anhebung der Primerate von 13½ auf 14½ Prozent und alarmiert durch Ölpreisaufschläge von Mexiko und Kuweit erlebte Wall Street einen der hektischsten Tage seit dem großen Börsenkrach am 24. Oktober 1929. Die Aussichten auf eine ernste Rezession, steigende Arbeitslosenzahlen, niedrige Gewinne und eine Forsetzung des doppelstelligen Preisauftriebs führten an der New Yorker Effektenbörse zu einer Verkaufslawine, die die Aktienkurse innerhalb eines einzigen Tages am Dienstag um durchschnittlich drei bis vier Prozent nach unten trieb.

Neue Zürcher Zeitung, 10.10.: Letzte Woche befand sich die Börse noch in einer euphorischen Stimmung ... Inzwischen sind alle optimistischen Prognosen, daß die Börse kraß unterbewertet sei und daß es deshalb nur aufwärts gehen könne, beiseite gewischt worden.

Neue Zürcher Zeitung, 12.10.: Nach Tagen höchster Turbulenz, die da und dort Vergleiche mit dem größten New Yorker Börsenkrach vor 50 Jahren heraufbeschworen, scheint an den Finanzmärkten wieder etwas Ruhe einzukehren. Noch längst nicht abgeschlossen ist dagegen der Prozeß der Angewöhnung an die vom Federal Reserve Board am vergangenen Samstag getroffenen Maßnahmen ... Carter hat im fiskalpolitischen Bereich (der Staatsfinanzen) und im Blick auf die Lohn- und Preispolitik Gelegenheit, eine Führungsrolle in Anspruch zu nehmen.

Washington Post, 12.10.: Die Rezession, verschärft durch hohe Zinsraten, liegt vor uns. Der Schock der beispiel-



den.

Neue Zürcher Zeitung, 12.10.: Nach Tagen höchster Turbulenz, die da und dort Vergleiche mit dem größten New Yorker Börsenkrach vor 50 Jahren heraufbeschworen, scheint an den Finanzmärkten wieder etwas Ruhe einzukehren. Noch längst nicht abgeschlossen ist dagegen der Prozeß der Angewöhnung an die vom Federal Reserve Board am vergangenen Samstag getroffenen Maßnahmen ... Carter hat im fiskalpolitischen Bereich (der Staatsfinanzen) und im Blick auf die Lohn- und Preispolitik Gelegenheit, eine Führungsrolle in Anspruch zu nehmen.

Washington Post, 12.10.: Die Rezession, verschärft durch hohe Zinsraten, liegt vor uns. Der Schock der beispiel-

los hohen Zinsraten hat schon die Finanzmärkte erreicht. Aber letzte Woche hat die US-Wirtschaft eine Situation erreicht, die keine Wahl zu höheren Zinsen und mehr Erwerbslosigkeit ließ. Nachdem alle anderen Methoden zur Kontrolle der Inflation abgewiesen wurden, werden die Vereinigten Staaten nun zur rauhesten, riskantesten und schmerzlichsten greifen – der Anti-Inflations-Schleuder einer Politik des knappen Geldes ...

Es heißt, für einige Zeit einen etwas niedrigeren Lebensstandard und niedrigere wirtschaftliche Wachstumsraten als in der jüngeren Vergangenheit zu akzeptieren. Wenn alle Amerikaner sich darauf einigen könnten, diese Rückschritte zu teilen, so würden sie für jeden nicht schwer wiegen. Die Westdeutschen und die Japaner haben etwas von dieser Art fertig gebracht. Aber in den Vereinigten Staaten hat es nicht geklappt.

International Herald Tribune (UPI), 13.10.: Reginald Jones, General-Electric-Vorsitzender sagte: ,,Ich habe noch keinen einzigen Geschäftsmann getroffen, der die Schritte des Federal Reserve nicht unterstützt." ,,Die Inflationskrankheit ist so virulent, daß die Medizin, die man zur Heilung nimmt, nicht sehr angenehm ist", sagte der Vorsitzende der Citybank, Walter Wriston. – Finanzbeobachter glauben, daß die Reaktionen Westdeutschlands und Japans darüber entscheiden, ob die neuen Anti-Inflations-Maßnahmen der USA eine neuerliche Welle bei den internationalen Zinssätzen hervorrufen wird ... Jeder Vorteil, den der Dollar durch die US-Schritte gewinnt, könnte sich in Luft auflösen, wenn entweder Westdeutschland oder Japan seine Zinsraten in naher Zukunft anhebt.

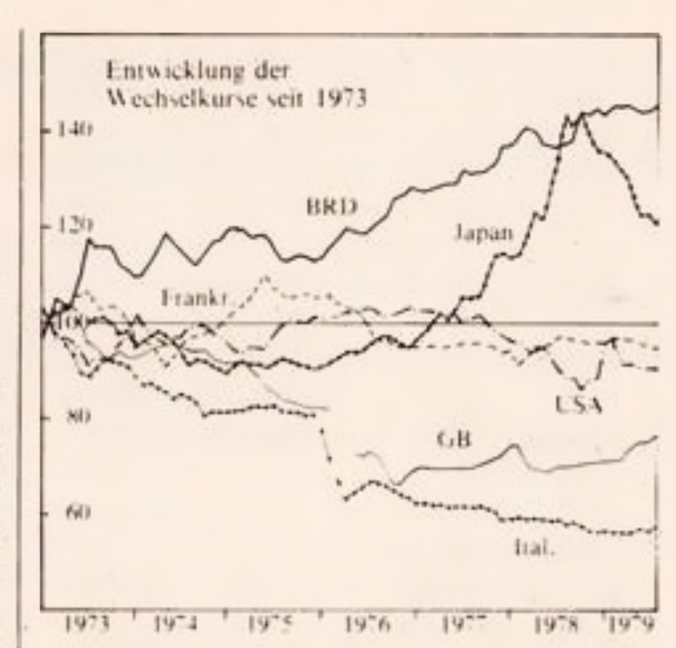
Blick durch die Wirtschaft, 17.10.: Die Vereinigten Staaten müssen nach Emminger ,,bewußt auf ein bis zwei Jahre eine wirtschaftliche Stagnation, wenn nicht sogar Rezession, auf sich nehmen, um die Inflation wieder halbwegs unter Kontrolle zu bekommen".

nicht sehr angenehm ist", sagte der Vorsitzende der Citybank, Walter Wriston. – Finanzbeobachter glauben, daß die Reaktionen Westdeutschlands und Japans darüber entscheiden, ob die neuen Anti-Inflations-Maßnahmen der USA eine neuerliche Welle bei den internationalen Zinssätzen hervorrufen wird ... Jeder Vorteil, den der Dollar durch die US-Schritte gewinnt, könnte sich in Luft auflösen, wenn entweder Westdeutschland oder Japan seine Zinsraten in naher Zukunft anhebt.

Blick durch die Wirtschaft, 17.10.: Die Vereinigten Staaten müssen nach Emminger ,,bewußt auf ein bis zwei Jahre eine wirtschaftliche Stagnation, wenn nicht sogar Rezession, auf sich nehmen, um die Inflation wieder halbwegs unter Kontrolle zu bekommen".



Hektik an der New Yorker Aktienbörse. In der zweiten Oktoberwoche fiel der Kurswert der hier notierten Aktien um 41 Mrd. Dollar.





1977 hatten die USA-Imperialisten durch Verbilligung des Dollars eine Exportoffensive eingeleitet. Jetzt ist der Dollar zwar billig, aber die Exporterfolge sind gering. Der Dollar ist den schadenfrohen Tritten der Konkurrenten ausgesetzt.

Die USA-Imperialisten rüsten für eine neue Phase der Konkurrenzschlacht

z.frb. Auch wenn er den vom Börsenticker trunkenen Journalisten wie ein Blitz aus heiterem Himmel erschien, der jüngste Börsenkrach zu New York war ganz offensichtlich eine wohl geplante Maßnahme der großen Finanzmonopole der USA.

Freiwillig allerdings haben die Spitzen des USA-Imperialismus die Tour auch nicht angetreten. Der Dollar ist aus den gezielten Abwertungen geschwächt hervorgegangen, so daß die imperialistischen Konkurrenten ihrerseits Druck auf die US-Währung ausüben konnten. Sie verlangten ein Ende der maßlosen Kreditexpansion, die den USA-Monopolen die Munition für die Schlachten auf dem Weltmarkt lieferte.

Kübel voll Dollars hatten sich auf den Weltmarkt ergossen und trieben die Inflation. Aber mit dem Scheitern des Expansionsprogramms der USA-Imperialisten wurde auch die Inflation in den USA selbst angeheizt. Denn die ins Ausland geschickten Dollars dienten jetzt als Basis einer unkontrollierten weiteren Ausdehnung des Kredits. Die US-Banken benutzten die Dollar-Einlagen bei ihren ausländischen Niederlassungen – vor allem auf dem europäischen Dollarmarkt – zu Übertragungen an ihre Mutterbanken, die auf diese Sicherheiten mehrfachen Kredit gaben. Nach Angaben der Zentralbank der USA wurden auf diese Weise im dritten Quartal des Jahres mindestens die Hälfte des Kreditzuwachses finanziert – und damit die Inflation beschleunigt.

Es ist klar, daß auf diesem Boden die Spekulation ins Kraut schießen mußte. Ob Gold, Silber, Kupfer oder Weizen, alles was nicht nur Wert darstellt, sondern selbst Wertkörper ist, war gefragt. Aber auch Aktien, die an sich bloß fiktiven Wert darstellen, der aber im allgemeinen mit der Inflation steigt,

seits Druck auf die US-Währung ausüben konnten. Sie verlangten ein Ende der maßlosen Kreditexpansion, die den USA-Monopolen die Munition für die Schlachten auf dem Weltmarkt lieferte.

Kübel voll Dollars hatten sich auf den Weltmarkt ergossen und trieben die Inflation. Aber mit dem Scheitern des Expansionsprogramms der USA-Imperialisten wurde auch die Inflation in den USA selbst angeheizt. Denn die ins Ausland geschickten Dollars dienten jetzt als Basis einer unkontrollierten weiteren Ausdehnung des Kredits. Die US-Banken benutzten die Dollar-Einlagen bei ihren ausländischen Niederlassungen – vor allem auf dem europäischen Dollarmarkt – zu Übertragungen an ihre Mutterbanken, die auf diese Sicherheiten mehrfachen Kredit gaben. Nach Angaben der Zentralbank der USA wurden auf diese Weise im dritten Quartal des Jahres mindestens die Hälfte des Kreditzuwachses finanziert – und damit die Inflation beschleunigt.

Es ist klar, daß auf diesem Boden die Spekulation ins Kraut schießen mußte. Ob Gold, Silber, Kupfer oder Weizen, alles was nicht nur Wert darstellt, sondern selbst Wertkörper ist, war gefragt. Aber auch Aktien, die an sich bloß fiktiven Wert darstellen, der aber im allgemeinen mit der Inflation steigt,

waren gefragt. Es sei auch zu ,,Exzessen" gekommen. So sei versucht worden, eine logische Verbindung zwischen dem Goldmarkt und dem Schweinemarkt in Chicago herzustellen. Und weshalb gingen ausgerechnet jetzt die Rinderpreise nach oben? Warum ausgerechnet Zucker?

Die Maßnahmen, die notwendig waren, den uferlosen Kredit einzudämmen, ehe er sich durch eine unkontrollierte Pleitewelle selbst reduziert, mußten einen gehörigen Teil der USA-Bourgeoisie ernsthaft vor den Kopf stoßen. Um sie dennoch durchzuführen, gibt es in den USA wie in anderen imperialistischen Ländern eine unabhängige Zentralbank.

Zwei Schritte gab der Federal Reserve Board am 6.10. bekannt. Erstens wurde der Diskontsatz noch einmal kräftig auf 12% erhöht. Zweitens müssen die US-Banken und die Niederlassungen ausländischer Banken in den USA zukünftig von ihren Aufnahmen auf dem Euro-Dollarmarkt 8% als Pflichtreserve bei der Zentralbank hinterlegen. Damit will die Zentralbank in Zukunft die Kreditfähigkeit der Banken direkt steuern. Gegenüber der bisherigen Politik über den Zinssatz ist dies eine abrupte Änderung.

Daß von diesem Schlag die Spekulation als erstes getroffen wird, mußte klar sein. Denn der Boom an den Aktien- und Warenmärkten – mitten auf der Fahrt in die Stagnation – war getragen von einem Boom an Börsenkrediten. Die Makler gaben ihren Kunden billige Kredite, damit sie zum Wohle der Maklerprovision auf's Börsenparkett stiegen. Diesen Krediten wurde mit den Maßnahmen der Zentralbank der Hahn abgedreht. Die betrogenen Glücksritter verkauften, um wenigstens die Schulden noch zahlen zu können. Und die Bankmonopole halfen nach, ließen die Kurse purzeln, bis das Feld um die Mittagszeit des Mittwoch soweit bereinigt war, daß sie billig zurückkaufen konnten.

Diese Vernichtungsaktion von 41 Mrd. Dollar fiktivem Kapital ist nur ein kleiner Auftakt zu dem, was jetzt folgen wird. Große Massen Kapital, das Anteil an der Mehrwertmasse verlangt, aber keinen ausreichenden Mehrwert hervorbringt, müssen vernichtet werden. Pleiten bis ins zweite

USA zukünftig von ihren Aufnahmen auf dem Euro-Dollarmarkt 8% als Pflichtreserve bei der Zentralbank hinterlegen. Damit will die Zentralbank in Zukunft die Kreditfähigkeit der Banken direkt steuern. Gegenüber der bisherigen Politik über den Zinssatz ist dies eine abrupte Änderung.

Daß von diesem Schlag die Spekulation als erstes getroffen wird, mußte klar sein. Denn der Boom an den Aktien- und Warenmärkten – mitten auf der Fahrt in die Stagnation – war getragen von einem Boom an Börsenkrediten. Die Makler gaben ihren Kunden billige Kredite, damit sie zum Wohle der Maklerprovision auf's Börsenparkett stiegen. Diesen Krediten wurde mit den Maßnahmen der Zentralbank der Hahn abgedreht. Die betrogenen Glücksritter verkauften, um wenigstens die Schulden noch zahlen zu können. Und die Bankmonopole halfen nach, ließen die Kurse purzeln, bis das Feld um die Mittagszeit des Mittwoch soweit bereinigt war, daß sie billig zurückkaufen konnten.

Diese Vernichtungsaktion von 41 Mrd. Dollar fiktivem Kapital ist nur ein kleiner Auftakt zu dem, was jetzt folgen wird. Große Massen Kapital, das Anteil an der Mehrwertmasse verlangt, aber keinen ausreichenden Mehrwert hervorbringt, müssen vernichtet werden. Pleiten bis ins zweite

Glied der Rangordnung der Konzerne stehen an. Finanzminister Miller auf dem Bankentag in New Orleans: Die Schritte seien dazu bestimmt, solche Mittelaufnahmen unwirtschaftlich zu machen, die für Investitionen geplant sind, welche sich normalerweise nicht auszahlen. Entbehrung von der ,,ganzen Nation" wird gefordert. Die USA-Imperialisten machen einen halben Schritt zurück, um neu zu rüsten.

Entlassung" ist eine ,,günstige Sozialprognose". Die Begutachtung des Gefangenen schreibt das Gesetz zwingend vor. ,,Eine Persönlichkeitserforschung ... ist unverzichtbar ... nur die gründliche Begutachtung des Verurteilten bietet hinreichend Gewähr für die Richtigkeit einer günstigen Sozialprognose." (BT Drucksache 8/3218) Nach der Begutachtung erfolgt die Anhörung durch das Gericht und, für den Fall der Entlassung, die Unterstellung unter einen Bewährungshelfer und Auflagen. ,,Solange die besondere Schwere der Schuld oder die Verteidigung der Rechtsordnung eine weitere Vollstreckung der Freiheitsstrafe gebietet, kommt eine Aussetzung des Strafarrestes nicht in Betracht." In der Form des ,,Gnadenaktes" ließen sich diese Regelungen nicht handhaben.

z.xxx. **Das ZK der Kommunistischen Partei Kampucheas hat in einem Schreiben auf die Grußbotschaft des KBW zum 19. Jahrestag der Gründung der KP Kampucheas geantwortet.** Das Schreiben wurde durch die Botschaft des Demokratischen Kampuchea in Beijing weitergeleitet. Das Schreiben der Botschaft lautet:

Liebe Genossen, mit Freude übermitteln wir Euch die folgende telegraphische Botschaft des Büros für internationale Beziehungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kampucheas vom 6. Oktober 1979.

Wortlaut:

An das Zentrale Komitee
des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Liebe Genossen,

zunächst wollen wir Euch herzlich danken für Eure Grußbotschaft, die Ihr zum 19. Jahrestag der Kommunistischen Partei Kampucheas geschickt habt.

Wir freuen uns sehr über die hohe Wertschätzung, die Ihr unserer Partei und unserem Volk entgegenbringt. Getreu dem proletarischen Internationalismus hat sich der Kommunistische Bund Westdeutschland fest an die Seite der Kommunistischen Partei Kampucheas und des Volkes von Kampuchea gestellt und sie aktiv unterstützt.

Diese kämpferische Solidarität stellt für uns in einer der schwersten Etappen unserer Geschichte eine wertvolle Ermutigung dar und bedeutet einen direkten Beitrag zu unserem gegenwärtigen Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren und ihre sowjetischen Herren.

Die brüderlichen Beziehungen der Freundschaft und der revolutionären Solidarität zwischen der Kommunistischen Partei Kampucheas und dem Kommunistischen Bund Westdeutschland entwickeln sich vor allem nach dem Freundschaftsbesuch der Delegation des KBW unter Leitung von Genossen Hans-Gerhart Schmierer ununterbrochen, und wir sind der Überzeugung, daß sich diese Freundschaft im gemeinsamen Kampf gegen die vietnamesischen regionalen Expansionisten und gegen die sowjetischen internationalen Expansionisten immer weiter festigen wird.

In diesen Gefühlen schicken wir Euch, zusammen mit unseren brüderlichen Wünschen für neue Erfolge bei Euren revolutionären Aufgaben, unsere herzlichsten kommunistischen Grüße.

Demokratisches Kampuchea, den 6. Oktober 1979

Büro für internationale Beziehungen
des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kampucheas

Ende des Textes

Wir senden Euch, liebe Genossen, unsere brüderlichen und herzlichen Grüße.

Beijing, den 11. Oktober 1979

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler
Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 06:* Handel · *Heft 07:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 08:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 09:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 10:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 11:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst
Die Hefte 01 bis 10 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 11 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

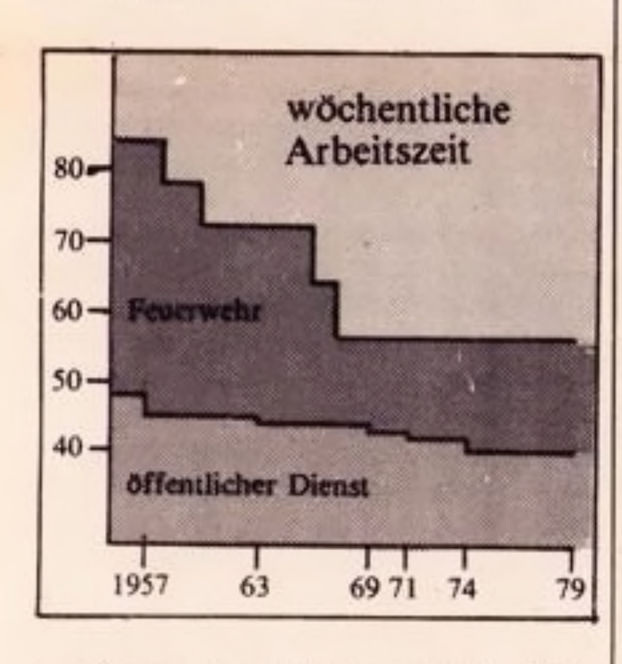
Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040 394590 **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421 6160455 **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030 6145099 **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511 814045 **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201 252353 **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221 720876-77 **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611 730241-42 **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681 583603 **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621 16279 **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911 492095 **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711 620582 **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089 532481



r.mst. **98,8% der GHK-Mitglieder des Hamburger Tischlerhandwerks haben Lohnangebot der Kapitalisten abgelehnt.** Dieses Urabstimmungsergebnis wurde auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des GHK-Tischlerhandwerks am 19.10. bekanntgegeben. Das 5,3% Angebot entspricht etwa 0,60 DM/Std. auf den Ecklohn. Die Ausgangsforderung war 9%, die gemeinsam von Tischlerhandwerk und Holzindustrie gefordert wurde. Die Tarifkommission vom Tischlerhandwerk war auf eine untere Marke von 7% gegangen. Als die Kapitalisten dies nicht zahlen wollten, wurde die Urabstimmung eingeleitet. Die 98,8% Neinstimmen zum 5,3%-Angebot drücken die Entschlossenheit aus, auf keinen Fall ein Ergebnis unter 7% zu akzeptieren. Entsprechend wurde ein Flächenstreik beschlossen. In jedem Betrieb soll ab Donnerstag, 25.10. gestreikt werden. Der größte Teil der 150 anwesenden Gewerkschafter wollten sofort am Montag mit dem Streik beginnen. Bis Dienstag, wo erneut verhandelt wird, besteht jedoch die Friedenspflicht. Wenn die Kapitalisten am Dienstag keine 7% anbieten, wird ab Donnerstag gestreikt. Für Mittwochabend nach der Arbeit wurde bereits ein Vorbereitungstreff einberufen. In der Holzindustrie wird noch weiter verhandelt, da sie dort über 0,60 DM/Stunde angeboten haben. Das ist zwar immer noch zu wenig, aber die Tarifkommission ließ sich auf erneute Verhandlungen am 8.11. ein. Die Tischler im Industriebereich und die Holzarbeiter können also am nächsten Donnerstag nicht mitstreiken. Sie werden den Streik aber auf alle Fälle unterstützen. Die Lage ist günstig. Auf der Mitgliederversammlung wurde aus zwei Betrieben berichtet, daß der Meister lieber 7% zahlen will, als einen Streik zu riskieren.

b.mas. **Vor vier Wochen haben 1500 Feuerwehrleute ihre Forderung nach der 40-Stunden-Woche mit einer kampfstarken Demonstration bekräftigt.** Der Senat erfüllt diese Forderung nicht, sondern will die Feuerwehrleute weiter 54 Stunden arbeiten lassen. In der Zeit von 1971 bis 78 stiegen die Brandeinsätze um 12%, Rettungswa-



geneinsätze um 35%, technische Hilfsleistungen um 59%. Innerhalb von 18 Jahren haben die Feuerwehrleute eine

setzt hier an, die 800 Mio. DM werden darauf verwendet, die Bettenzahl wieder um 1213 zu drücken. Bleibt im Ergebnis ein Zuwachs von 310 Betten bis 1986. Im Bundesdurchschnitt kommen auf 1000 Einwohner 7,6 Krankenhausbetten. In Schleswig-Holstein wären es damit 5,59 Betten auf 1000 Einwohner.

Bestand 1973	**Anzahl**	**Betten**
Universitätskliniken	2	3011
Kommunale Krankenhäuser	39	7524
Freigemeinnützige	14	2029
Privatkliniken	31	993
gesamt	**86**	**13675**
Planung 1976		
Universitätskliniken	2	3000
Schwerpunktkrankenhäuser	8	5900
Regelkrankenhäuser	18	5820
KH besond. Art	5	460
gesamt	**33**	**15180**
Planung für 1986		
gesamt	**33**	**13967**

b.ekj.Hamburg. **Schüler der Fachhochschule Sozialpädagogik wehren sich gegen Verschärfung der Ausbildungsbedingungen.** Am 16.10. demonstrierten einige 100 Schüler der Fachschule Wagnerstraße und der Max-Brauer-Allee vor der Schulbehörde. Sie wehren sich gegen die vorbereitenden Beschlüsse der Kultusministerkonferenz – Verschärfung der Eingangsbedingungen, die es Hauptschülern nicht mehr ermöglicht, die Fachhochschulreife zu erlangen und die Aufnahme von Mathe und Englisch in den Unterrichtsplan, was eine Erhöhung der Durchfallquote bedeutet.

b.hee.Havetoft. **Die Flurbereinigung Havetoft, Kreis Schleswig-Flensburg, ist 1972 von der Landesregierung angeordnet worden.** Die Hälfte der 16 landwirtschaftlichen Betriebe sind Nebenerwerbsbetriebe, insgesamt wird eine Fläche von 679,18 ha bewirtschaftet. Schon im Zeitraum vor 1972 ist die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte von 52% 1961 auf 23% gesenkt worden. Die Zahl der Auspendler stieg von 34 auf 84 Lohnabhängige im gleichen Zeitraum. Die heute 10 ha Waldfläche sollen auf 110 aufgeforstet werden. Senkung der Knickzahl und Änderung ihrer Führung Form soll stattfinden. In Havetoft gibt es zwei Bauern mit über 50 ha Land, die anderen zwölf liegen zwischen 10 und 50 ha. Der Bericht der Flurbereinigungsbehörde stellt fest, daß zehn Bauern aufstocken wollen, fünf seien ruinierungsfähig. Jetzt soll Land ,,umverteilt werden'', um Entwicklungsfähige aufzustocken. In den öffentlichen Terminen im Havetofter Krug wehren sich die Bauern dagegen, daß einzelne abgespalten werden.

Ein Erfolg im Kampf gegen die Bereitschaftsdienste im Krankenhaus

r.mas. 5 Assistenzärzte aus dem AK Wandsbek haben jetzt den Prozeß gegen die Gesundheitsbehörde gewonnen. Das Arbeitsgericht Altona mußte den Bereitschaftsdienst der Ärzte als Arbeitsbereitschaft anerkennen. Der Gesundheitsbehörde wurde untersagt, die Ärzte mehr als 1 mal in der Woche zum Bereitschaftsdienst heranzuziehen. Nach 24 Stunden Arbeit ist eine Pause von 13 Stunden zu gewähren. Dieses Urteil ist ein Erfolg im Kampf gegen die maßlose Vernutzung der Arbeitskraft, den die Ärzte – gestützt auf die ÖTV – erreicht haben. Es ist der 3. Prozeß in Hamburg, den die Ärzte gegen die Gesundheitsbehörde gewonnen haben. In Hannover und Westberlin laufen ebenfalls Klagen. Die ersten beiden Prozesse in Hamburg sind in 1. und 2. Instanz von den Ärzten gewonnen worden. Die Gesundheitsbehörde geht jetzt vors Bundesarbeitsgericht.

Diese Arbeitsgerichtsprozesse sind die Spitze der langjährigen Kämpfe der Ärzte gegen die lange Arbeitszeit durch Ausweitung der Bereitschaftsdienste. Durchschnittlich 32 Stunden hintereinander arbeiten die Ärzte im Krankenhaus. 8 Stunden Dienst, 16 Stunden Bereitschaft, 8 Stunden Dienst. Bei Wochenenddienst kommen sie bis auf 81 Arbeitsstunden. 8 Bereitschaftsdienste im Monat bedeuten 16 Arbeitstage pro Monat zusätzlich. Das sind 176 Arbeitstage pro Jahr. Bei den üblichen 180 Arbeitstagen der Angestellten im Jahr heißt das: die Ärzte arbeiten in einem Jahr zwei Jahre.

Während des Bereitschaftsdienstes schlafen die Ärzte durchschnittlich 4 Std. und 37 Min. Diese Zeit wird durchschnittlich 2 mal wegen einem Notfall unterbrochen. Hinzu kommen Schlafunterbrechungen wegen Lärm. Die Arbeit ,,entspricht den Bedingungen des Katastropheneinsatzes, wo bis zum Umfallen gearbeitet werden muß... dies ist Ausbeutung in moderner Form'' greift die ÖTV die Bereitschaftsdienste in einem Flugblatt an. Die Gesundheitsbehörde hält an der Arbeitszeitordnung von 1924 fest. §1 ,,In Krankenpflegeanstalten darf das Personal in der Woche – einschließlich der Sonn- und Feiertage – bis zu 60 Stunden, die Pausen nicht eingerechnet, beschäftigt werden. Die tägliche Arbeitszeit soll in der Regel 10 Stunden nicht überschreiten.'' Dieses reaktionäre Gesetzeswerk setzt jegliche Beschränkung des Arbeitstages außer Kraft ,,bei vorübergehenden Arbeiten, die in Notfällen vorgenommen werden müssen.'' Da der Bereitschaftsdienst überwiegend aus Notfällen besteht, stützt sich der Dienstherr auf diese Regelung. Die ÖTV fordert dagegen: Abschaffung der Arbeitszeitordnung von 1924, Anwendung der für alle Lohnabhängigen gültigen Arbeitsordnung von 1938, Anerkennung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit, Erweiterung der Stellenpläne und ausreichende Freizeit nach jedem Nachtdienst.

Die Regelungen im BAT beziehen sich entweder nur auf die Vergütung der Bereitschaftsdienste oder sind faktisch außer Kraft gesetzt.

Auf einer Versammlung von 130 Assistenzärzten in Westberlin wurde der Vorschlag gemacht, nach jedem Bereitschaftsdienst schriftlich zu erklären, daß man übermüdet sei und nach Hause gehen wolle. Dem Chefarzt soll diese Erklärung zur Unterschrift vorgelegt werden. Derartige Kampfschritte sind eine nützliche Unterstützung für die Arbeitsgerichtsprozesse. Das fehlende Arbeitsschutzrecht läßt sich jedoch nicht durch Tarifrecht ersetzen. Gesetzliche Absicherung ist notwendig, wie es die ÖTV auch anstrebt. Einhaltung des Normalarbeitstages. 8 Stunden an 5 Wochentagen. Beschränkung der Nachtarbeit auf 4 Stunden. Diese Forderungen ermöglichen den Zusammenschluß der Ärzte mit allen Krankenhausbeschäftigten. Nur die Chefärzte werden dagegen sein. Sie machen ganz gern ein wenig Bereitschaft und Überstungen für die Privatpatienten. Auf diese Weise z.B. bringt es der Chefarzt der Augenklinik im UKE Sautter auf 120000 DM im Monat.

Lohn und Kaufkraft - Beispiel Zeiss Göttingen

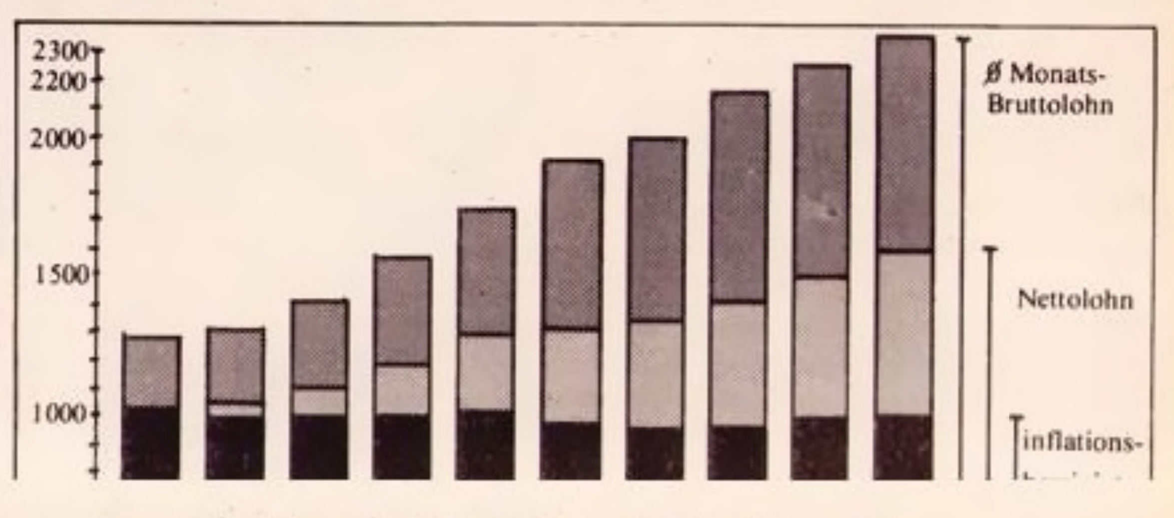
b.ulr. Bei den unteren Lohngruppen in der metallverarbeitenden Industrie liegt die Lohnsenkung der letzten Jahre ziemlich klar auf der Hand. Vor allem dort, wo zu niedrige Tarifabschlüsse mit Abgruppierungen zusammenfielen. Daß es bei den höheren Facharbeiterlohngruppen ganz anders aussieht wird von den bürgerlichen Demagogen behauptet, um Spaltung im Lohnkampf zu säen.

Wir haben die Lohnzettel eines Zeiss-Arbeiters aus den Jahren 70 – 79 untersucht, der in Lohngruppe 8 (Facharbeiterlohngruppe ist 7) und in der Steuerklasse 4 ist. Günstig für den Vergleich der Löhne ist, daß er während der letzten zehn Jahre immer in derselben Lohngruppe und Steuerklasse war. Für Behauptungen über die ,,hohen Facharbeiterlöhne'' gibt die Entwicklung des Bruttolohnes, wie man in dem Schaubild feststellen kann,

erstmal einen Vorwand. Von knapp 1300DM auf gut 2350DM ist der Bruttolohn seit 70 ziemlich kontinuierlich gestiegen. Viel gemächlicher und stockender sieht schon die Nettolohnentwicklung aus. Um keine 600DM ist der Nettolohn seit 70 gestiegen. 75 und 76 stagniert der Nettolohn trotz erheblicher Bruttolohnsteigerung –

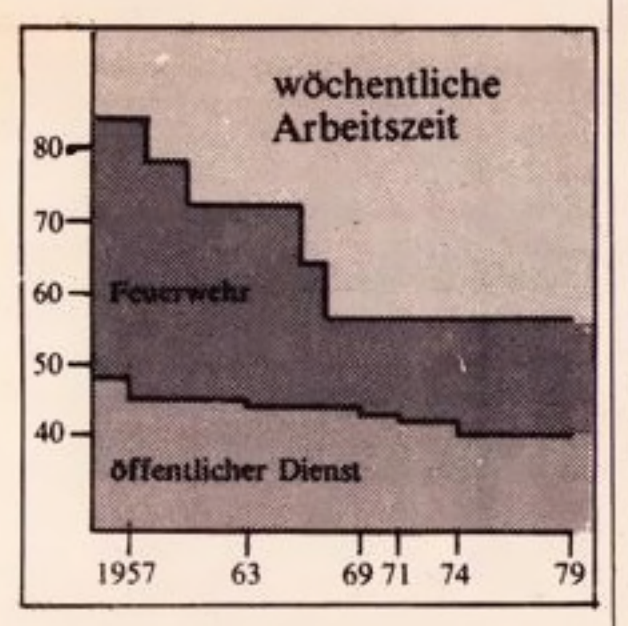
progression gezwungen ist, wirken sich die Bruttolohnerhöhungen überhaupt erst wieder auf den Nettolohn aus. Die Höhepunkte der Steuerräuberei fallen nicht zufällig mit der Erhöhung des Akkordleistungsgrades zusammen, der sich im ganzen Betrieb wie auch bei dem Arbeiter in den Jahren 74 bis 76 von 137 auf 140% steigert, um wenigstens noch eine geringfügige Nettoerhöhung zu erreichen. Ohne deutliche Steuersenkungen wird 1980 das gleiche eintreten.

Der inflationsbereinigte Nettolohn läßt schon die wirkliche Bewegung des Lohnes deutlich werden: langsam aber stetig nach unten. In Wirklichkeit ist die Lohnsenkung natürlich drastischer, weil wir nur die offizielle Preissteigerungsrate vom Nettolohn abgezogen haben. Dabei bleibt unberücksichtigt, daß die Reproduktionsmittel für den Arbeiterhaushalt stärker im Preis gestiegen sind als Luxuswaren und Investitionsgüter. Die stärkere Ausbeutung, die man schon an der Steigerung der Akkordleistung ablesen kann, erfordert zugleich größere Ausgaben, um die Arbeitskraft reproduzieren zu können. Anschaffungen, wie z.B. eine Geschirrspülmaschine müssen aus gesenktem Lohn bestritten werden, was einen direkt in die Verschuldung treibt. An einer kräftigen Erhöhung des Grundlohnes um 170 DM/8% mindestens und gleichzeitiger starker Drosselung der Steuerabzüge haben die höheren Facharbeiterlohngruppen genauso wie die unteren Lohngruppen ein Interesse.



nen also am nächsten Donnerstag nicht mitstreiken. Sie werden den Streik aber auf alle Fälle unterstützen. Die Lage ist günstig. Auf der Mitgliederversammlung wurde aus zwei Betrieben berichtet, daß der Meister lieber 7% zahlen will, als einen Streik zu riskieren.

b.mas. **Vor vier Wochen haben 1500 Feuerwehrleute ihre Forderung nach der 40-Stunden-Woche mit einer kampfstarken Demonstration bekräftigt.** Der Senat erfüllt diese Forderung nicht, sondern will die Feuerwehrleute weiter 54 Stunden arbeiten lassen. In der Zeit von 1971 bis 78 stiegen die Brandeinsätze um 12%, Rettungswa-



geneinsätze um 35%, technische Hilfsleistungen um 59%. Innerhalb von 18 Jahren haben die Feuerwehrleute eine Arbeitszeitverkürzung von 84 auf 56 Wochenstunden durchsetzen können. Seit 1970 fordert die ÖTV die Angleichung an den Öffentlichen Dienst. Es ist notwendig, die Äußerung des Hamburger Senats sofort zurückzuweisen, die den Bereitschaftsdienst nicht zur Arbeitszeit rechnen will.

b.mee. **Die schleswig-holsteinische Landwirtschaftliche Alterskasse will zustimmen, zusätzlich zwei Zivildienstleistende als Betriebshelfer einzustellen.** Voraussetzung ist die landwirtschaftliche Gehilfenprüfung. Betriebshelfer müssen den Bauern bei Krankheit ersetzen. Die Alterskasse schickt die Betriebshelfer je nach Krankheitsfall kreuz und quer durch Schleswig-Holstein. Übernachtet werden muß auf dem Hof. Die Alterskasse hat Schwierigkeiten, Landarbeiter diesen Arbeitsbedingungen zu unterwerfen. Zivildienstleistende werden per Gesetz dazu verpflichtet. Sie erhalten weniger als ein Viertel des Landarbeiterlohnes. Der Anfang vom Arbeitsdienst in der Landwirtschaft ist wieder geschaffen, bemäntelt als sozialer Dienst. Die monatlichen Beiträge der Bauern hat die Alterskasse in diesem Jahr von 63 auf 66 DM erhöht.

b.chc.Kiel. **800 Mio. DM steckt die Landesregierung Schleswig-Holsteins in die neue Krankenhauszielplanung, die sich bis 1986 erstreckt.** 1972 gab es 13657 Krankenhaus-Betten. Stoltenbergs Zielplanung sah eine Zentralisierung der Krankenhäuser von 86 auf 33 vor, dabei ergab sich ein Mehr an Betten von 1523. Sozialminister Braun

Sie wehren sich gegen die vorbereitenden Beschlüsse der Kultusministerkonferenz – Verschärfung der Eingangsbedingungen, die es Hauptschülern nicht mehr ermöglicht, die Fachhochschulreife zu erlangen und die Aufnahme von Mathe und Englisch in den Unterrichtsplan, was eine Erhöhung der Durchfallquote bedeutet.

b.hee.Havetoft. **Die Flurbereinigung Havetoft, Kreis Schleswig-Flensburg, ist 1972 von der Landesregierung angeordnet worden.** Die Hälfte der 16 landwirtschaftlichen Betriebe sind Nebenerwerbsbetriebe, insgesamt wird eine Fläche von 679,18 ha bewirtschaftet. Schon im Zeitraum vor 1972 ist die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte von 52% 1961 auf 23% gesenkt worden. Die Zahl der Auspendler stieg von 34 auf 84 Lohnabhängige im gleichen Zeitraum. Die heute 10 ha Waldfläche sollen auf 110 aufgeforstet werden. Senkung der Knickzahl und Änderung ihrer Führung Form soll stattfinden. In Havetoft gibt es zwei Bauern mit über 50 ha Land, die anderen zwölf liegen zwischen 10 und 50 ha. Der Bericht der Flurbereinigungsbehörde stellt fest, daß zehn Bauern aufstocken wollen, fünf seien ruinierungsfähig. Jetzt soll Land ,,umverteilt werden'', um Entwicklungsfähige aufzustocken. In den öffentlichen Terminen im Havetofter Krug wehren sich die Bauern dagegen, daß einzelne abgespalten werden.



heißt eine aus Steuern finanzierte Zeitung des Senats, mit der mehr ,,Bürgernähe'' erreicht werden soll. Grund: Die Hamburger SPD verbuchte in den Jahren 77/78 1400 Austritte und hat mit 29000 Mitgliedern ihren Tiefstand. Die CDU liegt bei 14000. Die FDP, nicht mehr im Geschäft, schrumpft seit 76 und lag Ende 78 bei 2378.

b.hel.Norderstedt. **Norderstedt schickt sich an, sein 10jähriges Bestehen zu feiern.** Vor 10 Jahren wurde Norderstedt aus vier großen Landgemeinden der Kreise Pinneberg und Segeberg konstruiert. Feiern will das Norderstedt der Kapitalisten und Bodenspekulanten, und sie hätten es zu gerne, wenn die Volksmassen Norderstedts in Jubel ausbrächen. Es wollen aber gar nicht so recht die gewünschten patriotischen Gefühle um diese ,,Stadt im Grünen, in der es sich leben läßt'' aufkommen. So eifrig auch Embacher, der Bürgermeister und Vater dieser Stadtgründung, Feuerwehr- und Schützenfestumzüge vorwegmarschiert, Norderstedt ist eine bewußt geschaffene Konstruktion zur Plünderung der Volksmassen und zur Mästung der Kapitalisten. Vor zwei Jahren hatte der KBW das zusammengefaßt in einem Flugblatt: ,,Der Name des Bürgermeisters Embacher steht für Plünderung und Unterdrückung, für Niedertracht und Dieberei.'' Der Magistrat hat einen Beleidigungsprozeß angestrengt. Dieser Prozeß, am Freitag den 26.10., 10.00 Uhr am Amtsgericht Norderstedt wird auch dazu beitragen, den Jubel um die Stadtgründung zu dämpfen.

Lohn und Kaufkraft - Beispiel Zeiss Göttingen

b.ulr. Bei den unteren Lohngruppen in der metallverarbeitenden Industrie liegt die Lohnsenkung der letzten Jahre ziemlich klar auf der Hand. Vor allem dort, wo zu niedrige Tarifabschlüsse mit Abgruppierungen zusammenfielen. Daß es bei den höheren Facharbeiterlohngruppen ganz anders aussieht wird von den bürgerlichen Demagogen behauptet, um Spaltung im Lohnkampf zu säen.

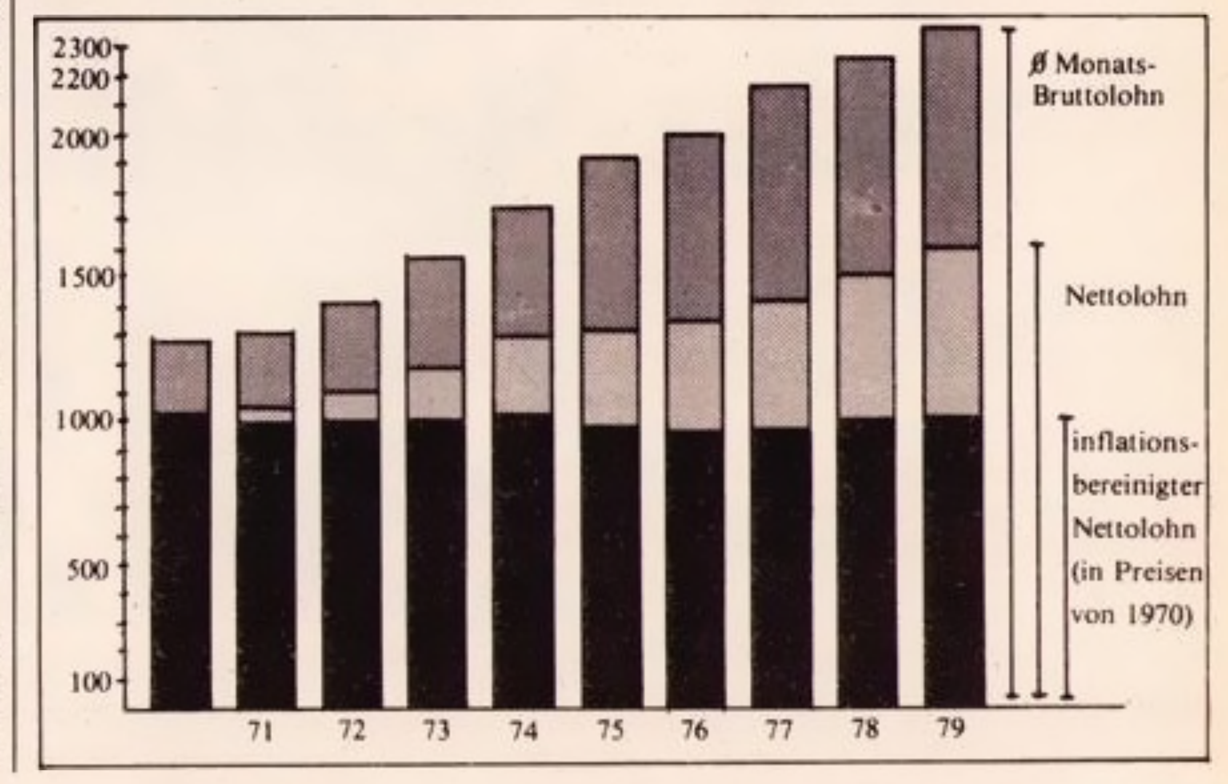
Wir haben die Lohnzettel eines Zeiss-Arbeiters aus den Jahren 70 – 79 untersucht, der in Lohngruppe 8 (Facharbeiterlohngruppe ist 7) und in der Steuerklasse 4 ist. Günstig für den Vergleich der Löhne ist, daß er während der letzten zehn Jahre immer in derselben Lohngruppe und Steuerklasse war. Für Behauptungen über die ,,hohen Facharbeiterlöhne'' gibt die Entwicklung des Bruttolohnes, wie man in dem Schaubild feststellen kann,

erstmal einen Vorwand. Von knapp 1300DM auf gut 2350DM ist der Bruttolohn seit 70 ziemlich kontinuierlich gestiegen. Viel gemächlicher und stockender sieht schon die Nettolohnentwicklung aus. Um keine 600DM ist der Nettolohn seit 70 gestiegen. 75 und 76 stagniert der Nettolohn trotz erheblicher Bruttolohnsteigerung – ein direktes Ergebnis der Apelschen Steuerreform von 74, die nach geringfügigen Steuerentlastungen 74 zu einer

erheblichen Abzugsprogression 75 und 76 führte. Erst als die Regierung in den Jahren 77 – 79 zu einer geringen und kurzfristigen Dämpfung der Steuer-

progression gezwungen ist, wirken sich die Bruttolohnerhöhungen überhaupt erst wieder auf den Nettolohn aus. Die Höhepunkte der Steuerräuberei fallen nicht zufällig mit der Erhöhung des Akkordleistungsgrades zusammen, der sich im ganzen Betrieb wie auch bei dem Arbeiter in den Jahren 74 bis 76 von 137 auf 140% steigert, um wenigstens noch eine geringfügige Nettoerhöhung zu erreichen. Ohne deutliche Steuersenkungen wird 1980 das gleiche eintreten.

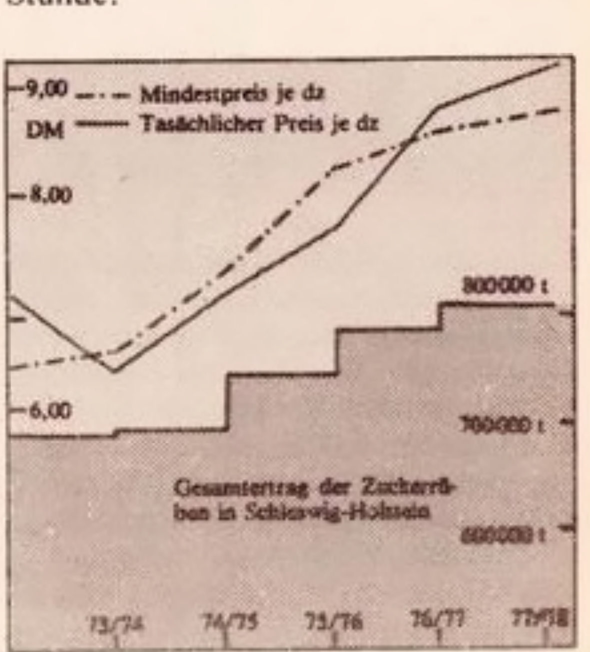
Der inflationsbereinigte Nettolohn läßt schon die wirkliche Bewegung des Lohnes deutlich werden: langsam aber stetig nach unten. In Wirklichkeit ist die Lohnsenkung natürlich drastischer, weil wir nur die offizielle Preissteigerungsrate vom Nettolohn abgezogen haben. Dabei bleibt unberücksichtigt, daß die Reproduktionsmittel für den Arbeiterhaushalt stärker im Preis gestiegen sind als Luxuswaren und Investitionsgüter. Die stärkere Ausbeutung, die man schon an der Steigerung der Akkordleistung ablesen kann, erfordert zugleich größere Ausgaben, um die Arbeitskraft reproduzieren zu können. Anschaffungen, wie z.B. eine Geschirrspülmaschine müssen aus gesenktem Lohn bestritten werden, was einen direkt in die Verschuldung treibt. An einer kräftigen Erhöhung des Grundlohnes um 170 DM/8% mindestens und gleichzeitiger starker Drosselung der Steuerabzüge haben die höheren Facharbeiterlohngruppen genauso wie die unteren Lohngruppen ein Interesse.



r.kea. **Der 16. Delegiertenkongreß der Gewerkschaft der Polizei (GdP) fand vom 17. bis 19.10.1979 in Hannover statt.** Ein Schwarm von Bourgeoispolitikern beschwor die Delegierten, daß die Polizei ,,unsere Grundrechte schützt, unsere innere Sicherheit garantiert'' (Bundespräsident Carstens). Ministerpräsident Albrecht lobte sich selbst dafür, daß im niedersächsischen Polizeigesetzentwurf entsprechend der Gewerkschaftsforderung auf eine militärische Bewaffnung der Polizei verzichtet wurde, und wollte für seine Atommüllpläne in Gorleben auch in der Gewerkschaft Stimmung machen. Das gelang aber nicht. Die GdP forderte die Eliminierung aller militärrechtlichen Einschränkungen aus dem Polizeirecht, insbesondere für den Bundesgrenzschutz. Der Vorsitzende der GdP, Schirrmacher, warf Bundesinnenminister Baum vor, ,,unter Ausnutzung aller Tricks'' die Gewerkschaftsarbeit im Bundesgrenzschutz zu behindern. Gegenüber den Dienstherren der Polizei, den Innenministern, wurden Forderungen aufgestellt: Verkürzung der Arbeitszeit, Verlängerung des Jahresurlaubs, Regelung des Überstundenausgleichs, zusätzlicher finanzieller Ausgleich für Wechselschichtdienst und Beschränkung des Schichtdienstes auf einen bestimmten Altersabschnitt.

r.khg. **Nach insgesamt 80 Tagen Untersuchungshaft mußten die in Hamburg gefangengehaltenen vier iranischen Studenten freigelassen werden.** Vier weitere Iraner waren nach ca. 4 Wochen Haft entlassen worden. Ihnen allen wirft die Staatsanwaltschaft vor, einen ehemaligen SAVAK-Agenten zum Verlassen der BRD genötigt, geschlagen und beraubt zu haben. Gegen die Inhaftierung hatte es mehrere Protestdemonstrationen gegeben. Der DGB-Kreisjugendausschuß hatte einen Protestbrief an Klose geschrieben. Der iranische Generalkonsul hatte sich eingeschaltet. Das Landgericht jetzt: Es besteht keine Fluchtgefahr mehr.

b.sal.St.Michaelisdonn. **In der Zuckerfabrik wird bis zu zwölf Stunden täglich gearbeitet.** Mit Beginn der Zuckerrübenkampagne im Oktober wurden etwa 40 Saisonarbeiter eingestellt. Sie arbeiten in drei Schichten. In der Tagschicht arbeiten sie bis zu zwölf Stunden, z.T. samstags nochmal zehn und sonntags sechs. Die Saisonarbeiter kommen überwiegend aus der Landwirtschaft und erhalten 9,35 DM je Stunde.





Etwa 1500 Schüler demonstrierten am 18.10. in Hannover gegen die von Kultusminister Remmers geplante Schulgesetznovelle. „Weg mit der Schulgesetznovelle", „Demokratie statt Auslese", „Für Schülerrechte" waren u.a. die Parolen. Bei der Abschlußkundgebung gingen einige Hunderte ins Rathaus (s. Bild) und stellten die anwesenden Stadträte zur Rede.

Das „Identifizierungsproblem". Die Absicht der CDU, in Niedersachsen Bezirksräte einzuführen

r.gör. 1975 wurde in Nordrhein-Westfalen, von allen im Landtag vertretenen Parteien beschlossen, in den Städten des Landes Bezirksräte einzuführen. Ein ähnliches „Mehr Demokratie"-Konzept wurde für Niedersachsen bereits im Juni letzten Jahres in einer Regierungserklärung angekündigt. Nach längeren Kommissionsberatungen legt nunmehr die CDU-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf vor.

Entsprechend Ortsräten in Gemeinden sollen Bezirksräte in den größeren Städten unterhalb der Ebene des Stadtrates in Stadtteilen oder ähnlich abgegrenzten Stadtbezirken von der je ansässigen Bevölkerung gewählt werden. Im großen und ganzen soll das in allen Städten mit mehr als 100000 Einwohnern geschehen. Je nach Größe der Stadt sollen etwa 6–10 Bezirksräte gebildet werden. Sie sollen einige bezirklich beschränkte Probleme behandeln dürfen: Unterhaltung, Ausstattung und Benutzung von Schulen, Büchereien, Kindergärten, Altenheime u.a., Pflege von Heimat, Brauchtum, Patenschaften, Straßenbeleuchtungseinrichtungen. Und sie sollen das Recht haben, den Stadtrat beraten zu dürfen. Nicht geplant ist, die Bezirksräte mit einem eigenen Etat auszustatten. Vielmehr werden ihnen – je nach genehmigtem Bedarf – Mittel zugewiesen. Die Wahl der Bezirksräte soll parallel zu den Stadtratswahlen verlaufen. Die Funktion soll ehrenamtlich wahrgenommen werden (mit evtl. „Aufwandsentschädigung" für den Vorsitzenden).

Was verspricht sich die CDU? Hören wir aus der Begründung des Gesetzentwurfes: „Auch im Lande Niedersachsen ist wie in anderen Bundesländern festzustellen, daß die Idee der kommunalen Selbstverwaltung in der

Nach längeren Kommissionsberatungen legt nunmehr die CDU-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf vor.

Entsprechend Ortsräten in Gemeinden sollen Bezirksräte in den größeren Städten unterhalb der Ebene des Stadtrates in Stadtteilen oder ähnlich abgegrenzten Stadtbezirken von der je ansässigen Bevölkerung gewählt werden. Im großen und ganzen soll das in allen Städten mit mehr als 100000 Einwohnern geschehen. Je nach Größe der Stadt sollen etwa 6–10 Bezirksräte gebildet werden. Sie sollen einige bezirklich beschränkte Probleme behandeln dürfen: Unterhaltung, Ausstattung und Benutzung von Schulen, Büchereien, Kindergärten, Altenheime u.a., Pflege von Heimat, Brauchtum, Patenschaften, Straßenbeleuchtungseinrichtungen. Und sie sollen das Recht haben, den Stadtrat beraten zu dürfen. Nicht geplant ist, die Bezirksräte mit einem eigenen Etat auszustatten. Vielmehr werden ihnen – je nach genehmigtem Bedarf – Mittel zugewiesen. Die Wahl der Bezirksräte soll parallel zu den Stadtratswahlen verlaufen. Die Funktion soll ehrenamtlich wahrgenommen werden (mit evtl. „Aufwandsentschädigung" für den Vorsitzenden).

Was verspricht sich die CDU? Hören wir aus der Begründung des Gesetzentwurfes: „Auch im Lande Niedersachsen ist wie in anderen Bundesländern festzustellen, daß die Idee der kommunalen Selbstverwaltung in der

Bevölkerung zunehmend ihre Resonanz verliert. Ihren Ausdruck findet diese Entwicklung in der mangelnden Identifizierung des Bürgers mit Entscheidungen der gewählten Vertretungen, in dem damit einhergehenden Entstehen von Bürgerinitiativen und in dem seitherigen Bemühen um eine verbesserte Bürgerbeteiligung. Der Grund ist zum einen darin zu suchen, daß nicht zuletzt durch die Verschmelzung gewachsener Einheiten die soziale und politische Isolierung des Einzelnen in der Gesellschaft zugenommen hat. Zum anderen ist nicht zu übersehen, daß ein großer Teil der Bevölkerung heute vor allem von dem Wunsch nach Verwaltungsleistung erfüllt ist, unabhängig davon, wer sie erbringt – diese Haltung hat ein Verhalten gegenüber der Verwaltung zur Folge, das eher zu emotionalen als bürgerschaftlich motivierten Aktivitäten führt, wenn deren Leistungen einmal nicht in gewohnter oder erwarteter Leistung erbracht werden."

Die Beschreibung des Sachverhalts zeigt die Absicht. Der in zahlreichen Kämpfen aufgebrochene *Gegensatz* zwischen den Interessen der arbeitenden Klassen und denen der bürgerlichen Staatsorgane wird in ein Problem mangelnder Identifizierung der Bürger mit der Politik umgemünzt. Dann folgt sogleich die angepeilte Lösung: Nicht die Politik soll geändert werden, sondern der Bürger soll lernen, sich mit ihr zu identifizieren. Daher auch die Begründung der Bezirksräte mit dem betrügerischen Zweck: „Das Ziel, das kommunalpolitische Interesse und Engagement des Bürgers zu verstärken, läßt sich nur erreichen, wenn dem Stadtbezirksrat einige wichtige im Stadtbezirk zu erfüllende Aufgaben übertragen werden."

Der Nachbar im Bezirksrat soll das Problem lösen, das allerlei Beratungsstellen und Kontaktbeamte offenbar nicht lösen können. Aus dem Bürger, der Forderungen an den Staat stellt, soll der Bürger werden, der um die Schwierigkeiten ihrer Befriedung weiß. Aus dem Gegensatz zum Staatsapparat soll ein Geflecht von Widersprüchen

heute vor allem von dem Wunsch nach Verwaltungsleistung erfüllt ist, unabhängig davon, wer sie erbringt – diese Haltung hat ein Verhalten gegenüber der Verwaltung zur Folge, das eher zu emotionalen als bürgerschaftlich motivierten Aktivitäten führt, wenn deren Leistungen einmal nicht in gewohnter oder erwarteter Leistung erbracht werden."

Die Beschreibung des Sachverhalts zeigt die Absicht. Der in zahlreichen Kämpfen aufgebrochene *Gegensatz* zwischen den Interessen der arbeitenden Klassen und denen der bürgerlichen Staatsorgane wird in ein Problem mangelnder Identifizierung der Bürger mit der Politik umgemünzt. Dann folgt sogleich die angepeilte Lösung: Nicht die Politik soll geändert werden, sondern der Bürger soll lernen, sich mit ihr zu identifizieren. Daher auch die Begründung der Bezirksräte mit dem betrügerischen Zweck: „Das Ziel, das kommunalpolitische Interesse und Engagement des Bürgers zu verstärken, läßt sich nur erreichen, wenn dem Stadtbezirksrat einige wichtige im Stadtbezirk zu erfüllende Aufgaben übertragen werden."

Der Nachbar im Bezirksrat soll das Problem lösen, das allerlei Beratungsstellen und Kontaktbeamte offenbar nicht lösen können. Aus dem Bürger, der Forderungen an den Staat stellt, soll der Bürger werden, der um die Schwierigkeiten ihrer Befriedung weiß. Aus dem Gegensatz zum Staatsapparat soll ein Geflecht von Widersprüchen

innerhalb der Volksmassen werden. Aber der Betrug muß nicht gelingen. Was der reaktionären Absicht einer Zersetzung demokratischer Kämpfe entspringt, kann durchaus ein Mittel zur Zersetzung der bürgerlichen Staatsorgane werden. Man muß also nicht dagegen sein.

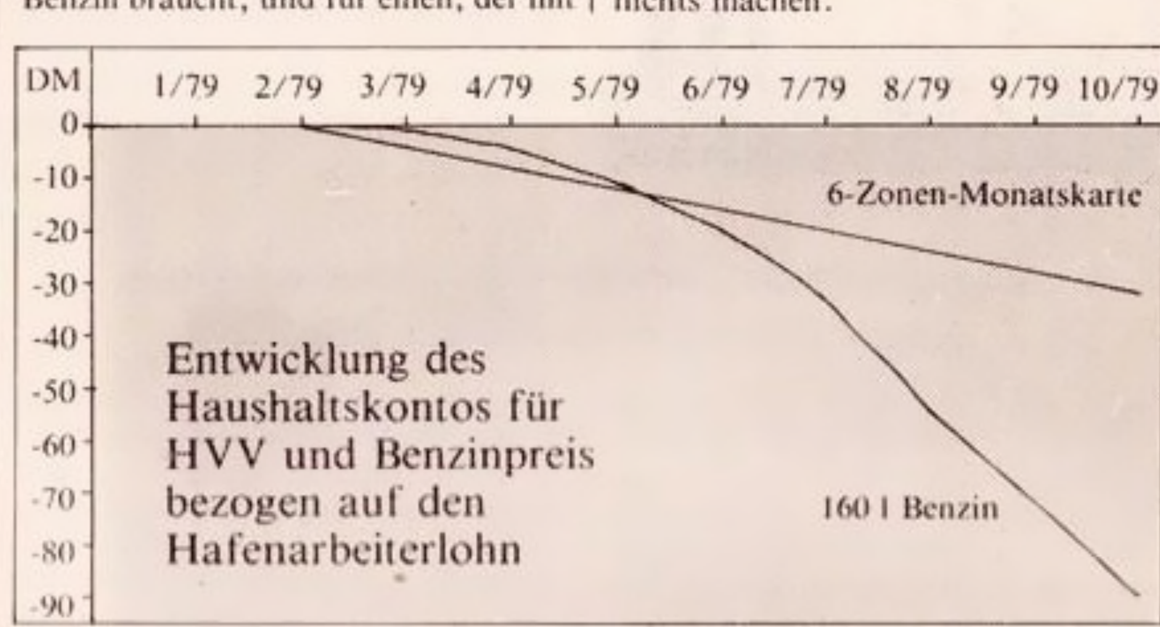
HVV will noch mehr einstreichen

Gestiegener Benzinpreis macht Ausweg übers Auto unmöglich

b.obj. Am 10. Oktober hat der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) dem Hamburger Senat einen Antrag auf Fahrpreiserhöhung eingereicht. Vorausgegangen war eine Berechnung des HVV, daß im Jahre 1980 eine zusätzliche „Deckungslücke von rd. 30 Mio. DM" auftreten würde. Nach diesen Berechnungen hat der Hamburger Senat den HVV aufgefordert, einen Tariferhöhungsvorschlag auszuarbeiten, der 18 Mio. DM pro Jahr an Mehreinnahmen bringt, d.h. die sogenannte Deckungslücke sollte zu zwei Dritteln aus den Fahrpreisen und zu einem Drittel aus Steuergeldern geschlossen werden. An dem Prinzip der Kostendeckung zu 2/3 hält der Senat bereits seit Jahren fest. Dahinter verbirgt sich jedoch die planmäßige Plünderung. So heißt es zwar in der Pressemitteilung des HVV, daß „der Grund für die Neufestsetzung... gestiegene Aufwendungen bei Personal und Betrieb" sind, verschwiegen wird dabei natürlich, daß sich hinter „Aufwendungen für Personal" auch der große Anteil an abgezogener Lohnsteuer und Versicherungsbeträgen befindet, von denen sich kein einziger der HVV-Beschäftigten etwas zum Leben kaufen kann. Und hinter den gestiegenen Aufwendungen für Betrieb stecken zum großen Teil die durch die Ölmonopole heraufgesetzten Benzin- und Dieselkraftstoffpreise, auf die der Staat auch sofort wieder die Mehrwertsteuer einkassiert. Die Deckungslücke ist also in Wirklichkeit eine Differenz zwischen den Einnahmen, die sich der Hamburger Senat aus dem Bereich öffentlicher Nahverkehr verspricht, und zwischen der Marke, die er bei Beibehaltung der Tarife erhalten würde.

Dabei darf über die Ausplünderung nicht hinwegtäuschen, daß der Staat so „großzügig" ist, für den öffentlichen Nahverkehr nur die reduzierte Mehrwertsteuer von 6,5% einzutreiben.

Daß der Hamburger Senat bereits ein halbes Jahr nach der letzten Fahrpreiserhöhung wieder zulangen will in der Höhe von durchschnittlich 4,9%, beim Kurzstreckenfahrtausweis um 9,1%, ergibt sich aus der Haushaltsrechnung für Beförderung, die in jeder Familie gemacht werden muß. Wir haben im nebenstehenden Schaubild eine Haushaltskontenrechnung gemacht für einen Hafenarbeiter, der mit dem Auto zur Arbeit fährt, und monatlich 160l Benzin braucht, und für einen, der mit einer 6-Zonen-Monatskarte fährt. Wenngleich die Kosten für HVV niedriger sind, so sieht man doch, daß beide Haushaltskonten ins Minus fallen. Man sieht auch, daß das Konto für Benzin viel steiler fällt als das Konto für HVV. Das zeigt, daß viele Arbeiter gezwungenermaßen auf den HVV umsteigen, weil der Preisanstieg für Treibstoffkosten überproportional angestiegen ist. Zum Ausdruck kommt dies in den um 3,2% gestiegenen Fahrgastzahlen. Laut Bericht des Statistischen Landesamtes sind im ersten Halbjahr 1979 304153000 Personen befördert worden gegenüber 294593000 im ersten Halbjahr 1978. Aus diesem Grund kann der HVV die für 1.3.80 beantragte Fahrpreiserhöhung auch als „maßvoll und marktgerecht" bezeichnen. Wer das Prinzip der Kostendeckung akzeptiert, kann gegen die Erhöhung nichts machen.



Haushaltserlaß von Innenminister Barschel

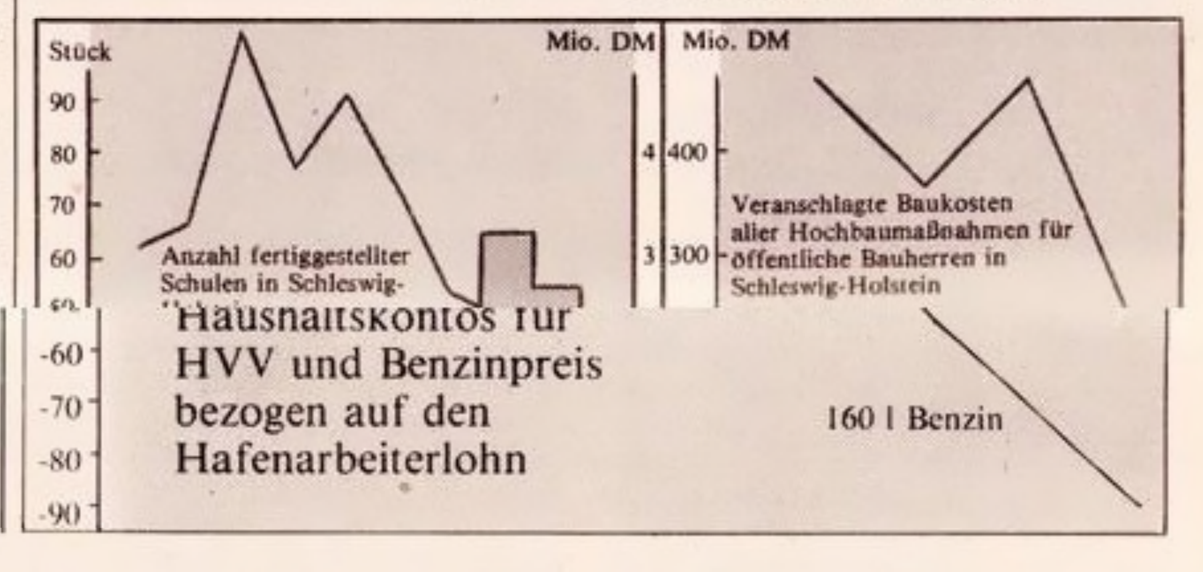
Kürzung der gemeindlichen Bauinvestitionen – Gebührenerhöhungen

b.hör. Innenminister Barschel veröffentlichte am 2.10.79 einen Haushaltserlaß für die schleswig-holsteinischen Gemeinden. Umgesetzt werden sollen die Beschlüsse der Bundesregierung zur Senkung der Steuern für die Kapitalisten. Ab 1.1.80 dürfen die Gemeinden keine Lohnsummensteuer und keine Mindestgewerbesteuer mehr erheben. Die Freibeträge für die Kapitalisten bei der Gewerbeertragsteuer werden um 1/3 erhöht; ab 1.1.81 auch die Freibeträge der Gewerbekapitalsteuer.

Die Streichung der Lohnsummensteuer trifft vor allem die kreisfreien Städte Kiel, Lübeck und Neumünster und die Gemeinden Pinneberg, Geesthacht und Heikendorf. Sie werden insgesamt ca. 80 Mio. DM verlieren. Diesen Gemeinden empfiehlt Barschel, die Hebesätze bei der Gewerbesteuer „angemessen" zu erhöhen. Außerdem vertröstet er sie mit der geplanten Erhöhung des Kommunalen Finanzausgleichs um 125 Mio. DM für 1980. Dieser lächerliche Betrag wird die steigende Verschuldung der Gemeinden nicht aufhalten können. Die Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erhoben haben, das sind die meisten, sollen ihre geringen Mehreinnahmen aus der Steigerung des Anteils der Einkommenssteuer für die Gemeinden von 14 auf 15% und Kürzung der Gewerbesteuerumlage um 1/3, gleich wieder den Kapitalisten zur Verfügung stellen: Sie sollen die Gewerbesteuer senken.

Barschel fordert die Gemeinden auf, in ihren künftigen Haushaltsplänen die Investitionen für Baumaßnahmen einzuschränken sowie Energie und Personal einzusparen. Die Finanzplanung der Gemeinden im Statistischen Jahrbuch 78 sieht für die Jahre 79 bis 81 einen Rückgang der gemeindlichen Bauinvestitionen von 1096 Mio. DM (79) auf 913 Mio. (80) und 705 Mio. (81) vor. Man kann sich jetzt schon ausrechnen, wo der Rotstift angesetzt werden wird: dort, wo die Bautätigkeit für Dienstleistungen an den Volksmassen nötig ist, z.B. beim Schulbau und Krankenhausbau. Nach dem „Boom" der imperialistischen Bildungsreform 71 hat der Schulbau ohnehin ständig abgenommen (siehe Schaubild). Der Kostenanteil am Krankenhausbau der Gemeinden war beispielsweise 1976 mit 27 Mio. DM verhältnismäßig niedrig, verglichen mit Investitionen, die direkt den Kapitalisten nützen (Straßenbau und Städteplanung 247 Mio. DM; öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung 159 Mio. DM).

Durch die beschlossenen Steuergesetzänderungen werden die Gemeinden gezwungen, die kommunalen Gebühren kräftig zu erhöhen. Dies hat die Stadt Kiel bereits am 10. Oktober angekündigt: Erhöhung der Tarife für Gas, Fernwärme und Nachtstromspeicherheizung um 12 bis 13%.



heraufgesetzten Benzin- und Dieselkraftstoffpreise, auf die der Staat auch sofort wieder die Mehrwertsteuer einkassiert. Die Deckungslücke ist also in Wirklichkeit eine Differenz zwischen den Einnahmen, die sich der Hambur-

Haushaltskontos für HVV und Benzinpreis bezogen auf den Hafenarbeiterlohn
-60 -70 -80 -90
160 l Benzin

Haushaltserlaß von Innenminister Barschel

Kürzung der gemeindlichen Bauinvestitionen – Gebührenerhöhungen

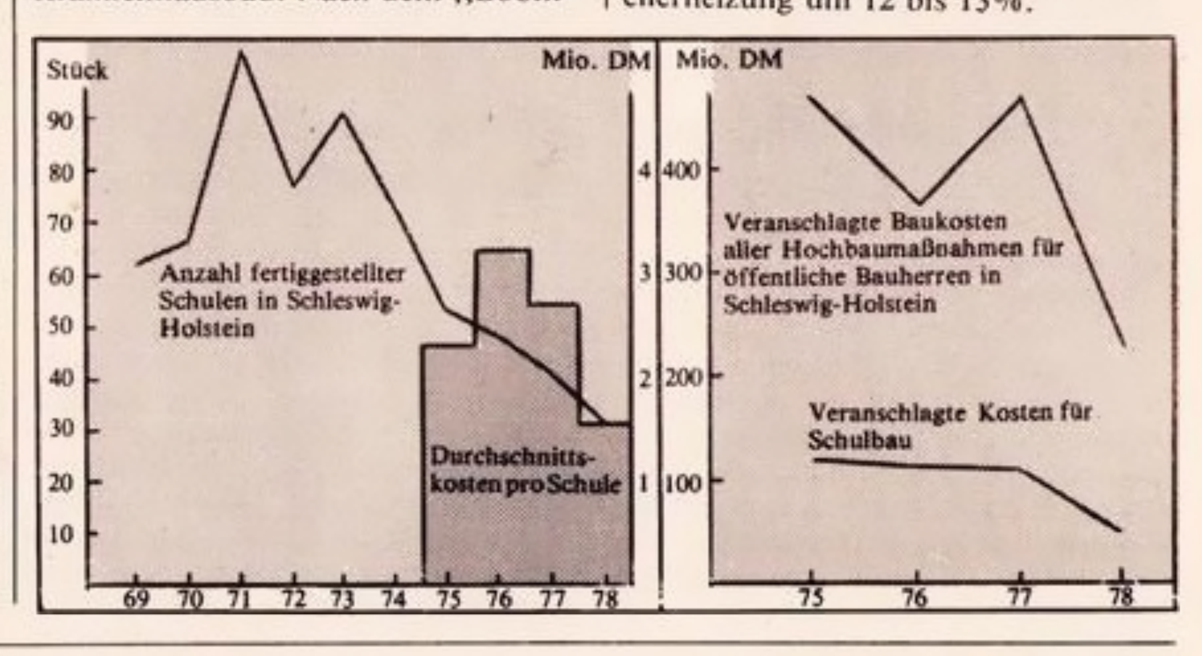
b.hör. Innenminister Barschel veröffentlichte am 2.10.79 einen Haushaltserlaß für die schleswig-holsteinischen Gemeinden. Umgesetzt werden sollen die Beschlüsse der Bundesregierung zur Senkung der Steuern für die Kapitalisten. Ab 1.1.80 dürfen die Gemeinden keine Lohnsummensteuer und keine Mindestgewerbesteuer mehr erheben. Die Freibeträge für die Kapitalisten bei der Gewerbeertragsteuer werden um 1/3 erhöht; ab 1.1.81 auch die Freibeträge der Gewerbekapitalsteuer.

Die Streichung der Lohnsummensteuer trifft vor allem die kreisfreien Städte Kiel, Lübeck und Neumünster und die Gemeinden Pinneberg, Geesthacht und Heikendorf. Sie werden insgesamt ca. 80 Mio. DM verlieren. Diesen Gemeinden empfiehlt Barschel, die Hebesätze bei der Gewerbesteuer „angemessen" zu erhöhen. Außerdem vertröstet er sie mit der geplanten Erhöhung des Kommunalen Finanzausgleichs um 125 Mio. DM für 1980. Dieser lächerliche Betrag wird die steigende Verschuldung der Gemeinden nicht

talisten zur Verfügung stellen: Sie sollen die Gewerbesteuer senken.

Barschel fordert die Gemeinden auf, in ihren künftigen Haushaltsplänen die Investitionen für Baumaßnahmen einzuschränken sowie Energie und Personal einzusparen. Die Finanzplanung der Gemeinden im Statistischen Jahrbuch 78 sieht für die Jahre 79 bis 81 einen Rückgang der gemeindlichen Bauinvestitionen von 1096 Mio. DM (79) auf 913 Mio. (80) und 705 Mio. (81) vor. Man kann sich jetzt schon ausrechnen, wo der Rotstift angesetzt werden wird: dort, wo die Bautätigkeit für Dienstleistungen an den Volksmassen nötig ist, z.B. beim Schulbau und Krankenhausbau. Nach dem „Boom" der imperialistischen Bildungsreform 71 hat der Schulbau ohnehin ständig abgenommen (siehe Schaubild). Der Kostenanteil am Krankenhausbau der Gemeinden war beispielsweise 1976 mit 27 Mio. DM verhältnismäßig niedrig, verglichen mit Investitionen, die direkt den Kapitalisten nützen (Straßenbau und Städteplanung 247 Mio. DM; öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung 159 Mio. DM).

Durch die beschlossenen Steuergesetzänderungen werden die Gemeinden gezwungen, die kommunalen Gebühren kräftig zu erhöhen. Dies hat die Stadt Kiel bereits am 10. Oktober angekündigt: Erhöhung der Tarife für Gas, Fernwärme und Nachtstromspeicherheizung um 12 bis 13%.



---

b.ulh. **Landesvertreterversammlung der GEW und Schülerrat der G 14 fordern Einstellung des Prozesse gegen U. Zabel.** Die DGB-Jugend Kreis Hamburg ruft auf: „Diskutiert im Unterricht über den Prozeß, fragt Eure Deutsch- und Politiklehrer, ob ihr nicht im Rahmen des Unterrichts den Prozeß besuchen könnt. Sendet Protesttelegramme an den Vorsitzenden Richter Hübner am Prozeßtag (26.10.79): Amtsgericht Hamburg, Sievekingsplatz 3, Abteilung 149."

b.clm. **Im Wehrkraftzersetzungsprozeß ist am letzten Verhandlungstag auch der Staatsanwaltschaft aufgefallen, daß sich die Aussagen des Hauptbelastungszeugen Mertelsmann und mehrerer Zeugen der Verteidigung widersprechen.** In langen Anträgen ließ er das zu Protokoll nehmen, um durch Strafandrohung wegen eidlicher Falschaussage Druck auf die Entlastungszeugen auszuüben. Am nächsten Verhandlungstag in vier Wochen wird das Gericht dazu Stellung nehmen müssen, wie es den Prozeß gegen zwei Angeklagte überhaupt fortzuführen gedenkt, wo die Aussagen des einzigen Belastungszeugen nicht nur im Widerspruch zu denen anderer Zeugen stehen, sondern auch in sich vollkommen widersprüchlich und somit unglaubwürdig sind.

r.kea. **Nach einem Erlaß des niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst, Pestel, sollen Studenten, die im Blutspendedienst an Universitätskliniken beschäftigt werden sollen:** 1. einen außertariflichen Arbeitsvertrag unterschreiben, 2. sich ohne Bezahlung in Bereitschaft für einen eventuellen Einsatz halten und 3. bereit sein, jederzeit das bezahlte Arbeitsverhältnis zu beenden, wenn „während des Dienstes der Bedarf entfällt". Auf diese Weise soll ein Arbeitskräftereservoir geschaffen werden, aus dem nach dem Klinikplan oder für Sondereinsätze studentische Arbeitskräfte angefordert und jederzeit wieder abgestoßen werden können. Bezahlung: zwischen 10DM und 10,50DM Stundenlohn, aber nur bei Anerkennung der „vollen Arbeitsleistung". Ist der Arbeitseinsatz mit Bereitschaftsdienst verbunden, soll der Lohn gesenkt werden auf 6,50DM bis 6,85DM, wenn „die Arbeitsleistung mehr als 25% bis 49% beträgt" und auf 4DM bis 4,20DM, wenn die Arbeitsleistung 0 bis 25% beträgt". (Nach Nds. Ministerialblatt, 17. Okt. 1979)

Veranstaltungskalender

Kampuchea und Vietnam – zwei völlig entgegengesetzte Wege nach dem Sieg über den US-Imperialismus. Unterstützung des Demokratischen Kampuchea in seinem Widerstandskrieg. Sofortiger Abzug der sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen! Ohne Ende der Aggression kein Ende des Elends und Hungers.

Hamburg, 26.10.1979, 20.00 Uhr, Handelsschule Schlankreye, Hamburg-Eimsbüttel.
Es spricht Hans-Gerhart Schmierer, Sekretär des ZK des KBW.



Unter der Regierung Pol Pot konnte das Kampucheanische Volk nach der Befreiung vom US-Imperialismus mehrere Reisernten jährlich einbringen.

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Mitgliederversammlungen der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Flensburg, Donnerstag, 25.10.79, 20 Uhr, Hotel Sommerlust, Mürwiker Str.

Kiel, 25.10., 20 Uhr, Ellerbecker Kegelbahnen

Hamburg, 25.10., 20 Uhr, Restaurant Eichenhöhe, Harburg, Kirchenhag 29

Zeichenkurs

Hamburg, Freitag, 26. Oktober, 18.00 bis 21.00 Uhr, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218a, II. Stock

Sportgruppen

Kiel, Sonntag, 28. Oktober, 10.00 Uhr, Raisdorf Schwimmbad, Treffpunkt 9.30 Uhr, Kiel-Wilhelmsplatz
Hamburg, Sonntag, 28. Oktober, 10.00 Uhr, Stadtparkwiesen

Prozeß wegen Aktion gegen § 218-Beratungsstelle

Hamburg, Mittwoch, 24. Oktober, 9.00 Uhr, Strafjustizgebäude, Sievekingplatz, Raum 181, Verhandlung wegen Entwendung und öffentlicher Verbrennung der Karteikarten, mit denen die Beratungsstelle der Pro Familia in Hamburg-Langenhorn die Familien bespitzelt.

Prozeß wegen Leitung der Demonstration der Berufsschüler

Hamburg, Freitag, 26. Oktober, 9.00 Uhr, Strafjustizgebäude, Sievekingplatz, Raum 142, gegen Uwe Zabel wegen Leitung einer spontanen Demonstration der Berufsschüler zur Schulbehörde gegen das geplante Kurssystem für Berufsschulen im Herbst 1978.

Prozeß wegen Beleidigung des Norderstedter Bürgermeisters Embacher

gegen E. Gallmeier, Freitag, 26.10., 10 Uhr, Amtsgericht Norderstedt

Beschäftigte von Karstadt Mönckebergstraße fordern Umbauzulage und Schutzmaßnahmen

b.hek. Mit dem Umbau wollen sich die Karstadt-Kapitalisten einen Vorsprung in der Konkurrenzschlacht gegenüber den anderen Warenhauskonzernen und dem Facheinzelhandel in der Innenstadt verschaffen. Fast der ganze Altbau wird Schritt für Schritt bis auf Fassade und Fundament eingerissen und neu aufgebaut.



Die Kapitalisten wollen den Verkauf während des Umbaus nicht einschränken. Gegen die Belastung durch Staub, Lärm und Mehrarbeit richtet sich der Kampf der Beschäftigten.

In mehreren Briefen, auf der Betriebsversammlung und in Anfragen an den Betriebsrat hat die Belegschaft eine Erschwerniszulage und Schutzmaßnahmen gefordert. Der Betriebsrat hat verschiedene Erfolge erzielt, z.B. daß die Kantine stündlich feucht gewischt wird. Die Forderungen der Belegschaft sind aber nicht erfüllt.

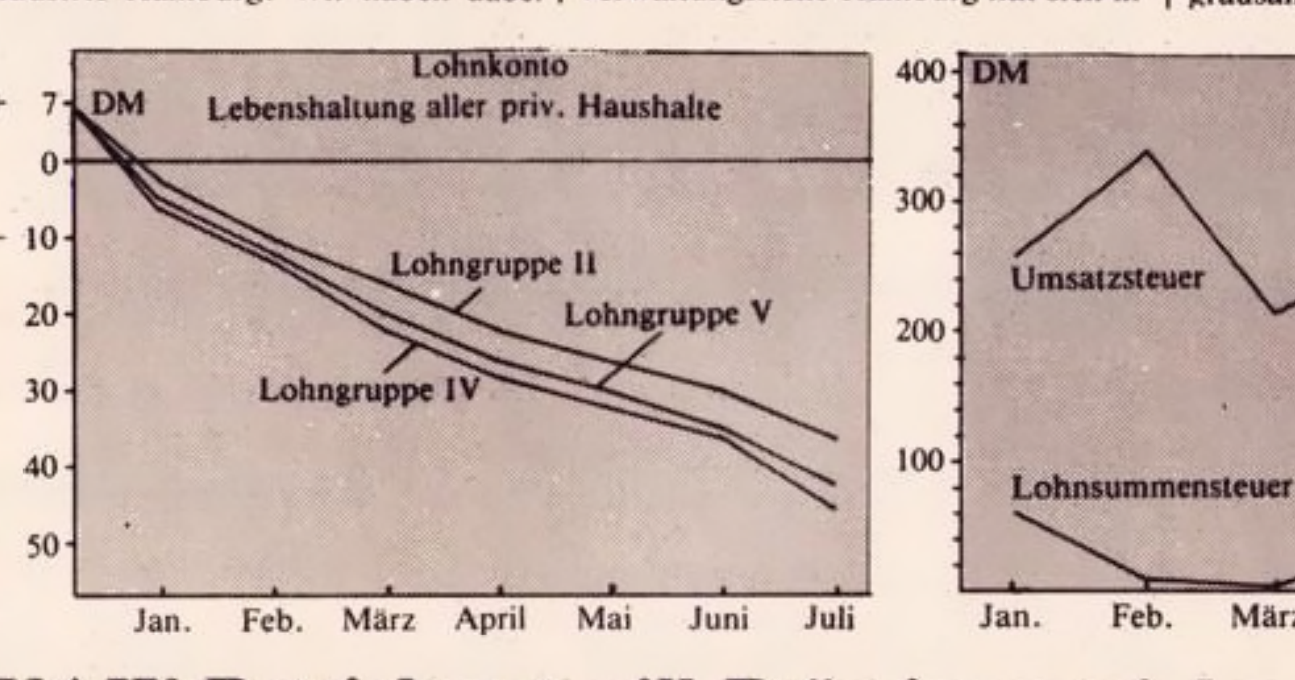
Die Geschäftsleitung, die zunächst jede Stellungnahme abgelehnt hatte, sieht sich jetzt durch den Druck der Belegschaft gezwungen, eine ausführliche Erklärung auf der Betriebsversammlung am 12.11. abzulegen. Keinesfalls darf der Druck jetzt nachlassen.

Die Steuerreform hat die Lohnsenkungen in der Metallindustrie nicht verbergen können

Die im Januar wirksam gewordene sogenannte Lohnsteuerreform ist ein Projekt gewesen, das die Spaltung und die weitere Ausplünderung der Arbeiterklasse weitertreiben sollte. Aktuell war die Sache gegen die laufenden Lohnauseinandersetzungen in der Metallindustrie gerichtet und diente weiter der Einnebelung der nächsten Plünderungsmaßnahme, nämlich der Mehrwertsteuererhöhung. Diese Tatsache konnte jeder auf seiner Lohnabrechnung für Januar feststellen, wenn er sie mit anderen Lohnzetteln verglich. Um zu beweisen, daß die kleine Steuerreform nicht einmal eine kleine Erleichterung gebracht hat für die Reproduktionskosten der Arbeiterhaushalte und daß der bürgerliche Staatsapparat bei der Preissteigerung, vor allem aber bei der Mehrwertsteuererhöhung stets abkassiert, haben wir die folgenden Schaubilder zusammengestellt.

In dem ersten Schaubild vergleichen wir die Steigerungsrate des Index aller Privathaushalte in der BRD mit den Lohngruppen II, V und VI der Metallindustrie Hamburg. Wir haben dabei die Tariflöhne plus die tarifliche Leistungszulage von 16% berechnet mal einem Monatsstundendurchschnitt von 173 Stunden. Die Zahlen für die Privathaushalte stammen aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, die die weiter aus dem Hessischen Statistischen Landesamt bezieht. Von den ca. 7 DM Erleichterung durch die Steuerreform im Januar ziehen wir den Betrag der Indexsteigerung ab und es läßt sich ablesen, daß schon im gleichen Moment nichts mehr übrig bleibt und sich die ganze Sache rasch ins Minus bewegt. Die Erleichterung der Kassen der Arbeiterhaushalte, die der eigentliche Sinn der „Steuererleichterung" ist, wird durch die Mehrwertsteuererhöhung Mitte des Jahres rasant beschleunigt. Das kassiert der Staat ab, was in dem zweiten Schaubild gezeigt wird, nämlich wie der Staat über die Besteuerung der Löhne und Gehälter sich im wachsenden Maße an der Ausbeutung der Arbeiter bereichert.

Oskar Schröder, Sekretär der IGM-Verwaltungsstelle Hamburg hat sich in den letzten Tagen auf verschiedenen Betriebsversammlungen, wie bei AEG oder LUMOPRINT, zu den kommenden Tarifauseinandersetzungen geäußert. Diese Tarifrunde wird sich ausschließlich um die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen drehen und es werden keinerlei Nebenforderungen aufgestellt. Dies sei auch die Position der Gesamtorganisation. Bei Lumoprint hat Schröder etwas von einer zweistelligen Forderung gesagt, vor allem müsse es aber um die Anhebung der unteren Lohngruppen gehen. Zur Aufstellung der Forderung von 170 DM/8% mindestens hat er gesagt, daß durch die vielen Bereiche des Nordverbundes man jetzt eigentlich noch zu keiner Beschlußfassung kommen sollte. Gut, das wird sich ja in den Betrieben zeigen, aber warum die Einschränkung nur auf Lohnfragen? Ohne die Aufstellung der Forderung in den Belegschaften und Gewerkschaftskörpern nach 25% des Durchschnittseinkommens als Grundfreibetrag wird es in den kommenden Tarifkämpfen grausam werden.



Gemeinderat Büsum will Unterschriften gegen Haubitzenschießen sammeln

b.sal. Am 30.9.79 ist die Hubinsel „Barbara", die als Abschußstandort für die geplanten Waffenerprobungen in der Meldorfer Bucht dienen sollte, nach Suhrendorf (Ostsee) abgezogen worden. Die Erprobungsserien mit Raketen und Haubitzengranaten wurden von Fischern, die im Sicherheitsbereich fischten, und von den in der Gemeinde Büsum vertretenen Parteien, die mit einem Butterschiff in das Schießgebiet gefahren sind, verhindert.

„Meldorfer Bucht: Bald soll wieder geschossen werden", schreibt kurz danach die Dithmarscher Landeszeitung vom 10.10.79. Erneut hat das Bundesverteidigungsministerium den Leiter der Waffenerprobungsstelle 71 in Eckernförde, Edgar Nießen, beauftragt, das Haubitzenschießen in ursprünglich geplanter Form durchzuführen. Vom 22. November bis 15. Dezember soll es im „Clear-range-Verfahren" ohne vorherige Bekanntgabe der Schießtermine stattfinden. Der Büsumer Gemeinderat beschloß einstimmig, mit einer Unterschriftensammlung dagegen zu protestieren. Die Bürgermeister Meldorfs und Friedrichskoogs haben sich auch gegen die Schießübungen ausgesprochen.

Um die Gemeinden zu spalten und die militärischen Übungen zu gewährleisten, wurden die Kommunalpolitiker der CDU nach Kiel zitiert. Landrat Buhse und Kreispräsident Glüsing mußten auch gleich mit, weil es ihnen nicht gelungen ist, die Politik der Rüstungskonzerne und des Bundes auf kommunaler Ebene durchzusetzen. Verhandlungsergebnis der CDU-Landes- und -Kommunalpolitiker und der Waffenerprobungsstelle: Waffenerprobungen sollen auch künftig in der Meldorfer Bucht unter Berücksichtigung des Fremdenverkehrs stattfinden. D.h., meist außerhalb der Saison, nur südlicher als vorher, „und außerdem nicht über das bestehende Warngebiet hinaus" (DLZ). – Die Fischer sind darauf angewiesen, in diesem Gebiet zu fangen, und müssen so damit rechnen, daß auch unter Mißachtung des „Clear range" geschossen wird, wie es am 26.9. der Fall war. Daher ist es notwendig, daß sie das Haubitzenschießen mit Unterstützung der Gemeindevertretung und der Bevölkerung verhindern. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe Heide will deshalb die Gemeindevertretung Büsums auffordern, trotz der Verhandlungen in Kiel, die Unterschriftensammlung zu beginnen und will sie dabei, wie bei anderen nützlichen Aktionen,unterstützen.

VAW-Betriebsrat will Prämienvereinbarung kündigen

Prämienkürzung, Überstunden, Steuerprogression – Die Kapitalisten verdienen dreifach

b.stk. Auf 5,3% beziffern die bürgerlichen Statistiker die Preissteigerungsrate im September. 1978 bekam ein Maschinenarbeiter in der Profilweiterbearbeitung bei VAW Neumünster einen Grundlohn von 9,46 DM/Std., dazu eine Prämie zwischen 0 und 2 DM. Bekam er die durchschnittliche Prämie von 1,20 DM/ Std., verdiente er im Monat ohne Überstunden und ohne Schichtzuschläge 1844,18 DM brutto. In Steuerklasse I ergibt das einen Nettolohn von 1299,36 DM. Damit er sich heute noch das gleiche kaufen kann wie vor einem Jahr, müßte er also heute 5,3% netto mehr verdienen. Er müßte 1368,22 netto haben, was in Steuerklasse I einen Bruttolohn von 1959,50 DM voraussetzt. Der jetzige Grundlohn beträgt 9,85 DM. Bei gleichgebliebener Prämie kommt er da-

machen, wenn es die VAW-Kapitalisten für profitbringend halten, was immer dann der Fall ist, wenn sie viele Aufträge der Konkurrenz wegschnappen konnten. Nehmen wir an, der Arbeiter arbeitet einen Monat an zwei Samstagen von 6 bis 12 Uhr und macht dann zwei Monate lang keine Überstunden. Für die beiden Samstage bekommt er 2 mal 2 Stunden mit 20% bezahlt und 2 mal 4 Stunden mit 40%. Das ergibt 172 DM brutto. Davon landen 73,50 DM in den Kassen von Matthöfer und Ehrenberg, so daß dem Arbeiter nur noch 98,50 DM bleiben. Man wird von der Bourgeoisie so gleich dreimal betrogen. Einmal durch die Senkung des Reallohnes, zweitens durch die Überstunden, zu denen man durch die Lohnsenkung gezwungen ist und die die Profite der Kapitalisten in

Prämie, 22,6% bekamen mehr als 1,20 DM. Seit der letzten Einstufung – die Prämie wird alle zwei Monate neu festgelegt – bekommen 30% weniger als 1,20 DM und 27,5% mehr. Bei dem Beispiel oben haben wir eine Prämie von 1,20 DM gerechnet. Wer dagegen nur 0,80 DM bekommt, hat 69,20 DM weniger im Monat. Dafür muß er 5,5 Überstunden machen, also praktisch einen Samstag pro Monat mehr arbeiten. Bei einer Prämie von 0,40 DM beträgt die Differenz 138,40 DM, was 11,3 Überstunden entspricht oder 2 Samstagen pro Monat. Wer gar keine Prämie bekommt, hat ein Minus von 207,60 DM. Um das auszugleichen, muß er 17,6 Überstunden machen

Bei den letzten Einstufungen hat es dann auch haufenweise Proteste gehagelt. Zurückgenommen hat die Ge-

Die Lieferung von Treibstoff und Schnaps an die Fördereederei muß verhindert werden

b.clm. Seit dem 11.10. boykottieren die Gewerkschaften Handel und Büro

Verkauf auch nicht ohne weiteres auf westdeutsche Waren umstellen, denn

„Barbara", die als Abschußstandort für die geplanten Waffenerprobungen in der Meldorfer Bucht dienen sollte, nach Suhrendorf (Ostsee) abgezogen worden. Die Erprobungsserien mit Raketen und Haubitzengranaten wurden von Fischern, die im Sicherheitsbereich fischten, und von den in der Gemeinde Büsum vertretenen Parteien, die mit einem Butterschiff in das Schießgebiet gefahren sind, verhindert.

„Meldorfer Bucht: Bald soll wieder geschossen werden", schreibt kurz danach die Dithmarscher Landeszeitung vom 10.10.79. Erneut hat das Bundesverteidigungsministerium den Leiter der Waffenerprobungsstelle 71 in Eckernförde, Edgar Nießen, beauftragt, das Haubitzenschießen in ursprünglich geplanter Form durchzuführen. Vom 22. November bis 15. Dezember soll es im „Clear-range-Verfahren" ohne vorherige Bekanntgabe der Schießtermine stattfinden. Der Büsumer Gemeinderat beschloß einstimmig, mit einer Unterschriftensammlung dagegen zu protestieren. Die Bürgermeister Meldorfs und Friedrichskoogs haben sich auch gegen die Schießübungen ausgesprochen.

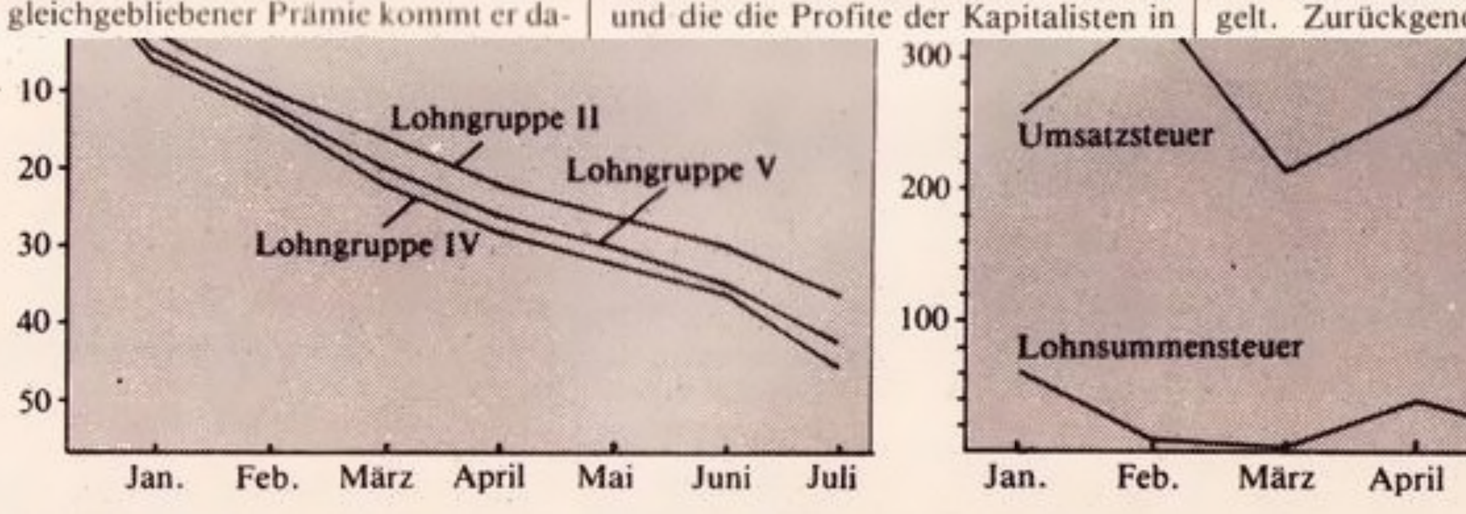
Um die Gemeinden zu spalten und leisten, wurden die Kommunalpolitiker der CDU nach Kiel zitiert. Landrat Buhse und Kreispräsident Glüsing mußten auch gleich mit, weil es ihnen nicht gelungen ist, die Politik der Rüstungskonzerne und des Bundes auf kommunaler Ebene durchzusetzen. Verhandlungsergebnis der CDU-Landes- und -Kommunalpolitiker und der Waffenerprobungsstelle: Waffenerprobungen sollen auch künftig in der Meldorfer Bucht unter Berücksichtigung des Fremdenverkehrs stattfinden. D.h., meist außerhalb der Saison, nur südlicher als vorher, „und außerdem nicht über das bestehende Warngebiet hinaus" (DLZ). – Die Fischer sind darauf angewiesen, in diesem Gebiet zu fangen, und müssen so damit rechnen, daß auch unter Mißachtung des „Clear range" geschossen wird, wie es am 26.9. der Fall war. Daher ist es notwendig, daß sie das Haubitzenschießen mit Unterstützung der Gemeindevertretung und der Bevölkerung verhindern. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe Heide will deshalb die Gemeindevertretung Büsums auffordern, trotz der Verhandlungen in Kiel, die Unterschriftensammlung zu beginnen und will sie dabei, wie bei anderen nützlichen Aktionen,unterstützen.

Die Lieferung von Treibstoff und Schnaps an die Fördereederei muß verhindert werden

b.clm. Seit dem 11.10. boykottieren die Gewerkschaften Handel und Büro
und der Spezialarbeiterverband die Fördereederei auf allen Linien und insbesondere auch auf der Flensburger Förde. Im Spezialarbeiterverband ist ein großer Teil der Mineralölarbeiter organisiert, so daß zusammen mit den Aktionen der Transportarbeiter seit zehn Tagen keine Lieferungen von Treibstoff, Schnaps und Zigaretten mehr direkt an die Reederei erfolgen können.

Wenn diese Maßnahme die Fördereederei auch in Schwierigkeiten bringen kann, so ist eine Wirkung doch noch nicht offen sichtbar. Vor Beginn des Boykotts sind die Schiffe bis an den Stehkragen mit den boykottierten Waren vollgestopft worden, so daß Mangel erst in ein bis zwei Wochen auftreten kann. Zum anderen hat die Blockade noch verschiedene Lücken, die die Reederei auch unter Inkaufnahme höherer Kosten mit Deckung der Kreis-, Landes- und Bundesbehörden ausnutzt und verstärkt ausnutzen wird. Von den beiden Schiffen der Linie Römö-Sylt ist im Winter nur eines in Betrieb. Das andere wird jeweils nach Flensburg bzw. nach Husum zur Überprüfung und Überholung geschickt. Solche „Überprüfungen" häufen sich jetzt. Die „Westerland", erst seit einigen Wochen aus Flensburg zurück, soll in den nächsten Tagen auf die Husumer Werft. Bei diesen Gelegenheiten werden die Schiffe neu mit Waren versorgt. Dabei und bei der Versorgung der Flensburger Flotte der Fördereederei werden die Lücken im Blockadesystem deutlich sichtbar. Auf den Schiffen werden nach wie vor dänische Waren verkauft, und das Dieselöl ist auch aus Dänemark. Die Reederei kann den Verkauf auch nicht ohne weiteres auf westdeutsche Waren umstellen, denn das Dieselöl ist erheblich teurer, und die Fahrgäste wollen nicht plötzlich andere Zigaretten oder andere Spirituosen. Sie bezieht die dänischen Waren jetzt nicht mehr direkt, sondern heimlich über deutsche Zwischenhändler. Das ist zwar um einiges teurer, kann aber eine ganze zeitlang durchgehalten werden. Deshalb ist jetzt für die Wirksamkeit der Blockade entscheidend, daß diese Kanäle gestopft werden.

Der Internationale Transportarbeiterverband hat bereits zum Ausdruck gebracht, daß er der ÖTV empfehlen wird, solche Transportunternehmen zu bestreiken, denen der Transport boykottierter Ware nachgewiesen werden kann. Sind die Zwischenhändler erst einmal bekannt, kann die Lieferung auch schon an der Produktionsstätte verhindert werden. Dafür ist aber unumgänglich, daß die Zwischenhändler, die an die Reederei liefern, aufgespürt werden. Ohne Unterstützung der Flensburger Arbeiter der Reederei wird das nur schwer möglich sein. Die Voraussetzungen dafür haben sich aber gebessert. Gegen alle Spaltungsbemühungen und alle chauvinistische Hetze haben die Fährarbeiter erklärt, daß sie auch einer Lösung zustimmen würden, bei der die Schiffe unter deutsche Flagge kämen und die Reederei einen Tarifvertrag mit der ÖTV abschlösse, wenn dieser Vertrag den jetzigen Tarifstandard sichere. Nachdem mit Beginn der Ausweitung des Boykotts die Spaltung zwischen den dänischen Gewerkschaften eingeschränkt wurde, können die dänischen Fährarbeiter sich jetzt auch gut mit den Flensburger Fährarbeitern unter der Forderung „Weg mit den Billigflaggen" zusammenschließen.



VAW-Betriebsrat will Prämienvereinbarung kündigen

Prämienkürzung, Überstunden, Steuerprogression – Die Kapitalisten verdienen dreifach

b.stk. Auf 5,3% beziffern die bürgerlichen Statistiker die Preissteigerungsrate im September. 1978 bekam ein Maschinenarbeiter in der Profilweiterbearbeitung bei VAW Neumünster einen Grundlohn von 9,46 DM/Std., dazu eine Prämie zwischen 0 und 2 DM. Bekam er die durchschnittliche Prämie von 1,20 DM/ Std., verdiente er im Monat ohne Überstunden und ohne Schichtzuschläge 1844,18 DM brutto. In Steuerklasse I ergibt das einen Nettolohn von 1299,36 DM. Damit er sich heute noch das gleiche kaufen kann wie vor einem Jahr, müßte er also heute 5,3% netto mehr verdienen. Er müßte 1368,22 netto haben, was in Steuerklasse I einen Bruttolohn von 1959,50 DM voraussetzt. Der jetzige Grundlohn beträgt 9,85 DM. Bei gleichgebliebener Prämie kommt er da-mit auf 1911,65 DM. Das sind 47,85 DM weniger, als er braucht, um auch nur die offizielle Preissteigerungsrate auszugleichen. Um seine Reproduktion nicht einschränken zu müssen, müßte der Arbeiter jeden Monat 3,6 Überstunden machen (Bei 20% Überstundenzuschlag).

Er kann nun aber Überstunden nur

machen, wenn es die VAW-Kapitalisten für profitbringend halten, was immer dann der Fall ist, wenn sie viele Aufträge der Konkurrenz wegschnappen konnten. Nehmen wir an, der Arbeiter arbeitet einen Monat an zwei Samstagen von 6 bis 12 Uhr und macht dann zwei Monate lang keine Überstunden. Für die beiden Samstage bekommt er 2 mal 2 Stunden mit 20% bezahlt und 2 mal 4 Stunden mit 40%. Das ergibt 172 DM brutto. Davon landen 73,50 DM in den Kassen von Matthöfer und Ehrenberg, so daß dem Arbeiter nur noch 98,50 DM bleiben. Man wird von der Bourgeoisie so gleich dreimal betrogen. Einmal durch die Senkung des Reallohnes, zweitens durch die Überstunden, zu denen man durch die Lohnsenkung gezwungen ist und die die Profite der Kapitalisten in die Höhe schnellen lassen, und zum dritten durch die Steuerprogression. Doch das ist den VAW-Kapitalisten noch lange nicht genug. So sind sie in der Profilweiterbearbeitung darangegangen, zahlreichen Kollegen die Prämie zu kürzen. Vor einem Jahr bekamen 13,4% der dort beschäftigten Arbeiter weniger als 1,20 DM/Std. an

Prämie, 22,6% bekamen mehr als 1,20 DM. Seit der letzten Einstufung – die Prämie wird alle zwei Monate neu festgelegt – bekommen 30% weniger als 1,20 DM und 27,5% mehr. Bei dem Beispiel oben haben wir eine Prämie von 1,20 DM gerechnet. Wer dagegen nur 0,80 DM bekommt, hat 69,20 DM weniger im Monat. Dafür muß er 5,5 Überstunden machen, also praktisch einen Samstag pro Monat mehr arbeiten. Bei einer Prämie von 0,40 DM beträgt die Differenz 138,40 DM, was 11,3 Überstunden entspricht oder 2 Samstagen pro Monat. Wer gar keine Prämie bekommt, hat ein Minus von 207,60 DM. Um das auszugleichen, muß er 17,6 Überstunden machen

Bei den letzten Einstufungen hat es dann auch haufenweise Proteste gehagelt. Zurückgenommen hat die Ge-schäftsführung die Prämiensenkungen jedoch nicht. Der Betriebsrat hat jetzt angekündigt, daß er die Betriebsvereinbarung über die Prämie in der Profilweiterbearbeitung, die der Willkür der VAW-Kapitalisten Tür und Tor öffnet, kündigen will. In einer neuen Vereinbarung muß eine Absicherung von mindestens 1,20 DM enthalten sein.

Hamburger Studenten kämpfen um ordentliche Wohnbedingungen

b.hos. Von den 4050 Erstsemestern der Hamburger Universität kommen mehr als die Hälfte von auswärts. Großer Andrang in der Wohnraumzentrale, täglich ca. 40 Studenten. Am schlimmsten geht es den ausländischen Studenten. Manche mußten sich schon in Pensionen einmieten. Die „WELT" am 8.10.: „Wohnungsnot bei den Studenten?" gibt es nicht, die zu hohen Ansprüche sind schuld, so die Propagandalinie. Die Wohnheime werden bei dem Autor zu Luxusappartements mit „Telefon, Sport-, Kommunikationsraum – alles ist da." So beschreibt die „WELT" das 10,2 m²-Loch und die Kasernenhofordnung.

„Ein Platz im Studentenwohnheim kostet 150 Mark – fünf Prozent mehr als 1969." 1969 kostete die Wohnheimmiete 95 DM. 1979 sind es tatsächlich 58%. „Bei den Eltern wohnen – auch das schlösse Elend aus – möchten noch 5,3%." Tatsächlich leben, laut Umfrage des Studentenwerks, 1978 etwa 28% der Hochschüler in Hamburg bei ihren Eltern. Die „WELT" ärgert offensichtlich, daß die Studentenmassen kein Interesse daran haben, den Eltern auf der Tasche zu liegen und sich stattdessen auf den vernünftigen Standpunkt stellen, daß eine zwanzigjährige Arbeitskraft auch eine Bezahlung verlangen kann, von der man selbständig leben kann. Der AStA hat der „WELT" einen Leserbrief geschrieben, abgedruckt wurde nichts.

Klee, Geschäftsführer des Studentenwerks, behauptet„ alle Studenten, die etwas suchen, würden auch untergebracht werden. Fragt sich nur zu welchen Bedingungen. Dem Geschäftsführer Klee ist da alles recht. Seit Jahren kämpfen die Studenten des Studentenwerkaltbaus Schröderstift um Duschen und erträgliche sanitäre Verhältnisse. Mit einem Go-in zur Vorstandssitzung letzten Mittwoch konnten sie schließlich durchsetzen, daß zumindest 5 von 10 geforderten Duschen eingerichtet werden.





Schulverbot gegen revolutionären Schüler

Gegen den Widerstand der Schüler aus Buchholz vorerst durchgesetzt

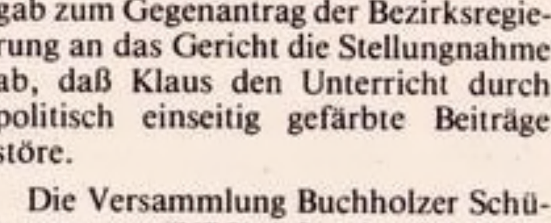
b.klb. Am 12. Juli 1979 gingen zum ersten Mal Buchholzer Schüler zum Kampf für ihre Interessen auf die Straße. Schüler, Eltern und Lehrer waren sich einig in den Forderungen nach Bereitstellung von Pavillons, um die katastrophale Raumnot im Gymnasium II zu beheben, und nach Besserung der schlechten Unterrichtsversorgung. Es wurde teilweise in Fluren unterrichtet, und die Unterrichtsfehlquote lag bei 20%. 800 von 1200 Schülern demonstrierten während der Schulzeit. Vor allen Dingen kämpften sie gegen den geplanten Unterricht am Nachmittag, der für die Klassen 5 bis 10 eingeführt werden sollte. Das hätte umschichtigen Unterrichtsbeginn um 8 Uhr und um 12.40 Uhr bedeutet; als Einübung in Schichtarbeit. Der Streik und die Drohung des Boykotts zwangen die Schulleitung zur Zurücknahme des Plans. Allerdings wich sie dem Bau eines Pavillons durch eine „Umtopfung" aus. Die Klassen, die sich nicht mehr ins Gebäude stopfen ließen, wurden an das Buchholzer Albert-Einstein-Gymnasium (AEG) verlegt.

An dieser Schule ließ Schulleiter Illichmann bei der ersten Abiturprüfung nach der Oberstufenreform 13 Schüler durchfallen, fast ein Sechstel. Eine siebte Klasse wurde geschlossen, weil die Hälfte der Klasse ausgesiebt war. Die Schüler der Klassen 10 müssen nach Illichmanns Anordnung ihre Mitschüler aus den Klassen 5 bis 9 aus dem Schulgebäude in den Pausen schmeißen. Viele Schüler boykottieren das. Durch Schwänzen entziehen sich viele der Unterdrückung an der Schule. Die „Umtopfung" hat die Lage der Schüler weiter verschlechtert. Die Unterrichtsfehlquote ist von 9,2% im letzten auf 15% im jetzigen Halbjahr gestiegen. Sieben Fächer werden statt ganz- nur halbjährlich erteilt. Illichmann war klar, daß er, um die Verschlechterungen durchzusetzen, den Widerstand verstärkt unterdrücken mußte.

In dieser Situation stellte Klaus B. seinen Antrag auf Wiederaufnahme an das AEG. Anfang Mai hatte Klaus die Schule verlassen. Er begann eine landwirtschaftliche Lehre, aus der er aber nach zwei Monaten rausflog, als er die Forderung nach vier freien Tagen im Monat aufstellte.

Seit Anfang Juni war Klaus dem Schulleiter Illichmann als KVZ-Verkäufer bekannt. Illichmann hatte persönlich versucht, den KVZ-Verkauf vor der Schule zu verhindern. Der KBW hatte die Schülerdemonstration im Juli mit einer Eilnachricht unterstützt und außerdem mit Jugendlichen zusammen die Bundeswehrausstellung „Das Heer" angegriffen. Infolgedessen wollte Illichmann Klaus' Zugang zur Schule verhindern, zuerst durch Verzögerungstaktik und als diese scheiterte, durch offene Ablehnung. Klaus stellte Antrag auf „einstweilige Anordnung" der Zulassung ans AEG. 130 Schüler unterstützten die Forderung „Sofortige Zulassung von Klaus B. ans AEG", und das, obwohl die Unterschriftensammlung am GII und der Realschule verboten wurde. Illichmann versucht daraufhin, die Schüler zu spalten; die politischen Gründe der Ablehnung versteckt er hinter der Behauptung, Klaus' Qualifikation würde nach den Erlassen der Oberstufenreform nicht ausreichen. Die Behauptung ist haltlos. In vielen Diskussionen und mit ideologischer Unterstützung durch KBW-Flugblätter läßt sich die Spaltermethode zurückdrängen. Mittlerweile werden ca. 20 KVZ jede Woche an Buchholzer Schüler verkauft. Immer wieder fragten Schüler, ob man nicht z. B. auch den Kampf gegen die Pausenregelung am AEG zu einem geeigneten Zeitpunkt durch Flugblätter unterstützen kann.

Klaus besuchte zu diesem Zeitpunkt alle Kurse, die er belegen mußte. Vier Lehrer unterstützten das bzw. sagten nichts, um die Schüler nicht zu provozieren. Drei Reaktionäre wollten den Kursbesuch verhindern: Rosenberg versuchte, Klaus gewaltsam am Eintritt in den Klassenraum zu hindern; Müller gab zum Gegenantrag der Bezirksregierung an das Gericht die Stellungnahme ab, daß Klaus den Unterricht durch politisch einseitig gefärbte Beiträge störe.



Die Versammlung Buchholzer Schülervertreter (VBS) faßte das Schulverbot als Angriff auf die politischen Rechte der Schüler auf. Darum wurden die Forderungen beschlossen: „Klaus Bartsch muß wieder an das AEG." Mit Gelächter quittierten die Schüler die hilfosen Stellungnahmen der reaktionären Lehrer an das Gericht, die auf der VBS-Sitzung verlesen wurden. Der VBS hat weiterhin beschlossen, ein Seminar und darauf folgend eine Veranstaltung zu den Hintergründen der Orientierungsstufe, der Oberstufenreform und der Schulgesetznovelle durchzuführen.

Die ablehnende Entscheidung des Gerichts vom 5.10. hat der Schulleitung dann den Rückhalt gegeben, Klaus am 11.10. das Hausverbot auszusprechen und den Zusammenschluß in der VBS anzugreifen. Frank P. wurde eine einstweilige Verfügung gegen die von ihm verantwortlich gezeichnete Einladung des VBS unter den Forderungen „Klaus muß ans AEG! Kein Berufsverbot für Schüler! Weg mit dem Berufsverbot für Lehrer!" angedroht.

Der Kampf gegen diese Unterdrückungsmethoden hat die Einigung der Schüler weitergebracht. Die Schülervertretung des AEG will gleich nach den Herbstferien eine Vollversammlung einberufen, auf die Klaus trotz Hausverbot eingeladen werden soll. Wenn die Vollversammlung noch nicht den gewünschten Erfolg erzielt, ist eine Demonstration aller Buchholzer Schüler gegen diesen Angriff auf die politischen Rechte der Schüler vorgesehen. Günstig ist es, wenn viele Werktätige und Schüler dem Schulleiter Illichmann sagen, was sie von seinen Praktiken halten. Telefon: 04181/4779.

Schulordnungsmaßnahmen in Niedersachsen

Aus der Verordnung über „Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen"vom 11.5.76

§ 1 Abs. 1: Die folgenden Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen dürfen nur nach Maßgabe dieser Verordnung festgesetzt werden:
1. der schriftliche Verweis,
2. die Androhung der Überweisung in eine Parallelklasse oder eine entsprechende organisatorische Gliederung,
3. die Überweisung in eine Parallelklasse oder entsprechende organisatorische Gliederung,
4. die Androhung der Überweisung an eine andere Schule derselben Schulform,
5. die Überweisung an eine andere Schule derselben Schulform,
6. die Androhung des Ausschlusses vom Unterricht bis zu höchstens drei Monaten,
7. Der Ausschluß vom Unterricht von mindestens zwei Tagen bis zu höchstens drei Monaten,
8. die Androhung der Verweisung von allen Schulen und
9. die Verweisung von allen Schulen.

§ 1 Abs. 2: Unberührt bleibt die Zulässigkeit sonstiger Erziehungs-und Ordnungsmaßnahmen. Sie werden durch Verwaltungsvorschriften geregelt.

§ 2: Fehlverhalten eines Schülers, das die Festsetzung einer der in § 1 Abs. 1 genannten Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen zur Folge haben kann, ist ein Tun oder Unterlassen, das
1. von den geltenden Rechtsnormen mit Strafe oder Geldbuße bedroht ist und die Erfüllung des Unterrichts- und Erziehungsauftrags der Schule beeinträchtigt,
2. Grundregeln des menschlichen Zusammenlebens in der Schule erheblich verletzt oder die Sicherheit von Personen in der Schule gefährdet,
3. den Unterricht erheblich stört oder unmöglich macht,
4. gegen einen Beschluß einer Konferenz, der zur Aufrechterhaltung eines geordneten Zusammenlebens in der Schule erforderlich ist, oder gegen wesentliche Bestimmungen der Schulordnung verstößt oder
5. gegen Anordnungen der Mitarbeiter der Schule verstößt, sofern die Anordnungen zur Erfüllung des Unterrichts- und Erziehungsauftrages der Schule notwendig sind. Ein solches Verhalten ist dann von Belang, wenn dem Schüler Vorsatz oder Fahrlässigkeit zur Last zu legen ist.

Das Recht auf unangemeldete Demonstrationen hat sich die Massenbewegung erkämpft

b.ulh. Das KPD-Verbotsurteil von 1956 sollte Kampfaktionen der Arbeiter- und Volksmassen unterdrücken. Nach 1956 fanden keine gewerkschaftlichen Mai-Demonstrationen mehr statt. Die Ostermarschierer der 60iger Jahre konnte die Bourgeoisie aufs freie Feld oder an den Stadtrand drängen. In Hamburg reichte die Bannmeile – die Umschreibung für Demonstrationsverbot in der Innenstadt – bis zur Moorweide. 1968/69 wurde diese Einschränkung des Demonstrationsrechts von der Lehrlings- und Studentenbewegung in heftigen Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Staatsapparat während der Demonstration gegen die Aggression der US-Imperialisten in Indochina zurückgekämpft. Der jetzt beginnende Prozeß gegen Uwe Zabel wegen Leitung einer unangemeldeten Demonstration der Berufsschüler gegen das Kurssystem ist der jüngste Versuch der Bourgeoisie, in der Einschränkung des Demonstrationsrechts voranzukommen.

Mai 1969: Nach einer Maikundgebung des DGB auf dem Rathausplatz, auf der Willy Brand redet, formiert sich spontan eine Domonstration durch die Innenstadt und nimmt sich erneut das Recht auf Demonstration am 1.Mai.

Juni 1971: Chemiearbeiterstreik. „Unter einem Wald von Transparenten und lauten Sprechchören ,11,9 – 11,9' trafen ca. 2000 Kollegen der Norddeutschen Affinerie am Besenbinderhof ein." (Chemiearbeiter 6.6.1971, SALZ, Hamburg)

Dez. 1973: Mit 500 Menschen führt der KBW am Mönckebrunnen eine Kundgebung gegen die Notstandsmaßnahmen der Regierung durch. Der Polizei gelingt es nicht, die Aktion zu zerschlagen.

Sommer 1975: An zahlreichen Hamburger Schulen finden Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen statt. Gefordert wird: Keine Schließung von Klassen! Lehrmittelfreiheit! Vielfach werden die Forderungen der Schulbehörde direkt überbracht. U.a. sind beteiligt die Schulen Burgstraße, Steilshoop, Schottmüllerstraße.

März 1976: Die Geschäftsleitung von Heidenreich und Harbeck kündigt Entlassungen an. Die Arbeiter besetzten für 20 Min. die Straßenkreuzung Saarlandstr./Wiesendamm.

August 1976: Gegen ein zentrales Faschistentreffen im Hamburg führt der KBW Kundgebungen und Demonstrationen an den Landungsbrücken durch. Die Aktion wird erfolgreich gegen die Polizei durchgesetzt.

Oktober 1976: Vor dem Amt für Ausbildungsförderung führen Hamburger Studenten eine Kundgebung durch. Trotz massivem Polizeiaufgebot wird der BAFöG-Amtsleiter zu Verhandlungen gezwungen.

März 1977: Mit einem Autokorso durch die Innenstadt bekräftigen Hamburger Lehrer ihre Forderung für 170 DM gegen das 5,2%-Angebot. Die Polizei ist machtlos, weil die Aktion auf große Zustimmung trifft.

Mai 1977: Während des Streiks an der Hamburger Universität beschlagnahmen 1000 Studenten den Bronzekopf des kolonialen Unigründers v.Melle. Während einer spontanen Demonstration zur Durchsetzung des Streiks gegen den reaktionären Prof. Kleinstück wird die Statue mitgeführt. Die Polizei ist machtlos.

Nov. 1978: Die Berufsschüler demonstrieren durch das Einkaufszentrum Hamburger Straße, um von der Schulbehörde Anerkennung ihrer Forderungen gegen das Kurssystem zu verlangen.





die Hälfte der Klasse ausgesiebt war. Die Schüler der Klassen 10 müssen nach Illichmanns Anordnung ihre Mitschüler aus den Klassen 5 bis 9 aus dem Schulgebäude in den Pausen schmeißen. Viele Schüler boykottieren das. Durch Schwänzen entziehen sich viele der Unterdrückung an der Schule. Die „Umtopfung" hat die Lage der Schüler weiter verschlechtert. Die Unterrichtsfehlquote ist von 9,2% im letzten auf 15% im jetzigen Halbjahr gestiegen. Sieben Fächer werden statt ganz- nur halbjährlich erteilt. Illichmann war klar, daß er, um die Verschlechterungen durchzusetzen, den Widerstand verstärkt unterdrücken mußte.

In dieser Situation stellte Klaus B. seinen Antrag auf Wiederaufnahme an

form nicht ausreichen. Die Behauptung ist haltlos. In vielen Diskussionen und mit ideologischer Unterstützung durch KBW-Flugblätter läßt sich die Spaltermethode zurückdrängen. Mittlerweile werden ca. 20 KVZ jede Woche an Buchholzer Schüler verkauft. Immer wieder fragten Schüler, ob man nicht z. B. auch den Kampf gegen die Pausenregelung am AEG zu einem geeigneten Zeitpunkt durch Flugblätter unterstützen kann.

Klaus besuchte zu diesem Zeitpunkt alle Kurse, die er belegen mußte. Vier Lehrer unterstützten das bzw. sagten nichts, um die Schüler nicht zu provozieren. Drei Reaktionäre wollten den Kursbesuch verhindern: Rosenberg versuchte, Klaus gewaltsam am Eintritt

Berufsverbot für Schüler! Weg mit dem Berufsverbot für Lehrer!" angedroht.

Der Kampf gegen diese Unterdrückungsmethoden hat die Einigung der Schüler weitergebracht. Die Schülervertretung des AEG will gleich nach den Herbstferien eine Vollversammlung einberufen, auf die Klaus trotz Hausverbot eingeladen werden soll. Wenn die Vollversammlung noch nicht den gewünschten Erfolg erzielt, ist eine Demonstration aller Buchholzer Schüler gegen diesen Angriff auf die politischen Rechte der Schüler vorgesehen. Günstig ist es, wenn viele Werktätige und Schüler dem Schulleiter Illichmann sagen, was sie von seinen Praktiken halten. Telefon: 04181/4779.

hat sich die Massenbewegung erkämpft

b.ulh. Das KPD-Verbotsurteil von 1956 sollte Kampfaktionen der Arbeiter- und Volksmassen unterdrücken. Nach 1956 fanden keine gewerkschaftlichen Mai-Demonstrationen mehr statt. Die Ostermarschierer der 60iger Jahre konnte die Bourgeoisie aufs freie Feld oder an den Stadtrand drängen. In Hamburg reichte die Bannmeile – die Umschreibung für Demonstrationsverbot in der Innenstadt – bis zur Moorweide. 1968/69 wurde diese Einschränkung des Demonstrationsrechts von der Lehrlings- und Studentenbewegung in heftigen Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Staatsapparat während der Demonstration gegen die Aggression der US-Imperialisten in Indochina zurückgekämpft. Der jetzt beginnende Prozeß gegen Uwe Zabel wegen Leitung einer unangemeldeten Demonstration der Berufsschüler gegen das Kurssystem ist der jüngste Versuch der Bourgeoisie, in der Einschränkung des Demonstrationsrechts voranzukommen.
Mai 1969: Nach einer Maikundgebung des DGB auf dem Rathausplatz, auf der Willy Brand redet, formiert sich spontan eine Domonstration durch die Innenstadt und nimmt sich erneut das Recht auf Demonstration am 1.Mai.
Juni 1971: Chemiearbeiterstreik. „Unter einem Wald von Transparenten und lauten Sprechchören ,11,9 – 11,9' trafen ca. 2000 Kollegen der Norddeutschen Affinerie am Besenbinder-

burger Schulen finden Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen statt. Gefordert wird: Keine Schließung von Klassen! Lehrmittelfreiheit! Vielfach werden die Forderungen der Schulbehörde direkt überbracht. U.a. sind beteiligt die Schulen Burgstraße, Steilshoop, Schottmüllerstraße.
März 1976: Die Geschäftsleitung von Heidenreich und Harbeck kündigt Entlassungen an. Die Arbeiter besetzten für 20 Min. die Straßenkreuzung Saarlandstr./Wiesendamm.
August 1976: Gegen ein zentrales Faschistentreffen im Hamburg führt der KBW Kundgebungen und Demonstrationen an den Landungsbrücken durch. Die Aktion wird erfolgreich gegen die Polizei durchgesetzt.
Oktober 1976: Vor dem Amt für Ausbildungsförderung führen Hamburger Studenten eine Kundgebung durch. Trotz massivem Polizeiaufgebot wird der BAFöG-Amtsleiter zu Verhandlungen gezwungen.
März 1977: Mit einem Autokorso durch die Innenstadt bekräftigen Hamburger Lehrer ihre Forderung für 170 DM gegen das 5,2%-Angebot. Die Polizei ist machtlos, weil die Aktion auf große Zustimmung trifft.
Mai 1977: Während des Streiks an der Hamburger Universität beschlagnahmen 1000 Studenten den Bronzekopf des kolonialen Unigründers v.Melle. Während einer spontanen Demonstration zur Durchsetzung des Streiks ge-





Die einheitliche Demonstration im Juli ist der Schulbehörde in die Knochen gefahren. Der Widerstand gegen überfüllte Busse, lange Anfahrtswege, gegen Unterdrückung und Schikane nimmt zu.

Kultusminister Bendixen: Auslese über die Orientierungs- und Studienstufe

b.kav. Mit zwei größeren, gleich als Weichenstellung angekündigten „Reformvorschlägen", betreffend die Orientierungs- und Studienstufe, macht sich der neue schleswig-holsteinische Kultusminister Bendixen an die Fortsetzung des Werkes seines Amtsvorgängers Braun. Als besonders schülerfreundlich und Fehlentscheidungen der Eltern verhindernd bezeichnet Bendixen die Änderungen für die Orientierungsstufe (5. und 6. Schuljahr). Demzufolge sollen die Schüler die Möglichkeit haben, wenn laut Lehrerkonferenz die Aussicht auf Erreichen des Klassenziels gegeben ist, das Schuljahr zu wiederholen. Den Eltern soll das Mitspracherecht weiter abgegraben werden. Es soll ihnen in Zukunft nicht mehr möglich sein, ihre Kinder am Gymnasium anzumelden, wenn diese von den Grundschullehrern für die Hauptschule vorgeschlagen werden. Bendixen will auf diese Weise die Auslese schon in der Orientierungsstufe verschärfen. Dazu will er offensichtlich die „aussichtslosen Fälle" von vornherein fernhalten, um die Zahl der Schrägversetzungen nicht allzu groß werden zu lassen. Immer größer wird nämlich der Protest der Eltern dagegen.

% der Schüler der 5. Klassen, die das Ziel der 10. Klasse bzw. des Vorsemesters erreicht haben

73	10. Klasse	89,31
74	Vorsemester	74,27
74	10. Klasse	87,92
75	Vorsemester	74,16
75	10. Klasse	93,30
76	Vorsemester	79,80
76	10. Klasse	75,10
77	Vorsemester	63,32
77	10. Klasse	71,92
78	Vorsemester	*

Stichtag: jeweils im Sept. des entsprechenden Jahres / * keine Angaben

Fortsetzen will Bendixen die Verschärfung der Auslese in der Studienstufe. Diese soll künftig in ein Einführungsjahr und zwei Kursjahre gegliedert sein. Durch die Betonung der geisteswissenschaftlichen Fächer und die Verpflichtung der Schüler, im Einführungsjahr eine zweite Fremdsprache zu nehmen, will Bendixen hier bereits die Aussiebung verschärfen.

Entwicklung der Schülerzahlen an der Orientierungsstufe der Gymnasien in Schl.-H., bezogen auf die Schülerzahl ab Klasse 5 in %

Jahr	*	%	Diff.%
71	5	100	
73	7	93,6	- 7,4
72	5	100	
74	7	90,64	- 9,36
73	5	100	
75	7	91,47	- 8,53
74	5	100	
76	7	89,59	-10,41
75	5	100	
77	7	92,47	- 7,53
76	5	100	
77	6	93,81	- 6,19

Quelle: Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1978 / * Klasse

Die Wochenstundenzahl für Leistungsfächer wird von sechs auf fünf gekürzt, die der Grundkurse entsprechend erweitert. Das Fach Gemeinschaftskunde wird wieder aufgelöst in die Fächer Erdkunde und Geschichte – jeweils mit „verbindlichen Anteilen" der Bereiche Wirtschaft/Politik. So hofft Bendixen, die Kapitalisten mit der benötigten Anzahl wohldressierter Anwärter auf Aufsichts- und Unterdrückerpositionen zu versorgen.

Schon mit Einrichtung der Studienstufe hat das Kultusministerium die Absicht verfolgt, die Auslese unter den Oberschülern zu verschärfen und eine Spaltung der Schüler zu betreiben. Einrichtung der Studienstufe, das hieß, Auflösung der Klassenverbände durch ein Kurssystem mit der Möglichkeit der Fächerwahl und der Ausweitung der Notenskala auf 15 Punkte, statt der bisherigen sechs Noten, Nichtzulassung zum Abitur bei Unterschreitung einer bestimmten Gesamtpunktzahl.

Unbestreitbar ist es die Erfahrung von zigtausend Schülern und Lehrern, daß es mit dieser Studienstufe gelungen ist, den Schülern die Erfahrung des Zusammenhalts, des Lernens voneinander und der Bewältigung des Unterrichtsstoffes im Klassenverband zu verschütten und für einen Teil der Schüler dadurch die Schulleistungen zu senken. Zu belegen ist dies durch die hohe Zahl der Schüler, die das Abitur nicht erreichen. Einem Urs Stahl, seines Zeichens Hofschreiber des Kultusministers bei den KN gefällt es dann noch, sich mit der Bourgeoisie auf die Reform der Studien- und Orientierungsstufe zu freuen. Er erdreistet sich sogar, einige Schüler, die nicht bereit sind, sich für die Ziele der Kapitalisten aufzuopfern, als „Dünnbrettbohrer" zu bezeichnen.

Bis Ende November will sich Bendixen „ergebnisoffen" der Diskussion stellen. Die Eltern, Schüler und Lehrer haben mit solchen Diskussionsprozessen ihre Erfahrungen: Das Schulgesetz wurde trotz vieler gegensätzlicher Stellungnahmen gegenüber dem Entwurf kaum geändert.

Die GEW lehnt das Vorhaben des Kultusministeriums als Verfestigung des gegliederten Schulsystems ab. Auf Personal- und Elternversammlungen sowie auf Sitzungen von Schülervertretungen muß man an den Kampf gegen das Schulgesetz anknüpfen und Forderungen gegen die Auslese an den Schulen und für die Abschaffung des Notensystems erheben.



Der Graf kann sich von dem geplünderten Geld große Maschinerie leisten, die Bauern können nicht einmal kleine Schlepper rationell einsetzen.

Bauern kämpfen gegen die Kündigung der Pachtverträge durch Graf Kielmannsegg

r.hek. Seit zwei Jahrhunderten lebt das Grafengeschlecht von Kielmannsegg von der Arbeit der Bauern, von denen sie früher den Zins, heute die Pacht kassieren. Jede Verbesserung des Bodens durch die Arbeit der Bauern haben sie sich in höheren Pachten zahlen lassen. Als 1970 der neue Deich vor dieses Gebiet gebaut wurde für 65 Mio. DM, haben sie einmal aus Steuergeldern 700000 DM kassiert für das Land, auf dem der Deich gebaut wurde, und dann haben sie noch versucht gleich höhere Pachten einzustreichen, weil das Land ja jetzt sicher vor Überschwemmungen war. Das haben die Bauern sich damals nicht gefallen lassen. Mitte der 70er Jahre starteten die Grafen dann den nächsten Versuch. Sie verlangten 400 DM Pacht pro ha (der Bundesdurchschnitt lag damals bei 256 DM). Dafür wollten sie die Pachtzeit auf 12 Jahre verlängern. Auch das haben die Bauern nicht hingenommen.

Heute zahlen die Bauern mit Pachten zwischen 200 und 400 DM je ha mit Abstand die niedrigsten Pachten in der holsteinischen Elbmarsch. In der Kremper Marsch werden heute ca. 1100 DM gezahlt. Ein Preis, der nur bei Weizenanbau in größerem Stil überhaupt zu zahlen ist.

Nachdem der Graf diese Erhöhung der Pachtpreise nicht durchsetzen konnte, kündigte er zu Beginn des Jahres die Pachtverträge. Bis 1982 sollen nach seinem Plan, alle Bauern von ihrem Land vertrieben sein. Die Hälfte der 600 ha Pachtland hat er bereits in Besitz genommen. Er hat sich fünf große Schlepper gekauft, darunter zwei

lassen. Als 1970 der neue Deich vor dieses Gebiet gebaut wurde für 65 Mio. DM, haben sie einmal aus Steuergeldern 700000 DM kassiert für das Land, auf dem der Deich gebaut wurde, und dann haben sie noch versucht gleich höhere Pachten einzustreichen, weil das Land ja jetzt sicher vor Überschwemmungen war. Das haben die Bauern sich damals nicht gefallen lassen. Mitte der 70er Jahre starteten die Grafen dann den nächsten Versuch. Sie verlangten 400 DM Pacht pro ha (der Bundesdurchschnitt lag damals bei 256 DM). Dafür wollten sie die Pachtzeit auf 12 Jahre verlängern. Auch das haben die Bauern nicht hingenommen.

Heute zahlen die Bauern mit Pachten zwischen 200 und 400 DM je ha mit Abstand die niedrigsten Pachten in der holsteinischen Elbmarsch. In der Kremper Marsch werden heute ca. 1100 DM gezahlt. Ein Preis, der nur bei Weizenanbau in größerem Stil überhaupt zu zahlen ist.

Nachdem der Graf diese Erhöhung der Pachtpreise nicht durchsetzen konnte, kündigte er zu Beginn des Jahres die Pachtverträge. Bis 1982 sollen nach seinem Plan, alle Bauern von ihrem Land vertrieben sein. Die Hälfte der 600 ha Pachtland hat er bereits in Besitz genommen. Er hat sich fünf große Schlepper gekauft, darunter zwei
250-PS-Schlepper, hat acht Landarbeiter aus Ostholstein verdingt, von deren Arbeit er besser leben will als von der der 20 Bauernfamilien. Nachdem er sich vorher noch auf Kosten der Gemeinde befestigte Wege in den Außendeich hat legen lassen für 400000 DM, sich hat die Drainage reparieren lassen, schüttet er jetzt die Gräben zwischen den Feldern zu, um seine Maschinen profitabel einsetzen zu können.

Diese wahrhaft schlagkräftige Art der Flurbereinigung konnte er nur gegen die Bauern soweit durchsetzen, weil er im Verein mit den bürgerlichen Parteien es geschickt verstand, die Bauern zu spalten. Einmal machte er allen immer noch Hoffnung, daß, wenn sie nichts gegen ihn unternehmen würden, er das Land doch vielleicht weiter verpachten würde oder verkaufen. Die Landesregierung bot gleich für die Bauern den Umstieg auf die „flächenunabhängige Schweineproduktion" an, mit günstigen Krediten, um an dem Ruin der Bauern, die zwischen 15 und 30 ha Eigenland haben, auch noch zu verdienen. Die SPD bot dann „Ersatzland" an, 20 km entfernt, Land, das die Landsregierung anderweitig nicht loswerden konnte. Außerdem reicht das auch nur für 7 Bauern. Alle knüpften sie an dem „Eigentum" an Grund und Boden an und konnten so die Bauern, die ja auch Eigentümer ihrer Produktionsmittel sind, spalten.

Doch so ohne weiteres nehmen die Bauern die Enteignung ihres Landes nicht hin. Sie wollen jetzt im Gemeinderat einen Flächennutzungsplan verabschieden, der dem Grafen vorschreibt, mindestens 180 ha Grünland zu haben. Da der Graf keine Viehzucht betreiben kann, sie ist zu arbeitsintensiv, wird er diese Flächen verpachten müssen, wenn er nicht auf Pferdezucht umsteigen will. Jedoch der Flächennutzungsplan muß von der Landesregierung, dem Innenministerium, genehmigt werden. Und auch dann hat er noch keine Rechtsgültigkeit. Erst muß

Parteien es geschickt verstand, die Bauern zu spalten. Einmal machte er allen immer noch Hoffnung, daß, wenn sie nichts gegen ihn unternehmen würden, er das Land doch vielleicht weiter verpachten würde oder verkaufen. Die Landesregierung bot gleich für die Bauern den Umstieg auf die „flächenunabhängige Schweineproduktion" an, mit günstigen Krediten, um an dem Ruin der Bauern, die zwischen 15 und 30 ha Eigenland haben, auch noch zu verdienen. Die SPD bot dann „Ersatzland" an, 20 km entfernt, Land, das die Landsregierung anderweitig nicht loswerden konnte. Außerdem reicht das auch nur für 7 Bauern. Alle knüpften sie an dem „Eigentum" an Grund und Boden an und konnten so die Bauern, die ja auch Eigentümer ihrer Produktionsmittel sind, spalten.

Doch so ohne weiteres nehmen die Bauern die Enteignung ihres Landes nicht hin. Sie wollen jetzt im Gemeinderat einen Flächennutzungsplan verabschieden, der dem Grafen vorschreibt, mindestens 180 ha Grünland zu haben. Da der Graf keine Viehzucht betreiben kann, sie ist zu arbeitsintensiv, wird er diese Flächen verpachten müssen, wenn er nicht auf Pferdezucht umsteigen will. Jedoch der Flächennutzungsplan muß von der Landesregierung, dem Innenministerium, genehmigt werden. Und auch dann hat er noch keine Rechtsgültigkeit. Erst muß
der Bebauungsplan verschiedene Hindernisse der Genehmigung durchlaufen, um dann rechtskräftig und damit für den Grafen bindend zu sein. Nur durch den Kampf der Bauern und der Gemeinde um das Recht, den Bebauungsplan sebst zu entscheiden, wird ein Teil des Landes dem Grafen wieder entrissen werden können.

Albrecht will Lüchow-Dannenberger Kreistagspolitiker für Zwischenlagerung auf Trab bringen

r.scm. Nachdem zunächst der Vorstand der CDU-Kreistagsfraktion Lüchow-Dannenberg beschlossen hatte, sich für ein Zwischenlager abgebrannter Brennelemente aus Kernreaktoren zu verwenden, fanden am letzten Dienstag Verhandlungen zwischen einer Kreistagsdelegation unter Einschluß der SPD und der Landesregierung von Niedersachsen mit persönlicher Anteilnahme von Ministerpräsident Albrecht und Wirtschaftsministerin Breuel statt.

Die Bereitschaft der Kommunalpolitiker, dem Bau eines Zwischenlagers zuzustimmen, hatte Albrecht nicht ohne Grund als Vorraussetzung dafür angesehen, ein solches Projekt gegen die Arbeiter und Bauern durchzusetzen; war doch ein wesentlicher Grund dafür, daß die Bourgeoisie mit ihrem Kernenergiekonzept im ersten Anlauf nicht so recht durchgekommen ist, das Zustandekommen von Beschlüssen kommunaler Organe gegen den Bau von Kernkraftwerken am Ort.

Die Ursache für den scheinbar eigenständigen Vorstoß des Kreistages ist in einer blanken Erpressung zu suchen. 50 Millionen soll der Kreis für seine Zusage vier Jahre hintereinander von Bund und Land erhalten. Die erste Rate ist vom Bund bereits aufgebracht, obwohl die Kreistagspolitiker erst am 8. November auch mit Bundeskanzler Schmidt konferieren wollen. Daß der Kreis Lüchow-Dannenberg eine unterentwickelte Region ist, daß Bundes- und Landesgesetze den Kommunen die finanzielle Basis für notwendige Entwicklungsmaßnahmen rauben, ist die Grundlage für solche Erpressungspolitik.

Es ist allerdings ein Irrglaube zu meinen, mit diesen 200 Mio. DM ließen sich die Produktivkräfte im Kreis entwickeln. Nicht umsonst hat Albrecht kategorisch jede Pauschalzahlung abgelehnt, sondern will die Millionen als Fonds verstanden wissen, wobei dann die zuständigen Ministerien die geförderten Projekte „möglichst positiv beurteilen" sollen. So ist gewährleistet, daß die Interessen ansiedlungsbereiter Kapitalisten ihre Berücksichtigung finden und die Interessen der Bauern unter den Tisch gekehrt werden. Schon das Zwischenlager wird nicht weniger zum Bauernlegen beitragen als die Wiederaufbereitungsanlage. Für die Brennelemente gilt der gleiche Profitgesichtspunkt wie bei anderen kerntechnischen Anlagen: Je dünnwandiger die Hüllen desto höher der Wirkungsgrad des Reaktors. Also werden die Brennelementhüllen so dünnwandig gemacht, wie es eben möglich ist, ohne daß sie auseinanderfallen. Entsprechend häufig werden die Hüllen undicht. Radioaktive Gase, die durch den Kernspaltungsprozeß entstanden sind, entweichen, deren Zurückhaltung den Kapitalisten bloß Kosten macht, weshalb sie dann „kontrolliert" an die Atmosphäre abgegeben werden. Sie oder radioaktive Folgeprodukte finden sich in Nahrungsmitteln angereichert dann wieder. Das ist der Normalbetrieb ohne Unfall.

Der Bau von solchen Zwischenlagern ist für das Energieprogramm der Kapitalisten und ihrer Regierung von gegenwärtig entscheidender Bedeutung. Erst 1983 sollen die Planungsarbeiten für die Wiederaufbereitungsanlage beendet sein. Aus diesem Grund hatte die Ministerpräsidentenkonferenz auch vor wenigen Wochen beschlossen, die öffentliche Entscheidung für die Wiederaufbereitungsanlage zu verschieben, um sich auf die Durchsetzung von Zwischenlagern zu konzentrieren, ohne die der Betrieb der gegenwärtig laufenden oder im Bau befindlichen Kernkraftwerke gefährdet ist. Umgekehrt bilden die Lager abgebrannter Brennelemente ein Potential von spaltbarem Kernbrennstoff, für die Bourgoisie eine wichtige strateseche Reserve.

te ist vom Bund bereits aufgebracht, dig gemacht, wie es eben möglich ist, sche Reserve.

Bauern kämpfen gegen Grundwasserentzug durch ICI

r.stg. Der britische Chemiekonzern ICI verfolgt den Plan, den nördlichen Teil des Salzstockes Etzel bei Friedeburg zur Solegewinnung zu nutzen. Diese Sole entsteht durch Auslaugen des Steinsalzes mit Frischwasser und wird für die Produktion von Chlor, Natronlauge, Venylchlorit und PVC im Elektrolyseverfahren benötigt. Die ICI-Kapitalisten sind scharf auf das Etzeler Salz, weil es von guter Qualität ist und die jetzt schon benötigten Salzmengen aus den Niederlanden über die Niedersachsenbrücke am Jadefahrwasser herangeschafft werden, was teuer ist. In Tiefen von 900 bis 1000 Metern sollen insgesamt ca. 33 Kavernen (hohlgespülte Salzstöcke) angelegt und jährlich rund zwei Millionen Tonnen gesättigte Sole über eine Pipeline nach Wilhelmshaven geschafft werden.

ICI will sich die notwendigen Wassermengen einmal von der Industriewasserversorgungsgesellschaft, die sich bei den Stadtwerken Oldenburg und Wilhelmshaven eindeckt, beschaffen (1984: 5 Mio. m³), und sich zweitens am Grundwasser der Gemeinden Sande und Friedeburg schadlos halten. Aus dem Wedelfeld südlich von Gö-

Bauern kämpfen gegen Grundwasserentzug durch ICI

r.stg. Der britische Chemiekonzern ICI verfolgt den Plan, den nördlichen Teil des Salzstockes Etzel bei Friedeburg zur Solegewinnung zu nutzen. Diese Sole entsteht durch Auslaugen des Steinsalzes mit Frischwasser und wird für die Produktion von Chlor, Natronlauge, Venylchlorit und PVC im Elektrolyseverfahren benötigt. Die ICI-Kapitalisten sind scharf auf das Etzeler Salz, weil es von guter Qualität ist und die jetzt schon benötigten Salzmengen aus den Niederlanden über die Niedersachsenbrücke am Jadefahrwasser herangeschafft werden, was teuer ist. In Tiefen von 900 bis 1000 Metern sollen insgesamt ca. 33 Kavernen (hohlgespülte Salzstöcke) angelegt und jährlich rund zwei Millionen Tonnen gesättigte Sole über eine Pipeline nach Wilhelmshaven geschafft werden.

ICI will sich die notwendigen Wassermengen einmal von der Industriewasserversorgungsgesellschaft, die sich bei den Stadtwerken Oldenburg und Wilhelmshaven eindeckt, beschaffen (1984: 5 Mio. m³), und sich zweitens am Grundwasser der Gemeinden Sande und Friedeburg schadlos halten. Aus dem Wedelfeld südlich von Gö-
dens will ICI jährlich 4,5 Mio. m³ aus Tiefen von 60 - 1000 Meter für die Kavernenspülung ziehen, was für die Bauern der beiden Gemeinden tödlich werden kann (zum Vergleich: Gesamtwasserverbrauch Kreis Friesland 1978: 6,2 Mio. m³ Wasser bei 24600 Anschlüssen).

„Für die Bereitstellung der erheblichen benötigten Spülwassermengen ist das Grundwasserreservoir meist nicht ausreichend, insbesondere wenn eine Beeinträchtigung bestehender Wasserwerke befürchtet werden muß. Es wird deshalb auf das Meer oder auf die Mündungen der größeren Ströme zurückgegriffen", schreibt Dipl.Ing. Rischmüller (Erdöl/Erdgas Nr. 7/72). ICI ist dies Verfahren, Wasser aus der Jade zu nehmen, zu teuer, denn die Sole müßte dann erst noch gesiebt und gereinigt werden, bevor sie im Produktionsprozeß eingesetzt werden könnte. Das qualitativ bessere Grundwasser wirkt sich da kostensenkend aus, zumal die ICI-Kapitalisten es umsonst haben wollen.

Die Bauern sagen, es kann langfristig zu einer Verschiebung der Salzwasser-Süßwassergrenze kommen, wenn jährlich ca. 4,5 Mio. m³ Brackwasser (d. h. Tiefwasser) entnommen werden und vom Jadebusen her Salzwasser nachdrängt. Der Boden im betroffenen Gebiet enthält moorige Schichten, die bei Wasserentzug zusammensacken, was eine Landsenkung zur Folge hätte mit weitreichenden Auswirkungen auf die Oberflächenentwässerung etc. Grundsätzlich erwarten die Landwirte

chen benötigten Spülwassermengen ist das Grundwasserreservoir meist nicht ausreichend, insbesondere wenn eine Beeinträchtigung bestehender Wasserwerke befürchtet werden muß. Es wird deshalb auf das Meer oder auf die Mündungen der größeren Ströme zurückgegriffen", schreibt Dipl.Ing. Rischmüller (Erdöl/Erdgas Nr. 7/72). ICI ist dies Verfahren, Wasser aus der Jade zu nehmen, zu teuer, denn die Sole müßte dann erst noch gesiebt und gereinigt werden, bevor sie im Produktionsprozeß eingesetzt werden könnte. Das qualitativ bessere Grundwasser wirkt sich da kostensenkend aus, zumal die ICI-Kapitalisten es umsonst haben wollen.

Die Bauern sagen, es kann langfristig zu einer Verschiebung der Salzwasser-Süßwassergrenze kommen, wenn jährlich ca. 4,5 Mio. m³ Brackwasser (d. h. Tiefwasser) entnommen werden und vom Jadebusen her Salzwasser nachdrängt. Der Boden im betroffenen Gebiet enthält moorige Schichten, die bei Wasserentzug zusammensacken, was eine Landsenkung zur Folge hätte mit weitreichenden Auswirkungen auf die Oberflächenentwässerung etc. Grundsätzlich erwarten die Landwirte
eine Austrocknung des Bodens und Versteppung der Oberfläche. Fachleute der Kavernen-Betriebs GmbH, die die Öllagerung in den Etzeler Kavernen betreibt, behaupten, wasserundurchlässiger Untergrund würde ein Absickern des Oberflächenwassers und Austrocknung verhindern. Dagegen berichteten die Bauern auf einer Versammlung gegen die ICI-Pläne, daß sie noch nicht einmal Gülle aufs Land bringen dürfen, weil das Wasserwerk Kleinhorsten eine Verschmutzung seiner Trinkwasser-Tiefbrunnen befürchtete. Der Geschäftsführer des Landvolkes ergänzte: „Wir haben drei Wasserwerke um uns herum (zur Trinkwasserversorgung) und Tatsache ist, daß die Flächen von Jahr zu Jahr weiter austrocknen." Höhnisch erwiderte der Vertreter der KBB, daß sie nicht an einer Trockenlegung interessiert seien und für Schäden würde die ICI sicher haften – die Schwierigkeit einer Beweisführung und -sicherung läge in diesem Fall allerdings beim Kläger ...

Die Bourgeoisie wird auf das Wasser nicht einfach verzichten: Für eine mittelgroße Kaverne muß für die Planungen, Bohrungen etc. bis zum Beginn der Aussolungen ca. drei Jahre lang Kapital vorgestreckt werden, und das muß erst noch Profit tragen. Der bürgerliche Staat wird auf Trab gebracht und soll das nds. Bergrecht novellieren: Normalerweise gehören alle Bodenschätze unter Baugrundtiefe dem Staat, also auch die Salzstöcke – nur in Etzel besitzen die Bauern, fußend auf altem hannoverschem Bergrecht,

sammlung gegen die ICI-Pläne, daß sie noch nicht einmal Gülle aufs Land bringen dürfen, weil das Wasserwerk Kleinhorsten eine Verschmutzung seiner Trinkwasser-Tiefbrunnen befürchtete. Der Geschäftsführer des Landvolkes ergänzte: „Wir haben drei Wasserwerke um uns herum (zur Trinkwasserversorgung) und Tatsache ist, daß die Flächen von Jahr zu Jahr weiter austrocknen." Höhnisch erwiderte der Vertreter der KBB, daß sie nicht an einer Trockenlegung interessiert seien und für Schäden würde die ICI sicher haften – die Schwierigkeit einer Beweisführung und -sicherung läge in diesem Fall allerdings beim Kläger ...

Die Bourgeoisie wird auf das Wasser nicht einfach verzichten: Für eine mittelgroße Kaverne muß für die Planungen, Bohrungen etc. bis zum Beginn der Aussolungen ca. drei Jahre lang Kapital vorgestreckt werden, und das muß erst noch Profit tragen. Der bürgerliche Staat wird auf Trab gebracht und soll das nds. Bergrecht novellieren: Normalerweise gehören alle Bodenschätze unter Baugrundtiefe dem Staat, also auch die Salzstöcke – nur in Etzel besitzen die Bauern, fußend auf altem hannoverschem Bergrecht,
Abbaurechte. So müssen ICI und KBB auch über neue Kavernen mit den Bauern verhandeln und das Salz und die Hohlraumnutzung bezahlen. Geboten hat ICI 20 Pf. pro Tonne Salz, was geschlossen abgelehnt wurde. Jetzt haben die Bauern weitere Testbohrungen wegen der Grundwasserentnahme durchgesetzt.

Dr. rer. pol. E.A. DER STAAT – IDEE & WIRKLICHKEIT
KAP. IV: WER SOLL DIE HERRSCHAFT AUSÜBEN ?



„Der ideale Staat hat es mit vollkommenen Menschen zu tun, d.h. mit Menschen, die ein Höchstmaß an geistiger und sittlicher Reife erreicht haben. Die Bürger eines solchen Staates besitzen samt und sonders ein Maß an Einsicht in das Wesen des Staates, des Menschen, der Gerechtigkeit, der Macht usw., das im realen Staat auch bei den Besten kaum zu finden sein wird. Und vor allem sind sich die Bürger in dieser Hinsicht gleich; der Alleinherrscher würde nicht über seinen Bürgern stehen.

...Das Problem des idealen Staates ist deshalb einzig und allein, die rechten Männer an den rechten Platz zu bringen." (S. 120)

„Seit der Antike unterscheidet man die Staatsformen in erster Linie nach dem Subjekt der staatlichen Herrschaft... Um eben diese Unschärfe zu vermeiden, die bei den griechischen Begriffen das Ergebnis ihrer langen Geschichte ist, sei hier auf die deutschen Bezeichnungen zurückgegriffen und streng nach der Zahl derer, die im Staate die Herrschaft innehaben ... unterschieden." (S. 117)



„Die ideale Verfassung...: Die Entscheidung über Schicksalsfragen der Gemeinschaft bliebe dem Volk, d.h. der Gesamtheit der Staatsbürger vorbehalten. Das Volk würde ferner alle vier bis fünf Jahre eine Anzahl von Bürgern, die sein Vertrauen besitzen ins Parlament wählen. Die Abgeordneten würden ihr Amt nach bestem Wissen ohne an Weisungen gebunden zu sein im Interesse des ganzen Volkes wahrnehmen... Besondere fachliche Qualifikation wäre Voraussetzung für die Ausübung eines Ministeramtes... Der Regierung stünde ein Stab qualifizierter, unabhängig und objektiv urteilender Beamter zur Verfügung... Damit ist die Frage wer im idealen Staat die Herrschaft ausüben soll, beantwortet. Alle Gewalt geht vom Volke aus." (S. 125)



Weinlese unter Staatsaufsicht

Rheinland-pfälzische Landesregierung führt verschärfte Herbstkontrollen durch

z.erm. Im August hat das rheinland-pfälzische Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten den landwirtschaftlichen Beratungsstellen mitgeteilt, es werde die Herbstkontrolle in diesem Jahr verschärfen. Herausgefunden werden sollen diejenigen Winzer, die angeblich nicht den „redlichen Weinbau“ (Minister Meyer) pflegen, sondern durch Zuckerzusatz die Mostgewichte ihrer Weine auf das Mindestmostgewicht der nächsthöheren Prädikatsstufe (z.B. von Kabinett auf Spätlese) anheben würden. Durchgeführt werden jetzt, mitten in der Lese, Probenentnahmen vor allem bei den Betrieben, die in den letzten Jahren durch einen hohen Prädikatsweinanteil von Spätlesen an aufwärts bei gleichzeitig großer Erntemenge „aufgefallen sind“. Zudem steigen überall dort, wo die Lastzüge den von den Kellern bezogenen Südmost der Winzer anliefern, die Weinkontrolleure auf die Tankfahrzeuge, um Proben für die Mostgewichtfeststellung zu ziehen.

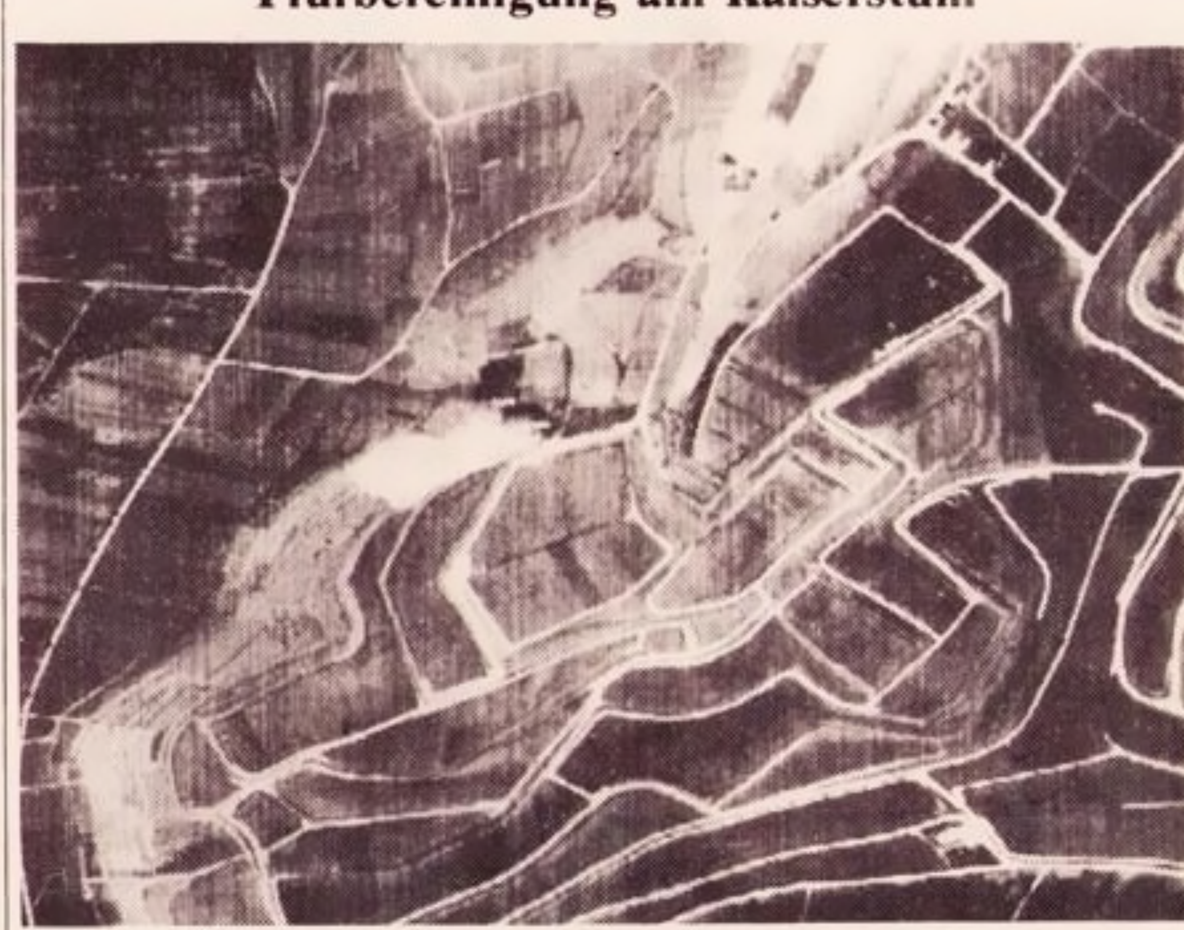
Planmäßig hat die rheinland-pfälzische Landesregierung in den letzten Jahren die Herbstkontrolle verschärft, um durch Senkung des Ernteanteils an Qualitätsweinen höherer Stufen (Spät- und Auslesen) die Erzeugerpreise weiter zu drücken, die, was die Faßweinpreise betrifft, seit 20 Jahren nicht mehr angestiegen sind. Nach dem Grundsatz „Anpassung der Erzeugerkosten an die Erzeugererlöse“ (Weinbauplan vom Dezember 1977) soll vor allem den 60% der Betriebe ans Zeug gegangen werden, die Trauben, Most oder Faßwein nicht voll oder gar nicht an Winzergenossenschaften oder Erzeugergemeinschaften bzw. an Kellereien abliefern, sondern sie frei verkaufen bzw. ihre Ernte ganz als Flaschenwein verkaufen.

Vor allem die faßweinvermarktenden Betriebe hatten sich, wegen des horrenden Preisunterschiedes beim Verkauf von kabinett- oder spätlesegeeigneten Weinen (an der Mosel zwischen 2200 DM durchschnittlich für 1000 l Kabinett und 3000-3500 DM für Spätlesen) bemüht, durch sorgfältige Pflege der Weinberge, durch spätere Lese und durch längeres Stehenlassen auf der Maische das Mostgewicht in den Spätlesebereich zu heben. Das soll jetzt durch die schärferen Kontrollen unterbunden werden.

Neben den seit 1974 in der Landesverordnung über die Schließung der Weinberge und die Lese der Trauben (Herbstordnung) festgelegten Anzeigen vor und nach der Lese von Prädikatweinen ab Kabinett bzw. ab Spätlesen, die die Größe der abgeernteten Flächen, die zu erwartende Prädikatsstufe enthalten müssen, läßt die Landesregierung von den Weinkontrolleuren immer mehr Mostgewichtsuntersuchungen vornehmen. Waren es im Rheingau 1977 noch 9000 solcher Untersuchungen, so wurde die Zahl 1978 bereits auf 11000 erhöht. Um die Lücken in Hinblick auf die Kontrolle der Winzer weiter zu schließen, droht die Landesregierung den Winzern mit einer Verordnung, die sie zwingen würde, die gesamten Moste ab Spätlese auf Gemeindewaagen oder bei sonstigen einzurichtenden amtlichen Meßstellen überprüfen zu lassen. Der Zeitraum für die Abgabe der Erntemeldungen soll von bisher höchstens 7 auf 2 bis 3 Tage verkürzt werden, um noch schneller als bisher den Most in nur teilweise vergorenem Zustand auf seine „Reife“ überprüfen zu können. Weiterhin liebäugelt Minister Meyer mit der Einbeziehung der Kabinettweine in die Erntemeldung und dem öffentlichen Anschlag der Erntemeldungen, um den „psychologischen Hemmeffekt“ (Weinbauplan) für potentielle „Panscher“ zu erhöhen. Außerdem soll die Kontrolle auf die gesamte geerntete Menge und den Ertrag pro Hektar ausgedehnt werden.

Da der Weg zu dieser „lückenlosen“ Kontrolle aufgrund des vehementen Widerstandes der Winzer „weit und dornenreich“ (Ministerialrat Hemmerling) sein wird, sinniert die Landesregierung auf schnellere Wege zur Senkung der Erzeugerpreise. „Im Hinblick auf ein ausgewogenes Angebot von Qualitätswein, Spätlesen und Auslesen“ sollen die Mindestmostgewichte für einige Neuzüchtungen (z.B. Optima, Ortega), die vor allem Spät- und Auslesen bringen, erhöht werden. Durch die geplante Einführung der zwischen Tafelwein und Qualitätswein angesiedelten Konsumweingruppe „Landwein“ (EG-Verordnung 2133/74) würde sich nach Angaben der Landesregierung eine „Preisnivellierung nach unten“ erzielen lassen. Um eine große Menge an Landwein zu bekommen, sieht sie eine Anhebung der Ausgangsmostgewichtsschwelle für QbA-Weine um 5 Grad Oechsle von derzeit an der Mosel 57 bzw 60 Grad auf 62 bzw. 65 Grad vor. 20% der Erntemenge würde so von Qualitäts- zu Landwein degradiert werden, für den erheblich niedrigere Preise erzielt werden könnten. Über 1000 rheinhessische Winzer haben auf ihrer Herbstversammlung vehement gegen die verschärfte Herbstkontrolle protestiert. Nach einer Umfrage des CDU MdB Will-Fell haben von 100 Moselwinzern 99 sich gegen die „lückenlose“ Herbstkontrolle gewandt und „eine weitere Diskriminierung und womögliche Kriminalisierung der Winzer“ abgelehnt.

Flurbereinigung am Kaiserstuhl



z.evc. Das Thermalbild zeigt die Auswirkungen der Flurbereinigung am Kaiserstuhl. Dunkle Flächen bedeuten relativ niedrige Temperaturen, helle relativ warme. Die Großterrassen wirken als Kaltluftterrassen, weil sie mit Innenneigung angelegt wurden, um ein Abschwemmen des Bodens zu verhindern. Es entsteht mehr Schatten und weniger Sonneneinstrahlung; die Mostgewichte sinken und damit die Erzeugerpreise. Bei der Aufhäufung der z.T. 20 m hohen Terrassen wurden die fruchtbare Oberschicht und darunterliegende Lößschichten vermengt; die Bodenfruchtbarkeit sinkt, der Boden verlehmt und wird wasserundurchlässig. Für die Großwinzer bedeuten Großterrassen rationellen Maschineneinsatz und Anwendung von Lohnarbeit. Für die kleinen, die die Umlegung mit Krediten auf künftige Erträge finanzierten, beschleunigten Ruin.

Warnstreik der Arbeiter der Löwenbrauerei

z.heb.München. Einen einstündigen Warnstreik führten am Dienstag, dem 9. Oktober, Arbeiter der Löwenbrauerei durch. Etwa 100 Arbeiter aus dem Lagerkeller, der Flaschenfüllerei, den Faß-, Wasch- und Abfüllhallen beteiligten sich an dem Streik, um bei den Verhandlungen der Tarifkommission den Rücken zu stärken und den bayerischen Brauerbund unter Druck zu setzen, die an diesem Tag in Kehlheim verhandelten. Die aufgestellte Forderung der NGG ist: 7% mehr Lohn, 13. Monatsgehalt, 23 DM Urlaubsgeld und Urlaubsverlängerung für ältere Arbeiter. Bisher erhalten die bayerischen Brauereiarbeiter nur 60% Weihnachtsgeld und 10 bis 14 DM Urlaubsgeld pro Tag, je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit. Durch die Tarifabschlüsse auf bezirklicher Ebene ist es den Brauereikapitalisten gelungen, die Löhne weit zu spreizen. Bis zu 200 DM Differenz für die gleiche Lohngruppe gibt es zwischen den verschiedenen Tarifbezirken. Die Braukapitalisten haben ein unverschämtes 4,3%-Angebot vorgelegt und bislang daran festgehalten. Die Gewerkschaft NGG hat jetzt auch die zweite Verhandlungsrunde für gescheitert erklärt. Mit dem Streik haben die Arbeiter gezeigt, daß sie nicht bereit sind, einen weiteren Lohnraubabschluß hinzunehmen. Am 23.10. soll Schlichtungsverhandlungstag sein.

Burgenland: Weinbauernkomitee fordert: 3 S pro kg!

z.anb.Wien. Seit dem 10. 10. ist in den Hauptweinbaugebieten Niederösterreich und Burgenland die Weinernte in vollem Gange. Im Burgenland haben die Weinbauern ein Komitee gegründet, das den Kampf um die Durchsetzung eines Mindestpreises von 3 S (0,42 DM) bzw. 6 S für Spätlese organisiert. In mehreren Gemeinden sind Boykottaktionen durch Sperren der Brückenwaagen der Winzergenossenschaften und Handelskapitalisten beschlossen worden. Im Vorjahr war es letzteren gelungen, die Kampffront für 3 S pro kg zu spalten, weil die Ernte außerordentlich reichhaltig war und der von 4,50 S auf unter 3 S gedrückte Preis durch gesteigerte Absatzmengen noch teilweise aufgefangen werden konnte. Das hat für eine ganze Reihe der in ihrer Mehrzahl im Nebenerwerb produzierenden kleinen Weinbauern den drohenden Ruin noch einmal hinausgezögert. Dieses Jahr allerdings – bei rund 30% niedrigerem Erntevolumen, massiv gestiegenen Produktionskosten und einem Preis von knapp über 2 S trotz erheblich höherer Traubenqualität – ist das vollends unmöglich geworden. Mit „Entlastungsaktionen“ greift der staatliche Weinwirtschaftsfonds den Handelskapitalisten unter die Arme: 145000 hl werden während der Ernte auf dem Markt und an Brennereien verschleudert, als Beweis des

Burgenland: Weinbauernkomitee fordert: 3 S pro kg!

z.anb.Wien. Seit dem 10. 10. ist in den Hauptweinbaugebieten Niederösterreich und Burgenland die Weinernte in vollem Gange. Im Burgenland haben die Weinbauern ein Komitee gegründet, das den Kampf um die Durchsetzung eines Mindestpreises von 3 S (0,42 DM) bzw. 6 S für Spätlese organisiert. In mehreren Gemeinden sind Boykottaktionen durch Sperren der Brückenwaagen der Winzergenossenschaften und Handelskapitalisten beschlossen worden. Im Vorjahr war es letzteren gelungen, die Kampffront für 3 S pro kg zu spalten, weil die Ernte außerordentlich reichhaltig war und der von 4,50 S auf unter 3 S gedrückte Preis durch gesteigerte Absatzmengen noch teilweise aufgefangen werden konnte. Das hat für eine ganze Reihe der in ihrer Mehrzahl im Nebenerwerb produzierenden kleinen Weinbauern den drohenden Ruin noch einmal hinausgezögert. Dieses Jahr allerdings – bei rund 30% niedrigerem Erntevolumen, massiv gestiegenen Produktionskosten und einem Preis von knapp über 2 S trotz erheblich höherer Traubenqualität – ist das vollends unmöglich geworden. Mit „Entlastungsaktionen“ greift der staatliche Weinwirtschaftsfonds den Handelskapitalisten unter die Arme: 145000 hl werden während der Ernte auf dem Markt und an Brennereien verschleudert, als Beweis des

„Überschusses“. Die Weinbauern wissen, daß das eine Finte ist.

Südzucker: Kontischicht während Rübenverarbeitungskampagne

z.kam. Mit Einsetzen der Zuckerrübenernte Ende September beginnt in der Zuckerindustrie die jährliche Kampagne der Rübenverarbeitung (Dauer zwischen 80 und 100 Tagen). Während der Kampagne 1977/78 haben rund 28000 Rübenanbauer (durchschnittliche Anbaufläche je Betrieb: 3,8 ha) 5,7 Mio. Tonnen Rüben allein an die Südzucker AG – eine der größten zuckerrübenverarbeitenden Firmen in der BRD – geliefert. Bezahlt werden die Rüben neuerdings nach ihrem Zuckergehalt (derzeit schwankt er um 15%), was die kleinen Bauern zunehmend in den Ruin treiben wird. Für die Rübenverarbeitung 1977/78 wurde die Stammbelegschaft der Südzucker AG von knapp 2400 Arbeitern um 245 Saisonarbeiter erweitert – jeder fünfte davon war Ausländer. Rund um die Uhr, in Kontischicht und Akkordarbeit, mußten die Beschäftigten innerhalb von 97 Tagen täglich über 59000 Tonnen Rüben zu Zucker verarbeiten – 1 Tonne Zucker in 5 Stunden. Vor 10 Jahren wurden zwei Drittel dieser Rübenmenge von einer um 1600 Arbeitskräfte größeren Belegschaft in 100 Tagen verarbeitet. Damals wurde 1 Tonne Zucker in 12,5 Stunden produziert. Von der diesjährigen Kampagne wird berichtet, daß die Arbeiter bei Südzucker bis zu 3 Schichten hintereinander oder 14 Tage Nachtschicht ohne Unterbrechung schaffen müssen. Die Südzucker AG erwartet eine „ausgezeichnete Rübenausbeute“.

„Selbstbestimmungsrecht über Weideland und Fischgewässer“

Die Samek (Lappen) von Alta/Kautokeino kämpfen um ihre Existenzgrundlage

z.bag. Seit 10 Jahren kämpfen die Samek der Finmark gegen den Plan der norwegischen Regierung, den Fluß Alta zwischen den Orten Alta und Kautokeino zu einem Stausee aufzudämmen und ein Wasserkraftwerk anzulegen. Der erste geplante Standort, Masi, eins der besten Landwirtschaftsgebiete der Samek, mußte wegen massiver Prote-

preise betrifft, seit 20 Jahren nicht mehr angestiegen sind. Nach dem Grundsatz „Anpassung der Erzeugerkosten an die Erzeugererlöse“ (Weinbauplan vom Dezember 1977) soll vor allem den 60% der Betriebe ans Zeug gegangen werden, die Trauben, Most oder Faßwein nicht voll oder gar nicht an Winzergenossenschaften oder Erzeugergemeinschaften bzw. an Kellereien abliefern, sondern sie frei verkaufen bzw. ihre Ernte ganz als Flaschenwein verkaufen.

Vor allem die faßweinvermarktenden Betriebe hatten sich, wegen des horrenden Preisunterschiedes beim Verkauf von kabinett- oder spätlesegeeigneten Weinen (an der Mosel zwischen 2200 DM durchschnittlich für 1000 l Kabinett und 3000-3500 DM für Spätlesen) bemüht, durch sorgfältige

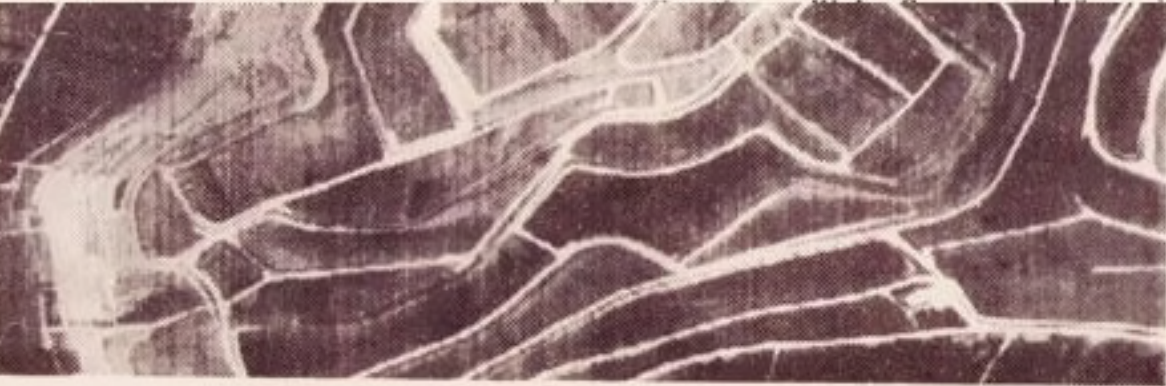
schaft betrieben. Sie waren hervorragende Schiffsbauer; die Fluß- oder Binnenseesamek, die von Lachsfang und Landwirtschaft lebten. Es gab Widersprüche zwischen diesen Gruppen, besonders wegen der Weideplätze, aber sie hatten eine gemeinsame Sprache (mit verschiedenen Dialekten) und betrieben Tauschhandel, der sie mit al-

teilweise vergorenen Zustand auf seine „Reife“ überprüfen zu können. Weiterhin liebäugelt Minister Meyer mit der Einbeziehung der Kabinettweine in die Erntemeldung und dem öffentlichen Anschlag der Erntemeldungen, um den „psychologischen Hemmeffekt“ (Weinbauplan) für potentielle „Panscher“ zu erhöhen. Außerdem soll die Kontrolle auf die gesamte geerntete Menge und den Ertrag pro Hektar ausgedehnt werden.

Da der Weg zu dieser „lückenlosen“ Kontrolle aufgrund des vehementen Widerstandes der Winzer „weit und dornenreich“ (Ministerialrat Hemmerling) sein wird, sinniert die Landesregierung auf schnellere Wege zur Senkung der Erzeugerpreise. „Im Hinblick auf ein ausgewogenes Angebot von Qualitätswein, Spätlesen und Aus-

Sarmen immer stärker zerstörte und durch ausgedehnten Schnapshandel die Widerstandskraft der Sarmen zersetzte, kam es 1852 zu einem großen Aufstand in Kautokeino. 60 bewaffnete Sarmen brannten die Kirche, den Pfarrhof und den Laden des Schnapshändlers nieder. Sie töteten den Händler und den norwegischen Bürgermei-

Schlachtvieh und Lieferant von Fellen. Die Größe der Herden wird von den skandinavischen Regierungen festgelegt und alle diesbezüglichen Bestimmungen laufen darauf hinaus, eine hochrationaliserte Fleischindustrie in den Händen weniger Besitzer zu konzentrieren und den Rest der Sarmen als Lohnarbeiter freizusetzen. Tausende,



z.evc. Das Thermalbild zeigt die Auswirkungen der Flurbereinigung am Kaiserstuhl. Dunkle Flächen bedeuten relativ niedrige Temperaturen, helle relativ warme. Die Großterrassen wirken als Kaltluftterrassen, weil sie mit Innenneigung angelegt wurden, um ein Abschwemmen des Bodens zu verhindern. Es entsteht mehr Schatten und weniger Sonneneinstrahlung; die Mostgewichte sinken und damit die Erzeugerpreise. Bei der Aufhäufung der z.T. 20 m hohen Terrassen wurden die fruchtbare Oberschicht und darunterliegende Lößschichten vermengt; die Bodenfruchtbarkeit sinkt, der Boden verlehmt und wird wasserundurchlässig. Für die Großwinzer bedeuten Großterrassen rationellen Maschineneinsatz und Anwendung von Lohnarbeit. Für die kleinen, die die Umlegung mit Krediten auf künftige Erträge finanzierten, beschleunigten Ruin.

„Selbstbestimmungsrecht über Weideland und Fischgewässer“

Die Samek (Lappen) von Alta/Kautokeino kämpfen um ihre Existenzgrundlage

z.bag. Seit 10 Jahren kämpfen die Samek der Finmark gegen den Plan der norwegischen Regierung, den Fluß Alta zwischen den Orten Alta und Kautokeino zu einem Stausee aufzudämmen und ein Wasserkraftwerk anzulegen. Der erste geplante Standort, Masi, eins der besten Landwirtschaftsgebiete der Samek, mußte wegen massiver Proteste Anfang der 70er Jahre fallengelassen werden. Seit Anfang dieses Jahres versucht nun die Elektrizitätsgesellschaft NVE den Bau des Kraftwerks weiter nördlich in Stilla zu beginnen. Die Gemeinderäte in Alta und Kautokeino sind dagegen, und eine samische Aktionsgruppe aus verschiedenen nordischen Ländern errichtete im Juli ein Lager bei Stilla, das den Zufahrtsweg zum Bauplatz versperrt. Polizei und Bulldozer haben den Weg bisher nicht frei gekriegt. Anfang Oktober schlug eine Gruppe von Samek ihre Zelte vor dem Regierungsgebäude in Osla auf. Als die Polizei sie verhaftete, kam es zu spontanen Demonstrationen, in denen Tausende sich mit dem Kampf der Samek solidarisierten. Die zentrale Forderung der Samek lautet: „Recht auf Selbstbestimmung über Weideland und Fischgewässer!“ Auf zahlreichen Transparenten kann man auch lesen, woher sie dieses Recht ableiten: „Wir waren als erste hier!“

Die heute etwa 35000 auf die nördlichen Gebiete von Norwegen, Schweden, Finnland und die Halbinsel Kola verteilten Samek gehören zur Urbevölkerung dieser Länder. Ihre Gebiete reichten ursprünglich weit in den Süden hinab, bis zum heutigen Helsinki und Leningrad. Nach ihrer vorwiegenden Produktionsweise unterschieden sich die Samek in 4 Gruppen: die Gebirgsamek, die wilde Rentiere fingen und, den Herden folgend, im Sommer an der Küste, im Winter in den Waldgebieten wohnten. Die Waldsamek, die früh schon mit der Zähmung von Rentieren anfingen und daneben jagten, fischten und Beeren sammelten; die Meer- oder Küstensamek, die als Haupterwerb Fischerei und Landwirtschaft betrieben. Sie waren hervorragende Schiffsbauer; die Fluß- oder Binnenseesamek, die von Lachsfang und Landwirtschaft lebten. Es gab Widersprüche zwischen diesen Gruppen, besonders wegen der Weideplätze, aber sie hatten eine gemeinsame Sprache (mit verschiedenen Dialekten) und betrieben Tauschhandel, der sie mit allen notwendigen Produkten versorgte.

Seit Beginn der Herausbildung von Staatsformen im Süden Skandinaviens und in Rußland waren die jeweils herrschenden Klassen bestrebt, sich das Land der Samek, die Naturschätze, über die sie verfügten, und ihre Arbeitskraft anzueignen. Sie schickten Missionare, dann Siedler, die die Samek aus ihren Gebieten verdrängen sollten; sie überfielen ihre Lager, raubten ihren Besitz und machten die Gefangenen zu Sklaven. Der wichtigste Hebel zur Ausplünderung und Unterwerfung der Samek war die Steuer, der sog. „finnskatt“, der über ein Jahrtausend von den jeweiligen skandinavischen und russischen Herrschern erhoben und blutig eingetrieben wurde. Die Zahlung dieser Steuern in Form von Rentierfellen führte dazu, daß der Bestand an wilden Rentieren nahezu ausgerottet wurde. Um 1600 begannen die Samek mit der Rentierzucht in großem Maßstab und konnten so die Vernichtung ihrer Existenzgrundlage abwehren.

Im 18. Jahrhundert eigneten sich schwedische und norwegische Kapitalisten große Teile des Landes der Sarmen an, ließen Erzgruben bauen und zwangen die Sarmen mit ihren Rentieren, das Erz von den Gruben in die weit entfernten Schmelzereien zu schleppen. Als dann Anfang des 19. Jahrhunderts die kapitalistische Produktionsweise allgemein ihren Einzug in Nordskandinavien hielt, mit modernen Fangschiffen die Küstensarmen ruinierte, mit dem Bau von Kraftwerken und neuen Erzgruben die Weideplätze mehr und mehr einschränkte, die Kultur und soziale Struktur der Sarmen immer stärker zerstörte und durch ausgedehnten Schnapshandel die Widerstandskraft der Sarmen zersetzte, kam es 1852 zu einem großen Aufstand in Kautokeino. 60 bewaffnete Sarmen brannten die Kirche, den Pfarrhof und den Laden des Schnapshändlers nieder. Sie töteten den Händler und den norwegischen Bürgermeister des Ortes. 2 Sarmen kamen selbst in diesen Kämpfen um, 2 weitere wurden 1854 auf Beschluß eines norwegischen Gerichts hingerichtet.

Reaktionäre Weideplatzgesetze der skandinavischen Regierungen haben die Sarmen heute auf die nördlichsten Teile der Länder zurückgedrängt, die ehemals vielfältige Produktion der Sarmen auf die Rentierzucht reduziert. Das Gewohnheitsrecht der Sarmen auf die Nutzung von Land und Gewässern wird von den Regierungen abgewiesen; sie verlangen den Kauf von Angel und Wertscheinen von den Sarmen wie von den Touristen. Die Motorisierung hat das Rentier als Transportmittel überflüssig gemacht, es ist nur noch Schlachtvieh und Lieferant von Fellen. Die Größe der Herden wird von den skandinavischen Regierungen festgelegt und alle diesbezüglichen Bestimmungen laufen darauf hinaus, eine hochrationaliserte Fleischindustrie in den Händen weniger Besitzer zu konzentrieren und den Rest der Sarmen als Lohnarbeiter freizusetzen. Tausende, vor allem jugendliche Sarmen gehören heute zu den Reservearmeen auf den skandinavischen Arbeitsmärkten.

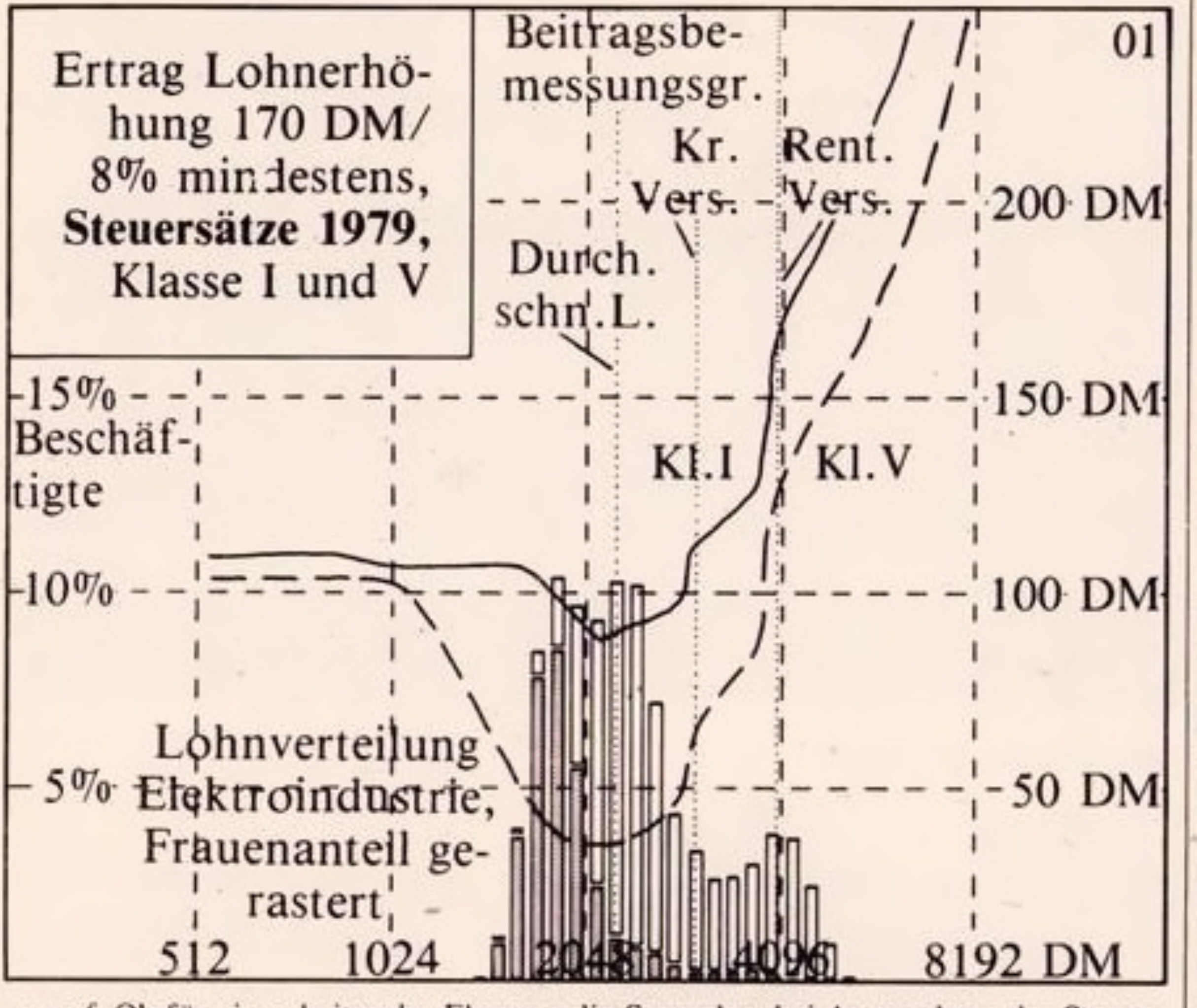
Während der Aktionen Anfang Oktober in Stilla und Oslo wurde die norwegische Regierung mit 5000 Telegrammen und 10000 (an einem einzigen Tag gesammelten) Unterschriften dazu aufgefordert, die Interessen der Sarmen von Alta/Kautokeino zu respektieren. Minoritäten aus der ganzen Welt und ihre Verbände, wie z.B. der World Council of Indigenous People unterstützten die Aktionen. Unter dem Druck dieser Bewegung hat die norwegische Regierung den endgültigen Beschluß über den Bau des Staudamms um 6 Wochen ausgesetzt.



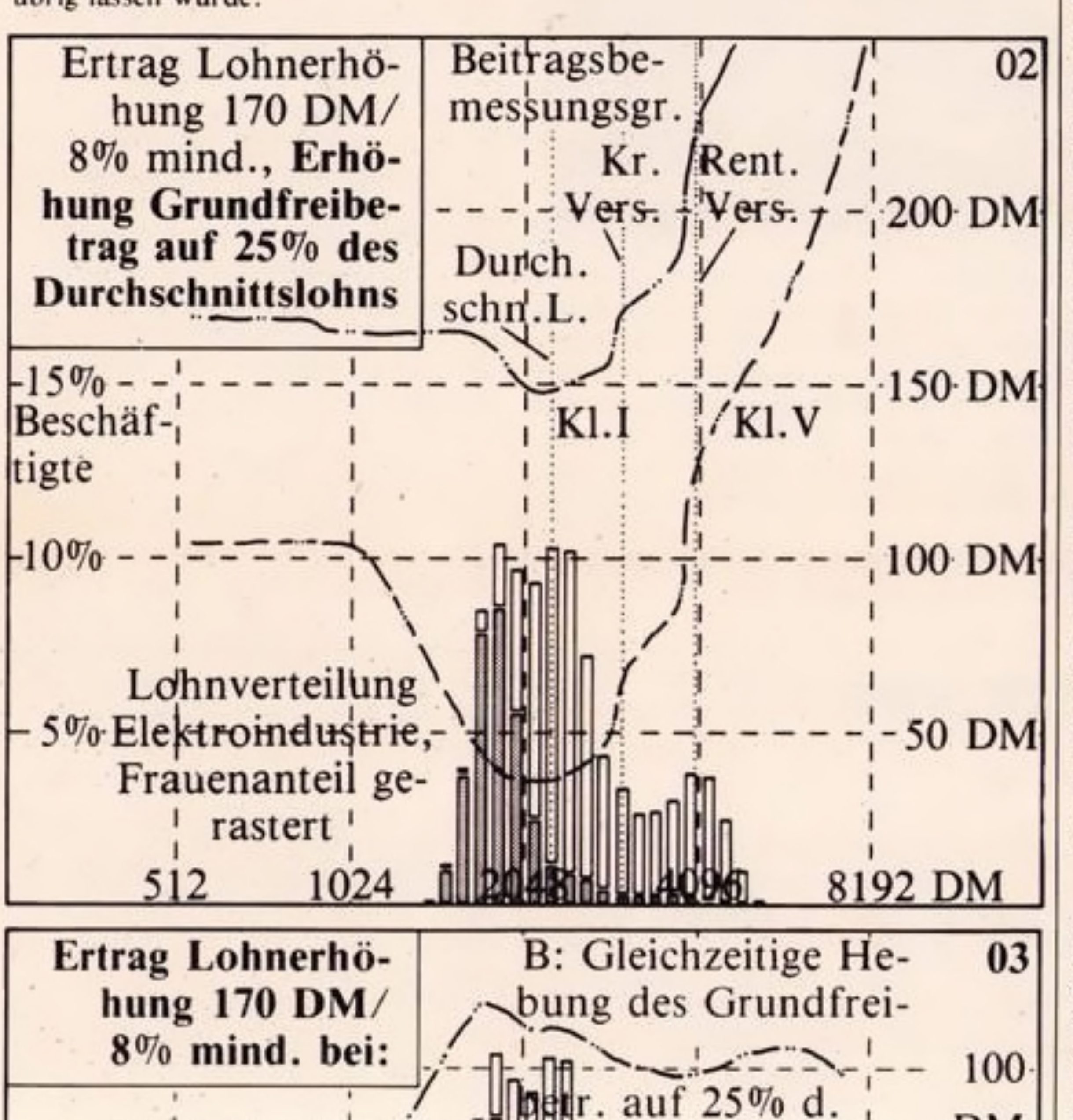


Rentierzucht wird zur Fleischindustrie. Schlachtplatz um 1970. Inzwischen gibt es auch vollautomatische Anlagen mit Gefrierhäusern.

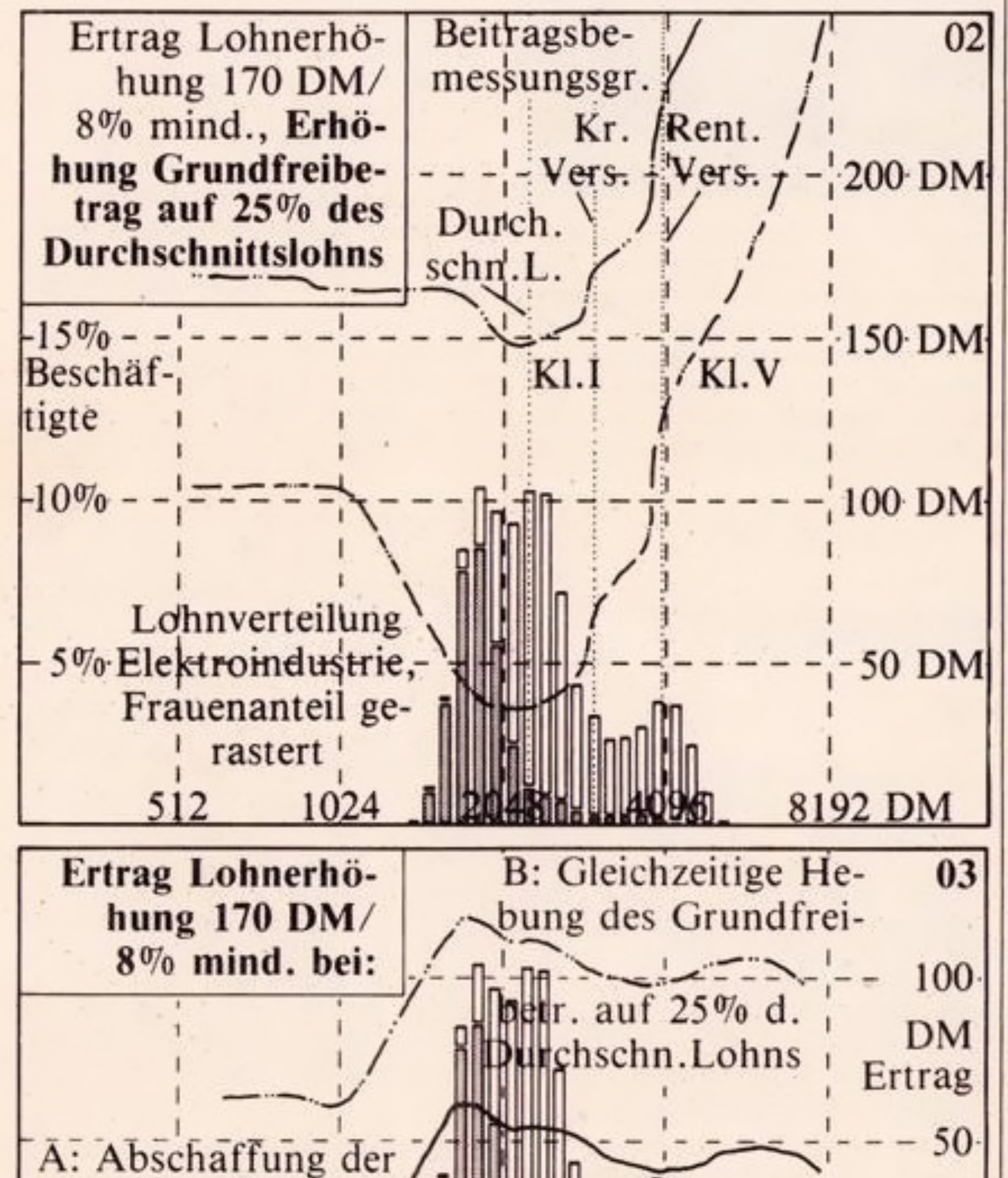
Frauenlöhne: Die Steuerklasse V muß weg!



z.maf. Ob für ein arbeitendes Ehepaar die Steuerlast bei Anwendung der Steuerklassen III/V oder bei IV/IV niedriger ausfallen wird, ist äußerst verzwickt, weil bei jeder Lohnkombination anders. Eine Darstellung dieses Problems würde uns eine ganze Seite in dieser Zeitung kosten, und wir werden in den nächsten Wochen diesen Platz auch dafür opfern müssen. Der politische Zweck der Steuerklasse V ist abgründig und gemein. Da die Arbeiterbewegung die Unterbezahlung der Frauenarbeit unter der Losung ,,gleicher Lohn für gleiche Arbeit'' zunehmend erfolgreich bekämpft, wird mit der StK V versucht, durch entgegengesetzt wirkende Besteuerung den Ausgleich im Nettolohn zunichte zu machen. – Die Masse der Frauenlöhne befindet sich inzwischen in einer Progressionszone, die von einem Abschluß 170 DM / 8% mindestens bloß noch um die 50,- DM netto übrig lassen würde.



...den Ausgleich im Nettolohn zunichte zu machen. – Die Masse der Frauenlöhne befindet sich inzwischen in einer Progressionszone, die von einem Abschluß 170 DM / 8% mindestens bloß noch um die 50,- DM netto übrig lassen würde.



Überspannte Pläne der Weltausbeutung

BRD-Monopole forcieren den Kapitalexport / Rationalisierung und Lohndruck nach innen

z.gek. ,,Mit seiner Konjunkturprognose 1980 wies (Bundesbankpräsident) Emminger energisch die jüngste Voraussage des Kieler Institus für Weltwirtschaft zurück, das für 1980 ein reales Wachstum von allenfalls 1,5% erwarte, und stufte dessen Voraussage als Prophezeiung, nicht Prognose ein ... Er hält es für ausgeschlossen, daß die deutsche Wirtschaft stagniert ... Dies sei persönlich seine feste Überzeugung. Der Welthandel sei 1979 erstaunlich gut gelaufen ...''. Mit einem ,,Investitionsboom ohne Beispiel'' – wie die Bundesbank in einem neuesten Bericht jubiliert – könne die nötige Durchschlagskraft auf dem Weltmarkt durch einen Höchststandard der Arbeiterausbeutung erreicht werden. Für 78,5 Mrd. DM haben westdeutsche Unternehmen in 1. Halbjahr 1979 ihre Maschinerie auf den letzten Stand gebracht, das sind 20 Mrd. mehr als im Vorjahr. Es ist allerdings nur ein *Drittel* dessen, was – wieder nach Bundesbankuntersuchungen – die führenden Monopole an ,,liquiden Mitteln'', zu deutsch: flüssigen Profiten haben, die sie gegenwärtig *nicht* produktiv anlegen: 240 Milliarden D-Mark (geschätzt).

Natürlich ist Emminger praktischer Bourgeois genug, um zu wissen, daß die Gründe seines strahlenden ,,Optimismus'', der hohe Welthandelsumsatz dieses Jahres oder die hohe Investitionsrate, ebensoviele Gründe für die Verstopfung der Weltmärkte im kommenden Jahr sind, und daß seine Klassenbrüder nicht ohne Grund ihre gescheffelten Reichtümer lieber sicher in Staatsschuldscheinen als in riskanten Geschäftsunternehmungen anlegen. Aber Emminger trommelt für die Mobilisierung wenigstens eines *Teils* dieses überakkumulierten Kapitals für die direkten Produktionsschlachten, die zu schlagen sind. Er weiß, daß der Zins aus dem Industrieprofit fließt und nicht aus Gottes Hand. Aber sie muß lohnen, die industrielle Kapitalanlage.

Emminger als enger Vertrauter der Regierung läßt düster das R rollen, wenn er vor einer ,,verfehlten Lohnpolitik'' warnt, die ,,von den augenblicklichen Inflationsraten ausginge''. ,,Das wäre Gift für die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft''. Er ruft Bundeskanzler Schmidt als Zeugen, ,,der kürzlich erst erklärt hat, es sei jetzt nicht die Zeit für verteilungspolitische Grabenkämpfe''. (Zitate aus Börsen-Zeitung Frankfurt, 27.9.)

Wofür ist jetzt die Zeit? Schmidt hat selbst vor kurzem einen Hinweis auf die strategischen Planungen der westdeutschen Finanzbourgeoisie gegeben, als er in einem Interview davon sprach, er würde es gar nicht ungern sehen, wenn eine Zeitlang die Zahlungsbilanz der BRD negativ würde (vgl. KVZ 42/79). Die Richtung dieser Überlegungen wird durch zahlreiche Stellungnahmen der Verbände und Institute der Bourgeoisie gestützt, wenngleich durchweg in der gespielt harmlosen Form von ,,Prognosen'', ,,Erwartungen'' etc. Folgende Prognose haben z.B. im September unter der unverdächtigen Tarnung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf ,,zwei deutsche Spezialisten, U. Hiemenz und K.V. Schatz'' geliefert: ,,Bis 1985 können fast zehn Prozent aller in Fabrikationsbetrieben Beschäftigten in der Bundesrepublik ihre Arbeit verlieren, weil die von ihnen hergestellten Produkte zu günstigen Preisen aus Entwicklungsländern importiert werden. ... Die hochentwickelten Länder, die Arbeitskräfte importieren, sollten ... einen endlosen Protektionismus für veraltete Niedriglohnsektoren aufgeben und der übrigen Welt eine Chance geben, ihnen mehr Kleidung und andere Verbrauchsgüter zu liefern. Der Ausfall soll durch neue Programme für die Produktivitätsförderung kapitalintensiver Qualitätswaren ausgeglichen werden.'' (nach Tagesspiegel, 4.10.). In dasselbe Horn hat bereits das letzte Jahresgutachten des Sachverständigenrates geblasen: ,,Aktivitäten, ... die hohen Löhnen auf die Dauer nicht gewachsen sind, sollten nicht durch staatliche Wirtschaftspolitik am Leben erhalten werden.'' ,,Wenn allerdings ... festgestellt werden muß, daß die realen Lohnstückkosten auf einem Niveau sind, bei dem es Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik noch nie gegeben hat, so läßt sich die Vermutung nicht einfach von der Hand weisen, daß das Kostenniveau korrigiert werden muß.'' (Bundestagsdrucksache 8/2313, S. 6)

Als ein Nebenprodukt des großangelegten Dollarbetrugs der US-Imperialisten finden sich die BRD-Imperialisten in der komfortablen Lage, auf dem Weltmarkt, wo noch immer weitgehend in Dollar fakturiert wird, auf's billigste einkaufen zu können, vor allem Rohstoffe und Halbfabrikate, aber auch Industriewaren aus der Dritten Welt. In den ersten 7 Monaten 1979 ist die reale Wareneinfuhr um 11% gegenüber dem Vorjahr gesteigert worden. Billig einkaufen können die BRD-Monopole mit ihren D-Mark aber auch Arbeitskräfte und Produktionsmittel für Fabrikgründungen in zahlreichen anderen Ländern, in Europa und ,,Übersee''. Massiver Export ihrer flüssigen, anlagesuchenden Kapitalien bildet daher einen Angelpunkt ihrer ganzen weiteren Planungen, aber Kapitalexport in wohl abgestimmter *Verbindung* mit einer weiteren Ausdehnung der profitabelsten Exportindustrien in der BRD, ergänzt durch eine Steigerung der Importe, wann immer lohnend. Gerade auf die Kombination der verschiedenen Elemente kommt es an. Das Geschwätz über ,,veraltete Niedriglohnsektoren'' dort und ,,kapitalintensive Qualitätswaren''-Produktion hier in der BRD braucht man dabei nicht ernst zu nehmen; das dient nur für den Chauvinismus, von dem die Bourgeois umso mehr verbreiten, je mehr sich auf dem ganzen Globus zwecks Ausbeutung herumtreiben. Es können durchaus Produktionen mit hohem fixen Kapitaleinsatz, wie z.B. die Produktion von Mikroprozessoren, nach Singapur verlegt werden; und es können arbeitsintensive Produktionen sein, die sich in der BRD weiterhin lohnen. Erst recht, wenn es gelingt, den Konkurrenzdruck so zu erhöhen, daß wie der Sachverständigenrat jetzt seit Jahren fordert, das ganze historische *Niveau* der Löhne in der BRD gesenkt werden kann. Am 15.9. berichtet z.B. der Außenhandelsdienst der Bank für Gemeinwirtschaft über die ,,rund 200 deutschen Unternehmen in Portugal'': ,,Vielen ist es gelungen, unter den geltenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen die Produktivität wesentlich anzuheben. Manche erreichten inzwischen deutschen Standard. Nach Unternehmensangaben liegen die Arbeitskosten in Portugal erheblich unter den deutschen ...''

Die Masse der Kapitalexporte geht allerdings nicht in Länder der 3. Welt, sondern in die der schärfsten Konkurrenten. Von 3,4 Mrd. DM Auslandsinvestitionen im 1. Halbjahr 1979 sind über die *Hälfte* in die USA und nach Kanada gegangen. Sie sind unmittelbares Ergebnis der verschärften Konkurrenz um die Warenmärkte. ,,Bei zunehmendem Wettbewerbsdruck und wachsenden protektionistischen Importschranken sind die deutschen Absatzmärkte nicht mehr allein durch Direktexporte zu sichern. Diese Situation erzwingt das Produzieren im Markt'', nämlich dem des Konkurrenten, hatte die DIHT in ihrem Jahresbericht 1978 festgestellt. Über diese Kapitalexporte wird sonst in den verschiedenen Stellungnahmen der Verbände und Wirtschaftsinstitute auffällig geschwiegen. Darüber redet man nicht, man tut es. Der deutsche Imperialismus tritt nach wie vor leise, während er überspannte Pläne als Weltausbeuter schmiedet.

die Gründe seines strahlenden ,,Optimismus'', der hohe Welthandelsumsatz dieses Jahres oder die hohe Investitionsrate, ebensoviele Gründe für die Verstopfung der Weltmärkte im kommenden Jahr sind, und daß seine Klassenbrüder nicht ohne Grund ihre gescheffelten Reichtümer lieber sicher in Staatsschuldscheinen als in riskanten Geschäftsunternehmungen anlegen. Aber Emminger trommelt für die Mobilisierung wenigstens eines *Teils* dieses überakkumulierten Kapitals für die direkten Produktionsschlachten, die zu schlagen sind. Er weiß, daß der Zins aus dem Industrieprofit fließt und nicht aus Gottes Hand. Aber sie muß lohnen, die industrielle Kapitalanlage.

Emminger als enger Vertrauter der Regierung läßt düster das R rollen, wenn er vor einer ,,verfehlten Lohnpolitik'' warnt, die ,,von den augenblicklichen Inflationsraten ausginge''. ,,Das wäre Gift für die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft''. Er ruft Bundeskanzler Schmidt als Zeugen, ,,der kürzlich erst erklärt hat, es sei jetzt nicht die Zeit für verteilungspolitische Grabenkämpfe''. (Zitate aus Börsen-Zeitung Frankfurt, 27.9.)

Wofür ist jetzt die Zeit? Schmidt hat selbst vor kurzem einen Hinweis auf die strategischen Planungen der westdeutschen Finanzbourgeoisie gegeben, als er in einem Interview davon sprach, er würde es gar nicht ungern sehen, wenn eine Zeitlang die Zahlungsbilanz der BRD negativ würde (vgl. KVZ

werden muß.'' (Bundestagsdrucksache 8/2313, S. 6)

Als ein Nebenprodukt des großangelegten Dollarbetrugs der US-Imperialisten finden sich die BRD-Imperialisten in der komfortablen Lage, auf dem Weltmarkt, wo noch immer weitgehend in Dollar fakturiert wird, auf's billigste einkaufen zu können, vor allem Rohstoffe und Halbfabrikate, aber auch Industriewaren aus der Dritten Welt. In den ersten 7 Monaten 1979 ist die reale Wareneinfuhr um 11% gegenüber dem Vorjahr gesteigert worden. Billig einkaufen können die BRD-Monopole mit ihren D-Mark aber auch Arbeitskräfte und Produktionsmittel für Fabrikgründungen in zahlreichen anderen Ländern, in Europa und ,,Übersee''. Massiver Export ihrer flüssigen, anlagesuchenden Kapitalien bildet daher einen Angelpunkt ihrer ganzen weiteren Planungen, aber Kapitalexport in wohl abgestimmter *Verbindung* mit einer weiteren Ausdehnung der profitabelsten Exportindustrien in der BRD, ergänzt durch ei-

Portugal erheblich unter den deutschen ...''

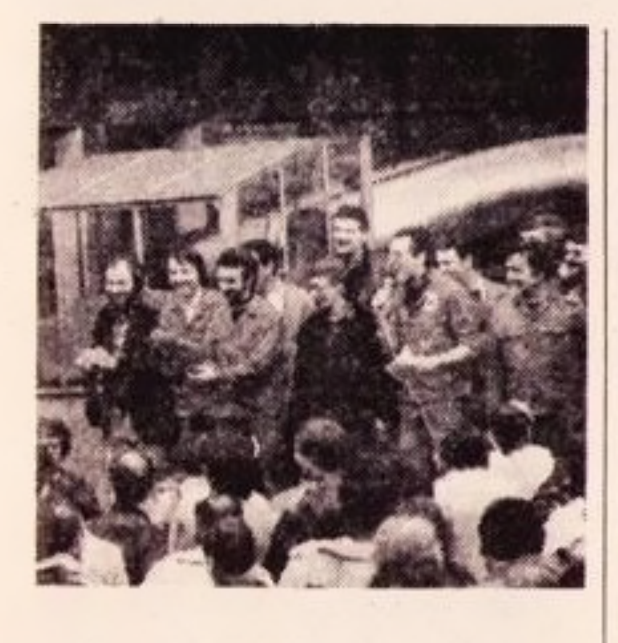
Die Masse der Kapitalexporte geht allerdings nicht in Länder der 3. Welt, sondern in die der schärfsten Konkurrenten. Von 3,4 Mrd. DM Auslandsinvestitionen im 1. Halbjahr 1979 sind über die *Hälfte* in die USA und nach Kanada gegangen. Sie sind unmittelbares Ergebnis der verschärften Konkurrenz um die Warenmärkte. ,,Bei zunehmendem Wettbewerbsdruck und wachsenden protektionistischen Importschranken sind die deutschen Absatzmärkte nicht mehr allein durch Direktexporte zu sichern. Diese Situation erzwingt das Produzieren im Markt'', nämlich dem des Konkurrenten, hatte die DIHT in ihrem Jahresbericht 1978 festgestellt. Über diese Kapitalexporte wird sonst in den verschiedenen Stellungnahmen der Verbände und Wirtschaftsinstitute auffällig geschwiegen. Darüber redet man nicht, man tut es. Der deutsche Imperialismus tritt nach wie vor leise, während er überspannte Pläne als Weltausbeuter schmiedet.

Direktinvestitionen westdeutscher Kapitalisten im Ausland 1970 – 78

	1970	1974*		1978*	
– Erdölgewinnung und -verarbeitung	950	1479	(558)	3715	(1492)
– Chemie	5210	7181	(1814)	10056	(2845)
– Elektroindustrie	2479	3880	(942)	5930	(1978)
– Eisen und Stahl	1146	2905	(491)	4779	(774)
– Automobilindustrie	1901	2649	(1056)	3719	(1482)
– Maschinenbau	1487	2675	(649)	4481	(1268)
Industrie gesamt	17966	28058	(7183)	44171	(12235)
Landwirtschaft	117	308	(103)	439	(107)
Handel	247	607	(211)	798	(195)
Banken u. Versicherungen	1314	3412	(867)	6381	(1526)
Insgesamt	21113	36765	(10800)	58193	(16982)

* In Klammern die Zahlen für die Investitionen in Entwicklungsländern Quelle: Bundesanzeiger, versch. Jahrgänge

Direktinvestitionen westdeutscher Kapitalisten im Ausland 1970 – 78
1970 1974* 1978*
– Erdölgewinnung und -verarbeitung 950 1479 (558) 3715 (1492)
– Chemie 5210 7181 (1814) 10056 (2845)
– Elektroindustrie 2479 3880 (942) 5930 (1978)
– Eisen und Stahl 1146 2905 (491) 4779 (774)
– Automobilindustrie 1901 2649 (1056) 3719 (1482)



z.pel.Paris. **25000 Arbeiter und Angestellte des Maschinenbau- und Elektronikkonzerns Alsthom machten am 17.10. der Geschäftsleitung mit Streiks zwischen einer Stunde und einem Tag klar, daß sie nicht hinter ihre Forderungen nach Lohnerhöhung, 13. Monatsgehalt und fünfter Urlaubswoche zurückgehen.** Fünf Betriebe des Konzerns mit etwa 13000 Arbeitern stehen für diese Forderungen seit Anfang Oktober im Vollstreik. Am 26.9. war den 7500 Lohnabhängigen des Werkes Belfort als ersten der Kragen geplatzt, als ihnen die Betriebsführung anläßlich der geplanten pompösen Feier des hundertjährigen Jubiläums je einen Füllfederhalter anbot. In Belfort, wo Lokomotiven und Turbinen für Kernkraftwerke hergestellt werden, liegen die Löhne mit 2200 FF netto für die angelernten Arbeiter, etwa 920 DM, bis zu 30% unter denen anderer Konzernteile. Die Jubiläumsfeier fiel aus. Am 8.10. wies eine Streikversammlung das Angebot der Direktion auf 70 FF Lohnerhöhung, 300 FF Jahresprämie und einen Tag zusätzlichen Urlaub pro zehn Jahren Betriebszugehörigkeit zurück. 10000 demonstrierten am 12.10. ihre Unterstützung. Der Jubiläumsräucherlachs der Direktion erbrachte auf dem Markt 3850 FF für die Streikkasse.

z.ulg.Rom. **Gegen geplante Massenentlassungen haben die 30000 Lohnabhängigen der italienischen Olivetti-Werke am Mittwoch gestreikt.** Der Büromaschinen- und Elektronikkonzern will bis 1981 4500 Arbeiter entlassen, die mit Rationalisierung überzählig gemacht worden sind. Zudem soll ein Teil der Bauteilefertigung nach Ostasien ausgelagert werden, der noch niedrigeren Löhne wegen. An Spaltungsversuchen gegen den Kampf der Arbeiter fehlt es nicht: Der zuständige Bischof hat sich ihrer angenommen, und die Revisionisten wollen den Kapitalisten 0,5 Mrd. DM aus der Steuer zur ,,Rettung der italienischen Elektronik'' aufdrängen, vorausgesetzt, daß sie sich mit einem ,,Entwicklungsplan'' ein Stück Kontrolle über den zweitgrößten privaten Konzern des Landes sichern können.

z.rül.London. **Die British-Leyland-Kapitalisten begannen eine Urabstimmung unter ihren 164000 britischen Arbeitern über ihr vor wenigen Wochen verkündetes Rationalisierungsprogramm.** Sie drohen, ohne eine ,,überwältigende Zustimmung'' zu dem Programm, das die Entlassung von 25000 Arbeitern und die Schließung von 13 der 34 britischen Werke vorsieht, würde der gesamte Konzern keine Regierungsgelder mehr erhalten und binnen eines Jahres bankrott sein. Die Arbeiter hatten gleich nach Bekanntwerden der Pläne der BL-Kapitalisten örtliche Protestdemonstrationen durchgeführt und entschiedenen Widerstand angekündigt. Gleichzeitig aber erklärte der Vorstand der Konföderation der Metallarbeitergewerkschaften, daß er den Plan unterstütze, da BL sonst Pleite ginge. Nachdem Ende der letzten Woche eine Versammlung aller Vertrauensleute von BL die Ablehnung des Rationalisierungsprogramms der Kapitalisten erneuerte, beschlossen daraufhin die BL-Kapitalisten die Urabstimmung. Gleichzeitig erklärten sie erneut, ohne ,,Verbesserung der Produktivität, eine drastische Verringerung der Arbeitsunterbrechungen und Streiks und verantwortliche und maßvolle Lohnabschlüsse'' sei der Konzern nicht zu retten. Eine Mehrheit unter den Vorständen der Facharbeitergewerkschaften unterstützt ihren Plan weiterhin, und der Vorstand der größten Gewerkschaft bei BL, der TGWU, in der über die Hälfte der Belegschaft organisiert ist, hat weder Ablehnung noch Zustimmung beschlossen. Die Kapitalisten hoffen, gestützt auf diese Spaltung der Belegschaft und auf die Drohung mit dem Bankrott, eine Mehrheit zusammenzukriegen.

z.coi. **Durch einen fünftägigen Boykott haben die Erzgrubenarbeiter von Kiruna in Nordschweden die finnische Anlagenbaufirma OMP zur Erhöhung der Löhne der ca. 40 Monteure gezwungen.** ,,Wir müssen verhindern, daß ausländische Firmen unter günstigeren Bedingungen arbeiten als schwedische'', entschied die Grubenarbeitergewerkschaft in Kiruna, als sie feststellte, daß die finnischen Arbeiter 7 – 8 Skr. weniger in der Stunde verdienten als von ihr tariflich erkämpft, und forderte von OMP die Unterzeichnung eines tariflichen Abkommens. Die finnischen Monteure wurden durch Posten am Betreten der Baustelle gehindert. Diese wiederum ließen sich trotz Entlassungsdrohungen nicht gegen die Grubenarbeiter aufhetzen. Erfolg der Aktion: 4 Skr. mehr rückwirkend ab 1. Juli und ab 1. November Tarifabkommen.

z.bag. **Mit Gefängnisstrafen zwischen zwei Monaten ohne Bewährung und einem Monat mit Bewährung gegen acht Gewerkschaftsfunktionäre und Besatzungsmitglieder der Römö-Sylt-Fähre versucht die dänische Bourgeoisie, den Kampf der Fährarbeiter für kollektive Arbeitsverträge zu brechen.** Protestaktionen der Matrosen auf den Fähren des Großen Belt wurden von den Revisionisten in der Gewerkschaftsführung in Hinblick auf den gegenwärtigen Wahlkampf verhindert. Auf der anderen Seite konnten die Fährarbeiter doch durchsetzen, daß seit dem 11. Oktober die lange beschlossene Blockade der Lieferung dänischer Waren an die Schiffe der Flensburger

Textilmaschinen: Lärmsenkung möglich, aber für die Kapitalisten zu teuer

z.pir. Angetrieben von der Konkurrenz untereinander haben die Textilkapitalisten in den letzten Jahren erhebliche Rationalisierungen vorgenommen. Für die in der Produktion verbliebenen Arbeiter ist das mit dem erhöhten Verschleiß ihrer Arbeitskraft verbunden gewesen. In den Werkshallen herrscht heutzutage ein Höllenlärm. Fast bei jeder eingesetzten Maschine überschreiten die Kapitalisten den Grenzwert von 85 dB(A), ab dem die direkte Gesundheitsschädigung beginnt. Nach Untersuchungen der Gewerkschaft Textil und Bekleidung ergeben sich gegenwärtig an Überschreitungen folgende Werte in dB(A):

	Mittelwert	Höchstwert
Doppeldraht-zwirnmaschinen	95	100
Falschdraht-zwirnmaschinen	94	98
Webmaschinen-greifer	91	100
Webmaschinen-schützen	101	107

Entsprechend dem verstärkten Einsatz der Maschinerie nimmt die Ruinierung der Arbeitskraft zu. 1977 betrug die Zahl der Hörgeschädigten in der BRD 20000. 1978 stieg die Zahl der erstmals anerkannten Fälle von Schwerhörigkeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie um 30% gegenüber dem Vorjahr. Geschädigt wird aber nicht nur das Gehör. Kopfschmerzen, Durchblutungsstörungen, Ermüdungserscheinung, Konzentrationsstörung, Neurosen und Schädigungen des Nervensystems sind als Lärmfolgeschäden inzwischen bekannt. Da diese Schäden nicht plötzlich auftreten, sondern sich nach und nach einstellen, werden sie oft nicht als Folge des Lärms anerkannt und man bekommt nicht einmal einen Rentenanspruch.

Die Ruinierung der Arbeitskraft der Textilarbeiter hat mit der stofflichen Seite der Produktion nichts zu tun. Durch ein Ölbad z.B., was unter den Maschinen herläuft, stärkere Verkleidung der Maschinen und Drosselung der Geschwindigkeit könnte der Lärmpegel leicht gesenkt werden. Daß die Produktionshallen nicht mit lärmdämpfenden Stoffen ausgestattet sind und Dutzende schwerer Maschinen gleichzeitig in einer Werkshalle betrieben werden, ist nur der Herrschaft der Kapitalisten über den Produktionsprozeß geschuldet.

Die GTB fordert in der Oktoberausgabe von „textil bekleidung" die Betriebsräte auf, der Anschaffung von Maschinen, die lauter als 85 dB(A) sind, nicht mehr zuzustimmen. Das ist schon ein richtiger Schritt. Jedoch nur als gesetzlich verankertes Recht auf Kontrolle und Einspruch gegen die Lärmbelastung, sowie die Verwaltung der Unfallversicherungen durch die Arbeiter, können wirksame Maßnahmen gegen die Ruinierung der Gesundheit durch die Kapitalisten auch wirklich durchgesetzt werden.

DPG: 31611 Unterschriften gegen die Schichtarbeit

z.gaf. 31611 Unterschriften – das Ergebnis der Unterschriftenaktion, die die Deutsche Postgewerkschaft vom 26. bis 30. März durchführte. Es geht um die Durchsetzung der Forderungen: Erhöhung der Erholungszeiten, insbesondere bei Spät- und Nachtschichten, 11/2-fache Anrechnung der Arbeitszeiten bei Spät- und Nachtschichten; weitere Verfahrensregelungen bei der Anwendung von Erholungszeiten und Pausen.

Bundespostminister Gscheidle hatte in Verhandlungen mit dem Hauptvorstand der DPG am 12. Feb. 78 eine Erklärung abgegeben, die u.a. folgenden Punkt enthält: „Die DBP wird schnellstens das Problem der Schichtdienste (Wechseldienste) mit dem Ziele untersuchen, positive Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln." Geschehen ist seither einiges; dem Bundespostministerium ist es gelungen, die Durchlöcherung des Normalarbeitstages durch Schicht-, Überstunden- und Teilzeitarbeit ins ungeheuerliche zu steigern. Eine Studie der Deutschen Postgewerkschaft ergab, daß 28,5 % der Beschäftigten im Post- und Fernmeldedienst Wechselschicht arbeiten, davon 38% Frauen, die z.T. ausschließlich nachts arbeiten und 89,7% aller Teilzeitkräfte bei der Post ausmachen. 110000 Arbeitskräfte arbeiten *dienstplanmäßig* rund 3,37 Mio. Arbeitsstunden in der Zeit von 20.00 bis 6.00 Uhr *monatlich*.

Zum 1.1.80 soll die Regelung, nach der die Mittagsmahlzeit, wenn sie nicht

Entwicklung der Teilzeitbeschäftigten bei der Post in 1000:

Jahr	Arbeiter	Beamte	Angest.
1967	29,4		10,5
1976	31,1	3,1	10,8
1977	32,7	3,8	11,9
1978	34,9	4,9	13,7

30 Minuten überschreitet und die Arbeitskraft nicht die Fünftagewoche arbeitet, auf die Arbeitszeit angerechnet wird, wegfallen. Davon sind ca. 70000 Arbeiter, Angestellte und Beamte im Paketumschlag, Briefabgang, Postscheckdienst und Fernsprechauskunft, also überwiegend Schichtdienstbetriebe betroffen. Verlängerung des Arbeitstages, „Ersetzung" von umgerechnet 4000 Arbeitskräften soll das Ergebnis werden. Eine Versammlung des Postscheckamtes Frankfurt, des Postamtes I und des Fernmeldeamtes I am 12.10. verschickte ein Telegramm an den Hauptvorstand, in dem sie ihre Streikbereitschaft gegen diese Maßnahme erklärten. Die Resolution wurde an alle betroffenen Ämter in der BRD verschickt, gefordert werden Personalversammlungen zwecks Beschlußfassung während der Arbeitszeit. Den Spielraum, der über die Forderungen nach Einschränkung der Schichtarbeit Kapitalisten und Regierung belassen wird, nutzen sie weidlich aus. Beizukommen ist ihnen offensichtlich nur so, daß das gesetzliche Verbot dieser Schinderei in Schicht- und Nachtarbeit gefordert wird.

Schwerhörigkeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie um 30% gegenüber dem Vorjahr. Geschädigt wird aber nicht nur das Gehör. Kopfschmerzen,
Arbeiter, können wirksame Maßnahmen gegen die Ruinierung der Gesundheit durch die Kapitalisten auch wirklich durchgesetzt werden.
DPG: 31611 Unterschriften gegen die Schichtarbeit
z.gaf. 31611 Unterschriften – das Ergebnis der Unterschriftenaktion, die die Deutsche Postgewerkschaft vom 26. bis 30. März durchführte. Es geht um die Durchsetzung der Forderungen: Erhöhung der Erholungszeiten, insbesondere bei Spät- und Nachtschichten, 11/2-fache Anrechnung der Arbeitszeiten bei Spät- und Nachtschichten; weitere Verfahrensregelungen bei der Anwendung von Erholungszeiten und Pausen.
Bundespostminister Gscheidle hatte in Verhandlungen mit dem Hauptvorstand der DPG am 12. Feb. 78 eine Erklärung abgegeben, die u.a. folgenden Punkt enthält: „Die DBP wird schnellstens das Problem der Schichtdienste (Wechseldienste) mit dem Ziele untersuchen, positive Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln." Geschehen ist seither einiges; dem Bundespostministerium ist es gelungen, die Durchlöcherung des Normalarbeitstages durch Schicht-, Überstunden- und Teilzeitarbeit ins ungeheuerliche zu steigern. Eine Studie der Deutschen Postgewerkschaft ergab, daß 28,5 % der Beschäftigten im Post- und Fernmeldedienst Wechsel-
Entwicklung der Teilzeitbeschäftigten bei der Post in 1000:
Jahr Arbeiter Beamte Angest.
1967 29,4 10,5
1976 31,1 3,1 10,8
1977 32,7 3,8 11,9
1978 34,9 4,9 13,7
30 Minuten überschreitet und die Arbeitskraft nicht die Fünftagewoche arbeitet, auf die Arbeitszeit angerechnet wird, wegfallen. Davon sind ca. 70000 Arbeiter, Angestellte und Beamte im Paketumschlag, Briefabgang, Postscheckdienst und Fernsprechauskunft, also überwiegend Schichtdienstbetriebe betroffen. Verlängerung des Arbeitstages, „Ersetzung" von umgerechnet 4000 Arbeitskräften soll das Ergebnis werden. Eine Versammlung des Postscheckamtes Frankfurt, des Postamtes I und des Fernmeldeamtes I am 12.10. verschickte ein Telegramm an den Hauptvorstand, in dem sie ihre Streikbereitschaft gegen diese Maßnahme erklärten. Die Resolution wurde an alle betroffenen Ämter in der BRD verschickt, gefordert werden Personalversammlungen zwecks Beschluß-

Fiat eröffnet Großangriff gegen Gewerkschaften

61 politische Entlassungen / Einstellungsstopp in ganz Italien

z.ulg.Rom. Am vorletzten Dienstag haben die Fiat-Kapitalisten 61 Arbeiter der Turiner Werke des Konzerns fristlos entlassen. Viele der Entlassenen sind revolutionäre Arbeiter, die seit Jahren in den Streikkämpfen an vorderster Front gestanden haben. Fünf sind gewerkschaftliche Vertrauensleute. Zur „Begründung" heißt es in den Kündigungsschreiben nur: „nicht mit den Prinzipien der Sorgfalt, Korrektheit und des guten Glaubens übereinstimmende Arbeitsleistung", „Verhaltensweisen, die mit den Grundsätzen des zivilen Zusammenlebens an den Arbeitsplätzen nicht in Einklang zu bringen sind."

In einer Presseerklärung rückt der Konzern gleichzeitig die Kämpfe der Fiat-Arbeiter in die Nähe des Terrorismus: „Die Fiat kann in ihrer Beurteilung die kriminellen Akte, die sich in Verletzungen und Morden niederschlagen, nicht von jenen Handlungen trennen, die die Grenzen der korrekten Auseinandersetzung zwischen den Sozialpartnern überschreiten und damit enden, zu einem Klima der Spannung und des Terrors beizutragen." Jahrelange Kämpfe haben das Kommando der Kapitalisten und ihrer Offiziere und Unteroffiziere in den Fabriken erschüttert. Oft haben die Arbeiter z.B. ihre Abteilungsleiter gezwungen, an der Spitze der Demonstrationen auf dem Werksgelände zu marschieren.

Noch am gleichen Tag treten einige Abteilungen für kurze Zeit in den Streik. Für Mittwoch ruft die Gewerkschaft zu dreistündigen Versammlungen während der Arbeitszeit auf. Der Streik gelingt nur teilweise. In den wichtigsten Teilen des Hauptwerks Mirafiori beteiligen sich nur 35 bis 50%, von den Angestellten der Hauptverwaltung streiken praktisch nur die Vertrauensleute.

Am Abend stoßen die Kapitalisten nach: Einstellungsstopp in allen italienischen Fiat-Werken, „bis in den Fabriken wieder ein Klima zivilen Zusammenlebens hergestellt ist". Nicht nur eine Erpressung gegen die Gewerkschaften – seit 1977 hat der Konzern fast 8000 neu eingestellt –, sondern auch der Versuch, erkämpfte Rechte der Arbeiter zu beseitigen. 1970 hatte die italienische Arbeiterklasse durchgesetzt, daß die Kapitalisten – von Ausnahmen abgesehen – sich die einzustellenden Lohnabhängigen nicht mehr aussuchen dürfen. Wollen sie z.B. 50 Bandarbeiter einstellen, müssen sie das dem Arbeitsamt mitteilen, das ihnen die ersten 50 von einer Rangliste schickt. Die Rangliste richtet sich nach Kriterien wie Dauer der Arbeitslosigkeit, Alter usw. und wird von den Gewerkschaften kontrolliert.

Mit Hilfe der Revisionisten haben die Kapitalisten in den letzten Jahren einen Teil der tariflich und gesetzlich verankerten Arbeiterrechte beseitigen und Senkung des Tariflohns durchsetzen können. Doch die Kampfpositionen der Arbeiter in den Betrieben sind nicht gebrochen. Z.B. hat die Gewerkschaftsführung im letzten Metalltarifvertrag eine „Garantieklausel" unterschrieben, nach der Überstunden, Schichtarbeit, innerbetrieblicher „Mobilität", soweit tariflich zulässig, kein Widerstand entgegengesetzt werden soll. Doch solange solche „Garantien" in den Fabriken nicht durchsetzbar sind, nützen sie den Kapitalisten wenig.

Der Fabrikrat von Fiat Mirafiori z.B. lehnt von der Geschäftsleitung geforderte Überstunden nach wie vor regelmäßig ab. Ein Vertrauensmann nennt uns ein weiteres Beispiel: „In meiner Abteilung gibt es zwei parallele Fließbänder. Oft kommt es wegen Krankheit usw. vor, daß an dem einen Band zuwenig, am anderen zuviel Arbeiter sind. Trotzdem schafft es der Abteilungsleiter nicht, Arbeiter von einem Band ans andere zu versetzen. Wir lassen uns nicht wie Schachfiguren hin- und herschieben."

Enzo, einer der entlassenen Vertrauensleute von den Pressen, berichtet: „Wir haben 1971 eine Betriebsvereinbarung durchgesetzt, nach der der Lärm nicht über 80 db betragen darf. Tatsächlich sind es oft über 120 db. Als Vertrauensmann bin ich immer dafür eingetreten, daß die Betriebsvereinbarung eingehalten wird."

Als Vorreiter der gesamten Kapitalistenklasse verfolgen die Fiat-Kapitalisten mit den jetzigen Entlassungen, der größten politischen Entlassungswelle seit 1962, ein doppeltes Ziel: Wiedererrichtung ihrer uneingeschränkten Despotie in den Fabriken und Durchsetzung höherer „Produktivität", um ihren Haupttrumpf in der imperialistischen Konkurrenz – den niedrigen Lohn – noch wirksamer ausspielen zu können.

Wie kommt es dann zu der höchst mäßigen Beteiligung an den Streiks in der letzten Woche, fragen wir den entlassenen Vertrauensmann. „Viele meinten: Warum sollen wir für die Terroristen streiken. Die Kampagne in den bürgerlichen Zeitungen hat Wirkung. Aber jetzt gehen wir mit den Kollegen zu den Versammlungen ins Werk, damit die Arbeiter wissen, wer die Entlassenen sind und wofür sie eintreten." Die Welle terroristischer Anschläge auf leitende Angestellte der Fiat (drei Tote, gerade am Freitag vor den Entlassungen haben die Roten Brigaden dem Verantwortlichen für die Beziehungen mit den Gewerkschaften in die Beine geschossen) hat die Lage kompliziert. Die meisten Angestellten, nicht nur die „Leitenden", unterstützen die Entlassungen. Aber bisher hatten es die örtlichen Gewerkschaften im Gegensatz zur Linie der Revisionisten verstanden, sich nicht in eine Denunziantenrolle drängen zu lassen.

„Dazu kommt die Erfahrung des Tarifkampfs", fügen andere Vertrauensleute hinzu. „Im Frühjahr haben alle 140 Stunden gestreikt, das sind dreieinhalb Wochen Lohnverlust. Der Abschluß ist dürftig, und die Inflation galoppiert. Wenn selbst ein so großer Kampf für den Lohn kaum was gebracht hat, meinen jetzt viele, wie wollen wir da in einer ‚politischen' Frage was ausrichten?"

Statt die Rücknahme der Entlassungen zu fordern, besteht die Gewerkschaftsführung lediglich auf „konkreten Beweisen". Ein gefährlicher Kurs. „Was die Fiat in Sachen ‚zivilen Zusammenlebens' mit den Chefs heute uns vorwirft, könnte sie morgen den meisten Vertrauensleuten ‚beweisen'", meint einer der Entlassenen. Ein örtlicher Gewerkschaftsfunktionär: „Die Entlassungen richten sich nicht einfach gegen die 61, sie richten sich gegen die Gewerkschaft selbst. Unsere Aufgabe ist nicht, auf ‚Beweise' zu drängen, sondern die Rechte der Arbeiter zu verteidigen."

Am Dienstag hat in Turin eine Versammlung von 5000 Vertrauensleuten aller Branchen mit den nationalen Gewerkschaftssekretären stattgefunden. Überwunden ist die Spaltung nicht. Immerhin ist für kommenden Dienstag ein zweistündiger Streik in der ganzen Metallindustrie ausgerufen worden.



dem Werksgelände zu marschieren.
Noch am gleichen Tag treten einige Abteilungen für kurze Zeit in den Streik. Für Mittwoch ruft die Gewerkschaft zu dreistündigen Versammlungen während der Arbeitszeit auf. Der Streik gelingt nur teilweise. In den wichtigsten Teilen des Hauptwerks Mirafiori beteiligen sich nur 35 bis 50%, von den Angestellten der Hauptverwaltung streiken praktisch nur die Vertrauensleute.
Am Abend stoßen die Kapitalisten nach: Einstellungsstopp in allen italienischen Fiat-Werken, „bis in den Fabriken wieder ein Klima zivilen Zusammenlebens hergestellt ist". Nicht nur eine Erpressung gegen die Gewerkschaften – seit 1977 hat der Konzern fast 8000 neu eingestellt –, sondern auch der Versuch, erkämpfte Rechte der Arbeiter zu beseitigen. 1970 hatte die italienische Arbeiterklasse durchgesetzt, daß die Kapitalisten – von Ausnahmen abgesehen – sich die einzustellenden Lohnabhängigen nicht mehr aussuchen dürfen. Wollen sie z.B. 50 Bandarbeiter einstellen, müssen sie das dem Arbeitsamt mitteilen, das ihnen die ersten 50 von einer Rangliste schickt. Die Rangliste richtet sich nach Kriterien wie Dauer der Arbeitslosigkeit, Alter usw. und wird von den Gewerkschaften kontrolliert.
Mit Hilfe der Revisionisten haben die Kapitalisten in den letzten Jahren
seit 1962, ein doppeltes Ziel: Wiedererrichtung ihrer uneingeschränkten Despotie in den Fabriken und Durchsetzung höherer „Produktivität", um ihren Haupttrumpf in der imperialistischen Konkurrenz – den niedrigen Lohn – noch wirksamer ausspielen zu können.
Wie kommt es dann zu der höchst mäßigen Beteiligung an den Streiks in der letzten Woche, fragen wir den entlassenen Vertrauensmann. „Viele meinten: Warum sollen wir für die Terroristen streiken. Die Kampagne in den bürgerlichen Zeitungen hat Wirkung. Aber jetzt gehen wir mit den Kollegen zu den Versammlungen ins Werk, da-
Vertrauensleuten ‚beweisen'", meint einer der Entlassenen. Ein örtlicher Gewerkschaftsfunktionär: „Die Entlassungen richten sich nicht einfach gegen die 61, sie richten sich gegen die Gewerkschaft selbst. Unsere Aufgabe ist nicht, auf ‚Beweise' zu drängen, sondern die Rechte der Arbeiter zu verteidigen."
Am Dienstag hat in Turin eine Versammlung von 5000 Vertrauensleuten aller Branchen mit den nationalen Gewerkschaftssekretären stattgefunden. Überwunden ist die Spaltung nicht. Immerhin ist für kommenden Dienstag ein zweistündiger Streik in der ganzen Metallindustrie ausgerufen worden.



Die Arbeiter kämpfen um die Einbeziehung der Angestellten in den Kampf. Streikposten vor dem Hauptverwaltungsgebäude des Fiat-Konzerns in Turin.

Förde-Reederei in Kraft getreten ist. Dänische Typographen drucken keine Reklame mehr, der Spezialarbeiterverband sorgt dafür, daß die Förde-Reederei keinen Treibstoff und keinen Proviant mehr von dänischer Seite bekommt. Die Unterstützung der Blockade auf Römö selbst ist so stark wie nie zuvor: im September boykottierten 75% der Fahrgäste (im Vergleich zum Vorjahr) das Fährschiff der Förde-Reederei.

z.elb.Brüssel. **Drei Tage lang streikten die Straßenbahn- und Busfahrer in Antwerpen gegen die Verfügung der Direktion der Verkehrsbetriebe, die Arbeitszeit um eine Stunde auf 38 pro Woche zu verlängern.** Die Arbeiter hatten sich die 37-Stundenwoche erkämpft, als die Schaffner wegrationalisiert wurden und die Fahrer deren Arbeit übernehmen mußten. Jetzt will der Dienstherr die von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst erkämpfte Verkürzung der Arbeitszeit auf 38 Stunden nutzen, um sie bei den Arbeitern der Verkehrsbetriebe wieder zu verlängern. Mit 10% Lohnerhöhung – die Arbeiter verdienen im Schnitt 1402 DM netto – sollten sie zur Zustimmung gebracht werden. Auf einer Versammlung am 16.10. gelang es den Gewerkschaftsführungen, die der Verordnung zugestimmt hatten und den Streik nicht unterstützten, die Arbeiter zur Annahme der Verordnung zu bewegen.

z.anb.Wien. **4 Mrd. Schilling kostet laut Finanzminister Androsch der am 15.10. ausgehandelte Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst in Österreich.** Den unteren Lohngruppen bringt er mit 4,2% ab 1.1.1980 rund 30 DM brutto. Die Regierung hatte allerdings noch Übleres vor; der Abschluß sollte – mit 3,5% – vor allem *unter* dem Metallabschluß (4,5% / 14 Monate) ausfallen. In „äußerst harten Verhandlungen" mußte Kreiskys Unterhändler zurückstecken. Dies nicht so sehr in bezug auf die *Höhe* des Abschlusses, sondern in bezug auf zwei nicht unerhebliche politische Verhandlungspunkte: für die beiden untersten Lohngruppen wurde zusätzlich die Erhöhung der Dienstzulage (dem Ortszuschlag vergleichbar) von 104 auf 124 DM durchgesetzt und die Tariflaufzeit auf 12 Monate fixiert. Zwei Konsequenzen ergeben sich: 1. der Abschluß wird unmöglich halten, zumal genau ab 1.1.1980 von den 4,2% noch 0,5% Rentenbeitragserhöhung abgehen, ganz zu schweigen von der Steuerprogression, 2. wegen der längeren Laufzeit bei Metall fällt 1980 die *Tarif*lohnbewegung der beiden größten Gewerke zusammen.

z.anb. **Die Gewerkschaftsgruppe TV Zürich des Syndikats Schweizerischer Medienschaffender (SSM) protestiert gegen die geplante Einführung des Beamtenrechts für die Beschäftigten der Fernsehanstalt.** Eine parlamentarische Untersuchungskommission hat dies letzte Woche in einem Bericht über die Schweizerische Rundfunk- und Fernsehgesellschaft (SRG) gefordert, weil die unlängst verfügte Gebührenerhöhung durch „die Personal- und Besoldungspolitik der SRG absorbiert zu werden" drohe. Gegen einen Journalisten der SRG, der die Gewerkschaft von diesen Plänen unterrichtete, wurde von der Parlamentskommission Strafanzeige wegen „Verletzung der Verschwiegenheitspflicht" erstattet. – Unterdessen hat am 17.10. auch der Gewerkschaftskongreß der 25000 Mitglieder der Post- und Telegraphenunion (PTT) die sofortige Aufhebung des Streikverbots und volles Koalitionsrecht für den gesamten öffentlichen Dienst gefordert.

z.rül.London. **12000 Lohnabhängige des britischen Privatfernsehens, die seit Anfang August für eine Lohnerhöhung von 25% streiken, zwangen die Kapitalisten am 12. September zur Erhöhung ihres Angebots.** Die Kapitalisten boten nun eine Lohnerhöhung von 22% an oder einen Zweijahresvertrag mit einer Lohnerhöhung von 17,5% rückwirkend ab 1.7.79, 7,5% ab 1.1.80 und weiteren 15% ab 1.7.80. Dafür forderten sie die Zustimmung der Gewerkschaften zur Einführung neuer Technologie, vor allem der Videotechnik bei Außenaufnahmen. In ersten Abstimmungen nahmen die Arbeiter die Lohnerhöhung an. Gegen die Rationalisierungen wehren sie sich weiter.

z.ulg.Rom. **Mit einer Massenkündigung haben die italienischen Fluglotsen – Unteroffiziere und Offiziere der Luftwaffe – am Freitag den größten Teil ihrer Forderungen durchgesetzt.** Seit Monaten hatten 1049 der 1121 Fluglotsen ihre Kündigungsbriefe bei einem Notar hinterlegt. Sie fordern Entmilitarisierung der Flugsicherung, also Übernahme in ein ziviles Arbeitsverhältnis, Erhöhung der Zulagen und Streikrecht. Anfang letzter Woche legte der zuständige Staatssekretär einen Gesetzentwurf vor, nach dem die Entmilitarisierung über zwei Jahre hingezogen werden sollte und für Streiks ein bis vier Jahre Gefängnis angedroht wurden. Daraufhin setzten die Fluglotsen die Kündigungen am Freitag in Kraft und weigerten sich, den Befehlen der Kommandeure zur Wiederaufnahme des Dienstes zu folgen. In wenigen Stunden brach der Flugverkehr vollständig zusammen. Bei Verhandlungen unter Vorsitz des Staatspräsidenten mußte die Regierung in den entscheidenden Punkten nachgeben: Am Dienstag wird sie ein sofort gültiges Dekret über die Entmilitarisierung der Flugsicherung im zivilen Luftverkehr verabschieden. Gleichzeitig soll für den militärischen Flugverkehr ein entsprechender Gesetzentwurf beschlossen werden, den – dafür hat sich der Präsident verbürgt – das Parlament binnen 30 Tagen billigen wird. Niemand wird wegen Befehlsverweigerung bestraft. Bleibt die Frage des Streikrechts. Das Ansinnen einer gesetzlichen Reglementierung ist nicht vom Tisch, aber die Regierung hat zusagen müssen, eine Regelung nur im Einvernehmen mit den Fluglotsen in das Gesetz aufzunehmen. Die Fluglotsen haben daraufhin in der Nacht zum Samstag die Arbeit wiederaufgenommen. Die Kündigungen nehmen sie erst zurück, wenn die Regierung ihre Zusagen erfüllt hat.

Britische Regierung kündigt Ausbau der Zwangsarbeitslager für Jugendliche an

z.rül.London. Die britische Regierung plant neue Strafgefangenenlager und die Ausweitung der Zwangsarbeit für Jugendliche per Gerichtsurteil. Zwei neue Lager sollen, wie Innenminister Whitelaw auf dem Konservativen Parteitag erklärte, bis Frühjahr eingerichtet sein: eins für 200 Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren, eins für ebensoviele im Alter von 17 bis 21 Jahren. Die Lager sollen als ein ,,kurzer, scharfer Schock" wirken, so daß ,,diejenigen, die dort gewesen sind, niemals dahin zurück wollen." Unter ständiger medizinischer Begleitung solle, so Whitelaw, der Tagesablauf wie folgt sein: ,,Von 6.45h morgens bis zum Licht-aus um 9.30h abends wird das Leben in einem lebhaften Tempo ablaufen. Es wird sehr viel mehr Gewicht auf anstrengende und konstruktive Tätigkeiten gelegt werden, auf Disziplin und Sauberkeit, auf Selbstachtung und Achtung vor den Amtspersonen. Wir werden einen regelmäßigen Drill einführen und Paradieren und Inspektionen, (...) Wenn solche Anstalten erfolgreich eingeführt sind, werde ich ihre Anwendung auf andere Zentren ausweiten."

Beamte des Innenministeriums erklärten, was unter den ,,anstrengenden Tätigkeiten" verstanden wird: Erdarbeiten, Bauarbeiten, landwirtschaftliche Arbeit.

Von 1967 bis 1977 stieg die Zahl der Jugendlichen, die die britische Bourgeoisie in ihren Zuchthäusern und Zwangsarbeitslagern im Jahr einsperrt, von 16064 auf 25301. Von diesen Jugendlichen wurden (1977) 10863 zu drei bis sechs Monaten Haft und Zwangsarbeit in den sogenannten ,,Detention Centres"(Internierungslagern) eingesperrt, 6903 zu Haftstrafen zwischen sechs Monaten und zwei Jahren in den ,,Borstal-Heimen" und 6760 zu Gefängnis zwischen zwei und drei Jahren.

Borstal-Heime und Internierungslager wurden bereits 1908 eingeführt und bilden heute die wichtigste Form von Straflagern, in denen die britische Bourgeoisie versucht, die ständige Rebellion der Jugend der besitzlosen Klassen zu brechen und sie für die kapitalistische Ausbeutung gefügig zu machen.

Die neuen Lager sollen zweierlei Entwicklungen einleiten: erstens die Ausweitung der Zwangsarbeit großen Stils für alle Gefangenen. Zweitens aber die schnellere Zuführung der Jugendlichen zu solchen Zwangsarbeitslagern. Denn bis jetzt können die Gerichte die Jugendlichen für einfache Vergehen nicht zu kurzen Haftstrafen oder Zwangsarbeit in solchen Lagern verurteilen: Strafen unter drei Monaten Dauer sind gesetzlich nicht möglich. Diese Bestimmung soll jetzt gleichzeitig mit der Einführung der neuen Lager aufgehoben werden. Das Heer der jugendlichen Zwangsarbeiter, das die britische Bourgeoisie damit im Auge hat, ist beträchtlich: Allein 1976 wurden 233600 Jugendliche wegen ,,Vergehen" zu Geldstrafen verurteilt.

Molukkische Jugendliche bekämpfen Unterdrückung in einem Heim für Drogenabhängige

z.elb. Am Samstag, dem 6. Oktober, demonstrierten in Utrecht ca. 100 zumeist molukkische Jugendliche gegen die fristlose Entlassung aller elf Angestellten und der drei Praktikanten des Heims für drogenabhängige molukkische Jugendliche. Die Angestellten hatten vor einigen Wochen beschlossen, das Heim zu besetzen, um so gegen die scharfe Unterdrückung der Jugendlichen durch die Heimleitung vorzugehen. Daraufhin waren sie fristlos entlassen worden. Der Kampf gegen ihre Entlassung und die zuchthausmäßige Knechtung der 200 molukkischen Jugendlichen im Heim findet breite Unterstützung. So schickte z.B. die niederländische Gewerkschaft der Beamten Abva an die Jugendlichen eine Solidaritätsresolution.

Bis 1942 hielten die niederländischen Kolonialisten Indonesien besetzt. Die brutale Unterdrückung der indonesischen Völker und die Plünderung ihrer Naturschätze durch die Kolonialisten rief breiten und fortwährenden Widerstand hervor. Zur Unterdrückung des Kampfes der indonesischen Völker für Unabhängigkeit setzten die niederlän-

hatten. Als Indonesien nach einer dreijährigen Besetzung durch die japanischen Truppen 1945 unabhängig wurde, wanderten diese Molukker in die Niederlande aus.

Ehemals von den Kolonialisten zur Niederhaltung der indonesischen Völker gebraucht und in ihre Truppen gepreßt, werden die Molukker in den Niederlanden erneut stärkster Unterdrückung unterworfen. Von Anfang an wurden ihnen grundlegende Rechte aberkannt, so das Recht auf Freizügigkeit, indem ihnen nur bestimmte Gebiete in den Niederlanden zum Wohnen zugewiesen wurden. Im letzten Jahr setzte die Regierung Van Agt gegen großen Widerstand der Molukker die sogenannte Molukker-Verordnung durch, mit der sie die Gebiete zum Wohnen und damit auch die Möglichkeit der Molukker, einen Kapitalisten zum Kauf ihrer Arbeitskraft zu finden, noch weiter einschränkte. Die Arbeitslosenquote ist bei den Molukkern folglich sehr hoch, unter allen Schulabgängern betrug sie 1978 38%. Sämtliche den Molukkern als Minderheit verbliebenen Rechte wurden vom Tisch gefegt; so das Recht, Schulunterricht in

Von 1967 bis 1977 stieg die Zahl der Jugendlichen, die die britische Bourgeoisie in ihren Zuchthäusern und Zwangsarbeitslagern im Jahr einsperrt,

Heer der jugendlichen Zwangsarbeiter, das die britische Bourgeoisie damit im Auge hat, ist beträchtlich: Allein 1976 wurden 233600 Jugendliche wegen ,,Vergehen" zu Geldstrafen verurteilt.

Molukkische Jugendliche bekämpfen Unterdrückung in einem Heim für Drogenabhängige

z.elb. Am Samstag, dem 6. Oktober, demonstrierten in Utrecht ca. 100 zumeist molukkische Jugendliche gegen die fristlose Entlassung aller elf Angestellten und der drei Praktikanten des Heims für drogenabhängige molukkische Jugendliche. Die Angestellten hatten vor einigen Wochen beschlossen, das Heim zu besetzen, um so gegen die scharfe Unterdrückung der Jugendlichen durch die Heimleitung vorzugehen. Daraufhin waren sie fristlos entlassen worden. Der Kampf gegen ihre Entlassung und die zuchthausmäßige Knechtung der 200 molukkischen Jugendlichen im Heim findet breite Unterstützung. So schickte z.B. die niederländische Gewerkschaft der Beamten Abva an die Jugendlichen eine Solidaritätsresolution.

Bis 1942 hielten die niederländischen Kolonialisten Indonesien besetzt. Die brutale Unterdrückung der indonesischen Völker und die Plünderung ihrer Naturschätze durch die Kolonialisten rief breiten und fortwährenden Widerstand hervor. Zur Unterdrückung des Kampfes der indonesischen Völker für Unabhängigkeit setzten die niederländischen Bourgeois ihre Kolonialtruppen ein, die sie zu einem großen Teil aus Bewohnern der Molukken rekrutierten, was ihnen nur gelingen konnte, weil sie deren Lebensgrundlage zerstört hatten. Als Indonesien nach einer dreijährigen Besetzung durch die japanischen Truppen 1945 unabhängig wurde, wanderten diese Molukker in die Niederlande aus.

Ehemals von den Kolonialisten zur Niederhaltung der indonesischen Völker gebraucht und in ihre Truppen gepreßt, werden die Molukker in den Niederlanden erneut stärkster Unterdrückung unterworfen. Von Anfang an wurden ihnen grundlegende Rechte aberkannt, so das Recht auf Freizügigkeit, indem ihnen nur bestimmte Gebiete in den Niederlanden zum Wohnen zugewiesen wurden. Im letzten Jahr setzte die Regierung Van Agt gegen großen Widerstand der Molukker die sogenannte Molukker-Verordnung durch, mit der sie die Gebiete zum Wohnen und damit auch die Möglichkeit der Molukker, einen Kapitalisten zum Kauf ihrer Arbeitskraft zu finden, noch weiter einschränkte. Die Arbeitslosenquote ist bei den Molukkern folglich sehr hoch, unter allen Schulabgängern betrug sie 1978 38%. Sämtliche den Molukkern als Minderheit verbliebenen Rechte wurden vom Tisch gefegt; so das Recht, Schulunterricht in der eigenen Sprache zu erhalten. Brutalste Unterdrückung und Entrechtung sind die Ursachen dafür, daß 20% aller Molukker im Alter zwischen 15 und 25 Jahren drogenabhängig sind.

Philippinen: Studenten kämpfen für Vertretungsrechte

z.mat.Sydney. Über 2000 Arbeiter, Dozenten und Studenten der Staatlichen Universität demonstrierten Anfang September in Manila für gemeinsame Forderungen: Sie verlangten die sofortige Erhöhung der Löhne und Gehälter der Universitätsangestellten, eine Senkung der Studiengebühren und die Durchführung von Wahlen für eine Studentenvertretung. Demonstrationen sind unter dem seit 1972 bestehenden Kriegsrecht verboten. In den letzten Wochen hat Präsident Marcos fast täglich wiederholt, daß an die Aufhebung des Kriegsrechts nicht zu denken ist. – Eine Woche später demonstrierten die Studenten des Emilio Aguinaldo-Collegs und forderten die Erhöhung der Stipendien, um die Erhöhung der Studiengebühren ausgleichen zu können. Sie erklärten, die Hochschulen kümmerten sich nur um Profit und nicht um eine brauchbare Ausbildung. Der Studentenverband von Manila forderte Sicherheiten gegen die Methoden privater Hochschulen. 37 Teilnehmer der beiden Demonstrationen wurden verhaftet. Wenige Tage darauf erschienen 150 Studenten im Erziehungsministerium, um erneut die Einrichtung der studentischen Selbstverwaltung zu verlangen. Das Recht auf studentische Selbstverwaltung hatte Marcos 1975 nach heftigen Auseinandersetzungen zugestehen müssen, doch hat noch keine Universität die Durchführung der Wahlen dafür zugelassen. Marcos taktiert vorsichtig. Schon 1969 hatten Demonstrationen der Studenten einen allgemeinen Aufschwung der Volkskämpfe eingeleitet und ein Jahr später zum Sturm auf den Präsidentenpalast geführt. Die Regierung ist offen für Vorschläge der Studenten und Professoren, erklärte Marcos jetzt und kündigte eine neue Ausbildungspolitik an.



Studenten demonstrieren in Manila, September 1979.

Berufliche Fortbildung und Umschulung ,,Chance zum Aufstieg"?

z.gug. ,,Die Bundesanstalt soll Arbeitnehmer ... in Abstände von nicht länger als drei Monaten ... einladen ... Ist die Teilnahme an einer Maßnahme zur beruflichen Bildung oder an einer Maßnahme zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten zur beruflichen Eingliederung notwendig, hat sie den Arbeitslosen zur Teilnahme aufzufordern." Mit diesem neuen Passus des § 15 des Arbeitsförderungsgesetzes versucht Ehrenberg der Schwierigkeiten Herr zu werden, die Stingl im Sommer in der ,,Fortschreibung des Aktionsprogramms ‚Berufliche Bildung und Beschäftigungslage' " resümierte, daß nämlich Arbeitslose, insbesondere Jugendliche schwer für eine berufliche Bildungsmaßnahme zu gewinnen seien. Aufstiegsmöglichkeiten, Verbesserung der individuellen Lage, Weg aus der Arbeitslosigkeit, mit diesem Ruf hatte die Regierung ihr berufliches Bildungsangebot versehen, was sich als Zwangsmaßnahme mit Zwangscharakter entpuppt hat. Die ,,Individuelle Förderung" war auch nie der Zweck der Sache. Von Anfang an ging es darum, die Kosten der Kapitalisten für die Ausbildung der von ihnen benötigten Arbeitskraft auf die Arbeiter abzuwälzen und die Konkurrenz der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt zu schärfen.

Ca. 880 Mio. DM hat die Bundesanstalt für Fortbildungskurse, Umschulung und direkt an die Kapitalisten gezahlte Einarbeitungszuschüsse aus der Versicherungskasse hingelegt, das Zehnfache wie vor zehn Jahren. Mit der Erhöhung der Einarbeitungszuschüsse an die Kapitalisten von 60 auf 80% des zu zahlenden Lohns in diesem Jahr wird die Summe anschwellen.

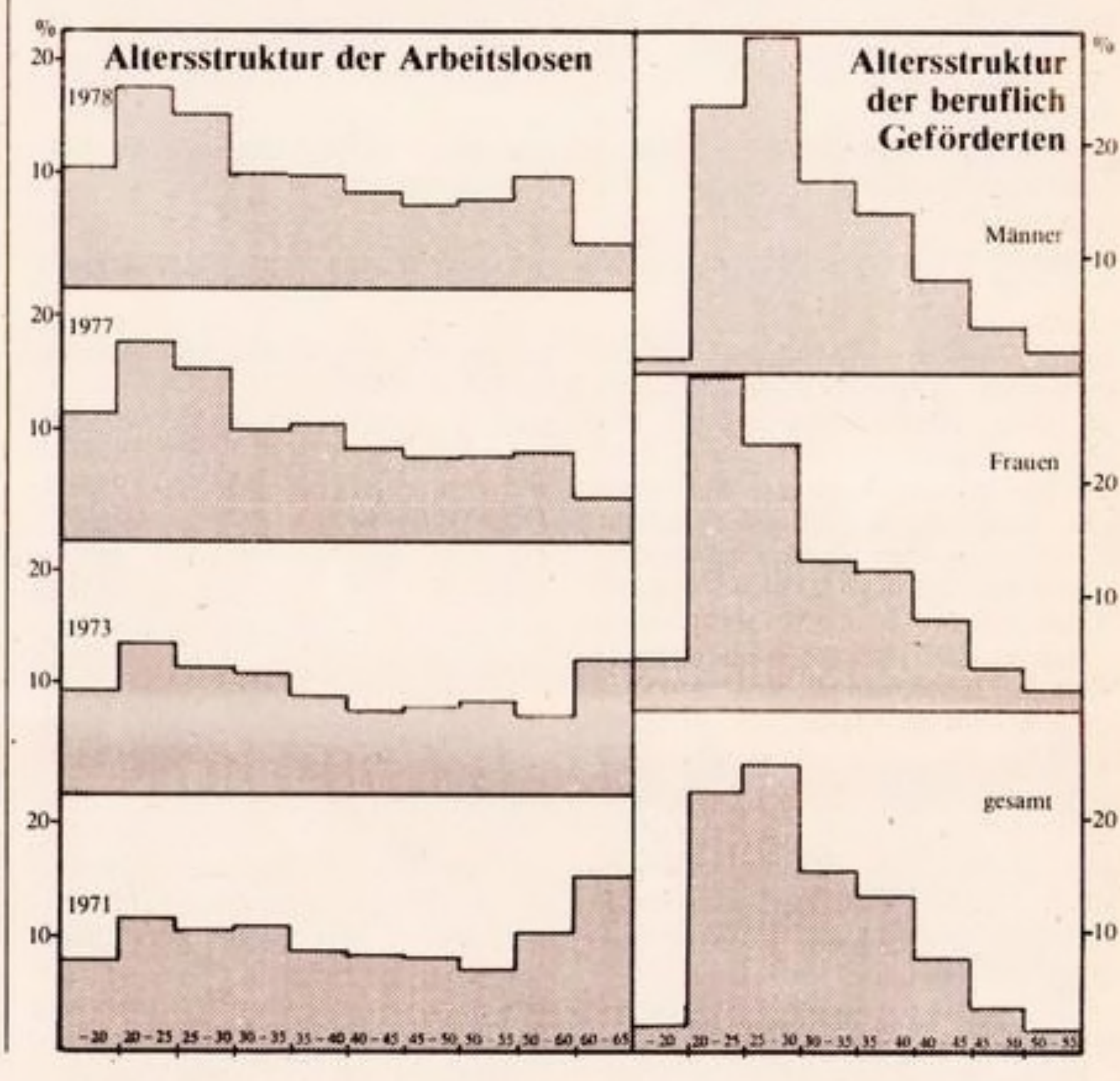
Mit dem neuen Arbeitsförderungsgesetz liegt die Bezahlung der ca. 130000 Arbeiter, die nach dem Arbeitsförderungsgesetz ,,ausgebildet" werden, – die meisten sind Jugendliche, ein Viertel sind Frauen – bereits unter dem Arbeitslosenhilfesatz. 58% des bisherigen Lohns, soweit die Fortbildung nicht unbedingt ,,notwendig" ist, beträgt bisher das Unterhaltsgeld. 58% soll es in Zukunft weiterhin betragen, allerdings ,,ist von dem Arbeitsentgelt derjenigen Beschäftigung auszugehen, für die der Teilnehmer zu Beginn der Maßnahme in Betracht kommt". (§44,3) Diesen Lohn hatte Ehrenberg vor einiger Zeit in einem Brief an 270 Westberliner Umschüler skizziert: ,,Diese ... Regelung berücksichtigt, daß Umschüler ... nicht mit einer Beschäftigung rechnen können, in der sie regelmäßig Überstunden leisten oder zum Ausgleich besondere Arbeitsbedingungen oder aus anderen Gründen Zulagen oder sonstige einmalige Sonderzahlung erhalten." Indem die Umschüler während der Umschulung eine Bezahlung nach dem Unterhaltsgeld akzeptierten, hätten sie damit auch bereits eine Bezahlung nach der Umschulung zum reinen Tariflohn anstelle des Effektivlohns anerkannt.

Auf die Forderung von Umschülern (Mechaniker) am Heidelberger Berufsfortbildungswerk nach der Umstellung des Unterhaltsgeldes auf die Basis des Facharbeitsrecklohns (Metall), Anbindung an den Tarif, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, hat Ehrenberg geantwortet: ,,Die Verwirklichung eurer Forderungen (müßte) entweder zu einem Leistungsabbau in anderen Bereichen oder zu einer Erhöhung der Beiträge zur Bundesanstalt führen ... Dies würde nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegen, die diese Beiträge aufzubringen haben." Gegenüber der Tatsache, daß die Kapitalisten die Beiträge ganz zahlen müssen, ist dieser Einwand wirklich einfältig.

Berufliche Fortbildung nach dem Arbeitsförderungsgesetz 1978, nach dem Schulungsziel

	Männer	%	Frauen	%	Gesamt	%	Arbeitsl. (Jahresd.)	% aller Arbeitsl.
Schlosser, Mechaniker	18327	15,0	499	0,9	18826	10,7	46171	4,6
Elektriker	11940	9,8	223	0,4	12163	6,9	19257	1,9
Textil, Bekleidung	610	0,5	3357	6,3	3967	2,3	29177	2,9
Techniker/Metall Elektrik/Chemie u.ä.	21894	17,9	1423	2,7	23317	13,3	23900	2,4
Verwaltung, Büro	15739	12,9	28063	53,1	43802	25,0	147167	14,6
Gesundheitsdienst	1151	0,9	4624	8,7	5775	3,3	30835	3,1
Erziehung, Sozialarb.	3729	3,0	3422	6,5	7151	4,1	36080	3,6

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik 1978



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel. 0511/814045
Kommunistischer Studentenbund Südostniedersachsen
Hochschulen in Braunschweig und Clausthal
15. Oktober 1979
42d2e1000p

Heizkostenzuschuß:

ausreichendes Ausbildungsentgelt ausgehandelt wird.

Viele Erstsemester haben ihre BAföG-Unterlagen abgegeben und warten auf die Auszahlung ihres Geldes erfahrungsgemäß bis zu drei Monaten. Die Zahlung von Abschlagsgel-

Ca. 880 Mio. DM hat die Bundesanstalt für Fortbildungskurse, Umschulung und direkt an die Kapitalisten gezahlte Einarbeitungszuschüsse aus der Versicherungskasse hingelegt, das Zehnfache wie vor zehn Jahren. Mit der Erhöhung der Einarbeitungszuschüsse an die Kapitalisten von 60 auf 80% des zu zahlenden Lohns in diesem Jahr wird die Summe anschwellen.

Mit dem neuen Arbeitsförderungsgesetz liegt die Bezahlung der ca. 130000 Arbeiter, die nach dem Arbeitsförderungsgesetz ,,ausgebildet" werden, – die meisten sind Jugendliche, ein Viertel sind Frauen – bereits unter dem Arbeitslosenhilfesatz. 58% des bisherigen Lohns, soweit die Fortbildung nicht unbedingt ,,notwendig" ist, beträgt bisher das Unterhaltsgeld. 58% soll es in Zukunft weiterhin betragen, allerdings ,,ist von dem Arbeitsentgelt derjenigen Beschäftigung auszugehen, für die der Teilnehmer zu Beginn der Maßnahme in Betracht kommt". (§44,3) Diesen Lohn hatte Ehrenberg vor einiger Zeit in einem Brief an 270 Westberliner Umschüler skizziert: ,,Diese ... Regelung berücksichtigt, daß Umschüler ... nicht mit

Altersstruktur der Arbeitslosen
Altersstruktur der beruflich Geförderten
1978
1977
1973
1971
Männer
Frauen
gesamt

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel. 0511/814045
Kommunistischer Studentenbund Südostniedersachsen
Hochschulen in Braunschweig und Clausthal
15. Oktober 1979
42d2e1000p

Heizkostenzuschuß: Bonbon gegen Forderungen nach mehr Geld

sie. Rechtzeitig zur Spaltung des Lohnkampfes der Arbeiter und Angestellten hat die Bundesregierung das Gesetz über einen Heizkostenzuschuß verabschieden lassen. 420 Mio. DM wollen die bürgerlichen Parteien sich dieses Manöver zur Beschwichtigung der Empörung über die sich ständig verschlechternden Lebensverhältnisse kosten lassen.

Hat die Bundesregierung mit der Mehrwertsteuererhöhung im Sommer das Signal zur weiteren Ausplünderung gegeben und an der Heizölerhöhung über indirekte Steuern kräftig kassiert, spielt sich die sozialliberale Koalition einig mit den Christdemokraten tränenden Auges als barmherzig mit den ,,einkommenschwachen Bevölkerungskreisen" auf.

Der Zuschuß ,,soll grundsätzlich lediglich der Milderung dieser Härten dienen, nicht dagegen den Mehrkostenbetrag voll ausgleichen". ...,,zum anderen soll vermieden werden, daß der von der Preiserhöhung ausgehende Anreiz zum Energiesparen bei Teilen der Bevölkerung verloren geht." (Gesetzentwurf) 120 DM pro Einpersonenhaushalt und 60 DM für jede weitere im Haushalt lebende Person bis zu einem Höchstbetrag von 420 DM. Grundsätzlich sollen alle Wohngeldbezieher anspruchsberechtigt sein, ferner Personen, deren Einkommen den Betrag von 900 DM nicht übersteigt, dieser Betrag erhöht sich um 350 DM für die zweite und 250 DM für jede weitere. Studenten können entweder selbst oder über ihre Eltern, Ehegatte usw. antragsberechtigt sein. Der Zuschuß bezieht sich nicht auf die allgemeinen Erhöhungen für Gas und Kohlepreise.

Ab 1.10.79 ist die 6. BAföG-Änderungsnovelle in Kraft. Der Höchstförderungsbetrag liegt jetzt bei 620 DM, der Elternfreibetrag bei 1220 DM. Mit bis zu 160 DM hängt Darlehen daran. Ein Teil der Studenten wird infolge des niedrigen Elternfreibetrages erneut rausfallen, wähend ein anderer mehr bekommt. (Nach Schätzungen der Bundesregierung werden unter 30% der Studenten BAföG erhalten.) Die Spaltung soll perfekt gemacht werden, um die Masse der Studenten auf einen Elendstand zu belassen. Nach einer Befragung in der TU Braunschweig (BZ, 10.10.79) heißt es: ,,Während des Semesters ,,jobben" 48% und während der Ferien 63% der Befragten. Alleinstehende Studenten in Braunschweig verfügen über 567 DM pro Monat, Verheiratete über 662 DM". Gleichzeitig vermeldet die Bundesregierung erfreut, daß den Kapitalisten über die Arbeitsämter um 16,9% mehr Studenten und Schüler, also billige Arbeitskraft, in diesem Jahr zugeführt wurden.

Stärkere Belastung des Familieneinkommens der Eltern und Ausweitung der Arbeit der Studenten neben dem Studium, an diesem Ziel hält die Bundesregierung fest. Dagegen nützen auch solche Vorschläge nach Ausweitung der ,,individuellen Förderung" nichts. Entscheidend wird doe Studentenbewegung eine Verbesserung ihrer Lagedurchsetzen, wenn Tarif- und Koalitionsrechte anerkannt sind, und ein ausreichendes Ausbildungsentgelt ausgehandelt wird.

Viele Erstsemester haben ihre BAföG-Unterlagen abgegeben und warten auf die Auszahlung ihres Geldes erfahrungsgemäß bis zu drei Monaten. Die Zahlung von Abschlagsgeldern haben die Studenten an vielen Hochschulen gefordert und zum Teil durchsetzen können.

Im AStA-Programm ist festgehalten, daß die AStA-AG Soziales sich für die Auszahlung von Abschlagsgeldern einsetzen will. Die Erstsemesterveranstaltungen können zur Organisierung genutzt werden. Das Studentenwerk hat ein Angebot unterbreitet: Demnach sollen Überbrückungsgelder vergeben werden. Natürlich als ,,individuelle Darlehen". Die Fachschaftsräte und der AStA sollten dafür Sorge tragen, daß jeder Student, der dieses Geld benötigt, dieses auch ohne schikanöse Auflagen erhält.

Erklärung gegen Erhöhungen der Verkehrs- und Versorgungstarife

Der Fachschaftsrat Germanistik der TU Braunschweig schickte folgende Resolution an den Rat der Stadt Braunschweig: ,,Wie wir erfahren haben, beabsichtigen Sie eine erneute Erhöhung der Verkehrs- und Versorgungstarife: Fernwärme um 21%, Wasser um 7,7%, Badepreise um bis zu 20%, Strom zwischen 2,5% und 3,8% und Fahrpreise zwischen 4,5% und 7,7%. Für die Studenten, die... durchschnittlich etwa 570 DM im Monat zum Leben haben, führen die neuerlichen Erhöhungen zu einer weiteren Anspannung ihrer Lebensverhältnisse. Angesichts der Preiserhöhungen von bis zu 5% in den letzten Monaten ist die finanzielle Lage der Studenten ernst genug. Wir... protestieren... gegen die beabsichtigten Erhöhungen und fordern sie auf, den Erhöhungen auf ihrer Sitzung am 16.10. nicht zuzustimmen".

Kampf der Soldaten für 40-Std.-Woche: Zum Schutze der Arbeitskraft und gegen Schikane

z.acr. Die BRD-Imperialisten haben die Arbeitszeit der Soldaten in den letzten Jahren gewaltig erhöht. Der Wehrbeauftragte mußte zum ersten Mal in seinem Bericht über das Jahr 1977 auf die „Dienstbelastung" eingehen, weil die Soldaten in zunehmendem Maße gegen die schrankenlose Vernutzung ihrer Arbeitskraft den Kampf organisierten und begannen, vollen Dienstausgleich und die 40-Stundenwoche zu fordern. Er stellte fest, „daß in den Streitkräften im Jahresdurchschnitt 45 bis 50 Wochenstunden gearbeitet wurden. In einigen Bereichen wurden im allgemeinen unter 45 Stunden, in anderen zwischen 50 und 60, in einigen Verbänden regelmäßig über 60 Stunden Dienst geleistet. Etwa 55420 Soldaten konnten auf 51 bis 60 Stunden Dienst pro Woche verweisen; etwa 21500 Soldaten leisteten wöchentlich mehr als 60 Dienststunden."

Die Ergebnisse einer von Apel eingesetzten Untersuchungskommission zeigen für das Jahr 1978 noch einmal eine deutliche Steigerung. Danach arbeiteten 95,1% der Soldaten über 40 Stunden pro Woche. Auf 40 bis 50 Stunden kamen dabei 106553 Soldaten oder 21,5%, darunter 69705 Zeit- und Berufssoldaten (14,1% aller Soldaten) und 36848 Wehrpflichtige (7,4%); 51 bis 60 Stunden arbeiteten 243495 Soldaten (47,4%), davon 106037 Zeit- und Berufssoldaten (21,4%) und 128458 Wehrpflichtige (26%); über 60 Stunden arbeiteten 129569 Soldaten (26,2%), davon 56530 Zeit- und Berufssoldaten (11,4%) und 73039 Wehrpflichtige (14,8%). Die Wehrpflichtigen sind von den hohen Dienststunden am meisten betroffen, aber auch ein großer Teil der Zeit- und Berufssoldaten, während sich die kleine Clique der höheren Offiziere einen schönen Tag macht.

Die BRD-Imperialisten haben mit dem ökonomischen Erstarken auch ihre militärischen Ziele weltweit abgesteckt, um ihr über den gesamten Erdball verstreutes Privateigentum zu „schützen". Bei einer nicht wesentlich erhöhten Zahl der Soldaten verlangen sie vom größten Teil der Soldaten somit einen immer größeren Einsatz ihrer Arbeitskraft. Die Verbesserung des technischen Geräts bietet z.B. wesentlich günstigere Möglichkeiten der Kriegführung bei Nacht. So scheuchen die Imperialisten die Soldaten immer öfter des Nachts aus den Betten, damit sie die Anwendung der Geräte beherrschen.

Grundlage für die schrankenlose Vernutzung der Arbeitskraft der Soldaten ist ihre rechtlose Lage. Im „Reibert – Handbuch für Soldaten" sind die Soldatengesetze aufgelistet. „Die Dauer des täglichen Dienstes richtet sich nach dem Dienstplan ... Der Zapfenstreich wird auf 22.00 Uhr festgelegt ... aus dienstlichen Gründen können Disziplinarvorgesetzte allgemeine Bettruhe vor oder nach dem Zapfenstreich festlegen ... An Sonn- und Feiertagen ist im allgemeinen dienstfrei; auch Sonnabende können dienstfrei bleiben ... (es) kann jedoch an diesen Tagen Dienst angesetzt werden ... Einen Ausgleich für Dienst an Sonn- und Feiertagen kann der Disziplinarvorgesetzte gewähren, jedoch besteht kein Rechtsanspruch ... Der beantragte Urlaub kann versagt werden, wenn zwingende dienstliche Gründe entgegenstehen ... Besondere erzieherische Maßnahmen ... Bei guten Leistungen: Befreiung von Dienstverrichtungen ... Bei Mängeln u.a. Abänderung des Dienstplans ... zusätzlicher Dienst ... Versagen von Nacht- und Wochenendausgang ..."

Die BRD-Imperialisten haben durch ihre gesetzlichen Regelungen nicht nur das Recht auf die unbeschränkte Vernutzung der Arbeitskraft der Soldaten, sondern gleichzeitig ein Mittel zur Disziplinierung, um das Prinzip von Befehl und Gehorsam aufrechtzuerhalten, ohne das die imperialistische Armee nicht funktionieren würde. Mit der gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche würde gleichzeitig die Möglichkeit zur Unterdrückung der Soldaten eingeschränkt. Eine Reaktion auf die bereits erreichte Stärke der Bewegung für diese Beschränkung sind die eingeleiteten Maßnahmen zum „finanziellen Ausgleich", wo Apel die Soldaten mit ein paar DM abspeisen möchte, und die seit dem 1.7. möglichen „unbegrenzt vielen Familienheimfahrten", wo nur Bahnfahrten bezahlt werden, die die Soldaten wegen der nicht geänderten Dienstpläne sowieso nicht in Anspruch nehmen können.

Demgegenüber sind in den letzten Wochen in mehreren Kasernen wie z.B. in Rheine und Eutin Vertrauensleute gewählt worden, die u.a. für einen vollen Dienstausgleich für alle Zusatzdienste und die Bezahlung der Benzinkosten eintreten. Der Kampf der Soldaten wird in den Gewerkschaften unterstützt. Der Arbeitskreis Wehrpflichtige der DGB-Jugend Hamburg führte mehrere Diskussionsveranstaltungen mit Soldaten über deren Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen durch. Die Forderung nach der 40-Std.-Woche für Soldaten soll auf der nächsten Kreisjugendkonferenz beschlossen werden.

Gelingt die Verriegelung der Ostseezugänge? Neue Kommandeure im NATO-LANDJUT-Bereich

r.reh. Zum Oktober hat die westdeutsche Bourgeoisie ihre Generalskader an der NATO-Nordflanke ausgewechselt. Für Generalmajor Mack, der zum Chef des Führungsstabes des Heeres hochgezogen wurde, gab man Brigadegeneral Manthey das Kommando über die 6. PzGrenDiv. Manthey hat Erfahrung an der Nordfront. Zwischen 1964 und 68 war er bei der Panzerbrigade in Flensburg, zwischen 1970 und 73 beim NATO-Stab BALTAP (Ostseezugänge) in Dänemark eingesetzt. Parallel zum Einsatz dieses Dänemarkexperten, tritt an die Stelle des dänischen Generals Thorsen, der westdeutsche General Dr. Kiessling das Kommando über den NATO-Stab LANDJUT (Schleswig-Holstein, Fünen, Jütland) an. Alles deutet darauf hin: die westdeutschen Imperialisten wollen, nachdem sie die „Mitte" auf Vordermann gebracht haben, sich verstärkt dem Bereich Nordflanke zuwenden, speziell Dänemark und Norwegen. In der „Marine-Rundschau" vom März 78 gibt der Stabsoffizier Engelmann die folgende Lagebeurteilung: „auch wenn die NATO-Doktrin der Bedrohung dieser Region (Europa Mitte) weiterhin Priorität einräumt, hat das im Vergleich zu anderen Regionen in diesem Raum existierende Gleichgewicht der Kräfte... zu einer gewissen Stabilisierung der Lage in Zentraleuropa geführt. Verstärkt hat sich der Druck auf die Flanken Europas... Die Nordflanke der NATO ist die Region, die den sowjetischen Expansionsdruck besonders deutlich spürt."

50% der Werftkapazitäten des Warschauer Paktes und 25% der Marineeinheiten liegen im Ostseeraum. Wollen die Sozialimperialisten Europa schlucken, müssen sie über die Flanken kommen. Im Norden müssen sie, neben der Heranführung ihrer Nordmeerflotte, den Zugang zur Nordsee durch die Ostseezugänge bekommen. Gelingt ihnen das, haben sie gleichzeitig die Möglichkeit geschaffen, über Jütland-Holstein den vorwärtsverteidigenden Linien der NATO-Armeen in den Rücken zu fallen, bzw. machen deren Rückverlegung erforderlich. Der Auf- und Vormarschplan der westdeutschen Imperialisten, der von gegenseitigem Aufreiben der Supermächte an den Flanken ausgeht, wäre im Nerv getroffen.

Die gegenwärtige Lage im Norden scheint der Bourgeoisie äußerst ungünstig: Dänemark und Norwegen hätten im Kriegsfall zusammen 235000 Soldaten. Davon sind gut 150000 Soldaten der Heimwehren, die milizähnlich organisiert sind und zum Teil guerillakampfausgebildet. Beide Staaten verweigern die Stationierung von fremden Truppen und von Kernwaffen auf ihrem Territorium, Dänemark entsendet Truppen erst ins Ausland, wenn 5/6 des Parlaments dafür gestimmt haben. Seit der erstmaligen Beteiligung westdeutscher Einheiten an Übungen in Dänemark im Jahr 65 konnte Dänemark keine wesentlichen Positionen mehr abgepreßt werden. Leichter Hoffnungsschimmer: Dänemarks ökonomische Lage wird immer schwieriger. Das Zahlungsbilanzdefizit von 13 bis 14 Mrd. Kronen, das auf 20 bis 27 Mrd. bis 83 anwachsen wird; Auslandsverschuldung von 70 Mrd. deren Tilgung 4,8 Mrd., 1983 ca. 12 Mrd. Kronen verschlingen wird. Über 30% dieser Auslandsschuld sind in DM. Wenn sich da nichts erpressen läßt? Die „Europäische Wehrkunde" gibt die Richtung an: „Die im wesentlichen auf der 6. PzGrenDiv lastende Verteidigung Schl.-Holst. wird von drei vorgesetzten Stäben zwischen Rendsburg und Oslo geführt. Auf den geplagten Divisionskommandeur kommen zu regelmäßigen Besuchen vier vorgesetzte 3- und 4-Sterne-Generale nieder" (9/79) – Dagegen ein deutsches Oberkommando? Der Druck auf den kleineren Imperialisten Dänemark steigt. Im dänischen Fernsehen mußte Verteidigungsminister Sögaard am 17.10. die von der BRD geforderte Stationierung von Kernwaffen zurückweisen. Antwort der dänischen Regierung auf die Forderung des westdeutschen Vizeadmirals Schröter nach Stationierung von Kriegsschiffen „dritter Flaggen": Auf keinen Fall bei uns.

Auch nach dem Wehrdienst gelten für die Reservisten die Soldatengesetze

z.rev. Seit der Änderung des Wehrpflichtgesetzes müssen sich die Reservisten auf einen zusätzlichen Wehrdienst von einem Jahr, vorher waren es drei Monate, gefaßt machen. Bis zum 45. Lebensjahr zählen die Reservisten als Wehrpflichtige und müssen sich den Soldatengesetzen unterwerfen. Nach dem § 24 des Wehrpflichtgesetzes unterliegen die Unteroffiziere bis zum 45. und alle anderen Wehrpflichtigen bis zum 32. Lebensjahr der Wehrüberwachung. Während dieser Wehrüberwachung müssen sie der Wehrersatzbehörde jeden Wohnungswechsel melden, und wenn es die Behörde verlangt, müssen sie sich persönlich melden (§ 24/6). Im Absatz 7 wird den Reservisten darüberhinaus noch vorgeschrieben, daß sie, wenn sie sich länger als 8 Wochen woanders als an ihrem Wohnort aufhalten, unverzüglich die Wehrersatzbehörde zu unterrichten haben, wenn sie den Beruf wechseln oder einen Abschluß in ihrer Berufsausbildung erreichen, müssen sie ebenfalls sofort Bescheid geben. Ist das Alter einmal erreicht und die Wehrüberwachung beendet, können die Reservisten immer noch zu Wehrübungen herangezogen werden, § 6 Wehrpflichtgesetz: (5) „Nach Vollendung des 35. Le-

Mannschaften nur noch zu Wehrübungen von insgesamt drei Monaten ... herangezogen werden. (6) Für Wehrübungen, die als Bereitschaftsdienst von der Bundesregierung angeordnet werden, gilt die zeitliche Begrenzung des Abs. 1 nicht," (eine Wehrübung dauert höchstens drei Monate) „auf die Gesamtdauer der Wehrübungen ... werden sie nicht angerechnet."

Genauso, wie die Reservisten dem Wehrpflichtgesetz zu folgen haben, wird die Wehrdisziplinarordnung und Wehrstrafordnung gegen sie angewendet. Tritt ein Reservist z.B. nicht seinen Dienst zur Wehrübung an, so wird er nach dem § 15 des Wehrstrafgesetzes bestraft: „(1) Wer eigenmächtig seine Truppe oder Dienststelle verläßt oder ihr fernbleibt und vorsätzlich oder fahrlässig länger als drei volle Kalendertage abwesend ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft," oder § 20 „Gehorsamsverweigerung (1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren wird bestraft, 1. wer die Befolgung eines Befehls dadurch verweigert, daß er sich mit Wort und Tat gegen ihn auflehnt, oder 2. wer darauf beharrt, einen Befehl nicht zu befolgen, nachdem dieser wiederholt worden ist."

wird unter ihren normalen Lohn gedrückt. § 13 Unterhaltssicherungsgesetz: „... Die Verdienstausfallentschädigung beträgt a) für Wehrpflichtige mit unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ... 90%, b) für die übrigen Wehrpflichtigen 70% infolge des Wehrdienstes entfallenen Nettoeinkommens ..."

Für die Mobilisierung größerer Kräfte, wie es die Heeresstrukturreform vorsieht, zieht die Bundeswehr auch mehr Reservisten ein. Die Zahl der für Wehrübungen verfügbaren Plätze wird um 50% erhöht, und es werden statt bisher 130000 jährlich 210000 Reservisten zu Wehrübungen herangezogen.



Reservistenübung in NRW. „Übungszweck: Objektschutz im rückwärtigen

ihre rechtlose Lage. Im „Reibert – Handbuch für Soldaten" sind die Soldatengesetze aufgelistet. „Die Dauer des täglichen Dienstes richtet sich nach dem Dienstplan ... Der Zapfenstreich wird auf 22.00 Uhr festgelegt ... aus dienstlichen Gründen können Disziplinarvorgesetzte allgemeine Bettruhe vor oder nach dem Zapfenstreich festlegen ... An Sonn- und Feiertagen ist im allgemeinen dienstfrei; auch Sonnabende können dienstfrei bleiben ... (es) kann jedoch an diesen Tagen Dienst angesetzt werden ... Einen Ausgleich für Dienst an Sonn- und Feiertagen kann der Disziplinarvorgesetzte gewähren, jedoch besteht kein Rechtsanspruch ... Der beantragte Urlaub kann versagt werden, wenn zwingende dienstliche Gründe entgegenstehen ... Besondere erzieherische Maßnahmen ... Bei guten Leistungen: Befreiung von Dienstverrichtungen ... Bei Mängeln u.a. Abänderung des Dienstplans ... zusätzlicher Dienst ... Versagen von Nacht- und Wochenendausgang ..."

Die BRD-Imperialisten haben durch ihre gesetzlichen Regelungen nicht nur das Recht auf die unbeschränkte Vernutzung der Arbeitskraft der Soldaten, sondern gleichzeitig ein Mittel zur Disziplinierung, um das Prinzip von Befehl und Gehorsam aufrechtzuerhalten, ohne das die imperialistische Armee nicht funktionieren würde. Mit der gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche würde gleichzeitig die Möglichkeit zur Unterdrückung der Soldaten eingeschränkt. Eine Reaktion auf die bereits erreichte Stärke der Bewegung für diese Beschränkung sind die eingeleiteten Maßnahmen zum „finanziellen Ausgleich", wo Apel die Soldaten mit ein paar DM abspeisen möchte, und die seit dem 1.7. möglichen „unbegrenzt vielen Familienheimfahrten", wo nur Bahnfahrten bezahlt werden, die die Soldaten wegen der nicht geänderten Dienstpläne sowieso nicht in Anspruch nehmen können.

Demgegenüber sind in den letzten Wochen in mehreren Kasernen wie z.B. in Rheine und Eutin Vertrauensleute gewählt worden, die u.a. für einen vollen Dienstausgleich für alle Zusatzdienste und die Bezahlung der Benzinkosten eintreten. Der Kampf der Soldaten wird in den Gewerkschaften unterstützt. Der Arbeitskreis Wehrpflichtige der DGB-Jugend Hamburg führte mehrere Diskussionsveranstaltungen mit Soldaten über deren Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen durch. Die Forderung nach der 40-Std.-Woche für Soldaten soll auf der nächsten Kreisjugendkonferenz beschlossen werden.

für die Reservisten die Soldatengesetze

z.rev. Seit der Änderung des Wehrpflichtgesetzes müssen sich die Reservisten auf einen zusätzlichen Wehrdienst von einem Jahr, vorher waren es drei Monate, gefaßt machen. Bis zum 45. Lebensjahr zählen die Reservisten als Wehrpflichtige und müssen sich den Soldatengesetzen unterwerfen. Nach dem § 24 des Wehrpflichtgesetzes unterliegen die Unteroffiziere bis zum 45. und alle anderen Wehrpflichtigen bis zum 32. Lebensjahr der Wehrüberwachung. Während dieser Wehrüberwachung müssen sie der Wehrersatzbehörde jeden Wohnungswechsel melden, und wenn es die Behörde verlangt, müssen sie sich persönlich melden (§ 24/6). Im Absatz 7 wird den Reservisten darüberhinaus noch vorgeschrieben, daß sie, wenn sie sich länger als 8 Wochen woanders als an ihrem Wohnort aufhalten, unverzüglich die Wehrersatzbehörde zu unterrichten haben, wenn sie den Beruf wechseln oder einen Abschluß in ihrer Berufsausbildung erreichen, müssen sie ebenfalls sofort Bescheid geben. Ist das Alter einmal erreicht und die Wehrüberwachung beendet, können die Reservisten immer noch zu Wehrübungen herangezogen werden, § 6 Wehrpflichtgesetz: (5) „Nach Vollendung des 35. Lebensjahres dürfen Wehrpflichtige als Mannschaften nur noch zu Wehrübungen von insgesamt drei Monaten ... herangezogen werden. (6) Für Wehrübungen, die als Bereitschaftsdienst von der Bundesregierung angeordnet werden, gilt die zeitliche Begrenzung des Abs. 1 nicht," (eine Wehrübung dauert höchstens drei Monate) „auf die Gesamtdauer der Wehrübungen ... werden sie nicht angerechnet."

Genauso, wie die Reservisten dem Wehrpflichtgesetz zu folgen haben, wird die Wehrdisziplinarordnung und Wehrstrafordnung gegen sie angewendet. Tritt ein Reservist z.B. nicht seinen Dienst zur Wehrübung an, so wird er nach dem § 15 des Wehrstrafgesetzes bestraft: „(1) Wer eigenmächtig seine Truppe oder Dienststelle verläßt oder ihr fernbleibt und vorsätzlich oder fahrlässig länger als drei volle Kalendertage abwesend ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft," oder § 20 „Gehorsamsverweigerung (1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren wird bestraft, 1. wer die Befolgung eines Befehls dadurch verweigert, daß er sich mit Wort und Tat gegen ihn auflehnt, oder 2. wer darauf beharrt, einen Befehl nicht zu befolgen, nachdem dieser wiederholt worden ist."

Auch der Wehrsold für Reservisten wird unter ihren normalen Lohn gedrückt. § 13 Unterhaltssicherungsgesetz: „... Die Verdienstausfallentschädigung beträgt a) für Wehrpflichtige mit unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ... 90%, b) für die übrigen Wehrpflichtigen 70% infolge des Wehrdienstes entfallenen Nettoeinkommens ..."

Für die Mobilisierung größerer Kräfte, wie es die Heeresstrukturreform vorsieht, zieht die Bundeswehr auch mehr Reservisten ein. Die Zahl der für Wehrübungen verfügbaren Plätze wird um 50% erhöht, und es werden statt bisher 130000 jährlich 210000 Reservisten zu Wehrübungen herangezogen.



Reservistenübung in NRW. „Übungszweck: Objektschutz im rückwärtigen Gebiet".

Irak schon zu Zeiten des CENTO-Paktes fehlendes Kettenglied

Erbitterte Rivalität der imperialistischen Paktpolitik im Mittleren Osten

z.anb. Am 15. März diesen Jahres wurde durch Beschluß der Regierungen des Iran, Pakistans und der Türkei das imperialistische Bündnis der *Zentralen Paktorganisation* (CENTO) aufgelöst. Übrig blieben Großbritannien, ehemalige Kolonialmacht der Region am Persischen Golf, und die USA, die sich zur Führungsmacht des CENTO aufgeschwungen hatten unter Ausnutzung der Niederlagen des britischen Imperialismus durch den Sturz seines Statthalterregimes unter König Faisal 1958 im Irak und dem darauffolgenden Zusammenbruch des britisch-kolonialen *Bagdad-Paktes*.

1958 als geistiges Werk des damaligen US-Außenministers John Foster Dulles in die Tat umgesetzt, sollte die CENTO die durch die Machtergreifung der revisionistischen Bourgeoisie neu auf den Plan tretende Supermacht UdSSR durch einen „Sicherheitskordon" vom Mittelmeer bis Indien in Schach und vom Zugang zum Indischen Ozean abhalten.

Durch bilaterale Verträge mit der Türkei, Pakistan und Iran schuf die US-Supermacht sich die Bedingungen für umfassende politische, wirtschaftliche und militärische Einmischung. Das Straßen- und Eisenbahnnetz wurde nach militärstrategischen Gesichtspunkten ausgebaut: Kernpunkt war die Verbindung zwischen der Türkei und dem Iran, d.h. zwischen Mittelmeer, Schwarzem Meer und dem Indischen Ozean. Der Luftraum der gesamten Region wurde über die Stützpunkte Istanbul, Ankara, Teheran und Karatschi mit London verbunden und durch 13 Funknavigationsstellen und den Ausbau eines UKW-Übertragungsnetzes der US-Oberhoheit unterstellt.

Während das Schah-Regime im Iran als Wächter am Golf bis an die Zähne bewaffnet wurde, versuchte die rivalisierende sozialimperialistische Sowjetunion den Aufbau des Kordons an ihrer Südgrenze zu durchkreuzen. In ihrem Kalkül war der Irak entscheidend, nicht nur, weil er das fehlende Kettenglied in der CENTO-Allianz bildete, sondern auch, weil die sich zuspitzende Rivalität mit der US-Supermacht im Nahen Osten eine Änderung der Strategie gegenüber der wachsenden Einheit der arabischen Nation verlangte. Die von Anbeginn konsequente Unterstützung des Irak für die Sache der palästinensischen Befreiung und den Kampf gegen den zionistischen Besatzerstaat nahm die Sowjetunion zum Ansatzpunkt, um zwischen 1966 und 1975 sich nicht nur die Ausrüstung der irakischen Armee zu ergattern, sondern Tausende Berater ins Land zu schleusen.

War es der Sowjetunion noch bis 1977 gelungen, den wachsenden Widerstand der Volksmassen gegen die Einmischung der USA in der Türkei, im Iran und im Irak als Vehikel für „brüderliche Hilfe" am nationalen Aufbau zu mißbrauchen, ist ihrem Hegemonieanspruch seither der Schleier vom Gesicht gezogen worden.

Ende Juli wurde im Irak eine Verschwörung zum Sturz der Regierung aufgedeckt und zerschlagen (siehe KVZ 33/79, S.1). „Die Führung vertritt jedoch die Aufassung, daß das nationale Interesse die Bekanntgabe der ausländischen Organe ausschließt, die die Verschwörer mit Geld unterstützten und ihnen Anweisungen erteilten." (Archiv d. Gegenwart, 31.7.79) Für die imperialistische Presse war das der Ansatzpunkt, zusammengezimmerte Intrigen zu spinnen: Syrien stecke dahinter, weil es gegen die Einigungsbestrebungen sei, die zwischen der irakischen und der syrischen Regierung seit Herbst 1978 verstärkt werden. Iran sei der Drahtzieher, weil es in der Region die Vormachtstellung beanspruche und der Irak als zweitstärkste militärische Macht ausgeschaltet werden solle. Die Kurden im Grenzgebiet zwischen Iran und Irak seien die Umstürzler, oder vielleicht doch Bahrain, das mit Irak Differenzen über den Grenzverlauf hat?

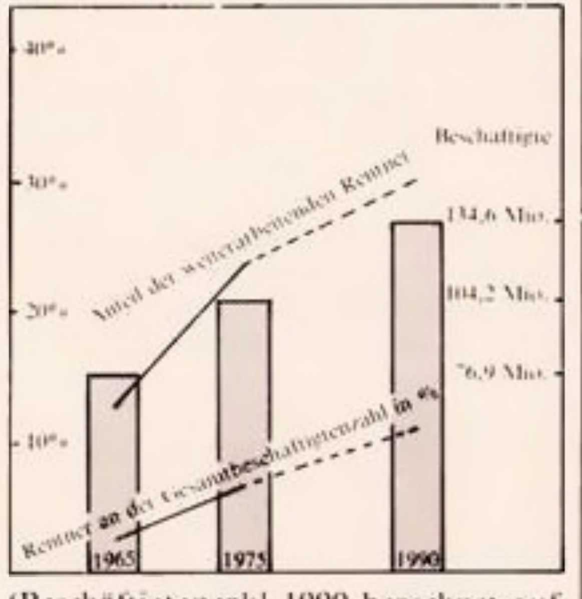
Was nicht einmal die Imperialisten wagten, das Vorgehen der Regierung als „konterrevolutionär" anzugreifen, brachte die revisionistische Kommunistische Partei Iraks fertig. Sie bekämpft gleichzeitig hartnäckig alle Bemühungen des Irak, die Verständigung mit Saudi-Arabien voranzutreiben als Grundlage für ein breites politisches Bündnis der Staaten der Golfregion unter Einbeziehung des Iran, Pakistans und der Türkei. Auf dem Treffen der Außenminister der Golfstaaten am 16.10. in Taif (Saudi-Arabien) entlarvte Irak den imperialistischen Gegenplan: getarnt als „Projekt der technologischen Hilfe" der USA, Großbritanniens und der BRD „zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Golfstaaten" schlug die Marionette des britischen Imperialismus, das Sultanat Oman, die gemeinsame militärische Sicherung der Straße von Hormuz vor. „Das wahre Ziel dieser Aggressionsabsicht hat nichts mit dem Schutz dieser Wasserstraße zu tun, sondern verfolgt den Aufbau eines neuen imperialistischen Bündnisses, das die Aufgabe des zusammengebrochenen CENTO-Paktes übernehmen soll", schreibt die irakische Zeitung „Al Thawra".



Neue Maßnahmen zur Erhöhung der Rentnerarbeit in der SU

z.ror. Durch kapitalistische Rationalisierung wurden im Planjahrfünft 1971 bis 75 in der Sowjetunion 20 Mio. Arbeitskräfte freigesetzt für die Ausweitung der Produktion. Das reicht der neuen Bourgeoisie nicht; um den ausbeutbaren Arbeiterkörper zu vergrößern, soll der Weg der verstärkten Rentnerarbeit fortgesetzt werden.

12,5% aller Altersrentner (ohne Invaliden, Kriegshinterbliebene, Offiziere, u.ä.) waren 1965 zur Weiterarbeit gezwungen, 1975 war die Zahl auf 24,3% angestiegen. Bis 1990 beabsichtigt die neue Bourgeoisie 30% der Altersrentner auszubeuten, das wären 15 Millionen. Stetig steigert sie damit den Anteil der Rentner an der Gesamtbeschäftigtenzahl – 1965 waren es 2,6%, 1990 sollen es ca. 11% werden. Grundlage dafür ist, daß die Durchschnittsrente in den letzten 20 Jahren von der Hälfte auf ein Drittel des Durchschnittslohnes gesenkt worden ist.



(Beschäftigtenzahl 1990 berechnet auf Basis der Entwicklung 1975 – 78)

Durch medizinische Untersuchungen hat die neue Bourgeoisie feststellen lassen, was aus den Altersrentnern noch rauszuholen ist. 80% von ihnen sollen in den ersten fünf Jahren ihrer Rente noch ausbeutungsfähig sein, vor allem bei Halbtagsbeschäftigung. Anfang Oktober beschloß das ZK der KPdSU die „umfangreiche Beschäftigung von Rentnern ... insbesondere unter den Bedingungen einer Teilzeitbeschäftigung", zu forcieren; vor allem im Bereich der Verwaltung (Buchhalter, Schriftführer, Kassierer usw.). Altersrentner, die weiterarbeiten, erhalten 10 Rubel Rentenzuschlag pro Jahr Weiterarbeit, sofern sie auf den Bezug der Rente während der Zeit der Weiterarbeit verzichten. Nach vier Jahren soll die Arbeitskraft endgültig ausgelaugt sein, denn die Erhöhung der jetzt bestehenden Rente ist um maximal 40 Rb zulässig und darf auch dann 150 Rb nicht übersteigen.

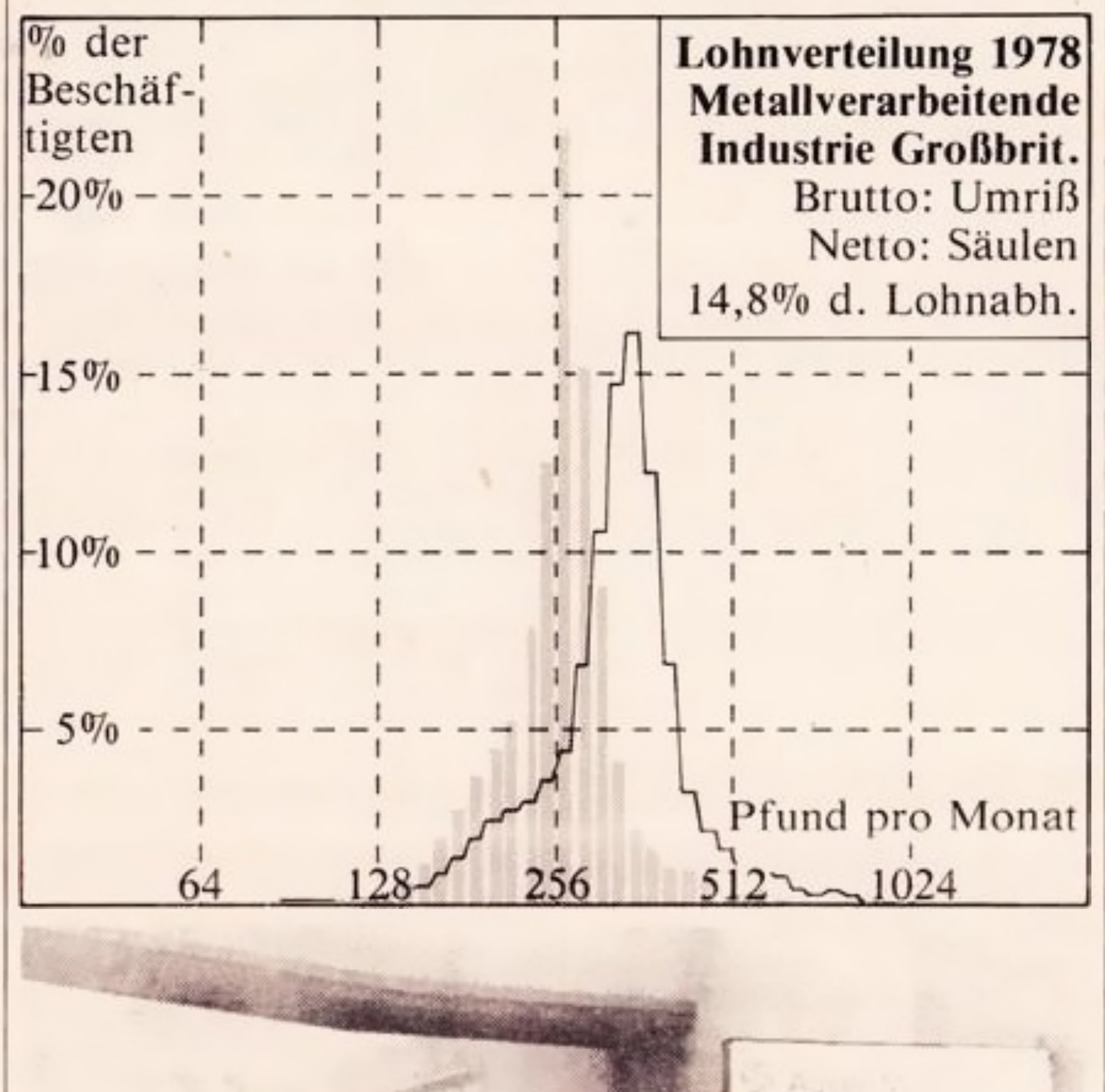
Gefährliche Auswirkungen sozialdemokratischer Tarifpolitik für die britischen Metallarbeiter

z.hef.London. Der Abschluß des Grundlagentarifvertrages zwischen den Gewerkschaften der Metallarbeiter und dem Kapitalistenverband Engineering Employers Federation in der vorletzten Woche hatte folgende Ergebnisse: Erhöhung des Mindestlohns für ungelernte (unskilled) Arbeiter von 45 auf 52,50 Pfund in der Woche (227,32 Pfund pro Monat), für Facharbeiter (skilled) von 60 auf 73 Pfund (316,09 Pfund) pro Monat und für die Mehrheit der Metallarbeiter, die als „semi-skilled" (angelernt) geführt werden, um 17,5% auf die gegenwärtig bestehenden, unterschiedlichen Mindestlöhne. Lehrlingslöhne für 16jährige werden von 42,5% auf 45% des Facharbeitersatzes erhöht, für 17jährige bleiben sie bei 60%, für 18jährige werden sie von 67,5% auf 75% und für 19jährige von 80 auf 90% erhöht. Über Arbeitszeit und Urlaub schlossen die Gewerkschaften mit den Kapitalisten einen Vertrag mit vier Jahren Laufzeit: Im ersten Jahr zwei Tage mehr Urlaub, und je einen in den folgenden drei Jahren, Senkung der Normalarbeitszeit von 40 auf 39 Stunden im November 1981.

Die „Confederation of Shipbuilding and Engineering Unions", die Vereinigung der Gewerkschaften im Schiff- und Maschinenbau, hatte „80 Pfund für Facharbeiter und pro-rata Erhöhungen für die anderen Gruppen" gefordert. Diese Prozentforderung öffnete bereits die Möglichkeit der besonderen Herabdrückung des Lohnstandards der ungelernten Arbeiter, vor allem der Frauen. Im Abschluß selbst ist die spreizende Wirkung noch größer als bei einer Prozenterhöhung: Das Ergebnis läuft auf eine Erhöhung von 21,66% für die Mindestlöhne für die Facharbeiter, 17,5% für die angelernten Arbeiter und 16,66% für die ungelernten Arbeiter heraus.

Die Forderung kam von der Gewerkschaft AUEW, die größte der Gewerkschaften in der Confederation. Die AUEW ist vor allem Gewerkschaft der Facharbeiter. Bei der Aufstellung der spalterischen Forderung stützte sich die Sozialdemokratie auf eine Strömung unter den Facharbeitern, die „Wiederherstellung der Lohnunterschiede" fordert. Die Spaltung durch den Lohn von den schlecht bezahlten Teilen der Arbeiter und Angestellten wird ergänzt durch organisatorische Spaltung. Z.B. sind nur sehr wenige Arbeiterinnen in der Elektroindustrie in der AUEW organisiert, die Mehrzahl in der TGWU und anderen Gewerkschaften, quer durch die Betriebe hindurch.

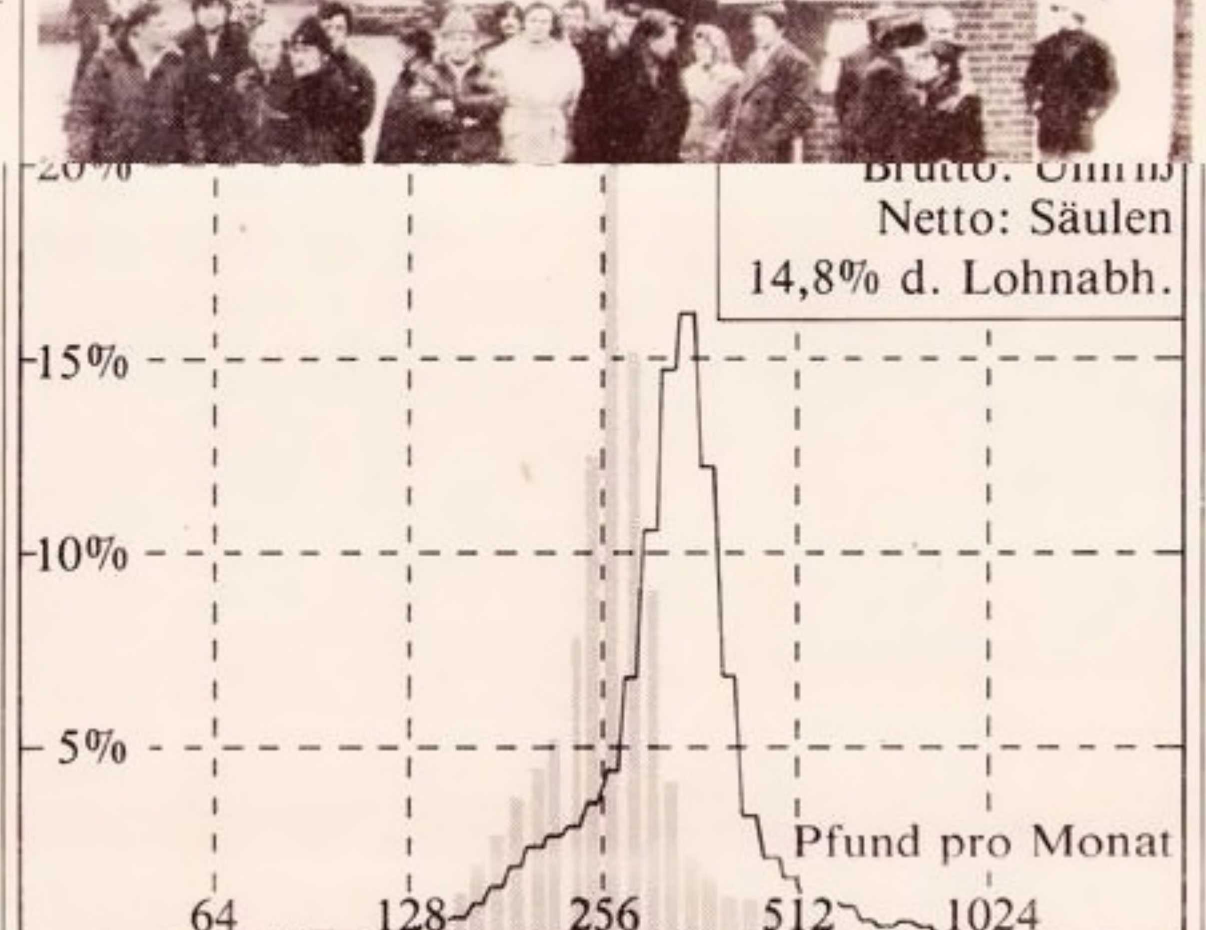
Das Ergebnis der sozialdemokratischen Tarifpolitik sieht man in dem Schaubild: Eine große Zahl von Arbeitern und Angestellten (vor allem von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten) liegt in einem deutlichen Block weit unter dem Durchschnittslohn, von der Hauptgruppe der Beschäftigten weiter und schärfer abgespalten als z.B. in der westdeutschen Metallindustrie.



Das Schaubild zeigt den Zustand im April 1978. Die Daten für 1979 sind noch nicht veröffentlicht. Die Abschlüsse der Metallarbeiter und -angestellten im letzten Jahr haben die Lage aber weiter verschlechtert. In vielen Betrieben, vor allem den kleinen, gelang es den Kapitalisten, die 5%-Lohnleitlinie der Regierung Callaghan durchzusetzen. Große Belegschaften wie bei Ford durchbrachen die Lohnleitlinie, aber auch Nachschlagsforderungen in kleinen Betrieben nach dem Bruch der Leitlinie konnten den Schaden nicht wiedergutmachen. Die Lohnleitlinienpolitik der sozialdemokratischen Regierung in den letzten vier Jahren wie auch ihre Lohnpolitik im öffentlichen Dienst zielte auf eine solche Spaltung zwischen Niedriglohnempfängern und der Mehrzahl der Arbeiter ab.

Der Abschluß von vorletzter Woche tritt nicht rückwirkend zum April in Kraft, sondern erst zum November. Ab dann werden die neuen Mindestlöhne für die Errechnung der Überstunden- und Schichtzuschläge verwendet. Als Mindestlöhne für die Arbeiter, die jetzt unter diesen Löhnen liegen, gelten sie erst beim Abschluß der örtlichen bzw. betrieblichen Tarifverträge. Die werden jetzt neu verhandelt, und erst dort wird über die eigentliche Lohnerhöhung für die meisten Arbeiter entschieden. Die Kapitalisten hatten das Ziel, den Metallarbeitern im Kampf um den Grundlagen-Tarifvertrag eine vernichtende Niederlage beizubringen, um sie dann vereinzelt in den betrieblichen Kämpfen zu verfrühstücken.

Das Vorhaben mißlang. Trotz der Spaltungslinien, die die Forderung öffnete, trotz der schwierig zu befolgenden Taktik der Gewerkschaftsführung



durchzusetzen. Große Belegschaften wie bei Ford durchbrachen die Lohnleitlinie, aber auch Nachschlagsforderungen in kleinen Betrieben nach dem Bruch der Leitlinie konnten den Schaden nicht wiedergutmachen. Die Lohnleitlinienpolitik der sozialdemokratischen Regierung in den letzten vier Jahren wie auch ihre Lohnpolitik im öffentlichen Dienst zielte auf eine solche Spaltung zwischen Niedriglohnempfängern und der Mehrzahl der Arbeiter ab.

Der Abschluß von vorletzter Woche tritt nicht rückwirkend zum April in Kraft, sondern erst zum November. Ab dann werden die neuen Mindestlöhne für die Errechnung der Überstunden- und Schichtzuschläge verwendet. Als Mindestlöhne für die Arbeiter, die jetzt unter diesen Löhnen liegen, gelten sie erst beim Abschluß der örtlichen bzw. betrieblichen Tarifverträge. Die werden jetzt neu verhandelt, und erst dort wird über die eigentliche Lohnerhöhung für die meisten Arbeiter entschieden. Die Kapitalisten hatten das Ziel, den Metallarbeitern im Kampf um den Grundlagen-Tarifvertrag eine vernichtende Niederlage beizubringen, um sie dann vereinzelt in den betrieblichen Kämpfen zu verfrühstücken.

Das Vorhaben mißlang. Trotz der Spaltungslinien, die die Forderung öffnete, trotz der schwierig zu befolgenden Taktik der Gewerkschaftsführung
von ein- und zweitägigen Warnstreiks beteiligte sich die überwältigende Mehrzahl der zwei Millionen direkt betroffenen Arbeiter an den Streiks. Schließlich brach die Front der Kapitalisten auseinander, Austritte und Austrittsdrohungen aus dem Kapitalistenverband häuften sich, und die Kapitalisten mußten weit über ihr Angebot von 8,3% hinausgehen.


Streik bei British Leyland im Februar.

Verschärfte Bestimmungen gegen Arbeitslose in Belgien: ½ Jahr Entzug des Arbeitslosengeldes

z.elb.Brüssel. Mit Gesetz vom 5.10. führte die Regierung Martens einen neuen Schlag gegen die belgische Arbeiterklasse. Die 315000 Arbeitslosen (Juni 1979), was 7,9% aller Erwerbstätigen entspricht, sollen zwecks billiger Vernutzung ihrer brachliegenden Arbeitskraft durch die Kapitalisten weiter gedrückt werden. Ein halbes Jahr lang kann ein Arbeitsloser von der Zahlung des Arbeitslosengeldes, das 60% des Nettolohnes, höchstens aber 32000 bfr (1 DM = 16,4 bfr) beträgt, ausgeschlossen werden, wenn er an „seine Arbeitsaufnahme derartige Bedingungen stellt, daß er für den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung steht". (Belgisch Staatsblad, 10.10.79) Zwecks Mobilisierung aller Kräfte des Arbeitsmarktes werden jetzt auch jugendliche Arbeitslose zur Annahme einer Arbeit gezwungen, die nicht ihrer Ausbildung entspricht.

Dieses neue Gesetz schließt sich an eine ganze Reihe von Maßnahmen an, mit denen die belgische Bourgeoisie die Arbeitslosen als eine Armee von Lohndrückern einzusetzen versucht. Eine der ersten Verordnungen zu diesem Zweck, das „Gesetz zur wirtschaftlichen Gesundung" von 1976, bis heute verlängert und ausgeweitet, sieht u.a. die Einrichtung von höchstens einjährigen Betriebspraktika für Jugendliche unter 25 Jahren vor, deren Lohn auf 90% des Normallohns gedrückt wird. In den ersten sechs Monaten bekommen die Kapitalisten aus Steuergeldern 25% des Lohns für die Jugendlichen bezahlt, in weiteren sechs Monaten 10%. 31141 Jugendliche sind bis Februar 1979 so arbeitsbeschafft worden, 10946 davon wurden von den Kapitalisten übernommen.

Mit dem „Spitaels-Plan" von 1977 – Spitaels war Minister für Arbeit – und dem Anti-Krisen-Gesetz von 1978 führte die belgische Bourgeoisie einen noch breiteren Angriff. Bei Androhung der Streichung des Arbeitslosengeldes werden bis Februar 1979 27342 Arbeitslose zu Arbeiten von „allgemeinem Nutzen" im öffentlichen Dienst verpflichtet. Für die Einstellung von Arbeitslosen werden die Kapitalisten für die Dauer von einem Jahr von der Zahlung ihres Teils der Sozialversicherung befreit. Ca. 150000 Arbeiter haben die Kapitalisten durch diese Maßnahmen zur billigen Ausbeutung zur Verfügung gestellt bekommen.

Niederländische Bourgeoisie rüstet

Verschärfte Bestimmungen gegen Arbeitslose in Belgien: ½ Jahr Entzug des Arbeitslosengeldes

z.elb.Brüssel. Mit Gesetz vom 5.10. führte die Regierung Martens einen neuen Schlag gegen die belgische Arbeiterklasse. Die 315000 Arbeitslosen (Juni 1979), was 7,9% aller Erwerbstätigen entspricht, sollen zwecks billiger Vernutzung ihrer brachliegenden Arbeitskraft durch die Kapitalisten weiter gedrückt werden. Ein halbes Jahr lang kann ein Arbeitsloser von der Zahlung des Arbeitslosengeldes, das 60% des Nettolohnes, höchstens aber 32000 bfr (1 DM = 16,4 bfr) beträgt, ausgeschlossen werden, wenn er an „seine Arbeitsaufnahme derartige Bedingungen stellt, daß er für den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung steht". (Belgisch Staatsblad, 10.10.79) Zwecks Mobilisierung aller Kräfte des Arbeitsmarktes werden jetzt auch jugendliche Arbeitslose zur Annahme einer Arbeit gezwungen, die nicht ihrer Ausbildung entspricht.

Dieses neue Gesetz schließt sich an eine ganze Reihe von Maßnahmen an, mit denen die belgische Bourgeoisie die Arbeitslosen als eine Armee von Lohndrückern einzusetzen versucht. Eine der ersten Verordnungen zu diesem Zweck, das „Gesetz zur wirtschaftlichen Gesundung" von 1976, bis heute verlängert und ausgeweitet, sieht u.a. die Einrichtung von höchstens einjährigen Betriebspraktika für Jugendliche unter 25 Jahren vor, deren Lohn auf 90% des Normallohns gedrückt wird. In den ersten sechs Monaten bekommen die Kapitalisten aus Steuergeldern 25% des Lohns für die Jugendlichen bezahlt, in weiteren sechs Monaten 10%. 31141 Jugendliche sind bis Februar 1979 so arbeitsbeschafft worden, 10946 davon wurden von den Kapitalisten übernommen.

Mit dem „Spitaels-Plan" von 1977 – Spitaels war Minister für Arbeit – und dem Anti-Krisen-Gesetz von 1978 führte die belgische Bourgeoisie einen noch breiteren Angriff. Bei Androhung der Streichung des Arbeitslosengeldes werden bis Februar 1979 27342 Arbeitslose zu Arbeiten von „allgemeinem Nutzen" im öffentlichen Dienst verpflichtet. Für die Einstellung von Arbeitslosen werden die Kapitalisten für die Dauer von einem Jahr von der Zahlung ihres Teils der Sozialversicherung befreit. Ca. 150000 Arbeiter haben die Kapitalisten durch diese Maßnahmen zur billigen Ausbeutung zur Verfügung gestellt bekommen.

Niederländische Bourgeoisie rüstet auf Unterdrückung der Lohnbewegung

z.scc. Nach sieben Wochen entbehrungsreichem Streik ohne gewerkschaftliche Unterstützung haben die Rotterdamer Schlepperbesatzungen von Smit eine Nachschlagszahlung von 1000 hfl (910 DM) netto und eine Tariflohnerhöhung von 28,50 hfl brutto/Woche ab 1.1.80 erkämpft. In derselben Woche setzten die Lohnabhängigen im Darmhandel, wie schon vor ihnen die Arbeiter der Fleischindustrie, die vorzeitige Kündigung ihres Tarifvertrages und eine wöchentliche Lohnerhöhung von 20 hfl rückwirkend zum 1.10.78 durch. Die größte Gewerkschaft der Beamten Abva kündigte, nachdem sie in diesem Jahr *Lohnkürzungen* hatte schlucken müssen, für 1980 die Politik der „Lohnmäßigung" auf.


Sieben Wochen lagen die Schlepper fest. Acht Streikposten der Besatzungen wurden wegen Verhinderung von Streikbruch inhaftiert und angeklagt.

Aufgeschreckt durch die anwachsende Lohnbewegung, drängen die Finanzbourgeois die Regierung zu neuerlichem Angriff. Postwendend erklärte Ministerpräsident Van Agt, *jede* Lohnerhöhung über die „Preiskompensation" hinaus würde unweigerlich mit einer Erhöhung der Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge beantwortet werden. Zugleich werden die Waffen zur nackten Unterdrückung des Lohnkampfes geschärft. Der niederländische Ehrenberg Albeda beauftragte den „sozial-ökonomischen Rat", eine Art „Konzertierte Aktion", „Streikregeln" auszuarbeiten. Die Kapitalisten ließen mit ihren Vorstellungen nicht lang auf sich warten. Die Tatsache nämlich, daß die Schlepperbesatzungen den Einsatz von Streikbrechern durch konsequente Streikposten weitgehend verhindern konnten, war eine Bedingung ihres Teilerfolges. Streikposten, wollen die Kapitalisten sich unterschreiben lassen, seien zwar in Zukunft „erlaubt", nur dürften sie „Arbeitswillige" nicht an der Arbeit hindern. Überdies müsse ein Teil der Arbeiter z.B. zu dringenden Arbeiten verpflichtet werden können. Damit den so geplanten „Streikregeln" der notwendige Nachdruck verliehen wird, soll die gerichtliche Unterdrückung von Streiks bei einem besonderen Gericht zentralisiert und die Strafbestimmungen bei Landfriedensbruch, Nötigung, Aufruf zu Gewalt usw. sollen überprüft werden.

Regierungskrise und Neuwahlen in Island

z.hku. Für den 9. Dezember sind Neuwahlen zum isländischen Althing ausgeschrieben. Die bisherige Regierungskoalition von Sozialdemokraten, kleinbürgerlicher Fortschrittspartei und Revisionisten ist durch die Kämpfe der Arbeiter und der Volksmassen gespalten worden. Die Revisionisten hatten bei der Regierungsbildung Stillhalten gegenüber der NATO-Mitgliedschaft Islands versprochen. Aber beim Besuch Mondales im Frühjahr und während des NATO-Manövers „Ocean Safari" hat die Volksbewegung gegen die NATO große Demonstrationen organisiert; die Sozialdemokraten sahen sich zu förmlicher Entschuldigung bei den USA genötigt. – Zum anderen: die Inflationsrate liegt die letzten Jahre bei rund 50%. ⅔ der Exporte sind Fischprodukte, die in Dollar verrechnet werden; die Spanne zwischen den Preisen der Export- und der Importwaren ist dadurch beschleunigt geöffnet worden. Eine besonders schwere Last ist der Erdölliefervertrag mit der Sowjetunion: Ladung um Ladung steigen die Preise, die sich nach den Notierungen in Rotterdam richten. Heute kostet der Liter Benzin 369 IKr. (2,60 DM; Mai 1978: 129 IKr.). Gegen die Auswirkungen der Inflation haben die Gewerkschaften eine Lohn-Preis-Gleitklausel durchgesetzt und harte Streikkämpfe gegen die Lohnsenkungen geführt, zuletzt die Schiffstechniker und Drucker. Die Sozialdemokraten wollten dagegen staatliche „Einkommenspolitik", die Fortschrittspartei Streikverbot; dem konnten die Revisionisten, die ihre Basis im Gewerkschaftsverband haben, nicht zustimmen.

Barre will Bourgeoisparteien aus Steuergeldern mästen

z.pel.Paris. Frankreichs Premierminister Barre ist einem Wunsch seines Staatspräsidenten nachgekommen. Dieser hatte gemahnt, daß „die Wahldebatte gleich, demokratisch und nicht dem Einfluß des Geldes unterworfen sei." Mit dem Gesetzentwurf 1302 will Barre jetzt die Volksmassen direkt zur regelmäßigen Finanzierung der bürgerlichen Parteien zwingen. Deren Personalausgaben, Büro- und Druckkosten sollen aus der Staatskasse finanziert werden; jedoch erst, wenn sie mit 30 Abgeordneten ihre Nützlichkeit für die Bourgeoisie bewiesen haben. Zusätzliche Subventionierung ist weiter unbegrenzt möglich, außer aus dem Ausland. Da werden bis zu vier Jahren Gefängnis angedroht. Die PCF sieht „die Unabhängigkeit der Parteien gefährdet". Weil nur die französische Bourgeoisie subventionieren darf?

Österreich: Widerstand gegen das Ghetto Traiskirchen

z.anb.Wien. Allein im Juli haben 555 Antragssteller bei den österreichischen Behörden um Asyl nachgesucht. Insgesamt waren es 1978 3412, die meisten aus den RGW-Staaten. Nach dem „Aufenthaltsgesetz für Flüchtlinge" werden sie bis zur Entscheidung über den Asylantrag in „Übergangs"lagern, wie in Traiskirchen bei Wien, kaserniert. Obwohl die Maximalfrist im Gesetz mit vier Monaten angegeben ist, wohnen Hunderte Flüchtlinge permanent im Ghetto. Sie werden gleich neben dem Semperit-Reifenkonzern für einen Hungerlohn gekauft, im Einklang mit den Gesetzen, die schließlich vorsehen, daß Gleichbehandlung in der Entlohnung gegenüber einheimi-

Lateinamerikanische Lehrer im Kampf gegen die Senkung des Ausbildungs- und Lohnstandards

z.rua. „Andrés war willig zu lernen, und er war intelligent und anstellig ... Rechnen kon. .te der Junge sehr wenig ... Und es war belästigend, daß der Junge die Aufschriften auf den Kisten und Packen nicht lesen konnte und darum oft die falschen Kisten aufmachte oder oft nahe dran war, die Ziffern der Preise zu verwechseln und Waren unter dem Preis zu verkaufen. Don Leonardo dachte darüber nach, und er rechnete aus, daß der Junge für ihn wertvoller würde, wenn er lesen, schreiben und rechnen könnte. Es war hier im kleinen, wie es überall in der Welt im großen ist ... Aber man darf ruhig schon jetzt sagen, daß, wenn der Junge eines Tages von seiner Schulbildung einen individuellen Gebrauch machen würde von einer Art, die Don Leonardo nicht behagte, so wird Don Leonardo von einer undankbaren Kreatur sprechen, ... der die große Güte seines Herren mit schwarzer Undankbarkeit vergelten und wenn er, Don Leonardo, das nur früher gewußt hätte, so würde er ihn, den Jungen, in seinem verlausten Indianerdorf gelassen haben und er würde sich wohl gehütet haben, sein gutes Geld dafür herzugeben, daß der Junge etwas lerne."

So charakterisiert B. Traven in seinem Roman „Der Karren" die „Ausbildungsmöglichkeiten" eines indianischen Sklaven in Mexiko, der sich unter spanischer Kolonialherrschaft bei einem Großgrundbesitzer und Händler verdingen mußte. Die Kolonialisten haben im Zuge der Unterwerfung des südamerikanischen Kontinents die traditionellen Kulturen und Erziehungsmethoden der indianischen Völker gewaltsam ausgerottet. Was sie brauchten, war stumpfes, willenloses Arbeitsvieh, nicht in der Lage, sich über seine Interessen zu verständigen und gerade soweit „gebildet", wie es ihren Profitinteressen nützte.

Die Völker Lateinamerikas haben das Kolonialjoch abgeschüttelt; gegen seine Hinterlassenschaften, die den Aufbau einer wirklichen nationalen Unabhängigkeit behindern und den ausländischen Imperialisten die Einmischung erleichtern, stehen sie noch heute in einem schweren Kampf. 1959 waren 53% der 225 Millionen-Bevölkerung des südamerikanischen Kontinents Analphabeten. Die Analphabetenquote reichte von günstigenfalls 14% in Argentinien bis zu 56% in Peru (USA: 3%). Eine allgemeine Schulpflicht bestand nicht, wenn überhaupt Unterricht stattfand, so nur auf die Dauer von 2 Jahren.

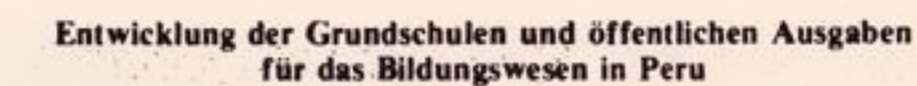
Grund für die Imperialisten, diese Hemmung der Entwicklung der Produktivkräfte zu nutzen, um ihre ökonomische Durchdringung der lateinamerikanischen Staaten mittels Waren- und Kapitalexport zu vertiefen und die politische Infiltration durch „missionarische" Auslandsschulen auszudehnen. Die BRD-Imperialisten z.B. halten in Lateinamerika den größten Anteil ihrer Auslandsschulen.

1962 vereinbarten die Staaten Lateinamerikas unter Schirmherrschaft der UNESCO im „Santiago-Plan", jährlich 4% ihres Bruttosozialprodukts in den Aufbau des nationalen Schulwesens zu investieren. Bis 1964 wurden insgesamt 9 Mio. Schulplätze mit 250000 Lehrerstellen eingerichtet. Die Lehrer, die aus den Volksmassen rekrutiert sind, haben meist selbst nur eine vierjährige Primarschulausbildung, 44% sind nicht ausreichend qualifiziert. 1971 vereinbarten die Erziehungsminister Lateinamerikas in der „Erklärung von Lima" zwecks „Teilnahme aller am Fortschritt der Nation" auf dem Wege der vollständigen nationalen Befreiung, in den Unterrichtsplänen das Schwergewicht neben allgemeinen Kenntnissen auf die Herausbildung technischer und praktischer Fähigkeiten zu legen. Es wurde weiter vereinbart, im Anschluß an die mittlerweile obligatorische Grundschulausbildung von durchschnittlich 6 Jahren Fortbildungsschulen für Lehrlinge und Arbeiter zu errichten. Diese Gratis-Kurse von 10- bis 20monatiger Dauer müssen von allen im jeweiligen Land ansässigen Firmen durch die Einzahlung von 1% ihrer gesamten Lohnsumme finanziert werden. Diese Maßnahme trifft in erster Linie die imperialistischen Konzerne, die in ihren Niederlassungen die Arbeitskraft der Volksmassen möglichst unqualifiziert und zu entsprechend niedrigen Löhnen vernutzen wollen.

Die Imperialisten setzen ihre Finanzinstrumente in Bewegung, um über die Verschuldung der Länder Lateinamerikas deren nationale Bildungspolitik zu untergraben. Auf Druck des Internationalen Währungsfonds müssen die Staatshaushalte insbesondere bei den Ausgaben für Sozial- und Bildungswesen reduziert werden. Lohnkürzungen, Entlassungen und Einstellungsstop bei Lehrern, Einstellung von Schulneubauten, Schließung von Schulen und Universitäten, Kürzung der Lehrmittel sind die Konsequenz.

Gegen diese Maßnahmen haben die Kämpfe der Lehrer in nahezu allen Staaten Lateinamerikas einen Aufschwung genommen. In ihrem Zentrum steht der Kampf gegen die allgemeine Senkung des Lohnstandards und des Niveaus des Volksbildungswesens. Diese Kämpfe haben die Unterstützung der Arbeiterklasse, weil sie ihren Interessen entsprechen.

Im März streikten in Bolivien die Grund- und Mittelschullehrer für die Erhöhung ihrer Löhne und griffen dabei die Regierung an, die bei einem Staatshaushalt von 3000 Mio. Pesos (150 Mio. $) lediglich 72 Mio. Pesos für das Bildungswesen bereitstellte. Im Juli streikten in Guatemala 80000 Sekundarschullehrer, unterstützt von ihren Schülern, für Lohnerhöhungen. Am 4.9. traten in Costa Rica 40000 Grund- und Mittelschullehrer in einen unbefristeten Streik für die Nachzahlung von 200 Colones Lohnerhöhung. Seit dem 3.9. streiken in Panama 24000 Lehrer für Lohnerhöhungen um 50% und die Änderung des staatlichen Bildungsplans. Anfang Oktober demonstrierten in Panama-Stadt 500000 zur Unterstützung dieser Forderungen. Alle Kämpfe wurden geführt von den nationalen Lehrergewerkschaften, die häufig jedoch noch branchenmäßig zersplittert sind.



Entwicklung der Grundschulen und öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen in Peru

Jahr	Grundschulen	Lehrer	Schüler (in Mio.)	Ausgaben (Mio. Soles)
1972	20454	75965	2641	12631
1974	20552	74013	2865	15132
1975	20055	76645	2971	17944
1976	19701	74853	2965	16340

Am härtesten prallten die Fronten in Peru aufeinander. Gegen das IWF-Diktat, das Lohneinfrierungen bei drastisch steigenden Preisen (die Reallöhne sind gegenüber 1976 um 50% gesunken), Steuererhöhungen bei Senkung der öffentlichen Ausgaben und Massenentlassungen im öffentlichen Dienst beinhaltet, traten am 4. Juni 130000 der in der Gewerkschaft SUTEP organisierten Lehrer in Streik. Ihre Löhne betragen derzeit ca. 172 DM und decken damit nur ⅔ des offiziellen Existenzminimums. Sie fordern eine 100%ige Lohnerhöhung, die Anerkennung der SUTEP durch die Regierung, die Wiedereröffnung der seit zwei Jahren geschlossenen Lehreruniversität, gleiche Bezahlung und feste Anstellungsverträge. Ein großer Teil der Lehrer ist mit Kurzzeitverträgen ohne Kündigungsschutz beschäftigt, 30000 Lehrer sind als „Lehrer niedrigen Niveaus" angestellt und erhalten noch geringere Löhne. 8000 Lehrer sind arbeitslos.

Die Regierung hat mit politischem Terror und Entlassungen von 6000 Lehrern auf der einen Seite und mit versprochenen Lohnerhöhungen von 6000 Soles für diejenigen, die sich zur Ausdehnung des Arbeitstages bereit erklären, die Streikfront aufweichen wollen. Das ist ihr nicht gelungen. Erst nach vier Monaten hat die SUTEP den Streik wegen nacktem Hunger ausgesetzt. Erledigt sind ihre Forderungen nicht. Die Lehrer können in ihrem Kampf auf die Arbeiter und Bauern rechnen, die bereits im September in 48stündigen lokalen Generalstreiks im ganzen Land, Demonstrationen und Schulbesetzungen den Kampf der Lehrer unterstützten.



schen Sklaven in Mexiko, der sich unter spanischer Kolonialherrschaft bei einem Großgrundbesitzer und Händler verdingen mußte. Die Kolonialisten haben im Zuge der Unterwerfung des südamerikanischen Kontinents die traditionellen Kulturen und Erziehungsmethoden der indianischen Völker gewaltsam ausgerottet. Was sie brauchten, war stumpfes, willenloses Arbeitsvieh, nicht in der Lage, sich über seine Interessen zu verständigen und gerade soweit „gebildet", wie es ihren Profitinteressen nützte.

Die Völker Lateinamerikas haben das Kolonialjoch abgeschüttelt; gegen seine Hinterlassenschaften, die den Aufbau einer wirklichen nationalen Unabhängigkeit behindern und den ausländischen Imperialisten die Einmi-

ziert. 1971 vereinbarten die Erziehungsminister Lateinamerikas in der „Erklärung von Lima" zwecks „Teilnahme aller am Fortschritt der Nation" auf dem Wege der vollständigen nationalen Befreiung, in den Unterrichtsplänen das Schwergewicht neben allgemeinen Kenntnissen auf die Herausbildung technischer und praktischer Fähigkeiten zu legen. Es wurde weiter vereinbart, im Anschluß an die mittlerweile obligatorische Grundschulausbildung von durchschnittlich 6 Jahren Fortbildungsschulen für Lehrlinge und Arbeiter zu errichten. Diese Gratis-Kurse von 10- bis 20monatiger Dauer müssen von allen im jeweiligen Land ansässigen Firmen durch die Einzahlung von 1% ihrer gesamten Lohnsumme finanziert werden. Diese Maß-

Staatshaushalt von 3000 Mio. Pesos (150 Mio. $) lediglich 72 Mio. Pesos für das Bildungswesen bereitstellte. Im Juli streikten in Guatemala 80000 Sekundarschullehrer, unterstützt von ihren Schülern, für Lohnerhöhungen. Am 4.9. traten in Costa Rica 40000 Grund- und Mittelschullehrer in einen unbefristeten Streik für die Nachzahlung von 200 Colones Lohnerhöhung. Seit dem 3.9. streiken in Panama 24000 Lehrer für Lohnerhöhungen um 50% und die Änderung des staatlichen Bildungsplans. Anfang Oktober demonstrierten in Panama-Stadt 500000 zur Unterstützung dieser Forderungen. Alle Kämpfe wurden geführt von den nationalen Lehrergewerkschaften, die häufig jedoch noch branchenmäßig zersplittert sind.



Streik der Lehrer im Juni 1979 in Peru: Demonstration durch eine der Hauptstraßen von Lima.

Geplatzte Lüge vom „Sieg" der Söldner aus Rhodesien beim Überfall auf Mozambique



z.hef.London. „Streitkräfte aus Zimbabwe-Rhodesien kehrten von einem viertägigen Überfall aus Mozambique zurück, bei dem sie nach eigenen Angaben Hunderte von Guerillas töteten und ZANLA's Hauptbasis zerstörten. In einem Kommunique heißt es, zwei weiße Soldaten seien während des Angriffs bei Chimoio ums Leben gekommen." So wie die Financial Times berichteten am 2.10. alle britischen und südafrikanischen Zeitungen in großer Aufmachung. Unser Bild wurde während des Überfalls in Chimoio aufgenommen. Der Hubschrauber der Söldnertruppen wurde von Genossen der

Ein Zensor wurde zur Überprüfung eines während des Überfalls gedrehten Fernsehfilms nach Südafrika geschickt. Der Film soll verbrannt worden sein. Mehrere Fotos wurden beschlagnahmt.

In der Woche darauf waren große Teile Salisbury mehrere Tage ohne Elektrizität, weil Befreiungskämpfer die Starkstromleitung Kariba – Salisbury gesprengt hatten. Die ZANLA beschoß mit Mörsern und Raketen Siedlerviertel in Umtali, ein Strom von Siedlern nach Salisbury war die Folge.

Bei der Londoner Rhodesien-Konfe-



z.hef.London. „Streitkräfte aus Zimbabwe-Rhodesien kehrten von einem viertägigen Überfall aus Mozambique zurück, bei dem sie nach eigenen Angaben Hunderte von Guerillas töteten und ZANLA's Hauptbasis zerstörten. In einem Kommunique heißt es, zwei weiße Soldaten seien während des Angriffs bei Chimoio ums Leben gekommen." So wie die Financial Times berichteten am 2.10. alle britischen und südafrikanischen Zeitungen in großer Aufmachung. Unser Bild wurde während des Überfalls in Chimoio aufgenommen. Der Hubschrauber der Söldnertruppen wurde von Genossen der ZANLA abgeschossen. Insgesamt war der viertägige Überfall für das Regime ein Desaster. Mit geringen eigenen Verlusten kesselten ZANLA-Truppen die Söldner ein und vernichteten bzw. vertrieben sie. Sofort verhängte das Kolonialregime für alle Auslandskorrespondenten die Militärzensur, um den Schein des großen Sieges zu bewahren. Ein Zensor wurde zur Überprüfung eines während des Überfalls gedrehten Fernsehfilms nach Südafrika geschickt. Der Film soll verbrannt worden sein. Mehrere Fotos wurden beschlagnahmt.

In der Woche darauf waren große Teile Salisbury mehrere Tage ohne Elektrizität, weil Befreiungskämpfer die Starkstromleitung Kariba – Salisbury gesprengt hatten. Die ZANLA beschoß mit Mörsern und Raketen Siedlerviertel in Umtali, ein Strom von Siedlern nach Salisbury war die Folge.

Bei der Londoner Rhodesien-Konferenz fordert die Patriotische Front die Auflösung der Siedlertruppen und die Übergabe an die Befreiungsarmee. In der letzten Woche hat die britische Regierung Teile ihres Plans bekanntgemacht: Muzorewa soll zurücktreten, ein britischer Hochkommissar eingesetzt werden und die Söldnerarmee erhalten bleiben.

---

schen Arbeitern „in Erwägung gezogen werden soll". Die elenden Wohnverhältnisse im Lager, die „erforderlichen Bewegungsbeschränkungen" müssen ohne Recht auf Widerspruch oder Berufung hingenommen werden; andernfalls droht die Ablehnung des Asylantrages und das bedeutet die Unterstellung unter das schikanöse Fremdenpolizeigesetz. In der vorletzten Woche ist in Traiskirchen der Lagerleiter von den Bewohnern angegriffen worden. In der Presse wurde der Polizeieinsatz dagegen mit Beschwerden der Bevölkerung „über sich häufende Diebstähle in der Umgebung" begründet.

Italien/Frankreich: Ärztestreiks gegen Kostendämpfung

z.ulg.Rom. Von Montag bis Donnerstag dieser Woche streiken die Ärzte an den italienischen Gesundheitsämtern und Gemeindeambulanzen. Mit dem Streik wenden sie sich gegen die Pläne der Regierung zur Durchführung der am 1. Januar in Kraft tretenden Gesundheitsreform, die „zu einer weiteren Verschlechterung der Versorgung und zu einer Dequalifizierung des Berufs" führen würde. Mit der Reform werden die Krankenkassen abgeschafft und alle Versorgungseinrichtungen in „Örtlichen Gesundheitseinheiten" zusammengefaßt. Nicht, daß damit die Selbstverwaltungsorgane über das Gesundheitswesen bestimmen könnten. Denn die höchstzulässigen Ausgaben werden in zentralen Gesundheitsplänen von Regierung und Parlament festgelegt. Über den ersten derartigen Plan berät zur Zeit die Regierung. Im Entwurf sind für 1980 Gesamtausgaben von gut 16000 Mrd. Lire (35 Mrd. DM) vorgesehen. Prozentual am voraussichtlichen Bruttoinlandsprodukt gemessen, bedeutet das gegenüber 1977 eine Senkung um 0,3 Prozentpunkte auf 6%. Im Vorgriff auf die „Reform" wurde vor einem Jahr eine Rezeptgebühr eingeführt. Ertrag: Senkung der Leistungen für Medikamente pro Kopf um rund 15%. – Gegen ähnliche Beschlüsse der *französischen* Regierung haben für Dienstag zwei Ärzteverbände zum Streik aufgerufen. Im Juli hatte die Regierung u.a. die Krankenkassenbeiträge erhöht und fällige Honorarerhöhungen gestrichen. In einer Erklärung wenden sich die Ärzteverbände gegen die Bindung der Behandlungskosten an das Sozialprodukt und dagegen, daß sie „zum Schaden der Patienten ihre Verschreibungen reduzieren sollen."

Japan: Wahlniederlage für Ohira Mehrwertsteuer zurückgestellt

z.dab. „Wie sicher Ohira seiner Sache ist, kann man daran ermessen, daß er als wahrscheinlich erster Ministerpräsident der Welt seinen Wahlkampf mit der Parole führt, die Steuern müßten erhöht werden", jubelte das ZDF noch am 4. Oktober. Weit gefehlt: Die Wahlbeteiligung von 68% war die niedrigste seit 1947. Die geplante Einführung der Mehrwertsteuer quittierten die Volksmassen mit einer Wahlniederlage für die LDP, deren Vorsitzender Ohira ist. Statt der geplanten 271 von insgesamt 511 Parlamentssitzen erreichte die LDP mit 248 nicht einmal die einfache Mehrheit. Für eine neue Regierungsbildung reicht es nur bei einer Unterstützung durch 10 unabhängige Kandidaten. „Mr. Ohira wird hart arbeiten müssen, um das Vertrauen des privaten Sektors wiederzugewinnen", kommentierte die „Financial Times" die Niederlage. Die Mehrwertsteuer, die 1979 den Volksmassen 2 Mrd. Yen abpressen sollte, mußte Ohira zunächst fallen lassen. Der Finanzminister spinnt schon an einem Netz der sozialen Sicherheit, wie er das Defizit des Staatshaushalts (40% der Gesamtausgaben) senken kann. Geplant sind Einnahmen von 2 – 3 Mio. Durch die Erhöhung insbesondere der Steuer für niedrige Einkommen, Einsparungen bei Sozialleistungen und Lohnkosten im Öffentlichen Dienst. Die Fahrpreise für Taxen und Busse wurden sofort erhöht.

Kriegsübungen beider Supermächte in der Karibik

z.gek. Am 1. Oktober, dem Tag der Teil-Übernahme des Panama-Kanals durch die Republik Panama, hat Carter den Staaten der Karibik unaufgefordert „versichert", „daß die Vereinigten Staaten auf ein Ersuchen nach Beistand handeln werden, um einer Bedrohung ... durch sowjetische und kubanische Streitkräfte zu begegnen". Er kündigte die Errichtung eines „Ständigen Hauptquartiers der Gemeinsamen Einsatzstreitmacht (aller Waffengattungen) in der Karibik auf Key West in Florida" an, und daß US-Truppen „militärische Manöver in der Region von nun an regelmäßig durchführen werden". (Amerika Dienst, 2.10.) – Am 16. morgens beim ersten Fernsehlicht sind 1800 US-Ledernacken wie in alten Zeiten mit Panzern, Artillerie und „Luftunterstützung" zu einem 10-tägigen Manöver auf dem Gelände des US-Stützpunktes Guantanamo auf Kuba an Land gegangen. Geübt wird der Krieg gegen das entsprechende Truppenkontingent der Sowjetunion auf Kuba. Eine Flotteneinheit mit dem Flugzeugträger „Forrestal" hält gleichzeitig Seekriegsübungen ab. Laut Washington Post vom 16.10. warten die USA darauf, den Sozialimperialisten eine neue „Kuba-Krise" zu liefern, sobald diese die vor einigen Wochen fertiggestellten Stützpunkteinrichtungen für U-Boote und Überwasserschiffe in Cienfuegos in Benutzung nehmen. – Die Sozialimperialisten spekulieren, sich den gegen die US-Hegemonie kämpfenden indianischen und afro-amerikanischen Völkern der Region als Schutzmacht aufdrängen zu können. Die US-Imperialisten gieren nach Vorwänden für eine konterrevolutionäre Intervention.

Eine Politik gegen Krieg und für Revolution Hua Guo Feng besucht die Bundesrepublik

z.ges. Die Außenpolitik der VR China dient dem Kampf der Völker gegen Imperialismus und Hegemonismus und sie dient der Sicherheit des sozialistischen China. Letztes Jahr hat Hua Guofeng Rumänien und Jugoslawien besucht, zwei Länder, die sich stets an die Seite der Dritten Welt stellen und, wie Jugoslawien, innerhalb der Blockfreienbewegung die Prinzipien der Blockfreiheit, des Antiimperialismus und Antihegomonismus verteidigen. Die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern – der erste Staatsbesuch Hua Guofengs galt der Demokratischen Volksrepublik Korea – und zu den Ländern der Dritten Welt bilden das Fundament der Außenpolitik der VR China, die durch den proletarischen Internationalismus geleitet wird. Mit dem Besuch in Westeuropa festigt die VR China ihre Beziehungen zu den Ländern der zweiten Welt. Die Beziehungen zu diesen Ländern sind für die VR China als sozialistisches Entwicklungsland von einiger Bedeutung. Die sozialistische Modernisierung wird durch Außenhandelsbeziehungen zu den entwickelten kapitalistischen Ländern erleichtert. Die VR China stützt sich beim Aufbau des Landes hauptsächlich auf die eigenen Kräfte der chinesischen Arbeiterklasse und des chinesischen Volkes. Aber die sozialistische Modernisierung der VR China wird beschleunigt, wenn China von der Entwicklung der Produktivkräfte in anderen Ländern lernt. Ministerpräsident Hua Guofeng besucht während seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik mehrere Fabriken. Damit bekundet Hua Guofeng seinen Respekt gegenüber der westdeutschen Arbeiterklasse, deren Geschicklichkeit und Produktivität der Arbeit allein den hohen Stand der Produktivkräfte in der BRD zustande gebracht hat. Aber noch sind diese Produktivkräfte der Herrschaft der Kapitalistenklasse unterworfen. So kann die VR China von den Erfolgen der westdeutschen Arbeiterklasse nur Nutzen ziehen, indem sie Geschäftsbeziehungen zu der herrschenden Kapitalistenklasse aufnimmt und unterhält. Solche Geschäftsbeziehungen finden auf dem Weltmarkt statt. Die VR China kann die Gesetze des Weltmarktes nicht negieren, sondern kann sie nur nutzen für den Aufbau des Landes aus eigener Kraft. Dabei lassen sich auch Kreditbeziehungen zu den Kapitalisten kaum umgehen. Solange diese Kreditbeziehungen der Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus dienen und die VR China nicht in Abhängigkeit von den Kreditgebern bringen, festigen sie die Stellung des Sozialismus in China und schwächen ihn nicht. Entscheidend ist, daß die VR China ihre Importe durch Exporte ausgleichen kann und daß sie die Kredite, durch die die Importe vorgezogen werden können, auf Grundlage des beschleunigten Aufbaus des Landes und der Entwicklung des Exports zurückzahlen kann, so daß die VR China nicht in die Lage zahlreicher Entwicklungsländer gerät, die von einer Umschuldungsverhandlung zu nächsten gezwungen werden, wobei ihnen ständig schlechtere Bedingungen diktiert werden. Die VR China ist stark genug, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu den entwickelten kapitalistischen Ländern nutzen zu können, ohne in ihre Abhängigkeit zu geraten. Das Außenhandelsmonopol hat der sozialistische Staat, und die Unternehmen und Betriebe sind Volkseigentum, so daß die herrschende chinesische Arbeiterklasse ihre internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf Grundlage des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus selber planen kann. Die Kapitalisten sind stets hin und her gerissen. Auf der einen Seite sehen sie den großen chinesischen Markt, was sie ganz wild macht. Auf der anderen Seite machen sie die Erfahrung, daß dieser Markt nicht erobert und unterworfen werden kann, weil das Land durch die Diktatur des Proletariats verteidigt wird. Nach und nach bequemen sie sich an diese Bedingungen. Freiwillig damit abfinden werden sie sich nie.

Wie in den wirtschaftlichen Beziehungen herrscht auch in den außenpolitischen Beziehungen insgesamt Gegenseitigkeit. Es ist das Interesse der VR China, die Länder der zweiten Welt bei der Lostrennung von der Vorherrschaft durch die beiden Supermächte zu unterstützen, weil dadurch die Bewegungsfähigkeit der Dritten Welt und der sozialistischen Länder erhöht wird. Die Länder der zweiten Welt sind auf eine Festigung ihrer Beziehungen zur Dritten Welt und zu den sozialistischen Ländern angewiesen, wenn sie gegenüber den beiden Supermächten Position beziehen wollen. Die beiden Supermächte und ihre Rivalität um die Weltherrschaft sind die Hauptquelle eines neuen imperialistischen Krieges. In dem Maße, wie sich die Dritte Welt zusammenschließt und in der Lage ist, die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten und den Ländern der zweiten Welt zu nutzen, werden die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte gestört. Solange es Imperialismus gibt und den Hegemonismus von ein, zwei Supermächten, kann der imperialistische Krieg nicht vermieden werden. Aber er kann verzögert werden. Die VR China braucht eine friedliche Umgebung für die Verwirklichung der sozialistischen Modernisierung. Ihr beharrlicher Kampf gegen den imperialistischen Krieg und ihre zielstrebige Verwirklichung der vier Modernisierungen sind zwei Seiten ein und derselben Politik des Friedens und der Weltrevolution. Wenn die Volksrepublik China im Kampf gegen die beiden Supermächte beharrlich auf das Treiben der sowjetischen Sozialimperialisten hinweist, dann kommt das nicht nur daher, daß die sowjetischen Sozialimperialisten vom Norden und vom Süden her die VR China einzukreisen versuchen und bedrohen, sondern weil die Gefahr des imperialistischen Krieges durch das Vordringen der Sowjetunion in der Dritten Welt und an den Flanken Europas akut erhöht wird.

Die Arbeiterklasse in den europäischen Ländern befindet sich in einem Aufschwung des Kampfes. Aber nach den Verheerungen, die Reformismus und Revi-

lungsländer gerät, die von einer Umschuldungsverhandlung zu nächsten gezwungen werden, wobei ihnen ständig schlechtere Bedingungen diktiert werden. Die VR China ist stark genug, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu den entwickelten kapitalistischen Ländern nutzen zu können, ohne in ihre Abhängigkeit zu geraten. Das Außenhandelsmonopol hat der sozialistische Staat, und die Unternehmen und Betriebe sind Volkseigentum, so daß die herrschende chinesische Arbeiterklasse ihre internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf Grundlage des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus selber planen kann. Die Kapitalisten sind stets hin und her gerissen. Auf der einen Seite sehen sie den großen chinesischen Markt, was sie ganz wild macht. Auf der anderen Seite machen sie die Erfahrung, daß dieser Markt nicht erobert und unterworfen werden kann, weil das Land durch die Diktatur des Proletariats verteidigt wird. Nach und nach bequemen sie sich an diese Bedingungen. Freiwillig damit abfinden werden sie sich nie.

Wie in den wirtschaftlichen Beziehungen herrscht auch in den außenpolitischen Beziehungen insgesamt Gegenseitigkeit. Es ist das Interesse der VR China, die Länder der zweiten Welt bei der Lostrennung von der Vorherrschaft durch die beiden Supermächte zu unterstützen, weil dadurch die Bewegungsfähigkeit der Dritten Welt und der sozialistischen Länder erhöht wird. Die Länder der zweiten Welt sind auf eine Festigung ihrer Beziehungen zur Dritten Welt und zu den sozialistischen Ländern angewiesen, wenn sie gegenüber den beiden Supermächten Position beziehen wollen. Die beiden Supermächte und ihre Rivalität um die Weltherrschaft sind die Hauptquelle eines neuen imperialistischen Krieges. In dem Maße, wie sich die Dritte Welt zusammenschließt und in der Lage ist, die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten und den Ländern der zweiten Welt zu nutzen, werden die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte gestört. Solange es Imperialismus gibt und den Hegemonismus von ein, zwei Supermächten, kann der imperialistische Krieg nicht vermieden werden. Aber er kann verzögert werden. Die VR China braucht eine friedliche Umgebung für die Verwirklichung der sozialistischen Modernisierung. Ihr beharrlicher Kampf gegen den imperialistischen Krieg und ihre zielstrebige Verwirklichung der vier Modernisierungen sind zwei Seiten ein und derselben Politik des Friedens und der Weltrevolution. Wenn die Volksrepublik China im Kampf gegen die beiden Supermächte beharrlich auf das Treiben der sowjetischen Sozialimperialisten hinweist, dann kommt das nicht nur daher, daß die sowjetischen Sozialimperialisten vom Norden und vom Süden her die VR China einzukreisen versuchen und bedrohen, sondern weil die Gefahr des imperialistischen Krieges durch das Vordringen der Sowjetunion in der Dritten Welt und an den Flanken Europas akut erhöht wird.

Die Arbeiterklasse in den europäischen Ländern befindet sich in einem Aufschwung des Kampfes. Aber nach den Verheerungen, die Reformismus und Revi-sionismus in der Front des Proletariats angerichtet haben, ist die Arbeiterklasse der westeuropäischen Länder immer noch in einem Prozeß der Neugruppierung und der Reorganisation begriffen. Sie braucht Zeit, um ihre Kräfte zu sammeln und im Kampf gegen die Vorherrschaft der beiden Supermächte Platz zu schaffen für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie. Hua Guofeng wird im Verlauf seines Besuches in der BRD einige Wahrheiten über die internationale Lage sagen. Kanzler Schmidt wird wegzuhören versuchen. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen haben ein offenes Ohr.

Ganz gerne würde die BRD den Sozialimperialismus gegen China lenken

z.lup. Am 7. April 1955 hat Mao Zedong namens des Ständigen Ausschusses des 1. Nationalen Volkskongresses verkündet:

„Der Kriegszustand zwischen der Volksrepublik China und Deutschland ist mit sofortiger Wirkung beendet. Zwischen beiden Ländern sollen friedliche Beziehungen hergestellt werden.“

In der Präambel zu dieser Erklärung hieß es:

„Auf Grund der Entfesselung des den Weltfrieden zerstörenden faschistischen Angriffskriegs und der Unterstützung des japanischen Angriffskrieges gegen China durch Hitler-Deutschland hat China am 9.12.1941 den Kriegszustand mit Deutschland verkündet. Nach der Vernichtung der Hitler-Aggressoren wurden auf der Potsdamer Konferenz im Jahre 1945 die Entwicklung Deutschlands zu einem friedliebenden demokratischen, geeinten Staat beschlossen sowie die Wege für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages festgelegt. Aber infolge der von den USA, von Großbritannien und Frankreich systematisch verfolgten Politik der Spaltung Deutschlands der Remilitarisierung und Eingliederung Westdeutschlands in einen aggressiven Militärblock ist Deutschland unverändert im Zustand der Teilung verblieben, und der Abschluß eines Friedensvertrages war nach wie vor nicht möglich. Gegenwärtig verfolgen die USA, Großbritannien und Frankreich den Plan, durch Verwirklichung der Pariser Verträge weiterhin die friedliche Wiedervereinigung und den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zu verhindern, wodurch der Frieden und die Sicherheit Europas in ernste Gefahr geraten.“

Die Außenpolitik der Volksrepublik China gegenüber der BRD und der DDR war stets von dem Prinzip bestimmt, die Souveränität der deutschen Staaten zu respektieren und den Kampf für die vollständige Verwirklichung der Volkssouveränität zu unterstützen, und die VR China hat stets ausdrücklich die Forderung nach einem Friedensvertrag unterstützt, der die Volkssouveränität in der BRD und in der DDR anerkennt und sichert und den Weg freimacht für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Nation. Da die Spaltung Deutschlands ein Werk des US-Imperialismus war, war diese Politik solange vor allem gegen den US-Imperialismus gerichtet, und hat die Position der DDR unterstützt, wie diese die Forderung nach einem Friedensvertrag erhoben hat. Dementsprechend hat die VR China bereits 1949 diplomatische Beziehungen mit der DDR aufgenommen und 1955 einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der VR China und der DDR“ abgeschlossen.

Nachdem die Sowjetunion aus einem sozialistischen Staat zu einer imperialistischen Supermacht geworden war, die ihrerseits die Volkssouveränität in der DDR unterdrückt und sich in der DDR als Besatzungsmacht aufführt, war diese Politik gegen beide Supermächte gerichtet und unterstützt den Kampf für die Verwirklichung der vollständigen Volkssouveränität und für den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages in der DDR und der BRD gegen beide Supermächte.

Mit der BRD hat die VR China 1972 diplomatische Beziehungen aufgenommen. Daß es bis 1972 keine diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und der VR China gab, lag ausschließlich an der BRD und ihrer Unterstützung der US-imperialistischen Politik gegenüber der VR China, die auf Einkreisung abzielte und den Sturz der Diktatur des Proletariats in der VR China bezweckte. Die VR China hatte bereits 1955 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorgeschlagen.

Die US-Imperialisten hatten nach dem 2. Weltkrieg alles unternommen, um den Sieg der Volksrevolution und den anschließenden Aufbau des Sozialismus in China zu verhindern. Nach dem Sieg des chinesischen Volkes über den japanischen Imperialismus hatten sie den Bürgerkrieg zwischen Tschiang Kai-schek und der Volksbefreiungsarmee provoziert und über 2 Milliarden Dollar in das Regime Tschiang Kaischeks und seine Armee investiert, um die Volksbefreiungsarmee und die Kommunistische Partei zu zerschlagen. Aber 1949, kurz vor der Gründung der Volksrepublik China, mußte der US-imperialistische Staatssekretär Dean Acheson feststellten: „Seit dem Sieg über Japan hat die Regierung ungefähr 2 Milliarden Dollar Hilfe in Form von Schenkungen und Krediten an Nationalchina gewährt. Diese Summe beträgt dem Wert nach mehr als die Hälfte aller Geldausgaben der chinesischen Regierung und übersteigt in ihrem Anteil an dem Regierungsbudget Chinas jede Hilfe, die die USA irgendeinem Land Westeuropas seit Kriegsende gewährt hat ... Die unglückliche, aber nicht zu umgehende Tatsache ist, daß der unverständliche Ausgang des Bürgerkriegs in China durch die Regierung der USA nicht beeinflußt werden konnte. Nichts was dieses Land innerhalb vernünftiger Grenzen seiner Fähigkeiten hätte tun können, hätte diesen Ausgang ändern können.“

Trotzdem haben die USA an ihrer Politik festgehalten. Die Invasion der US-Imperialisten in Korea war zugleich gegen die VR China gerichtet, und der US-Imperialismus hat während derselben die 7. US-Flotte in der Straße von Taiwan stationiert. Nach der Niederlage im Korea-Krieg schlossen die US-Imperialisten mit Tschiang Kai-schek einen Militärpakt, der ein Aggressionspakt gegen die VR China war, und später ein Abkommen über die Stationierung von Atomraketeneinheiten auf Taiwan.

Bereits 1948 hatten die USA ein Warenembargo gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten verhängt, das auch die VR China einschloß, und sie hatte alle „befreundeten Staaten“ aufgefordert, sich dem Embargo anzuschließen. Im Dezember 1950 erließ der US-Imperialismus eine weltweite Dollarzahlungssperre gegen die VR China und die DVR Korea, die nicht nur den amerikanischen Handel, sondern alle Arten des Warenaustauschs auf Dollar-Basis und alle Guthaben in US-Dollar einschloß.



verbleiben, und der Abschluß eines Friedensvertrages war nach wie vor nicht möglich. Gegenwärtig verfolgen die USA, Großbritannien und Frankreich den Plan, durch Verwirklichung der Pariser Verträge weiterhin die friedliche Wiedervereinigung und den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zu verhindern, wodurch der Frieden und die Sicherheit Europas in ernste Gefahr geraten.“

Die Außenpolitik der Volksrepublik China gegenüber der BRD und der DDR war stets von dem Prinzip bestimmt, die Souveränität der deutschen Staaten zu respektieren und den Kampf für die vollständige Verwirklichung der Volkssouveränität zu unterstützen, und die VR China hat stets ausdrücklich die Forderung nach einem Friedensvertrag unterstützt, der die Volkssouveränität in der BRD und

diplomatische Beziehungen aufgenommen. Daß es bis 1972 keine diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und der VR China gab, lag ausschließlich an der BRD und ihrer Unterstützung der US-imperialistischen Politik gegenüber der VR China, die auf Einkreisung abzielte und den Sturz der Diktatur des Proletariats in der VR China bezweckte. Die VR China hatte bereits 1955 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorgeschlagen.

Die US-Imperialisten hatten nach dem 2. Weltkrieg alles unternommen, um den Sieg der Volksrevolution und den anschließenden Aufbau des Sozialismus in China zu verhindern. Nach dem Sieg des chinesischen Volkes über den japanischen Imperialismus hatten sie den Bürgerkrieg zwischen Tschiang Kai-schek und der Volksbefreiungsarmee provoziert und über 2 Milliarden

Straße von Taiwan stationiert. Nach der Niederlage im Korea-Krieg schlossen die US-Imperialisten mit Tschiang Kai-schek einen Militärpakt, der ein Aggressionspakt gegen die VR China war, und später ein Abkommen über die Stationierung von Atomraketeneinheiten auf Taiwan.

Bereits 1948 hatten die USA ein Warenembargo gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten verhängt, das auch die VR China einschloß, und sie hatte alle „befreundeten Staaten“ aufgefordert, sich dem Embargo anzuschließen. Im Dezember 1950 erließ der US-Imperialismus eine weltweite Dollarzahlungssperre gegen die VR China und die DVR Korea, die nicht nur den amerikanischen Handel, sondern alle Arten des Warenaustauschs auf Dollar-Basis und alle Guthaben in US-Dollar einschloß.



Unterzeichung des Kommuniques über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Oktober 1972

Aus Artikeln der Kommunistischen Volkszeitung über die Volksrepublik China

Zur Außenpolitik der VR China

„Einerseits unterstützen die chinesischen Genossen keinen imperialistischen Zusammenschluß der westeuropäischen Länder, sondern sie unterstützen einen Zusammenschluß dieser Länder nur, insofern er gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte gerichtet ist und die Unabhängigkeit der europäischen Länder gegenüber den beiden Supermächten stärkt. Damit unterstützen sie natürlich keineswegs die Herausbildung einer dritten Supermacht, denn insofern der Zusammenschluß der westeuropäischen Länder diese Tendenz enthält, bekämpfen sie diese Tendenz durch ihre Politik der friedlichen Koexistenz und ihre Politik der Unterstützung der Länder der Dritten Welt und ihre brüderliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern ... Insoweit die Außenpolitik der VR China zur Differenzierung und damit zur Schwächung des Lagers der Konterrevolution im Weltmaßstab beiträgt, trägt sie mittelbar auch zur Erleichterung des Kampfes der Arbeiterklasse in jedem einzelnen Land bei. Aber dieser Kampf unterliegt grundsätzlich anderen Bedingungen als die Außenpolitik der VR China. Innerhalb eines Landes kann es keine friedliche Koexistenz zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie geben. In der Außenpolitik zwischen Staaten, in denen die Arbeiterklasse herrscht, ist die Herstellung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz gerade ein wichtiges Mittel, um die Aggressions- und Kriegspolitik der imperialistischen Staaten zu bekämpfen und die Weltherrschaftspläne der Supermächte zu vereiteln.“ (KVZ 4/73, S. 14)

„Durch die Umwandlung der Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht ist das sozialistische Lager gespalten worden und hat heute aufgehört zu existieren ... Die Volksrepublik China und die anderen Länder, in denen die Arbeiterklasse ihre Macht verteidigen und aufrechterhalten konnte, bilden einen Teil der Dritten Welt, und diese Dritte Welt ist in den letzten Jahren zu einer Haupttriebkraft in der Geschichte geworden. Sie steht in einem unauflöslichen Widerspruch zum Imperialismus und insbesondere zu den beiden imperialistischen Supermächten, die die erste Welt bilden ... Zu Recht weist die Kommunistische Partei Chinas darauf hin, daß man die europäischen imperialistischen Staaten genausowenig wie Japan und die entwickelten revisionistischen Länder in einen Topf werfen darf mit den beiden imperialistischen Supermächten. So sind die westeuropäischen Staaten zwar imperialistische Staaten und stehen deshalb im Gegensatz zu den Ländern der Dritten Welt und insbesondere den sozialistischen Staaten, die Teil der Dritten Welt sind. Auf der anderen Seite stehen sie aber auch in Gegensatz zu den beiden Supermächten, deren eine sie unter dem Vorwand des Bündnisses in Abhängigkeit halten will und deren andere sie unter dem Vorwand der Entspannungspolitik in Abhängigkeit bringen will.“ (KVZ 8/75, S. 14)

Zum Aufbau des Sozialismus in der VR China

„Noch gibt es also in der Volksrepublik China Kleinproduktion und in geringem Umfang Privateigentum an Produktionsmitteln. Die absolute Vorherrschaft des sozialistischen Eigentums zeigt, wie weit diese enge Grundlage bereits überwunden ist. Das Fortbestehen von Warenaustausch und Geld zeigt, daß die Produktion nocht nicht vollständig unmittelbar gesellschaftliche Produktion ist und daß in den Wechselbeziehungen zwischen den Menschen und in der Verteilung noch Beziehungen herrschen, die sich auf Grundlage der Kleinproduktion entwickelt hatten, und daß die Vergesellschaftung der Produktion wie die gesellschaftliche Produktion noch hinter den sozialistischen Zielen wie den gesellschaftlichen Bedürfnissen zurückbleiben.“ (KVZ 35/75, S. 8)

„Dabei haben die Massen unter Führung der KP Chinas große Fortschritte im Klassenkampf wie in der Produktion gemacht. In seinem Bericht an die 1. Tagung des IV. Nationalkongresses hat Tschou En-lai vor etwas über einem Jahr festgestellt: ‚Die sozialistische Revolution ist eine gewaltige Triebkraft für die Entwicklung der Produktivkräfte.‘ ... Unter Führung der KP Chinas hat sich das chinesische Volk die Aufgabe gestellt, im ersten Schritt ‚bis 1980 ein unabhängiges, relativ vollständiges System der Industrie und der Volkswirtschaft insgesamt aufzubauen; beim zweiten Schritt, noch in diesem Jahrhundert, allseitig die Landwirtschaft, die Industrie, die Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik zu modernisieren, damit die Volkswirtschaft unseres Landes in den vordersten Reihen der Welt stehen kann‘.“ (KVZ 13/76, S. 15)

„Die Landwirtschaft ist die Grundlage beim Aufbau des Sozialismus. Die Industrie ist der führende Faktor ... Die Theorie der Produktivkräfte kritisieren und unter dem Vorwand der Kritik der Theorie der Produktivkräfte die Entfaltung der Produktivkräfte und der Produktion kritisieren, das sind zwei Paar Stiefel. Wer die Revolution gegen die Produktion ausspielt, der will die Produktion stören, um die Revolution zu unterdrücken und die Restauration des Kapitalismus zu betreiben. Die bürgerliche Presse jammert herum, in der Volksrepublik China sei die ‚Linke‘ entmachtet worden. Seit wann jammert die bürgerliche Presse, wenn der Revolution ein Schlag versetzt worden ist? Sie jammert, weil der Konterrevolution ein Schlag versetzt worden ist, und will bloß Verwirrung stiften.“ (KVZ 1/77, S. 16)

„Der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied beim Aufbau des Sozialismus. Nur durch den Klassenkampf können Verhältnisse geschaffen werden, in denen sich der Produktions-

Die BRD hat sich all diesen Maßnahmen angeschlossen und sie unterstützt, wenn auch nur widerwillig. Mit den US-Imperialisten teilte der BRD-Imperialismus das Interesse an Zerschlagung der Volksherrschaft in China und an ,,Eindämmung'' der Revolution in Südostasien. Deswegen hat auch Adenauer gleich bei seinem ersten Besuch in den USA angeboten, den Aggressionskrieg gegen Korea durch Entsendung eines kompletten Lazaretts einschließlich Schwestern und Ärzten zu unterstützen.

Gleichzeitig hatte der BRD-Imperialismus traditionell ein Interesse an Zugang zu den Märkten Chinas und war auch nicht dagegen, mit der VR China Geschäfte zu machen. Diesem Interesse folgend, hatte der deutsche Imperialismus schon in den 20er Jahren Tschiang Kai-schek unterstützt. Bereits 1928 hatten sie Max Bauer und andere Militärberater nach China entsandt und Tschiang Kai-scheks Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzüge gegen die Rote Armee durch umfangreiche Waffenlieferungen unterstützt, darunter Jagdflugzeuge und Giftgas. Als China zum Opfer der Aggression der japanischen Imperialisten geworden war, mit dem die Faschisten durch den Antikominternpakt ein Bündnis eingegangen waren, an dem sie in Vorbereitung des Krieges gegen England und die Sowjetunion ein strategisches Interesse hatten, kam dies in Widerspruch zu ihrem Interesse an einem Bündnis mit Tschiang Kai-schek zwecks ungehindertem Zugang zu Chinas Märkten. Aber noch 1937 bezogen die deutschen Imperialisten 70% ihres Wolframs und große Mengen an Antimon- und Zinnerzen aus China, während die umfänglichen Waffen-und Ausrüstungslieferungen den Wert dieser Einfuhren immer noch um 75 Mio. Reichsmark überstiegen. Der deutsche Kapitalbesitz in China hatte damals einen Umfang von 200 bis 400 Mio. Reichsmark. Ihre widersprüchliche Interessenlage im Fernen Osten suchten die Faschisten dadurch zu lösen, daß sie als ,,Mittler'' zwischen Japan und China auftraten, um sich auf diese Weise langfristig in China festsetzen zu können. Sie waren aber schließlich gezwungen, die Militärberater aus China abzuziehen zugunsten des Bündnisses mit den japanischen Aggressoren.

Als die US-Imperialisten zu Beginn der 50er Jahre ihre Blockade gegenüber der VR China durchzusetzen suchten, waren die BRD-Imperialisten damit nicht einfach einverstanden. Die ,,Bank deutscher Länder'' jedenfalls erließ ein Ausfuhrverbot erst dann, als ihr nach anfänglicher Weigerung auf ihrem amerikanischen Konto 1 Million Dollar gepfändet worden waren. Und bevor die Bundesregierung ein Verbot des Handels mit China auf westdeutschen Schiffen erließ, hatte das Tschiang-Kaischek-Regime das Frachtschiff ,,Mai Rickmers'' kurz vor der Landung an der chinesischen Küste gekapert, nach Taiwan verschleppt und

fen bezahlt würden, während chinesische Ware bereits vor Abgang aus dem Hafen bezahlt werden mußte.

Nachdem in der Sowjetunion der Revisionismus die Macht ergriffen hatte und die SU in eine sozialimperialistische Macht verwandelte, die den Kampf um die Weltherrschaft vorbereitet, entwickelten die westdeutschen Imperialisten Überlegungen, wie sie den Widerspruch zwischen der SU und der VR China für ihre eigenen expansionistischen Ziele nutzen können. Adenauer schreibt in seinen Memoiren, daß ihm 1955, nach einem Gespräch mit Chruschtschow, der sich über China beklagt habe, folgender Gedanke gekommen sei: ,,Die freie Welt sollte die augenblickliche Schwäche der Russen auszunutzen versuchen und die Russen dazu bringen, ihren Druck nach Westen aufzugeben und sich vor allem der Gefahr zuwenden, die sie wirklich bedroht, nämlich Rotchina.''

Die gierigen Augen waren dabei auf die DDR gerichtet, deren Annexion die westdeutschen Imperialisten ausdrücklich als Aufgabe in die Präambel ihrer Verfassung haben reinschreiben lassen. Die Annexion der DDR würde die strategische Basis des BRD-Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten entscheidend stärken. Um die DDR schlucken zu können, soll die sozialimperialistische Supermacht nach Osten abgelenkt werden, was die Bedingungen schaffen würde, die ,,deutsche Frage'' im Sinne des BRD-Imperialismus zu lösen. Diese abenteuerlichen strategischen Überlegungen haben nicht nur die Politik Adenauers bestimmt.

Die Aggression der USA gegen Vietnam, Laos und Kampuchea hat die BRD stets unterstützt. Die imperialistische Presse der BRD hat dabei aber stets den Angriff gegen die VR China gerichtet und sie als ,,die eigentliche Bedrohung'' dargestellt, wie sie auch bereits die Überfälle der Sowjetunion auf China am Ussuri als Beweis der Kriegslüsternheit hingestellt hatte. Vor allem gegen Ende der 60er Jahre erklärte sie immer wieder, China bereite die Aggression gegen Sikkim und Bhuttan, Indien und Nepal vor, später dann gegen Burma, Thailand und Laos.

Diplomatische Beziehungen mit der VR China hat die BRD nicht aufgenommen, bevor sie die deutsch-sowjetischen Verträge unter Dach und Fach hatte, in die sie die ausdrückliche Bemerkung hineingesetzt hatte, durch diese Verträge sei der Anspruch auf Wiedervereinigung nicht berührt. Die VR China hatte damals die Verletzung der Souveränität der DDR, die durch diese Verträge erfolgte, enthüllt und festgestellt, daß diese Verträge nicht dem Frieden, sondern der Verschärfung der Kriegsgefahr in Europa dienen.

Kurz vor dem Besuch Hua Guofengs hat Bölling erklärt, die BRD werde sich

Der Aufstand der Yi-Ho-Tuan-Bewegung von 1900 verhindert die Zerstückelung Chinas

z.hej. Um 1900 verschärfen die imperialistischen Mächte den Kampf um die territoriale Aufteilung der Welt. England und Frankreich hatten hauptsächlich Afrika und Vorderasien im Kolonialbesitz. Die USA und Spanien standen in Südamerika im Krieg. Der deutsche Imperialismus war nun entschlossen, in China dem englischen Imperialismus Terrain abzujagen.

Nachdem vor allem die europäischen Imperialisten begannen, Banken und Fabriken nach China zu exportieren, gab es heftigen Streit bei der Vergabe von Eisenbahnkonzessionen. Den ersten Zug machte Deutschland, besetzte 1897 Djiaodschou und nötigte mit militärischen Drohungen ein Jahr später der Tjing-Regierung die Verpachtung der Bucht auf 99 Jahre ab. Vorwand zur Besetzung: Zwei deutsche Missionare, die sich übel aufgeführt hatten, wurden von der chinesischen Bevölkerung getötet. Nach diesem ,,Zwischenfall von Djüyä'' drängte der deutsche Bischof in Schantung, Anzer, den Kaiser, Truppen zur Besetzung der Djiaodschou-Bucht zu schicken.

Die chinesische Bevölkerung wird mit Steuern und Abgaben doppelt von den Kolonialherren und der Tjing-Regierung ausgeplündert. Die Imperialisten zerstören die ländliche Wirtschaft und das Handwerk. Als die imperialistischen Aggressionstruppen immer tiefer in China eindringen, verwandelt sich der Geheimbund Yi Ho Tuan, dessen Mitglieder sich durch ihre Geschicklichkeit im Box- und Schlagstockkampf auszeichneten (von den Imperialisten ,,Boxer'' genannt) in eine Massenorganisation, in der die Bauern die Hauptkraft darstellen. Unter der Losung: ,,Tod den Ausländern'' führen die Yi Ho Tuan bewaffnete Kämpfe gegen die Imperialisten und ihre Lakaien.

Weil die Niederschlagung der Yi Ho Tuan im gemeinsamen Interesse der imperialistischen Mächte lag, war es möglich, die ,,vereinigten Streitkräfte der acht Mächte'' – England, USA, Frankreich, Deutschland, Rußland, Italien und Österreich-Ungarn – zusammenzuschustern, die in China eindrangen. Bei der Einschiffung sagte Kaiser Wilhelm II zu den Truppen: ,,Kommt Ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! ... so möge der Name Deutscher in China durch Euch in einer Weise bestätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzuschauen!'' Angespornt durch diese ,,Hunnenrede'' wütete der Feldmarschall Alfred von Waldersee, Oberkommandeur der ,,vereinigten Truppen'', gegen die chinesische Bevölkerung.

Die Yi-Ho-Tuan-Bewegung lieferte den Invasoren heroische Schlachten. Der Aufstand 1900 war der Höhepunkt des Kampfes des chinesischen Volkes gegen Aggression und Zerstückelung in der dem Chinesisch-Japanischen Krieg von 1894 folgenden Periode. Die antiimperialistische, patriotische Bewegung stärkte das Verständnis für das Wesen des Imperialismus im chinesischen Volk und legte einen Grundstein für die Revolution 1911 gegen den Imperialismus und den Feudalismus der Kaiser-Dynastie.



Yi-Ho-Tuan-Kämpfer werden vom deutschen Ostasiatischen Infanterieregiment hingeschlachtet – Heldentaten entsprechend der ,,Hunnen''-Rede des Kaisers

Erster Revolutionärer Bürgerkrieg Enge Unterstützung des deutschen Proletariats

z.mif. Die Imperialisten Japans, Englands, der USA und Frankreichs – Deutschland war durch die Niederlage im ersten Weltkrieg zurückgefallen – teilten in einer internationalen Konferenz 1921/22 China unter sich auf, bekämpften sich aber weiterhin, was die chinesischen Arbeiter und Bauern nutzen konnten. In vielen Gegenden Chinas wurden Gewerkschaften und Bauernvereinigungen gegründet, zahlreiche wirtschaftliche und politische Kämpfe wurden gegen die Grundherrenklasse und gegen die Kompradorenbourgeoisie geführt. 1921 wurde die Kommunistische Partei gegründet, 1924 fand in Kanton der erste Parteitag der Kuomintang (Volkspartei) statt, die ein bürgerlich-demokratisches Programm hatte und vom Süden Chinas ausgehend weite Teile des Landes befreite. Nur unter Führung des Proletariats konnte die bürgerlich-demokratische Revolution in China vollendet werden. In der Revolution 1926/27 gelang es jedoch dem chinesischen Proletariat nicht, die Führung der Volksklassen zu erringen, und die Kompra-

Die deutsche Arbeiterbewegung verfolgte die Kämpfe des chinesischen Volkes mit großer Aufmerksamkeit und unterstützte sie. Auf einer Protestkundgebung in Berlin am 23. September 1926 wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der es heißt: ,,China ist für die englische Bourgeoisie eins der Aufmarschgebiete für den kommenden imperialistischen Krieg. Auch die deutsche Bourgeoisie ist durch ihren Eintritt in den Völkerbund in die Front der imperialistischen Mächte gegen das Proletariat und gegen die unterdrückten Völker eingetreten. Deshalb ist die Mobilisierung des deutschen Proletariats gegen die Schandtaten des englischen Imperialismus in China, die von der Regierung Stresemann wohlwollend gebilligt werden, ein Teil des Kampfes gegen die imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie.'' Die Fraktion der KPD im Reichstag beantragte Anerkennung der südchinesischen Regierung und verlangte Einstellung der deutschen Waffentransporte an die chinesische Konterrevolution. Auf dem XI. Parteitag der KPD im März 1927 war ein Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas anwesend. Auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast verabschiedeten 20000 Arbeiter eine Resolution, in der es heißt: ,,Alle Hetzmeldungen über die Greueltaten seitens der chinesischen Revolutionäre sind ein Schleier, hinter dem durch eine Ultimatumspolitik weitere große Vorbereitungen zur Durchführung des schon begonnenen Krieges gegen das revolutionäre China getroffen werden.''



Aber noch 1937 bezogen die deutschen Imperialisten 70% ihres Wolframs und große Mengen an Antimon- und Zinnerzen aus China, während die umfänglichen Waffen-und Ausrüstungslieferungen den Wert dieser Einfuhren immer noch um 75 Mio. Reichsmark überstiegen. Der deutsche Kapitalbesitz in China hatte damals einen Umfang von 200 bis 400 Mio. Reichsmark. Ihre widersprüchliche Interessenlage im Fernen Osten suchten die Faschisten dadurch zu lösen, daß sie als ,,Mittler'' zwischen Japan und China auftraten, um sich auf diese Weise langfristig in China festsetzen zu können. Sie waren aber schließlich gezwungen, die Militärberater aus China abzuziehen zugunsten des Bündnisses mit den japanischen Aggressoren.

Als die US-Imperialisten zu Beginn der 50er Jahre ihre Blockade gegenüber der VR China durchzusetzen suchten, waren die BRD-Imperialisten damit nicht einfach einverstanden. Die ,,Bank deutscher Länder'' jedenfalls erließ ein Ausfuhrverbot erst dann, als ihr nach anfänglicher Weigerung auf ihrem amerikanischen Konto 1 Million Dollar gepfändet worden waren. Und bevor die Bundesregierung ein Verbot des Handels mit China auf westdeutschen Schiffen erließ, hatte das Tschiang-Kaischek-Regime das Frachtschiff ,,Mai Rickmers'' kurz vor der Landung an der chinesischen Küste gekapert, nach Taiwan verschleppt und die Besatzung nicht eher wieder freigelassen, bis sie die Waren, die bereits Eigentum der VR China waren, geplündert hatten. Die VR China erließ daraufhin Bestimmungen zum Schutz ihres Außenhandels, die unter anderem vorsahen, daß ausländische Waren erst nach der Landung in chinesischen Hä-

nicht nur die Politik Adenauers bestimmt.

Die Aggression der USA gegen Vietnam, Laos und Kampuchea hat die BRD stets unterstützt. Die imperialistische Presse der BRD hat dabei aber stets den Angriff gegen die VR China gerichtet und sie als ,,die eigentliche Bedrohung'' dargestellt, wie sie auch bereits die Überfälle der Sowjetunion auf China am Ussuri als Beweis der Kriegslüsternheit hingestellt hatte. Vor allem gegen Ende der 60er Jahre erklärte sie immer wieder, China bereite die Aggression gegen Sikkim und Bhuttan, Indien und Nepal vor, später dann gegen Burma, Thailand und Laos.

Diplomatische Beziehungen mit der VR China hat die BRD nicht aufgenommen, bevor sie die deutsch-sowjetischen Verträge unter Dach und Fach hatte, in die sie die ausdrückliche Bemerkung hineingesetzt hatte, durch diese Verträge sei der Anspruch auf Wiedervereinigung nicht berührt. Die VR China hatte damals die Verletzung der Souveränität der DDR, die durch diese Verträge erfolgte, enthüllt und festgestellt, daß diese Verträge nicht dem Frieden, sondern der Verschärfung der Kriegsgefahr in Europa dienen.

Kurz vor dem Besuch Hua Guofengs hat Bölling erklärt, die BRD werde sich gegen niemand ,,in Stellung bringen lassen''. Ihre Politik setzt darauf, daß den Sozialimperialisten bei ihren Aggressionen in der 3. Welt die Luft ausgeht, was ihnen selber die Gelegenheit verschaffen würde, im Trüben fischen zu können. Aber diese Politik wird die Kriegsgefahr in Europa nur verschärfen.

sich der Geheimbund Yi Ho Tuan, dessen Mitglieder sich durch ihre Geschicklichkeit im Box- und Schlag-

Yi-Ho-Tuan-Kämpfer werden vom deutschen Ostasiatischen Infanterieregiment hingeschlachtet – Heldentaten entsprechend der ,,Hunnen''-Rede des Kaisers

Erster Revolutionärer Bürgerkrieg Enge Unterstützung des deutschen Proletariats

z.mif. Die Imperialisten Japans, Englands, der USA und Frankreichs – Deutschland war durch die Niederlage im ersten Weltkrieg zurückgefallen – teilten in einer internationalen Konferenz 1921/22 China unter sich auf, bekämpften sich aber weiterhin, was die chinesischen Arbeiter und Bauern nutzen konnten. In vielen Gegenden Chinas wurden Gewerkschaften und Bauernvereinigungen gegründet, zahlreiche wirtschaftliche und politische Kämpfe wurden gegen die Grundherrenklasse und gegen die Kompradorenbourgeoisie geführt. 1921 wurde die Kommunistische Partei gegründet, 1924 fand in Kanton der erste Parteitag der Kuomintang (Volkspartei) statt, die ein bürgerlich-demokratisches Programm hatte und vom Süden Chinas ausgehend weite Teile des Landes befreite. Nur unter Führung des Proletariats konnte die bürgerlich-demokratische Revolution in China vollendet werden. In der Revolution 1926/27 gelang es jedoch dem chinesischen Proletariat nicht, die Führung der Volksklassen zu erringen, und die Kompra-dorenklasse und die Feudalherrenklasse konnten ihre Diktatur errichten. Tschiang Kai-schek, Oberkommandierender der Kuomintang, ging ins Kompradorenlager über und richtete im April 1927 in Shanghai, Kanton und anderen Städten ein beispielloses Gemetzel an. So erlitt die bürgerlich-demokratische Revolution eine zeitweilige Niederlage.

Die deutsche Arbeiterbewegung verfolgte die Kämpfe des chinesischen Volkes mit großer Aufmerksamkeit und unterstützte sie. Auf einer Protestkundgebung in Berlin am 23. September 1926 wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der es heißt: ,,China ist für die englische Bourgeoisie eins der Aufmarschgebiete für den kommenden imperialistischen Krieg. Auch die deutsche Bourgeoisie ist durch ihren Eintritt in den Völkerbund in die Front der imperialistischen Mächte gegen das Proletariat und gegen die unterdrückten Völker eingetreten. Deshalb ist die Mobilisierung des deutschen Proletariats gegen die Schandtaten des englischen Imperialismus in China, die von der Regierung Stresemann wohlwollend gebilligt werden, ein Teil des Kampfes gegen die imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie.'' Die Fraktion der KPD im Reichstag beantragte Anerkennung der südchinesischen Regierung und verlangte Einstellung der deutschen Waffentransporte an die chinesische Konterrevolution. Auf dem XI. Parteitag der KPD im März 1927 war ein Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas anwesend. Auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast verabschiedeten 20000 Arbeiter eine Resolution, in der es heißt: ,,Alle Hetzmeldungen über die Greueltaten seitens der chinesischen Revolutionäre sind ein Schleier, hinter dem durch eine Ultimatumspolitik weitere große Vorbereitungen zur Durchführung des schon begonnenen Krieges gegen das revolutionäre China getroffen werden.''



Karikatur der ,,Roten Fahne'', 27. Januar 1927. – Demonstration in Berlin Februar 1927 gegen die imperialistische Intervention in China

kampf und das wissenschaftliche Experimentieren, die beiden anderen großen Bewegungen beim Aufbau des Sozialismus auf revolutionäre Weise entfalten können. Den Hauptbeitrag, den das chinesische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas zur radikalen Veränderung des Gesellschaftssystems in der Welt leisten kann, ist der Aufbau des Sozialismus entsprechend der Generallinie: ,Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen.' So hatte bereits der IV. Nationale Volkskongreß auf seiner ersten Tagung in der Resolution zum Bericht des verstorbenen Ministerpräsidenten Tschou En-lai festgestellt: ,Die anwesenden Abgeordneten sind der festen Überzeugung, daß wir unser Land noch in diesem Jahrhundert in den kommenden zwanzig Jahren zu einem modernen und mächtigen sozialistischen Staat aufbauen können.' Das war Anfang 1975. – Die ,Viererbande' hat jedoch die Beschlüsse des IV. Nationalen Volkskongresses und die Linie der Partei, wie sie in dem Bericht von Tschou En-lai festgelegt war, sabotiert. Dadurch sind dem chinesischen Volk in den Jahren bis zur Zerschlagung der ,Viererbande' beim Aufbau des Sozialismus ernsthafte Schwierigkeiten entstanden.'' (KVZ 13/78 S. 15)

,,Durch die Kritik der ,Viererbande' wurden die Kräfte der Arbeiterklasse und der Volksmassen befreit, Stabilität und Einheit errungen, die Diktatur des Proletariats und ihre materielle Basis gefestigt, indem große Fortschritte im wirtschaftlichen Aufbau zustandegebracht wurden ... Diese Erfolge waren die Grundlage für die Neueinschätzung der Situation durch die dritte Plenartagung des ZK und die Verlagerung des Schwerpunkts der Arbeit von der Kritik der ,Viererbande' auf die sozialistische Modernisierung. ... Sicherlich knüpft diese Einschätzung an die Einschätzung und Beschlüsse des VIII. Parteitages vor dem großen Sprung nach vorn und vor der Kulturrevolution an. Sie bricht mit der Auffassung, daß der Klassenkampf beim Aufbau des Sozialismus zu jedem Zeitpunkt das Hauptkettenglied sei. Sie knüpft an die Einschätzung Stalins nach der Verwirklichung der Kollektivierung und bei der Verabschiedung der Sowjetverfassung 1936 an. Sie knüpft an den historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats an, die die KP Chinas nach dem XX. Parteitag aus dem Verrat der Revisionisten wie den Fehlern Stalins zog und formulierte.'' (KVZ 27/79 S. 14)

Der deutsche Imperialismus unterstützt die Konterrevolution Tschiang Kai-scheks

z.gab. Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus 1918 schloß Deutschland mit China 1921 einen separaten Friedensvertrag. Deutschland verzichtete auf seinen Kolonialbesitz und erkannte die Zollhoheit Chinas an, um ,,zu retten, was zu retten ist''. China wurde in dem Vertrag verpflichtet, ,,die Liquidation deutschen Eigentums einzustellen''. Boyé, der erste Gesandte des Reichs in China nach dem 1. Weltkrieg: ,,Der Verzicht auf die koloniale Tradition in Ostasien (war) für Deutschland nur das erzwungene Ergebnis seiner veränderten Stellung in der Weltpolitik.''

Während die deutschen Imperialisten ihre Handelsbeziehungen mit den chinesischen Feudalreaktionären im Norden ausbauten, unterstützten sie zugleich jede reaktionäre Wendung im Lager der chinesischen Nationalisten. Das Waffengeschäft florierte. Nachdem Tschiang Kai-schek bereits 1925 nach den Aufständen der chinesischen Volksmassen gegen die ausländischen Imperialisten in Nanking diesen garantierte, ,,künftig das Leben und Eigentum der Ausländer zu schützen'', erkannte Deutschland 1927 die Kuomintang-Regierung an. Der Vertrag von 1921 wurde erweitert; dafür erhielt Tschiang Kai-schek deutsche Militärhilfe. Bereits 1927 besuchte Max Bauer, ehemaliger Oberst in der Operationsabteilung der Obersten Heeresleitung, China und organisierte anschließend eine ,,Studienreise'' mit dem Ziel, deutsche Offiziere als Berater nach China zu verpflichten. 1933 verfaßte dann der ehemalige deutsche Generalstabschef von Seeckt eine Denkschrift an Tschiang Kai-schek, worin er die sog. ,,Blockhütten''-Strategie der Einkreisung und Vernichtung der revolutionären Stützpunktgebiete und Armeen der Kommunistischen Partei entwickelte. 1934 übernahm von Seeckt für kurze Zeit sogar die Führung der inzwischen über 70 deutschen Militärberater Tschiang Kai-scheks. Die Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzüge der Kuomintang haben Millionen Chinesen das Leben gekostet.



Demonstration der chinesischen Volksmassen 1927 gegen die imperialistische Einmischung in China nach dem Nankinger Aufstand

1974: Einheitlicher Studentenverband für den Kampf um die Rechte der Studenten

1972/73 greift die Bourgeoisie in einer Reihe von Landeshochschulgesetznovellen die Verfaßte Studentenschaft an. Die Exmatrikulationsbestimmungen wie das Ordnungsrecht werden verschärft. Durch Ausbau des Prüfungswesens werden die Leistungsanforderungen heraufgeschraubt. Die Studentenzahlen steigen sprunghaft: 1974 gibt es 736000 Studenten gegenüber 308000 im Jahr 1969. Im Januar 1974 demonstrieren 40000 Studenten in Bonn, weil mit den BAFöG-Sätzen auch der minimale Lebensunterhalt nicht gedeckt ist. – Beschluß auf den am 28.4.1974 in Bonn und Köln stattfindenden Mitgliederversammlungen von vds und SVI:

,,Die praktische Inangriffnahme der monopolkapitalistischen Hochschulreform durch den bürgerlichen Staat hat ... die Einheit aller westdeutschen und westberliner Studenten über den Rahmen ihrer jetzigen Dachverbände hinaus zur unmittelbaren Notwendigkeit werden lassen... vds und SVI treffen alle Voraussetzungen, um ... (spätestens) im April 1975 den Gründungskongreß eines neuen gemeinsamen Dachverbandes der westdeutschen und westberliner Studentenschaften durchführen zu können."

Im März 1975 beschließen Vertreter von 145 Studentenschaften: der neue Verband hat ,,die Interessen der Studenten in Hochschule und Gesellschaft" zu vertreten. Im Mai 1975 legen in Gießen Vertreter von 160 Studentenschaften mit der Gründung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) im Programm die Forderungen fest:

,,Für die Erhaltung der Verfaßten Studentenschaften mit uneingeschränktem politischem Mandat ...; Für freie politische Betätigung, Rede-, Kritik- und Organisationsfreiheit ...; Gegen die Verschärfung der Prüfungs- und Studienbedingungen ...; Für die materielle und soziale Absicherung des Studiums".

1975/76: Mehr als die Hälfte der Studenten in Streiks und Aktionen für ihre Rechte

Aufruf des VDS-Vorstandes zu Aktionen im Wintersemester 75/76: ,,Gegen die Einsparungen im Bildungs- und Sozialbereich; gegen die Verschärfungen der Studien- und Prüfungsbedingungen; für kostendeckendes BAFöG, d.h. heute 600 DM und 1200 DM Elternfreibetrag; ... für freie politische Betätigung ...; für den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat!" – vds-press 1/76 über die Aktionstage: ,,Aktionstage und Streiks an mehr als 100 Hochschulen, etwa 25 örtliche und regionale Demonstrationen mit mehr als 60000 Teilnehmern ..."

Auf der 1. o. Mitgliederversammlung der VDS, April 1976 in Köln, lehnt es die Mehrheit der SPD/LHV/DKP-Studentenvertreter ab, den Kampf für die Forderungen der Aktionstage fortzusetzen und auf die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes zu antworten durch Vorbereitung des bundesweiten Streiks im Winter 76/77. Von ihnen wird der Forderungsteil aus dem Programm gestrichen und in Verbindung mit dem Aufruf ,,Verteidigt das Grundgesetz!" beschlossen, ,,daß folgendes Thema Hauptschwerpunkt für das Sommersemester ist: Politische Disziplinierung unter besonderer Berücksichtigung der massiven Angriffe auf die politischen Rechte und Studienbedingungen ..."

Die Demonstration von über 20000 Studenten im Juni in Bonn wird durch die Forderungen der Aktionstage bestimmt. Das Wintersemester wird durch Mensa-Boykottaktionen, Zahlungsverweigerungen für Gebührenerhöhungen und Streiks eröffnet. Der Vorschlag der kommunistischen Studenten: ,,Streik für 100 DM mehr, 1500 DM Elternfreibetrag; vertragliche Vereinbarung zwischen VDS und Regierung!" wird von zahlreichen Vollversammlungen mit dem Antrag auf a.o. Mitgliederversammlung der VDS unterstützt.

1977: Die Politik der VDS-Sozialdemokraten läßt bundesweiten Streik ohne Erfolg

Der VDS-Vorstand lehnt ab und erklärt ,,den Kampf gegen die sozialen Verschlechterungen, insbesondere den Kampf um die ... verschobene BAFöG-Erhöhung, zum 2. Hauptaktionsschwerpunkt im WS neben dem Kampf gegen HRG und LHG's ... Dazu haben VDS-Vorstand und Zentralrat eine bundesweite BAFöG-Postkartenaktion beschlossen... als Abschluß der Aktion (werden wir dann) alle Postkarten in einer möglichst spektakulären Aktion an Schmidt oder Rohde übergeben."

Fortsetzung des Kampfes. Auf der 2.o. MV der VDS, März 77 Köln, verhindern die SPD-Studenten mit der Durchsetzung ihres Antrags Beschlußfassungen über Streikforderungen und Streikvorbereitung. Nachdem eine im Sommer zur Beschlußfassung über Streik angesetzte a.o. MV vom Vorstand nicht eröffnet wird, beschließt im September 1977 die erneut einberufene a.o. MV in Gießen:

,,Die a.o. VDS-MV in Gießen bekräftigt die Notwendigkeit, im Winter-

der Studien- und Prüfungsbedingungen; für kostendeckendes BAFöG, d.h. heute 600 DM und 1200 DM Elternfreibetrag; ... für freie politische Betätigung ...; für den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat!" – vds-press 1/76 über die Aktionstage: ,,Aktionstage und Streiks an mehr als 100 Hochschulen, etwa 25 örtliche und regionale Demonstrationen mit mehr als 60000 Teilnehmern ..."

Auf der 1. o. Mitgliederversammlung der VDS, April 1976 in Köln, lehnt es die Mehrheit der SPD/LHV/DKP-Studentenvertreter ab, den Kampf für die Forderungen der Aktionstage fortzusetzen und auf die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes zu antworten durch Vorbereitung des bundesweiten Streiks im Win-

schlossen, ,,daß folgendes Thema Hauptschwerpunkt für das Sommersemester ist: Politische Disziplinierung unter besonderer Berücksichtigung der massiven Angriffe auf die politischen Rechte und Studienbedingungen ..."

Die Demonstration von über 20000 Studenten im Juni in Bonn wird durch die Forderungen der Aktionstage bestimmt. Das Wintersemester wird durch Mensa-Boykottaktionen, Zahlungsverweigerungen für Gebührenerhöhungen und Streiks eröffnet. Der Vorschlag der kommunistischen Studenten: ,,Streik für 100 DM mehr, 1500 DM Elternfreibetrag; vertragliche Vereinbarung zwischen VDS und Regierung!" wird von zahlreichen Vollversammlungen mit dem Antrag auf a.o. Mitgliederversammlung der VDS unterstützt.

1977: Die Politik der VDS-Sozialdemokraten läßt bundesweiten Streik ohne Erfolg

Der VDS-Vorstand lehnt ab und erklärt ,,den Kampf gegen die sozialen Verschlechterungen, insbesondere den Kampf um die ... verschobene BAFöG-Erhöhung, zum 2. Hauptaktionsschwerpunkt im WS neben dem Kampf gegen HRG und LHG's ... Dazu haben VDS-Vorstand und Zentralrat eine bundesweite BAFöG-Postkartenaktion beschlossen... als Abschluß der Aktion (werden wir dann) alle Postkarten in einer möglichst spektakulären Aktion an Schmidt oder Rohde übergeben."

Etwa 300000 Studenten beteiligen sich an den Aktionstagen der VDS im Dezember 1976. Aktionen und Streiks werden auch im Januar und Februar 77 fortgesetzt, u.a. in Niedersachsen (Hochschulgesetznovellierung), in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz (Finanzkürzungen). Der VDS-Vorstand verweigert am 16./17. Januar einem von ihm anstatt der verlangten a.o. MV angesetzten Bundes-Asten-Seminar Beschlüsse über die

Fortsetzung des Kampfes. Auf der 2.o. MV der VDS, März 77 Köln, verhindern die SPD-Studenten mit der Durchsetzung ihres Antrags Beschlußfassungen über Streikforderungen und Streikvorbereitung. Nachdem eine im Sommer zur Beschlußfassung über Streik angesetzte a.o. MV vom Vorstand nicht eröffnet wird, beschließt im September 1977 die erneut einberufene a.o. MV in Gießen:

,,Die a.o. VDS-MV in Gießen bekräftigt die Notwendigkeit, im Winter-
semester einen bundesweiten Streik gegen HRG und seine Umsetzung in LHGs aller BRD-Studenten zu organisieren... Das politisch entscheidende Ziel des Streiks ist die kontinuierliche Fortführung der verschiedenen Seminarinitiativen und Projekte des Streikprogramms und ihre Einbringung in das offizielle Lehrprogramm... Im Verlauf des Streiks ist eine Veränderung der Verhaltensweisen und Studiergewohnheiten der Studenten anzustreben..."

1978/79: Regierung setzt nach – die Studenten beginnen erneut, ihre Kräfte zu sammeln

Etwa 500000 Studenten haben sich an den ,,dezentral geführten" Streiks im Winter 1977 beteiligt. Den SPD-Studenten gelang es entsprechend ihren auf der Gießener a.o. MV erklärten Zielen, zu verhindern, daß die Regierung durch diesen Streik zur Anerkennung der Forderungen der Studenten und zu Verhandlungen mit den VDS gezwungen wurde. Auf der im Februar durchgeführten 3. a.o. MV der VDS wird das Aktionsprogramm gestrichen.

Die Bourgeoisie geht in der Durchsetzung des Hochschulrahmengesetzes sofort weiter: im April Verabschiedung des Studentenschaftsgesetzes NRW, im Mai tritt das niedersächsische Hochschulgesetz in Kraft, im Juni werden das hessische und das saarländische Hochschulgesetz novelliert. Schmude legt seine ,,Orientierungspunkte" vor, in denen die weitere Erhöhung der Leistungsanforderungen in Verbindung mit Ausbau der Prüfungen zur entscheidenden Aufgabe erklärt werden.

Im November 1978 erhebt der Zentralrat der VDS die Forderung: ,,Die VDS fordern, noch in diesem Jahr die BAFöG-Höchstsätze auf 700 DM und die Elternfreibeträge auf 1400 DM zu erhöhen." Aktionen dafür werden nicht beschlossen. Der Kongreß der Fachschaften im Dezember in Baden-Württemberg, der eine an 35 Fachbereichen durchgeführte einheitliche Fachschaftswahl organisiert, fordert gegen die 6. BAFöG-Novelle eine zentrale Demonstration in Bonn. Der VDS-Vorstand lehnt ab.

Die 4. o. MV in Münster, April 79, beschließt: ,,Anläßlich der geplanten Verabschiedung der 6. BAFöG-Novelle im SS 79 organisieren die VDS ... in Bonn eine eintägige ,,öffentliche Anklage" – Beschlüsse über die Politik in diesem Wintersemester werden nicht gefaßt.

1969, Westberlin: Verbot der Verfaßten Studentenschaft und Abschaffung der ASten an der Freien und der Technischen Universität.

1973, Baden-Württemberg: ,,§ 59 Studentenschaft... Alle immatrikulierten Studenten einer Universität bilden die Studentenschaft... § 60 Selbstverwaltung (1) Die Studentenschaft hat im Rahmen der Grundordnung der Universität das Recht und die Pflicht, durch Organe, die von den an der Universität immatrikulierten Studenten gewählt werden müssen, ihre Angelegenheiten unter Rechtsaufsicht des Universitätspräsidenten oder des Rektors zu verwalten. (2) Die Studentenschaft kann zu hochschulpolitischen Angelegenheiten Stellung nehmen..."

Ähnliche Gesetze werden 1973/74 in fast allen Bundesländern verabschiedet, die durchweg unter den ,,Aufgaben der Studentenschaft" ,,die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten" festlegen.

1974: Die Bundesregierung verabschiedet das 2. BAFöG-Änderungsgesetz, der Höchstsatz wird von 400 auf 500 DM erhöht.

1974, Bayern: ,,Art. 58 Studentenvertreter und Studentenvertretungen. (1) Die Studenten wirken in der Hochschule durch ihre gewählten Vertreter in den Kollegialorganen mit. (4) Die Leitung der Hochschule ist außerdem berechtigt, bei rechtswidrigen Maßnahmen des studentischen Konvents oder des Sprecherrats die nach Art. 59 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel ganz oder teilweise einzuziehen..."

1974, Rheinland-Pfalz: ,,§ 76 Die Studentenschaft untersteht der Rechtsaufsicht des Ministers für Unterricht und Kultus. Die Satzungen und Beitragsordnungen der Studentenschaften bedürfen seiner Genehmigung."

1975, Hochschulrahmengesetz: § 41 Studentenschaft. (1) Das Landesrecht kann vorsehen, daß an den Hochschulen zur Wahrnehmung hochschulpolitischer, sozialer und kultureller Belange der Studenten sowie zur Pflege der überregionalen und internationalen Studentenbeziehungen Studentenschaften gebildet werden."

1975 Haushaltsstrukturgesetz: ,,Die Bundesregierung hat mit ihren Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur im Herbst 1975 die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen durch sparsame Ausgabenpolitik und Verstärkung der öffentlichen Einnahmen in Gang gesetzt."

1977: Die Bundesregierung verabschiedet das 4. BAFöG-Änderungsgesetz. Der Höchstsatz wird auf 580 DM erhöht.

1977, Baden-Württemberg: ,,§ 95 Mitwirkung der Studenten. (1) Die Studenten wirken in der Universität a) in

berechtigt, bei rechtswidrigen Maßnahmen des studentischen Konvents oder des Sprecherrats die nach Art. 59 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel ganz oder teilweise einzuziehen..."

1974, Rheinland-Pfalz: ,,§ 76 Die Studentenschaft untersteht der Rechtsaufsicht des Ministers für Unterricht und Kultus. Die Satzungen und Beitragsordnungen der Studentenschaften bedürfen seiner Genehmigung."

1975, Hochschulrahmengesetz: § 41 Studentenschaft. (1) Das Landesrecht kann vorsehen, daß an den Hochschulen zur Wahrnehmung hochschulpolitischer, sozialer und kultureller Belange der Studenten sowie zur Pflege der überregionalen und internationalen Studentenbeziehungen Studentenschaften gebildet werden."

1975 Haushaltsstrukturgesetz: ,,Die Bundesregierung hat mit ihren Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur im Herbst 1975 die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen durch sparsame Ausgabenpolitik und Verstärkung der öffentlichen Einnahmen in Gang gesetzt."

1977: Die Bundesregierung verabschiedet das 4. BAFöG-Änderungsgesetz. Der Höchstsatz wird auf 580 DM erhöht.

1977, Baden-Württemberg: ,,§ 95 Mitwirkung der Studenten. (1) Die Studenten wirken in der Universität a) in
fachlichen Angelegenheiten im Fakultätsrat, b) in hochschulpolitischen Angelegenheiten im Großen Senat und Senat, c) bei Aufgaben nach § 3 Abs. 3 im Allgemeinen Studentenausschuß mit (Ausschuß des Großen Senats, Red.) (2) Die Aufgaben sind im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Bereitschaft zu Toleranz und Verständigung wahrzunehmen. (3) Beschlüsse und Wahlen in Vollversammlungen sowie Urabstimmungen sind unzulässig."

1977: Verabschiedung der Landeshochschulgesetze der anderen Bundesländer.

1978, Westberlin: Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft im Landeshochschulgesetz ,,§ 21 ... Die Studentenschaft ist eine rechtsfähige Gliedkörperschaft der Hochschule. Sie gliedert sich in Fachschaften, die Studenten eines Fachbereichs bilden eine Fachschaft. (4) Die Studentenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten im Rahmen dieses Gesetzes selbst... (5) Die Aufsichtsbefugnis des Leiters der Hochschule und des für Hochschulen zuständigen Mitglieds des Senats von Berlin erstrecken sich auf die Studentenschaft und ihre Organe."

1978: Verabschiedung des 6. BAFöG-Änderungsgesetzes. Der Höchstsatz beträgt jetzt 620 DM.

1979: Änderung des Bayrischen Hochschulgesetzes, Wiedereinführung der Fachschaften.



Im Januar 1977 beschließt die VDS-Fachtagung Medizin Urabstimmung für Streik gegen das Praktische Jahr. Ab dem 2. Mai stehen erstmalig ca. 20000 Studenten einer Fakultät bundesweit im Streik für Ausbildungs- und Tarifvertrag und gewerkschaftliche und politische Rechte.

Die VDS müssen für eine gewerkschaftliche Politik gewonnen werden

z.bep. Schaut man sich die untenstehende (unvollständige) Auflistung von Maßnahmen durch, mit denen die Studenten in den nächsten Monaten überzogen werden sollen, bekommt man einen Eindruck von den Absichten der Regierung wie von den Schwierigkeiten, die sie hat, diese Absichten durchzusetzen. Man sieht die Absicht, weitere Maßnahmen zur ausgedehnteren und intensiveren Beanspruchung der Arbeitskraft der Studenten und zu ihrer Unterwerfung unter die von der bürgerlichen Klasse festgelegten Ziele der Ausbildung durchzusetzen – also die ,,Studienreform". Man sieht die Absicht, die Bezahlung der Arbeitskraft der Studenten weiter einzuschränken und den ökonomischen Druck zu steigern. Man sieht, zwecks Durchsetzung dieser Maßnahmen soll das Organisationsrecht der Studenten weiter eingeschränkt werden.

Man sieht aber auch: Die ,,Studienreform", die Neuregelung der Studiengänge und Prüfungsordnungen hätte nach den Vorschriften des HRG und dem Willen der Regierung 1978 schon abgeschlossen sein sollen. Sie ist es nicht, wahrscheinlich sogar in der Mehrzahl der Studiengänge nicht. Das ist das Ergebnis der hartnäckigen und andauernden Kämpfe gegen Prüfungsordnungen, Klausuren usw. Jetzt hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf des Bundesrates übernommen, nach dem die Vorschrift zur Zwangsexmatrikulation nach Ablauf der Regelstudienzeit aus dem HRG gestrichen werden soll. Begründung: ,,Das Vertrauensverhältnis zwischen Hochschulen und Staat wiederherstellen" (der Hamburger Senator Sinn im Bundesrat). ,,Die Erfahrung zeige, daß die Studenten in aller Regel das natürliche

messener Zeit abzuschließen" (Pressemitteilung des Bundesrats). Selbstverständlich ist es nicht nur die vernünftige Absicht der Studenten, ihr Studium abzuschließen, sondern auch ein natürliches Bestreben, den demütigenden und entwürdigenden Verhältnissen eines Hochschulstudiums schleunigst zu entrinnen. Verstärkt wird dieses Bestreben durch das natürliche Bedürfnis nach Nahrung, Kleidung und Wohnung, das sich für die Masse der Studenten weniger ,,natürlich" als Zwang zur Lohnarbeit darstellt. Da es aber keineswegs ein ,,natürliches Bestreben" der Studenten ist, noch neben dem Studium für Hungerlöhne zu arbeiten oder den Lohn der Eltern zu beanspruchen, für das Studium selbst 50 oder auch 80 Stunden die Woche zu arbeiten, eine Klausur nach der anderen abreißen zu müssen und sich in den Prüfungen von den Professoren schikanieren zu lassen, wird es mit dem ,,Vertrauensverhältnis" zum bürgerlichen Staat nichts werden. Die Bewegung der Studenten, die eine Regelung der Arbeitsbedingungen, der Prüfungsbedingungen und eine Beschränkung der Arbeitszeit erzwingen will, damit das Studium in angemessener Zeit und zu angemessenen Bedingungen abgeschlossen werden kann, ist unvermindert breit. Entscheidend ist dabei die Frage der Prüfungen. Solange die Prüfungsbedingungen von Staat und Professorenschaft diktiert werden, ist eine Regelung der Arbeitszeit unmöglich. Im Kampf gegen die Prüfungen sind eine ganze Reihe vernünftiger Forderungen aufgestellt worden, die weiter vertreten werden müssen, etwa nach Begrenzung des Prüfungsstoffs, Öffentlichkeit der Prüfungen und Einspruchsrechten der Fachschaften. Nützlich für diese Kämpfe wird es sein.

Regierung wie von den Schwierigkeiten, die sie hat, diese Absichten durchzusetzen. Man sieht die Absicht, weitere Maßnahmen zur ausgedehnteren und intensiveren Beanspruchung der Arbeitskraft der Studenten und zu ihrer Unterwerfung unter die von der bürgerlichen Klasse festgelegten Ziele der Ausbildung durchzusetzen – also die ,,Studienreform". Man sieht die Absicht, die Bezahlung der Arbeitskraft der Studenten weiter einzuschränken und den ökonomischen Druck zu steigern. Man sieht, zwecks Durchsetzung dieser Maßnahmen soll das Organisationsrecht der Studenten weiter eingeschränkt werden.

Man sieht aber auch: Die ,,Studienreform", die Neuregelung der Studiengänge und Prüfungsordnungen hätte nach den Vorschriften des HRG und dem Willen der Regierung 1978 schon abgeschlossen sein sollen. Sie ist es nicht, wahrscheinlich sogar in der Mehrzahl der Studiengänge nicht. Das ist das Ergebnis der hartnäckigen und andauernden Kämpfe gegen Prüfungsordnungen, Klausuren usw. Jetzt hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf des Bundesrates übernommen, nach dem die Vorschrift zur Zwangsexmatrikulation nach Ablauf der Regelstudienzeit aus dem HRG gestrichen werden soll. Begründung: ,,Das Vertrauensverhältnis zwischen Hochschulen und Staat wiederherstellen" (der Hamburger Senator Sinn im Bundesrat). ,,Die Erfahrung zeige, daß die Studenten in aller Regel das natürliche
Bestreben hätten, das Studium in ange-

und entwürdigenden Verhältnissen eines Hochschulstudiums schleunigst zu entrinnen. Verstärkt wird dieses Bestreben durch das natürliche Bedürfnis nach Nahrung, Kleidung und Wohnung, das sich für die Masse der Studenten weniger ,,natürlich" als Zwang zur Lohnarbeit darstellt. Da es aber keineswegs ein ,,natürliches Bestreben" der Studenten ist, noch neben dem Studium für Hungerlöhne zu arbeiten oder den Lohn der Eltern zu beanspruchen, für das Studium selbst 50 oder auch 80 Stunden die Woche zu arbeiten, eine Klausur nach der anderen abreißen zu müssen und sich in den Prüfungen von den Professoren schikanieren zu lassen, wird es mit dem ,,Vertrauensverhältnis" zum bürgerlichen Staat nichts werden. Die Bewegung der Studenten, die eine Regelung der Arbeitsbedingungen, der Prüfungsbedingungen und eine Beschränkung der Arbeitszeit erzwingen will, damit das Studium in angemessener Zeit und zu angemessenen Bedingungen abgeschlossen werden kann, ist unvermindert breit. Entscheidend ist dabei die Frage der Prüfungen. Solange die Prüfungsbedingungen von Staat und Professorenschaft diktiert werden, ist eine Regelung der Arbeitszeit unmöglich. Im Kampf gegen die Prüfungen sind eine ganze Reihe vernünftiger Forderungen aufgestellt worden, die weiter vertreten werden müssen, etwa nach Begrenzung des Prüfungsstoffs, Öffentlichkeit der Prüfungen und Einspruchsrechten der Fachschaften. Nützlich für diese Kämpfe wird es sein,
wenn man die Stellung zu den Prüfun-

Regierungstätigkeit an den Hochschulen im Wintersemester

11.9.1979: Minister Schmude gibt Ausbaupläne der Studentenwohnheime von 100000 Plätzen 1979 auf 130000 Plätze bis 1985 bekannt.

28.9.1979: Gesetzentwurf zur Änderung des HRG im Bundesrat verabschiedet zur Aufhebung der Zwangsexmatrikulation bei Überschreitung der Regelstudienzeit.

28.9.1979: Gesetzesvorlage der Bundesregierung über die Vereinheitlichung der Juristenausbildung und Verlängerung der Experimentierphase der einstufigen Juristenausbildung auf 5 Jahre.

28.9.1979: Vorlage eines Gesetzentwurfs der bayrischen Staatsregierung zur Vereinheitlichung der Juristenausbildung mit Verlängerung des Vorbereitungsdienstes auf 3 Jahre und Beendigung der Experimentierphase.

30.9.1979: Schleswig-Holstein, 16 vorläufige Studienordnungen für naturwissenschaftliche Fächer laufen an der Universität Kiel aus. Neuvorlage durch die Konvente. Sämtliche weiteren Studienordnungen liegen beim KuMi zur Genehmigung vor.

1.10.1979: Fachtagung der WRK verabschiedet ,,Entwurf einer Studienreform" mit Festlegung über 2-phasige Stufenausbildung und Einrichtung von Praxissemestern.

1.10.1979: Inkrafttreten des 6.BAFöG-Änderungsgesetzes mit Erhöhung des BAFöG-Höchstsatzes von 580 DM auf 620 DM, des Elternfreibetrags von 1130 DM auf 1220 DM.

1.10.1979: Erhöhung der Zwangsbeiträge der Studenten für die gesetzliche Krankenversicherung von monatlich 29 auf 31 DM.

1.10.1979: Niedersachsen, Amtsenthebung des AStA der Universität Hannover und Einsetzung eines Staatskommissars.

1.10.1979: Niedersachsen, Einrichtung der Studienreformkommissionen für Neuere Philologien; Germanistik und Sprachwissenschaften; Alte Sprachen, Orientalistik und Finno-Ugristik; Geschichtswissenschaften; Kulturwissenschaften; Kunst und Gestaltung; Musik und Theater; Leibeserziehung; Mathematik und Informatik; Arbeitslehre; Behindertenpädagogik.

1.10.1979: Baden-Württemberg, Minister für Wissenschaft und Kunst gibt den Ausbau der Fachhochschulen auf rund 31000 Plätze bis 1985 bekannt bei Einrichtung von 8 neuen Studiengängen ab dem 1.10.1979.

1.10.1979: Bayern, Inkrafttreten der Änderung des bayrischen HschG., Art. 69: Wo ein Studium mit staatlicher Prüfung abschließt, können Vor- und Zwischenprüfungen eingeführt werden, soweit sie Abschlußprüfungen entlasten.



Die Studentenmassen führen den Kampf um die Bezahlung ihrer Arbeitskraft. Statt Bezahlung wurde 1971 das BAFöG eingeführt, damit der Zugriff auf den Lohn der Eltern und Ehegatten. Bei Streik droht Geldentzug.



Steigende Arbeitszeiten weit über 40 Stunden durch Ausdehnung der Anforderungen für Scheine und Prüfungen zeichnen die Studienreform aus. Nur 50% bis 60% eines Jahrgangs erreicht die Abschlußprüfung.



Entgegen den Versuchen der Unterdrückung der Vertretungsorgane und des Koalitions- und Streikrechts durch die Hochschulgesetze baut die Studentenbewegung ihre Organe auf. Bei den letzten Wahlen im Sommersemester haben die Fachschaftslisten an Stimmen gewonnen.

gen grundsätzlich klärt und sich auf die Forderung einigt, daß die Abschlußprüfung beseitigt und durch den Nachweis der Teilnahme an den Pflichtkursen ersetzt werden soll.

Die Kämpfe um die Studien- und Prüfungsbedingungen können und müssen sich zunächst auf der Ebene der einzelnen Universität, des einzelnen Studiengangs und des einzelnen Seminars entwickeln. Beim Kampf um die Bezahlung ist das – abgesehen vom unvermeidlichen Kleinkrieg um die Bewilligung, Auszahlung usw. der BAFöG-Gelder – schwierig. Der VDS-Vorstand hat auf der letzten MV einen Beschluß für eine einheitliche Demonstration gegen die 6. BAFöG-Änderung verhindert. Diese ist seit dem 1. Oktober in Kraft. Nach anderthalb Jahren Laufzeit sind die Sätze jetzt um durchschnittlich 6% angehoben worden. Durch die niedrigen Elternfreibeträge wird das keineswegs dazu führen, daß alle Auszahlungen jetzt wenigstens um diese 6% angehoben werden. Schmude konnte schon eine Kürzung des BAFöG-Etats im Bundeshaushalt 1979 um 150 Mio. DM verkünden – 150 Mio., um die das Einkommen der Studenten *absolut* gesenkt wird. Als ,,Verstetigung der Förderungsleistungen" hat die Regierung verkündet, daß die Freibeträge (nicht die übrigen Sätze) zum Oktober 80 um 3% angehoben werden. Die nächste Überprüfung der Sätze durch die Regierung soll dann erst zum Oktober 1981 stattfinden! Kann es gelingen, diesen Beschluß umzuwerfen?

Eine wesentliche Voraussetzung dafür entwickelt sich bereits. Die Lohnbewegung der Arbeiter und Angestellten zeigt eindrucksvoll die Notwendigkeit einer ,,Anpassung" der Löhne an die Reproduktionskosten und der Beendigung der dauernden Lohnsenkungen. Forderungen nach Mindestbe-

BAFöG-Gelder – schwierig. Der VDS-Vorstand hat auf der letzten MV einen Beschluß für eine einheitliche Demonstration gegen die 6. BAFöG-Änderung verhindert. Diese ist seit dem 1. Oktober in Kraft. Nach anderthalb Jahren Laufzeit sind die Sätze jetzt um durchschnittlich 6% angehoben worden. Durch die niedrigen Elternfreibeträge wird das keineswegs dazu führen, daß alle Auszahlungen jetzt wenigstens um diese 6% angehoben werden. Schmude konnte schon eine Kürzung des BAFöG-Etats im Bundeshaushalt 1979 um 150 Mio. DM verkünden – 150 Mio., um die das Einkommen der Studenten *absolut* gesenkt wird. Als ,,Verstetigung der Förderungsleistungen" hat die Regierung verkündet, daß die Freibeträge (nicht die übrigen Sätze) zum Oktober 80 um 3% angehoben werden. Die nächste Überprüfung der Sätze durch die Regierung soll dann erst zum Oktober 1981 stattfinden! Kann es gelingen, diesen Beschluß umzuwerfen?

Eine wesentliche Voraussetzung dafür entwickelt sich bereits. Die Lohnbewegung der Arbeiter und Angestellten zeigt eindrucksvoll die Notwendigkeit einer ,,Anpassung" der Löhne an die Reproduktionskosten und der Beendigung der dauernden Lohnsenkungen. Forderungen nach Mindestbe-
trägen und andere Forderungen, die auf eine Anhebung der unteren Lohngruppen abzielen, werden erhoben und sind auch eine Bedingung für den Erfolg des Kampfes gegen die Lohnsenkungspolitik. Gelingt in diesem Winter ein solcher Erfolg, werden sich auch für die Studenten die Bedingungen erheblich verbessern, in diese Richtung was zu unternehmen. Die Studenten haben also allen Grund, die Lohnbewegungen und die Gewerkschaften zu unterstützen.

Verbreitet ist die Forderung nach Bezahlung und Ausbildungsvertrag vor allem unter den Studenten, die Praktika ableisten müssen. Dort gibt es auch Stellungnahmen und Beschlüsse, daß es notwendig ist, daß sich die Studenten gegen den staatlichen Dienstherrn in der Gewerkschaft ÖTV organisieren. Das ist richtig, aber dafür müssen noch Voraussetzungen geschaffen werden. Eine ist, daß die Studenten ihre selbständigen Vertretungsorgane verteidigen und aufbauen. Die letzten Jahre haben die Studenten wirklich große Anstrengungen zur Verteidigung ihrer Koalitionsrechte gemacht, und das unter der ungünstigen Bedingung, daß ihre zentrale Vertretung, die vds, und ein Großteil der Asten von Opportunisten und direkten Vertretern der Regierungspolitik besetzt sind, die ihnen bei jeder Gelegenheit in den Rücken fallen und die Vertretungsorgane der Studenten zum Gespött der Bourgeoisie machen. Die gewerkschaftliche Bewegung der Studenten hat eine Antwort darauf gefunden, indem sie Fachschaften aufgebaut und diese in den Fachtagungen der vds zusammengeschlossen hat. Wenn sich der vds-Vorstand ,,gewerkschaftlich orientiert" gibt, dann sucht er die Verbindung mit den Gewerkschaften in dem sozialdemokratischen Dunst, den es im DGB auch reichlich gibt, nicht in den grundlegenden Fragen des Kampfes um die Bezahlung der Arbeitskraft und die Regelung der Arbeitszeit. Wenn die

Stellungnahmen und Beschlüsse, daß es notwendig ist, daß sich die Studenten gegen den staatlichen Dienstherrn in der Gewerkschaft ÖTV organisieren. Das ist richtig, aber dafür müssen noch Voraussetzungen geschaffen werden. Eine ist, daß die Studenten ihre selbständigen Vertretungsorgane verteidigen und aufbauen. Die letzten Jahre haben die Studenten wirklich große Anstrengungen zur Verteidigung ihrer Koalitionsrechte gemacht, und das unter der ungünstigen Bedingung, daß ihre zentrale Vertretung, die vds, und ein Großteil der Asten von Opportunisten und direkten Vertretern der Regierungspolitik besetzt sind, die ihnen bei jeder Gelegenheit in den Rücken fallen und die Vertretungsorgane der Studenten zum Gespött der Bourgeoisie machen. Die gewerkschaftliche Bewegung der Studenten hat eine Antwort darauf gefunden, indem sie Fachschaften aufgebaut und diese in den Fachtagungen der vds zusammengeschlossen hat. Wenn sich der vds-Vorstand ,,gewerkschaftlich orientiert" gibt, dann sucht er die Verbindung mit den Gewerkschaften in dem sozialdemokratischen Dunst, den es im DGB auch reichlich gibt, nicht in den grundlegenden Fragen des Kampfes um die Bezahlung der Arbeitskraft und die Regelung der Arbeitszeit. Wenn die
Fachschaftsbewegung im Winter weitere Fortschritte macht, dann muß das nicht so bleiben.

Beschlüsse der Fachschaften und Fachtagungen für das Wintersemester

Fachtagung Geographie am 3.6.79. An der Fachtagung nehmen 13 Fachschaften teil. Sie beschließen: ,,Um die richtige Forderung zur Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit für den Prüfungsstoff aufstellen zu können, werden wir an den Fachbereichen Erhebungen der wöchentlichen Arbeitszeit der Studenten durchführen. Weiterhin fordern wir das Einspruchsrecht für die Fachschaftsvertretungen in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten und das Recht für die Studenten, sich in die Veranstaltungsbedingungen einzumischen ... Wir schlagen vor, eine Kampagne zu eröffnen zur Durchsetzung der Forderung der Gründungskonferenz nach Bezahlung von Fahrt und Unterkunft bei Exkursionen ... Bestandteil dieser Kampagne soll sein, daß wir gegenüber den Examensleitern das Recht der Teilnehmer geltend machen, bei den Exkursionsbedingungen (Ort, Unterkunft) Einspruch bzw. Festlegungen treffen zu können".

Fachtagung Psychologie am 19.11.78. An der Fachtagung nehmen 20 Fachschaften teil. Die Fachtagung lehnt die 6. BAFöG-Novelle ab und fordert die Anhebung der Beträge auf 700 DM Höchstsatz und 1400 DM Elternfreibetrag. Gegenüber dem Psychotherapeutengesetz erhebt die Fachtagung u.a. die Forderung: Keine Einführung eines 3jährigen Praktikums.

Fachtagung Wirtschaftswissenschaften am 7.4.79. An der Fachtagung nehmen über 20 Fachschaften teil. Es wird die Durchführung eines bundesweiten Aktionstages beschlossen und nahegelegt (kein Beschluß), den Aktionstag unter

bungen der wöchentlichen Arbeitszeit der Studenten durchführen. Weiterhin fordern wir das Einspruchsrecht für die Fachschaftsvertretungen in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten und das Recht für die Studenten, sich in die Veranstaltungsbedingungen einzumischen ... Wir schlagen vor, eine Kampagne zu eröffnen zur Durchsetzung der Forderung der Gründungskonferenz nach Bezahlung von Fahrt und Unterkunft bei Exkursionen ... Bestandteil dieser Kampagne soll sein, daß wir gegenüber den Examensleitern das Recht der Teilnehmer geltend machen, bei den Exkursionsbedingungen (Ort, Unterkunft) Einspruch bzw. Festlegungen treffen zu können".

Fachtagung Psychologie am 19.11.78. An der Fachtagung nehmen 20 Fachschaften teil. Die Fachtagung lehnt die 6. BAFöG-Novelle ab und fordert die Anhebung der Beträge auf 700 DM Höchstsatz und 1400 DM Elternfreibetrag. Gegenüber dem Psychotherapeutengesetz erhebt die Fachtagung u.a. die Forderung: Keine Einführung eines 3jährigen Praktikums.

Fachtagung Wirtschaftswissenschaften am 7.4.79. An der Fachtagung nehmen über 20 Fachschaften teil. Es wird die Durchführung eines bundesweiten Aktionstages beschlossen und nahegelegt (kein Beschluß), den Aktionstag unter
den Forderungen: Studienreform muß Sache der Hochschulen sein / Keine Studienreform gegen den Willen der betroffenen Studenten und ihrer Vertretungsorgane, den Fachschaften, Asten und der Bundesfachtagung / Keine Leistungsverschärfungen / Novellierung des HRG, weg mit der Regelstudienzeit. Die folgende Fachtagung am 28.9.79 muß wegen Beschlußunfähigkeit vertagt werden.

Fachtagung Medizin am 16.6.79. An der Fachtagung nehmen 20 Fachschaften teil. Gegen die ,,bundesweiten Maßnahmen der Reaktion" in bezug auf die Reform der Medizinerausbildung beschließt die Fachtagung unter anderem: Rücknahme der AO Novelle von 78 / Keine Regelstudienzeit mit Zwangsexmatrikulation / Keine Verschärfung der Bestehensregelung / Wiederaufnahme der 18%-Regelung / Keine Pflichtvorlesungen / Keine Verlängerung der Famulatur auf 4 Monate / Zurücknahme der bisherigen Pläne für eine erneute AO Novellierung / Keine Verlängerung des PJ auf 2 Jahre / Stattdessen Ausbildungs- und Tarifvertrag für das PJ, freie gewerkschaftliche und politische Betätigung, Streikrecht und Vertretung durch den Personalrat, keine unbezahlte Nacht- und Wochenendarbeit, Einhaltung der 40-Stundenwoche / Keine Dequalifizierung durch abgestufte Approbation / Für das Staatsexamen freie Prüferwahl und Einspruchsrechte der Fachschaftsvertretung in allen Prüfungsfragen / Keine Formulierung eines reaktionären unverbindlichen Ausbildungsziels. Stattdessen Formulierung eines demokratischen, patientenorientierten Ausbildungsziels als Grundlage für eine umfassende Neuorientierung der Medizinerausbildung / Keine weitere Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten. Rücknahme des 6. BAFöG-Änderungsgesetzes. Stattdessen 1400 DM Elternfreibetrag und 700 DM Höchstsatz. Als Termin für die Durchführung eines bundesweiten Aktionstages beschließt die Fachtagung den 5.7.79.

Regionalkonferenz der Medizinerfachschaften und Fachbereichsgruppen am 6.10.79 in Tübingen beschließt zusätzlich die Forderung nach Ausbildungs- und Tarifvertrag für die gesamte Medizinerausbildung.

Fachtagung Ernährung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau (ELFG) am 16.7.79. Zu diesem Zeitpunkt finden Verhandlungen der Fachtagung ELFG mit Mitgliedern des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) statt. Der Vorstand aller Agrarfachschaften der BRD und Westberlin konnte sich mit der Gewerkschaftsführung auf einen gemeinsamen Praktikantenvertrag mit tariflicher Regelung einigen. In diesem Vertrag sind die Rechte des Praktikanten sowie Vergütung, Ausbildungszeit, Urlaub und Überstunden gemäß den tarifvertraglichen Vereinbarungen festgelegt. Zusammen mit der Gewerkschaft führt die Fachtagung eine Unterschriftensammlung durch zur Unterstützung des Tarifvertrages und ruft zu einer Kundgebung während der Verhandlungen mit den Kapitalistenverbänden auf.

Fachtagung Deutsch am 26./27.5.79. An der Fachtagung nehmen 15 Fach-

tages beschließt die Fachtagung den 5.7.79.

Regionalkonferenz der Medizinerfachschaften und Fachbereichsgruppen am 6.10.79 in Tübingen beschließt zusätzlich die Forderung nach Ausbildungs- und Tarifvertrag für die gesamte Medizinerausbildung.

Fachtagung Ernährung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau (ELFG) am 16.7.79. Zu diesem Zeitpunkt finden Verhandlungen der Fachtagung ELFG mit Mitgliedern des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) statt. Der Vorstand aller Agrarfachschaften der BRD und Westberlin konnte sich mit der Gewerkschaftsführung auf einen gemeinsamen Praktikantenvertrag mit tariflicher Regelung einigen. In diesem Vertrag sind die Rechte des Praktikanten sowie Vergütung, Ausbildungszeit, Urlaub und Überstunden gemäß den tarifvertraglichen Vereinbarungen festgelegt. Zusammen mit der Gewerkschaft führt die Fachtagung eine Unterschriftensammlung durch zur Unterstützung des Tarifvertrages und ruft zu einer Kundgebung während der Verhandlungen mit den Kapitalistenverbänden auf.

Fachtagung Deutsch am 26./27.5.79. An der Fachtagung nehmen 15 Fach-
schaften teil. Folgende Forderungen werden beschlossen: für die einphasige Lehrerausbildung / für die integrierte Gesamthochschule / für die Stufenlehrerausbildung / für die Einrichtung psychologischer Beratungsstellen / 700 DM Höchstsatz, 1500 DM Elternfreibetrag / Streichung der Ministerpräsidentenbeschlüsse und Vernichtung aller Verfassungsschutzunterlagen aus den Personalakten / für die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat.

Fachtagung Geologie/Mineralogie. An der Fachtagung nehmen 10 Fachschaften teil. In einem Brief an Bildungsminister Schmude wird gefordert: vollständige Finanzierung der Exkursionen durch das BAFöG und Zahlung eines Pauschalbetrages von 600 DM für Ausrüstung und Exkursionen. Unter diesen Forderungen sollen an den Fachbereichen Unterschriften gesammelt werden.

Fachtagung Chemie am 28./29.4.79. ,,Die Fachtagung Chemie bekräftigt den Beschluß des Kongresses für eine demokratische Chemiker- und Chemielehrerausbildung für eine maximale Arbeitszeit von 40 Stunden im Semester einschließlich Vor- und Nachbereitungszeit und gegen eine Verlagerung von Lehrveranstaltungen in die Semesterferien und fordert die Vertreter in der Studienreformkommission auf, dies zu unterstützen."

Fachtagung Anglistik am 28.4.79. An der Fachtagung nehmen 9 Fachschaften teil. Gefordert wird: Gegen Fachidiotentum und Entwissenschaftlichung des Studiums / für die Novellierung des HRG im breiten Bündnis mit DGB und BdWI. In einer Erklärung an den VDS Vorstand wird dieser aufgefordert, den Zusammenschlüssen in Bundesländern, in denen die Organe der verfaßten Studentenschaft zerschlagen sind, Stimmrecht zu geben.

Gründung der Fachtagung Jura. Am 26.9.79 fand zwischen Fachschaftsvertretern aus Mainz und Frankfurt und der VDS in Bonn ein Gespräch zur Vorbereitung einer konstituierenden Sitzung einer VDS-Fachtagung Jura statt. Beantragt hatte dies die Fachschaft Mainz und die Fachschaftsvertretung der Fachbereichsgruppe Jura aus Frankfurt.

Jahrestag der IPSF (International Pharmacy Student Federation) im Juli 79. Der 25. Kongreß nimmt ohne Gegenstimme bei etlichen Enthaltungen folgende Resolution an: ,,Im Hinblick darauf, daß die Arbeitszeit während des Studiums weit über 40 Stunden die Woche liegt; in Anbetracht dessen, daß die meisten Studenten entweder kein Geld erhalten oder es nicht ausreicht; in Erkenntnis, daß die Politik der Überzufuhr immer mehr die Oberhand gewinnt, die nicht nur die Studenten in immer stärkere Konkurrenz treibt, sondern einen erfolgreichen Studienabschluß immer mehr in Frage stellt; erklärt der 25. Kongreß der IPSF, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Studenten Rechte erhalten, die es ihnen ermöglichen, ihre Interessen durchzusetzen. Dafür brauchen wir einen Ausbildungs- und Tarifvertrag. Der Vorstand der IPSF soll alle Tätigkeiten, die in diese Richtung gehen, voll unterstützen." Der Vorstand der Fachtagung Pharmazie hat sich dieser

26.9.79 fand zwischen Fachschaftsvertretern aus Mainz und Frankfurt und der VDS in Bonn ein Gespräch zur Vorbereitung einer konstituierenden Sitzung einer VDS-Fachtagung Jura statt. Beantragt hatte dies die Fachschaft Mainz und die Fachschaftsvertretung der Fachbereichsgruppe Jura aus Frankfurt.

Jahrestag der IPSF (International Pharmacy Student Federation) im Juli 79. Der 25. Kongreß nimmt ohne Gegenstimme bei etlichen Enthaltungen folgende Resolution an: ,,Im Hinblick darauf, daß die Arbeitszeit während des Studiums weit über 40 Stunden die Woche liegt; in Anbetracht dessen, daß die meisten Studenten entweder kein Geld erhalten oder es nicht ausreicht; in Erkenntnis, daß die Politik der Überzufuhr immer mehr die Oberhand gewinnt, die nicht nur die Studenten in immer stärkere Konkurrenz treibt, sondern einen erfolgreichen Studienabschluß immer mehr in Frage stellt; erklärt der 25. Kongreß der IPSF, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Studenten Rechte erhalten, die es ihnen ermöglichen, ihre Interessen durchzusetzen. Dafür brauchen wir einen Ausbildungs- und Tarifvertrag. Der Vorstand der IPSF soll alle Tätigkeiten, die in diese Richtung gehen, voll unterstützen." Der Vorstand der Fachtagung Pharmazie hat sich dieser
Erklärung angeschlossen. Die Fachtagung fordert Ausbildungs- und Tarifvertrag für die PJ-Studenten und will zur Durchsetzung dieser Forderung mit der ÖTV und HBV zusammenarbeiten. Auf der 5. Fachtagung vom 19./20.5.79 wurde folgende Resolution angenommen: ,,... Der Fachverband Pharmazie fordert die zuständigen Stellen auf, für die Abschaffung der Multiple-Choice-Prüfung im 1. Staatsexamen und die Nichteinführung im 2. Staatsexamen einzutreten. Alle Länderregierungen werden aufgefordert, den Staatsvertrag mit dem IMPP zum 31.1.79 zu kündigen und auf eine entsprechende Änderung der Approbationsordnung hinzuwirken."

Fachtagung Mathematik/Physik am 30.5.79. An der Fachtagung nahmen 25 Fachschaften teil. Beschlosssen wurde, einen Aktionstag gegen die Rahmenprüfungsordnung Mitte Juni durchzuführen. Eine Resolution, die sich gegen die Abschaffung der einphasigen Lehrerausbildung in Oldenburg wandte, wurde verabschiedet.

Fachtagung Biologie am 16./17.6.79 wurde mit 18 Fachschaften in Frankfurt gegründet. Auf der Fachtagungssitzung wurden verschiedene Untersuchungsaufgaben festgelegt.

Fachtagung Sport am 22./23.6.79. Die Fachtagung forderte die Bezahlung aller Lehr- und Lernmittel durch den Staat und verurteilte das 6. BAFöG-Änderungsgesetz. Gegen die Einführung von Eingangstests wurde eine landesweite Veranstaltung für Baden-Württemberg in Karlsruhe festgelegt.

Am 19./20. Mai wurde die *Fachtagung Sozialarbeit/Sozialpädagogik* in Essen konstituiert.

1.10.1979: Bayern, Inkrafttreten der Änderung des bayrischen Lehrerbildungsgesetzes für das Lehramt an Berufsschulen.

17.10.1979: Saarland, 1. Lesung des Novellierungsentwurfs für das saarländische Universitätsgesetz (die 2. und 3. Lesung wird bis zum 12./13. Dezember abgeschlossen sein).

31.10.1979: Bayern, Beschluß des Landtags über Stellung eines Ultimatums für den 31.10. an die anderen Bundesländer über Aufkündigung des Staatsvertrags über das IMPP (Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungen), falls keine Einigung über die 3. AO-Novelle und weitere Zulassungsbeschränkungen für die Weiterführung des Studiums im klinischen Abschnitt zwischen den Ländern erreicht wird, Aufkündigung des Staatsvertrages zum 31.12.1979 mit einer Übergangsregelung bis zum 31.12.1980.

Oktober 1979: Zwischenbericht der ,,kleinen Kommission" des Bildungsausschusses des Bundestags zur 3. AO-Novelle mit 2 Jahre PJ.

Oktober 1979: Zwischenbericht der Zentralen Studienreformkommission.

Oktober 1979: Übernahme des Gesetzentwurfs zur Änderung des HRG durch die Bundesregierung zur Abschaffung der Zwangsexmatrikulation.

Oktober 1979: Nordrhein-Westfalen, Einrichtung der Studienreformkommission V für Naturwissenschaften und Mathematik.

Oktober/November: Niedersachsen, Verabschiedung einer neuen Studienordnung für das Lehramt an Realschulen mit Verkürzung des Studiums auf 7 Semester und Neueinführung eines 3. Pflichtfaches, Neueinführung eines Vorbereitungsdienstes.

7.11.1979: Nordrhein-Westfalen, 3. Lesung des Landeshochschulgesetzes und des Fachhochschulgesetzes im Landtag.

Anfang November: Schleswig-Holstein, Ausschlußfrist für Vorlagen zu allen Prüfungsordnungen der Konvente.

31.12.1979: Niedersachsen, Ausschlußfrist über Vorlagen zur Neugliederung der Hochschulen in Fachbereiche.

1.1.1980: Nordrhein-Westfalen, Inkrafttreten von LHG und FHG.

1.1.1980: Westberlin, Inkrafttreten der neuen Prüfungsordnungen mit Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation, gültig für Studenten, die nach dem 21.3.1978 das Studium aufgenommen haben.

1.1.1980: Westberlin, Ausschlußfrist für die Vorlage von Studienplänen durch die Universitätsgremien.

Januar 1980: Niedersachsen, Einrichtung der Studienreformkommissionen für Theologie; Erziehungswissenschaften; Argrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften; Bergbau und Hüttenwesen; Maschinenbau und Verfahrenstechnik; Medizin; Veterinärwissenschaften.

Fortschritte im Aufbau der Kommunistischen Partei im Iran

z.jük. Drei marxistisch-leninistische Organisationen im Iran, die „Revolutionäre Organisation“, die „Organisation der Einheit im Kampf zur Gründung der Partei der Arbeiterklasse“ und die „Organisation der Kommunarden“, haben gemeinsam ein „Komitee zur Gründung der Kommunistischen Partei“ geschaffen. In der Zeitschrift „Setarehe-Sorkh Nr. 2, Theoretisches Organ der Revolutionären Organisation“ veröffentlichte diese Organisation eine „Plattform zur Gründung der Kommunistischen Partei im Iran“ sowie andere Dokumente zur Einschätzung der gegenwärtigen Klassenkampflage im Iran. Die Plattform beinhaltet „auf Grundlage der Leninschen Weisungen über den Parteiaufbau fünf Abschnitte: Prinzipien, Programm, allgemeine Richtlinien, etappenmäßige konkrete Politik und Planung des Parteiaufbaus“. Die Revolutionäre Organisation konzentriert ihre Arbeit gegenwärtig im weiteren auf die „Arbeit für die Bildung der großen nationalen Einheitsfront“ im Iran. Die Revolutionäre Organisation, die gegenwärtig legal arbeitet, gibt eine Tageszeitung heraus. Auf Initiative der Organisation hat kürzlich eine nationale Konferenz von Arbeitervertretern stattgefunden, die 70000 Arbeiter repräsentierte und die u.a. dem weiteren Aufbau der Gewerkschaften im Iran gedient hat. Im folgenden drucken wir aus der „Plattform“ den Abschnitt „Parteiprogramm“ ab:

„Die Revolution unseres Landes hat drei Eigenschaften: sie ist langwierig, schwierig und kompliziert und muß zwei große Etappen durchlaufen: die Etappe der antiimperialistischen demokratischen Revolution und die Etappe der sozialistischen Revolution. Obwohl diese beiden Etappen miteinander verbunden sind, haben sie einen unterschiedlichen Inhalt. Nur durch das Durchlaufen der ersten kann die zweite Etappe erreicht werden. Jede dieser beiden Etappen basiert auf einem bestimmten Programm, das der objektiven Situation der Gesellschaft in dieser Etappe entspricht.

Minimalprogramm: Trotz der wichtigen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen, die unter dem Einfluß des Imperialismus in unserem Land zustandegekommen sind, der Entwicklung des Kapitalismus und den Schlägen, die dem Feudalismus versetzt wurden, trotz des Sieges der antiimperialistischen, antidiktatorischen Revolution unter Führung Imam Khomeinis, befindet sich unsere Gesellschaft in der Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution. Die Arbeiterklasse, die Bauern, die städtische Kleinbourgeoisie und die nationale Bourgeoisie sind Freunde der Revolution, der Imperialismus, insbesondere die beiden Supermächte USA und Sowjetunion, sowie

präsentierte und die u.a. dem weiteren Aufbau der Gewerkschaften im Iran gedient hat. Im folgenden drucken wir aus der „Plattform“ den Abschnitt „Parteiprogramm“ ab:

„Die Revolution unseres Landes hat drei Eigenschaften: sie ist langwierig, schwierig und kompliziert und muß zwei große Etappen durchlaufen: die Etappe der antiimperialistischen demokratischen Revolution und die Etappe der sozialistischen Revolution. Obwohl diese beiden Etappen miteinander verbunden sind, haben sie einen unterschiedlichen Inhalt. Nur durch das Durchlaufen der ersten kann die zweite Etappe erreicht werden. Jede dieser beiden Etappen basiert auf einem bestimmten Programm, das der objektiven Situation der Gesellschaft in dieser Etappe entspricht.

Minimalprogramm: Trotz der wichtigen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen, die unter dem Einfluß des Imperialismus in unserem Land zustandegekommen sind, der Entwicklung des Kapitalismus und den Schlägen, die dem Feudalismus versetzt wurden, trotz des Sieges der antiimperialistischen, antidiktatorischen Revolution unter Führung Imam Khomeinis, befindet sich unsere Gesellschaft in der Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution. Die Arbeiterklasse, die Bauern, die städtische Kleinbourgeoisie und die nationale Bourgeoisie sind Freunde der Revolution, der Imperialismus, insbesondere die beiden Supermächte USA und Sowjetunion, sowie
die Kompradorenbourgeoisie, die Großgrundbesitzer und die Überreste der feudalen Herrscher, sind die Feinde dieser Revolution. Die bürgerlich-demokratische Revolution muß die folgenden Ziele erreichen:

Im politischen Bereich: Festigung eines neudemokratischen Systems, das heißt eines antiimperialistischen demokratischen Systems, in dem die revolutionären Klassen und Schichten gemeinsam unter der Führung der Arbeiterklasse die politische Macht in der Hand halten. Eine politische Macht, die für die Arbeiter, Bauern, städtische Kleinbourgeoisie und nationale Bourgeoisie, die gemeinsam das Volk ausmachen, Demokratie herstellt und die Anhänger des Imperialismus, die Kompradoren und feudalen Großgrundbesitzer aller Nationalitäten unterdrückt. Im wirtschaftlichen Bereich: Vollständige Beseitigung des wirtschaftlichen Einflusses des Imperialismus, Beschlagnahme aller abhängigen Kapitalien, Festigung der richtigen nationalen und für das Volk nützlichen Politik des staatlichen Kapitals im Bereich der Finanzen, der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft. Entfaltung des nationalen Kapitals im Dienste des Blühens der Wirtschaft der Gesellschaft. Vollständige Beseitigung der Überreste des Feudalismus und des Stammessystems und Lösung der Boden- und Wasserfrage zugunsten der Bauern. Den Bauern helfen, damit sie die Landwirtschaft Irans wiederaufbauen können und der Iran landwirtschaftlich Selbstversorger wird, Bestimmung der Verhältnisse und Gesetzmäßigkeiten, die trotz des Beibehaltens des nationalen Kapitalismus gerechte Bedingungen in bezug auf die Löhne der Arbeiter und das Leben der Arbeiterklasse schaffen. Herstellen der Bedingungen, unter denen die mittleren städtischen Schichten über einen gesicherten und gerechten Wohlstand in bezug auf Arbeit, Leben und Zukunft verfügen.

Im kulturellen Bereich: ... Die Kultur muß einen nationalen Charakter haben ..., muß gegen jegliche Unterdrückung: nationale, klassenmäßige, stämmische, religiöse und rassische sowie gegen die Unterdrückung der Frau kämpfen.

Maximalprogramm: Dieses Programm, das der Beendigung der ersten Etappe unmittelbar folgt, beinhaltet: Lösung des Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital und Bewältigung der sozialistischen Revolution, Festigung der Diktatur des Proletariats, sozialistischer Aufbau, Verwirklichung der proletarischen Revolution und Übergang zur zweiten Etappe der sozialistischen Gesellschaft, dem Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft, in der das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht sein wird.

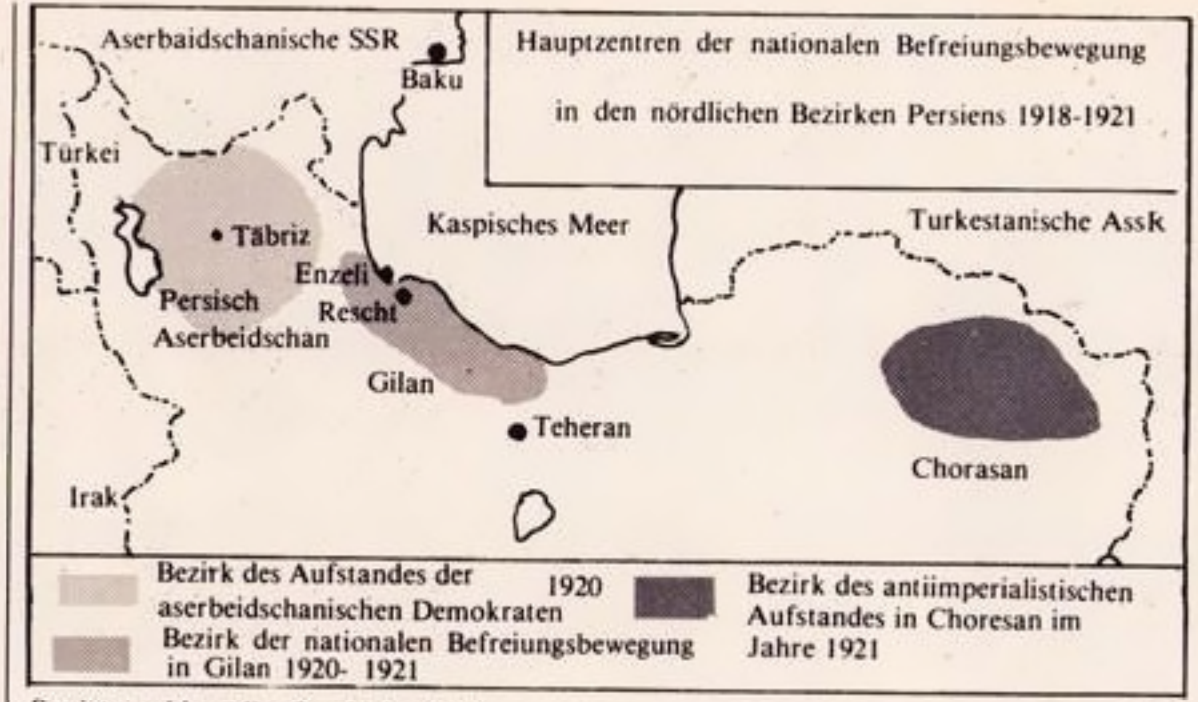
Die proletarische Generallinie in der bürgerlichen, neudemokratischen Revolution besteht in der Mobilisierung der breiten Volksmassen, der Bauern und andern Schichten der Kleinbourgeoisie und Einheit mit der nationalen Bourgeoisie zum gewaltsamen Umsturz des Imperialismus, der Kompra-

des nationalen Kapitalismus gerechte Bedingungen in bezug auf die Löhne der Arbeiter und das Leben der Arbeiterklasse schaffen. Herstellen der Bedingungen, unter denen die mittleren städtischen Schichten über einen gesicherten und gerechten Wohlstand in bezug auf Arbeit, Leben und Zukunft verfügen.

Im kulturellen Bereich: ... Die Kultur muß einen nationalen Charakter haben ..., muß gegen jegliche Unterdrückung: nationale, klassenmäßige, stämmische, religiöse und rassische sowie gegen die Unterdrückung der Frau kämpfen.

Maximalprogramm: Dieses Programm, das der Beendigung der ersten Etappe unmittelbar folgt, beinhaltet: Lösung des Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital und Bewältigung der sozialistischen Revolution, Festigung der Diktatur des Proletariats, sozialistischer Aufbau, Verwirklichung der proletarischen Revolution und Übergang zur zweiten Etappe der sozialistischen Gesellschaft, dem Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft, in der das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht sein wird.

Die proletarische Generallinie in der bürgerlichen, neudemokratischen Revolution besteht in der Mobilisierung der breiten Volksmassen, der Bauern und andern Schichten der Kleinbourgeoisie und Einheit mit der nationalen Bourgeoisie zum gewaltsamen Umsturz des Imperialismus, der Kompra-
dorenbourgeoisie und der Überreste des Feudalismus und die Verwirklichung der antiimperialistischen demokratischen Revolution. Dazu muß die Kommunistische Partei eine einheitliche Front ... unter Führung der Arbeiterklasse herstellen. Die Einheit zwischen Arbeiter und Bauern ist die Hauptsäule der Einheitsfront“.



Sovjetenzyklopädie: Geschichte S.43



Gruppe von Konstitutionellen Revolutionären in Rascht

Iran

Quellenhefte zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

Programm der persischen Organisation „Mudzahid“ (um 1910)

Die Notwendigkeit der Existenz der persischen Mudzahidan

Die Wahrung der Ehre des Volkes und die Erhaltung des heiligen Vaterlandes sowie die Beseitigung der Gewalt für jeden Menschen ist notwendig, und das kann entsprechend den Erfordernissen der Zeit nur beim Bestehen einer Nationalversammlung (Madzlis), einer Verfassung bei Verbreitung der Gerechtigkeit und Realisierung der Gleichheit verwirklicht werden, weil das Volk den aus seiner Mitte gewählten Deputierten in bestimmten Maßen vertraut und ihnen glaubt. Was jedoch das Ministerkabinett betrifft, so kann es kein Vertrauen genießen ...

Wie es im Koran heißt: „Lobpreist Gott den Eifrigen vor den Unbeweglichen“. Daraus geht hervor, wie hoch die Stufe der Mudzahidin ist und wie heilig die Ziele, das Wesen ihres Strebens sind ... Man muß verstehen, was „Mudzahid“ heißt und welche Ziele diese heilige Gruppe hat.

...

Artikel 5:

Die Verwirklichung und Einhaltung der sieben Freiheiten: Rechts- und Pressefreiheit ... Redefreiheit ... Versammlungsfreiheit ... Freiheit des Wortes ... Freiheit der Persönlichkeit ... Freiheit der Gesellschaften ... Streikfreiheit ...

Artikel 6:

Die Bildung muß obligatorisch und unentgeltlich sein, das heißt, die Regierung muß in jeder Stadt und in jedem Dorf Elementar-, Mittel- oder Hochschulen einrichten und alle persischen Staatsangehörigen ohne Unterschied der Klasse und Stellung zwingen, die Kinder zur Ausbildung zu schicken.

Artikel 7:

Die Dörfer und Ländereien, die dem Königshaus gehören, müssen ohne Entschädigung enteignet werden. Die Dörfer und Ländereien der Großgrundbesitzer – über das für ihre Existenz notwendige Maß hinaus – müssen über die Staatliche Bank gekauft und unter die Einwohner und Landarbeiter verteilt werden.

...

Artikel 9:

Abgaben und Steuer müssen proportional zum Reichtum und Kapital erhoben werden und nicht pro Kopf, d.h. die Regierungssteuern dürfen nur von den Einnahmen aus dem Handel, vom Vermögen erhoben werden; wer das nicht hat, muß von jeglichen Steuern und Abgaben an die Regierung und den Schah befreit werden.

...

wirklicht werden, weil das Volk den aus seiner Mitte gewählten Deputierten in bestimmten Maßen vertraut und ihnen glaubt. Was jedoch das Ministerkabinett betrifft, so kann es kein Vertrauen genießen ...

Wie es im Koran heißt: „Lobpreist Gott den Eifrigen vor den Unbeweglichen“. Daraus geht hervor, wie hoch die Stufe der Mudzahidin ist und wie heilig die Ziele, das Wesen ihres Strebens sind ... Man muß verstehen, was „Mudzahid“ heißt und welche Ziele diese heilige Gruppe hat.

...

Artikel 5:

Die Verwirklichung und Einhaltung der sieben Freiheiten: Rechts- und Pressefreiheit ... Redefreiheit ... Versammlungsfreiheit ... Freiheit des Wortes ... Freiheit der Persönlichkeit ... Freiheit der Gesellschaften ... Streikfreiheit ...

Artikel 6:

Die Bildung muß obligatorisch und unentgeltlich sein, das heißt, die Regierung muß in jeder Stadt und in jedem Dorf Elementar-, Mittel- oder Hochschulen einrichten und alle persischen Staatsangehörigen ohne Unterschied der Klasse und Stellung zwingen, die Kinder zur Ausbildung zu schicken.

Artikel 7:

Die Dörfer und Ländereien, die dem Königshaus gehören, müssen ohne Entschädigung enteignet werden. Die Dörfer und Ländereien der Großgrundbesitzer – über das für ihre Existenz notwendige Maß hinaus – müssen über die Staatliche Bank gekauft und unter die Einwohner und Landarbeiter verteilt werden.

...

Artikel 9:

Abgaben und Steuer müssen proportional zum Reichtum und Kapital erhoben werden und nicht pro Kopf, d.h. die Regierungssteuern dürfen nur von den Einnahmen aus dem Handel, vom Vermögen erhoben werden; wer das nicht hat, muß von jeglichen Steuern und Abgaben an die Regierung und den Schah befreit werden.

...

Die Kommunistische Bewegung im Iran. München, Verlag 20. Mai, 1975.

An den Genossen Lenin

Wir gratulieren Ihnen und all Ihren Genossen zu den brillianten Siegen im Kampf gegen die Feinde des Sozialismus. Wir persischen Revolutionäre haben in unserem Kampf gegen die verhaßten und üblen englischen und persischen Unterdrücker lange Zeit hindurch die gleiche Hoffnung gehegt. Jetzt endlich können wir freudig und vor aller Welt einen langersehnten Akt vollziehen: Die Proklamierung der Persischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Wir erachten es als unsere Pflicht, Sie darauf hinzuweisen, daß sich noch ein Haufen der übelsten Subjekte auf persischem Territorium befindet: Persische Unterdrücker, englische Kaufleute und Diplomaten, die vom englischen Militär geschützt werden. Solange diese Feinde des persischen Volkes sich noch im Lande befinden, solange werden sie nichts unversucht lassen, um zu verhindern, daß unser gerechtes System im ganzen Lande verwirklicht wird. Im Namen der Menschlichkeit und der Gleichheit aller Nationen bittet die Persische Sozialistische Sowjetrepublik Sie und alle Sozialisten der III. Internationale um Hilfe zur Befreiung der schwachen und unterdrückten Völker Persiens vom Joch der einheimischen und englischen Unterdrücker. Da wir beabsichtigen, eine brüderliche Union zu schaffen, und fest davon überzeugt sind, daß zwischen uns völlige Übereinstimmung herrscht, erwarten wir von dem freien russischen Volk jene Hilfe, die zur Stabilisierung der Persischen Sozialistischen Sowjetrepublik unerläßlich ist. Eingedenk der Tatsache, daß sich alle vom kapitalistischen Joch befreiten Nationen zu einer brüderlichen Union zusammenschließen sollen, bitten wir Sie, die Herzen der persischen Nation, die sich jetzt von einem jahrhundertealten Joch befreit, in diese Union miteinzuschließen, damit unsere Heilige Revolution zu Ende geführt werden kann.

Wir sind fest davon überzeugt, daß bald die ganze Welt vom einzigen idealen System der III. Internationale regiert werden wird.

Im Namen der in Rascht ausgerufenen
Persischen Sozialistischen Sowjetrepublik
Mirza Kuthschek Khan

S. Ravasani, Sowjetrepublik Gilan, Westberlin o.J.

Rede des iranischen Premierministers Dr. M. Mossadegh – September 1951 vor dem iranischen Parlament: (Auszug)

Es ist wohl kaum nötig, darauf hinzuweisen, daß meine Regierung nach der Verstaatlichung der Erdölindustrie, die dem Willen des iranischen Volkes entsprach, ihre Bereitwilligkeit zu einer gerechten Durchführung der Nationalisierung gezeigt hat. Bedauerlicherweise hat sich die englische Regierung widerrechtlich in den Konflikt eingemischt und verhindert, daß wir unser Ziel in Frieden, rechtzeitig und den Gesetzen entsprechend erreichen konnten. Sie hat versucht, den Konflikt vor dem Haager Gerichtshof als international hinzustellen und zu beweisen, daß die Verstaatlichung der Ölindustrie in Persien eine Bedrohung des Weltfriedens darstelle, obwohl das Gegenteil der Fall ist. Denn die persische Regierung hat sich bei ihrem Vorgehen von dem Willen des iranischen Volkes und von den Rechten leiten lassen, die jedem Staat in bezug auf seine inneren Angelegenheiten zustehen und in der Charta der Vereinten Nationen verankert sind. Jeder Einwand von außen gegen diese Schritte war daher unangebracht. Wenn irgend jemand Grund hätte, beim Weltsicherheitsrat eine Klage vorzulegen, dann wäre das die iranische Regierung. Denn die Regierung Großbritanniens hat mit der Entsendung von Streitkräften an die persischen Grenzen unser Land mit Besetzung bedroht und keinen Versuch unterlassen, das tapfere persische Volk auf die Knie zu zwingen, um abermals die Herrschaft der früheren Ölgesellschaft zu etablieren. Das iranische Volk sollte weiterhin in Armut und Unfreiheit leben und die Einnahmen aus seinem eigenen Ölreichtum in

vom einzigen idealen System der III. Internationale regiert werden wird.

Im Namen der in Rascht ausgerufenen
Persischen Sozialistischen Sowjetrepublik
Mirza Kuthschek Khan

S. Ravasani, Sowjetrepublik Gilan, Westberlin o.J.

Rede des iranischen Premierministers Dr. M. Mossadegh – September 1951 vor dem iranischen Parlament: (Auszug)

Es ist wohl kaum nötig, darauf hinzuweisen, daß meine Regierung nach der Verstaatlichung der Erdölindustrie, die dem Willen des iranischen Volkes entsprach, ihre Bereitwilligkeit zu einer gerechten Durchführung der Nationalisierung gezeigt hat. Bedauerlicherweise hat sich die englische Regierung widerrechtlich in den Konflikt eingemischt und verhindert, daß wir unser Ziel in Frieden, rechtzeitig und den Gesetzen entsprechend erreichen konnten. Sie hat versucht, den Konflikt vor dem Haager Gerichtshof als international hinzustellen und zu beweisen, daß die Verstaatlichung der Ölindustrie in Persien eine Bedrohung des Weltfriedens darstelle, obwohl das Gegenteil der Fall ist. Denn die persische Regierung hat sich bei ihrem Vorgehen von dem Willen des iranischen Volkes und von den Rechten leiten lassen, die jedem Staat in bezug auf seine inneren Angelegenheiten zustehen und in der Charta der Vereinten Nationen verankert sind. Jeder Einwand von außen gegen diese Schritte war daher unangebracht. Wenn irgend jemand Grund hätte, beim Weltsicherheitsrat eine Klage vorzulegen, dann wäre das die iranische Regierung. Denn die Regierung Großbritanniens hat mit der Entsendung von Streitkräften an die persischen Grenzen unser Land mit Besetzung bedroht und keinen Versuch unterlassen, das tapfere persische Volk auf die Knie zu zwingen, um abermals die Herrschaft der früheren Ölgesellschaft zu etablieren. Das iranische Volk sollte weiterhin in Armut und Unfreiheit leben und die Einnahmen aus seinem eigenen Ölreichtum in
die Taschen einiger habgieriger Unternehmer fließen lassen. Glücklicherweise haben die Maßnahmen nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Die berechtigten Ansprüche des persischen Volkes, die Profitgier der früheren Gesellschaft und die illegitime Einmischung Großbritanniens in die inneren Angelegenheiten des Iran haben die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit erregt. Dadurch wurde eine Beschlußfassung des Weltsicherheitsrats gegen Persien verhindert ...

Nach dem Urteil des Haager Schiedsgerichts hätte man erwarten können, daß England die Freundschaft Persiens dem eigenen materiellen Nutzen vorziehen würde. Leider sind jedoch die Intrigen fortgesetzt worden. Als fünfzehn Tage nach der Urteilsverkündung immer noch kein Anzeichen des Entgegenkommens von seiten der britischen Regierung zu erkennen war, hat unsere Regierung eine Note durch die britische Botschaft übermitteln lassen. Mit dieser Note hat die iranische Regierung zu erreichen gehofft, daß in Anbetracht der katastrophalen Lage der iranischen Wirtschaft die britische Regierung den Boykott, den sie wider alle international geltenden Bestimmungen über Persien verhängt hat, aufheben und der früheren Gesellschaft empfehlen werde, ihre mehr als 10 Millionen Pfund betragenden Schulden an den Iran auszuzahlen und mit der persischen Regierung über eine Entschädigung für ihre Besitzungen in Persien zu verhandeln...

Mostafa Fateh, Panscha sul naphte iran, Teheran 1956, S. 613 – 622

